

153,1

[HTTP://WWW.FAZ.NET/AKTUELL/WIRTSCHAFT/VOLLBESCHAEFTIGUNG-IN-KREISEN-IN-DEUTSCHLAND-15666054.HTML#VOID](http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/vollbeschaeftigung-in-kreisen-in-deutschland-15666054.html#void)

JOBS OHNE ENDE: Wo Vollbeschäftigung längst Realität ist

- VON PATRICK BERNAU

- -AKTUALISIERT AM 30.06.2018-19:30

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird immer besser. Wir zeigen, wo jetzt schon Vollbeschäftigung herrscht – und warum.

Über den Fachkräftemangel spricht Deutschland seit Jahren. Doch es wird auf dem Arbeitsmarkt noch besser: In immer mehr Regionen Deutschlands herrscht Vollbeschäftigung: Es gibt dort praktisch überhaupt niemanden, der noch eine Stelle sucht.

Eichstätt zum Beispiel wird seit Monaten immer wieder von Journalisten besucht. Dort herrscht noch eine Arbeitslosenquote von 1,3 Prozent. Wer dort noch eine Putzhilfe für den Haushalt sucht, hat Probleme. Auch Handwerker sind schwer zu bekommen, schließlich können die Betriebe ihre Lehrlinge nach der Ausbildung nur schwer halten.

Die Vollbeschäftigung breitet sich aus

Zustände wie in Eichstätt breiten sich jetzt übers Land aus. Nach Berechnungen der F.A.Z. lebt inzwischen jeder fünfte Deutsche in einem Landkreis, in dem Vollbeschäftigung herrscht. Dabei muss die Arbeitslosenquote nicht immer 1,3 Prozent betragen wie in Eichstätt. Ganz ohne Arbeitslosigkeit geht es sowieso nie, weil es immer Leute gibt, die gerade die Stelle wechseln oder neu auf den Arbeitsmarkt kommen. Darum gelten Arbeitslosenquoten bis 3 Prozent meist als Vollbeschäftigung.

Die jüngsten Arbeitsmarktzahlen, die an diesem Freitag veröffentlicht worden sind, zeigen: In Bayern und Baden-Württemberg herrscht schon praktisch überall Vollbeschäftigung. Aber auch in der Eifel, an der Mosel und im Emsland gibt es es exzellente Chancen für Stellensuchende. Viele weitere Landkreise stehen kurz vor der Vollbeschäftigung, zum Beispiel in Hessen und Niedersachsen, aber auch in Thüringen und Brandenburg.

Der Arbeitsmarkt ist gerade so gut in Form, dass er sogar die Einführung des Mindestlohns problemlos abfedern und Zuwanderer von innerhalb und außerhalb der Europäischen Union aufnehmen konnte. Auch die Löhne steigen inzwischen schneller als die Inflation.

Wo kommt die Vollbeschäftigung her?

Warum geht es dem Arbeitsmarkt so gut? Dafür gibt es mehrere Gründe.

Erstens haben Arbeitsmarktreformen und Lohnzurückhaltung in der Kanzlerschaft von **Gerhard Schröder** dazu beigetragen, dass schon bei geringem Wirtschaftswachstum mehr Arbeitsplätze entstehen.

Zweitens halten die Krisen in wirtschaftlich schwächeren Euro-Staaten den Euro seit Jahren auf einem Wechselkurs, der schwächer ist, als er es für Deutschland allein wäre. Das verbilligt deutsche Waren im Ausland und bringt Deutschland ein höheres Wirtschaftswachstum – also auch mehr Arbeitsplätze.

Drittens hilft die Demografie: Schon seit einigen Jahren gehen mehr ältere Deutsche in den Ruhestand, als junge Leute nachkommen. Auch das trägt dazu bei, dass es viele Arbeitsplätze für wenige Leute gibt.

Wie geht es weiter?

Der letzte Trend wird noch eine ganze Weile andauern. Die Babyboomer, Deutschlands zahlenmäßig stärkste Jahrgänge, kommen erst ganz allmählich ins Rentenalter.

Die Angst war der Kitt: Studieren in der DDR

19. Juli 2018 von [Robert Gruhne](#) | [0 Lesermeinungen](#)

Das Studium in der DDR war, eingerahmt von Zimmerkollektiven und einem Grundstipendium von 200 Mark, ein ständiges Abwägen zwischen Anpassung und Widerspruch. Roland Jahn widersetzte sich.



Protestfoto Roland Jahns gegen die Exmatrikulation

Es war ein Akt der Wiedergutmachung: Über 40 Jahre nach seiner Zwangsexmatrikulation erhielt der heutige Leiter der Stasi-Unterlagenbehörde Roland Jahn im Juni 2018 doch noch einen Studienabschluss. Die Friedrich-Schiller-Universität Jena ernannte ihren ehemaligen Studenten, geboren 1953, zum „Doktor der Philosophie ehrenhalber“ (Dr. phil. h.c.). Nicht aufgrund einer akademischen Arbeit, sondern „als Absolvent der Universität des Lebens“ und für seinen „lebenslangen Einsatz für Demokratie und Menschenrechte“ gebühre ihm der Titel, wie es der Jenaer Oberbürgermeister Albrecht Schröter, selbst ein Mitstreiter der Friedlichen Revolution, in seiner Laudatio ausdrückte. Roland Jahn nahm die Auszeichnung sichtlich gerührt entgegen.

Jahn steht stellvertretend für viele andere, deren Biografien im Hochschulsystem der DDR beschädigt wurden. An seinem Fall wird das ganze Dilemma des sozialistischen Bildungswesens deutlich: ein ständiges Abwägen zwischen Anpassung und Widerspruch, in Sorge um die eigenen Lebensumstände und die Familie. „Die Angst war der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhielt“, beschreibt Jahn sein Lebensgefühl in der DDR.

Alte Universität mit neuer Ideologie

Geboren und aufgewachsen in Jena, wollte er zunächst einen ganz normalen Weg einschlagen und im selben Betrieb wie sein Vater arbeiten, der Ingenieur im Kombinat Carl Zeiss war. Ein Studium in seiner Heimatstadt bot sich dafür an: Die Universität ist eine der ältesten Hochschulen Deutschlands, an der unter anderem Friedrich Schiller, Ernst Haeckel und Ernst Abbe lehrten. In der sowjetischen Besatzungszone wollte man schnell an die universitäre Tradition anknüpfen und nahm den Lehrbetrieb noch 1945 wieder auf. Der „nationalsozialistischen Musteruniversität“ – in Jena arbeiteten führende Theoretiker der Rassenlehre – folgte die „sozialistische Hochschule“. Von 1975 an studierte Jahn hier Wirtschaftswissenschaften.



Blick auf die Jenaer Innenstadt mit dem Universitätshochhaus und der Stadtkirche im Mai 1987.

Am sichtbarsten wurde die neue Ideologie am Uniturm, der mitten in die Jenaer Altstadt gepflanzt wurde. Zahlreiche historische Gebäude fielen dem Bau zum Opfer. In das über 140 Meter hohe Gebäude zogen 1972 viele Teile der Universität ein, obwohl der Turm aufgrund seiner kreisrunden Form für Forschung und Lehre kaum geeignet war. Unter anderem befand sich die Sektion Wirtschaftswissenschaften, in der auch Roland Jahn studierte, im 25. Stock und lag damit auf Höhe der umliegenden Gipfel, die das Jenaer Tal umrahmen. Jahn konnte sich an den Anblick des Turmes nicht gewöhnen, aber die Aussicht gefiel ihm. Die Berge waren für ihn und seine Freunde ein „Refugium“, in dem sie frei diskutieren konnten, wie er es in seiner 2015 erschienenen Autobiografie beschrieb: „Wenn ich auf die Berge blickte, musste ich grinsen. Viele gute Erinnerungen, die mir gehörten und nicht den Offiziellen, die mir beim Studium unentwegt das politisch Korrekte abverlangten.“

Ein Studium war ein Privileg

Die über 50 Hochschulen der DDR waren staatlich gelenkt und die Anzahl der Studienplätze wurde nach „gesellschaftlichem Bedarf“ festgelegt. Pro Jahrgang wurden etwa 32.000 neue Studierende zugelassen, insgesamt waren rund 130.000 immatrikuliert. Ein Studium galt als Privileg. Man musste sich um wenig Gedanken machen, da alle ein Grundstipendium von 200 Mark erhielten. Wer bei der NVA war, mehrere Jahre in der Produktion gearbeitet oder gute Leistungen hatte, bekam noch mehr. Die große Mehrheit wohnte außerdem in preisgünstigen Wohnheimen. Die Zimmerkollektive waren in der Regel identisch mit den Seminargruppen – wer zusammen lernte, wohnte auch zusammen.



In ihren Wohnräumen lernen Studierende 1966 für die Prüfungen.

Die Studierenden in der DDR waren politisch mehrheitlich eher angepasst oder zumindest unauffällig – dafür sorgte schon das Zulassungsverfahren nach strengen Kriterien. Neben „hoher fachlicher Leistung“ gibt eine Hinweisbroschüre für Studienbewerber von 1989 auch „die aktive Mitwirkung an der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft und die Bereitschaft zur aktiven Verteidigung des Sozialismus“ als Voraussetzung an. Man musste nicht nur zu den leistungsstärksten Schülern seines Jahrgangs zählen, sondern möglichst auch die richtige soziale Herkunft (Arbeiterklasse) und die richtige politische Einstellung (Partei- oder FDJ-Mitgliedschaft) haben. Das Ziel der sozialen Siebung: eine „einheitliche sozialistische Studentenpersönlichkeit“ zu schaffen.

Kritik unerwünscht

Die politische Indoktrination setzte sich im Curriculum fort: die Grundlagen des Marxismus-Leninismus waren für alle Pflicht, Kritik war unerwünscht. Dass die DDR keine Widerworte zuließ, merkte Roland Jahn recht schnell. Im November 1976, in seinem zweiten Studienjahr, nahm der Leiter des Seminars „Wissenschaftlicher Kommunismus“ ein aktuelles Thema auf den Plan. Nach der Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann, eines „antikommunistischen Hetzers“, wie der Dozent sagte, wollte er den „sozialistischen Standpunkt“ seiner Studierenden testen. Jahn schoss los: „Ich konnte es mir nicht verkneifen zu fragen, warum es nicht möglich sei, einen überzeugten Kommunisten wie Biermann, der eine nachvollziehbare Kritik an der Umsetzung der Idee in unserem Land übte, hier leben zu lassen.“



In einem Hörsaal der Universität Jena findet im Mai 1976 das Karl-Marx-Seminar statt.

Drei Tage später wurde er zum SED-Parteisekretär seiner Sektion bestellt und musste seine Aussage schriftlich widerrufen. Jahn wollte sein Studium nicht riskieren, aber gleichzeitig bei seiner Meinung bleiben. Er vollführte einen „Eiertanz“, um es den Herrschenden recht zu machen. Er schrieb zum Fall Biermann: „Der real existierende Sozialismus hat es und darf es nicht nötig haben, auf diese administrative Weise Meinungs widersprüche zu klären.“ Um die Meinungs widersprüche im Fall Jahn zu beseitigen, entschied sich der Sozialismus für einen anderen, vermeintlich demokratischen Weg.

„Was war das für ein Staat?“

In einer Sondersitzung am 5. Januar 1977 sollte die Seminargruppe, bestehend aus 15 Studierenden, über Jahns Exmatrikulation entscheiden. Noch zwei Tage zuvor hatten seine Kommilitonen ihm beim Bier versichert, dass sie auf seiner Seite stünden: „An dem Abend waren wir uns einig. Ich fühlte mich aufgehoben.“ Angespannt verfolgten alle die Sitzung. Nach einer Stunde Aussprache wurde abgestimmt, offen per Handzeichen. Die Abstimmung ging 13 zu eins aus. Gegen Jahn, der die Welt nicht mehr verstand: „Was war das für ein Staat, der seine Bürger dazu anhielt, Freundschaft preiszugeben, um politische Kontrolle zu behalten?“ Kurz darauf verlor er seinen Studienplatz.



Aktives Engagement in der FDJ brachte Pluspunkte im Studium.

Vom Staat fühlte Jahn sich verraten. Und von seinen Kommilitonen? „Man kann es sich nicht so einfach machen und sagen: alles Verräter.“ Seine Mitstudierenden wurden von Uni und Stasi unter Druck gesetzt, das weiß Jahn heute aus den

Akten. Zwischen Kneipenabend und Abstimmung hatte die Sektionsleitung alle noch einmal zusammengerufen und klargestellt, welche Konsequenzen ihr Votum haben würde. Nachher kamen sie jeder einzeln zu ihm: Günter beispielsweise, dessen Frau mit dem zweiten Kind schwanger war. Oder Hans-Jürgen, dessen Vater eine leitende Stellung in einem volkseigenen Betrieb hatte. Sie alle fürchteten, dass nicht nur sie selbst für ihre Handlungen bestraft würden, sondern auch ihre Angehörigen. Ein Dilemma, das auch Jahn kannte. Sein „Querulantentum“ gefährde „das Glück der ganzen Familie“, sagte sein Vater immer wieder.

Beschädigte Biografien

Der Fall Roland Jahn ist sicherlich einer der extremen. Entscheidungen, sich zu fügen oder zu widersprechen, mussten jedoch alle Studierenden in der DDR immer wieder treffen. Und trotzdem: Die Dinge, die die Studienzeit bis heute ausmachen – Partys im Wohnheim, Kneipenabende, Freundschaften fürs Leben – gab es natürlich auch in der DDR. Roland Jahn: „Wir alle wollten einen ordentlichen Beruf, Spaß haben und unser Ding machen. Irgendwo eine halbwegs sinnvolle Arbeit finden, in einem Kombinat, und mit Freunden und Familie leben.“



Im Studentenclub „Zur Rosen“ wird 1974 gefeiert – den Club gibt es bis heute.

Roland Jahn blieb das Studium nach seinem Rauschmiss verwehrt. Er arbeitete mehrere Jahre „zur Bewährung in der Produktion“ bei Carl Zeiss. Außerhalb des Unikosmos fühlte er sich freier, seine Meinung öffentlich zu sagen und provozierte mit immer neuen Aktionen. Nachdem er mit einer kleinen polnischen Fahne und dem Schriftzug „Solidarnosc z polskim narodem“ (Solidarität mit dem polnischen Volk) am Fahrrad durch Jena gefahren war, ging er für sechs Monate in Haft. 1983 schob die Stasi ihn gewaltsam in die Bundesrepublik ab, wo Jahn zu einem wichtigen Unterstützer der Opposition im Osten wurde. Und es trat das ein, wovor er immer Angst hatte: Andere mussten für sein Verhalten bezahlen. Der Vater hatte die Jugendabteilung des FC Carl Zeiss Jena mit aufgebaut, einen Tag nach der Abschiebung des Sohnes wurde er aus dem Verein, seinem Lebenswerk, ausgeschlossen.

Nach vier Jahrzehnten hat Jahn nun doch noch seinen Studienabschluss bekommen, und zwar im selben Gebäude, in dem er die Ausbürgerung Wolf Biermanns einst in Frage gestellt hatte. So wie er heute „Respekt für seine Biografie“ erfahre, zolle er auch denjenigen Respekt, „die sich mit ihrem Handeln auseinandersetzen“, sagte er.

Vor wenigen Jahren meldete sich plötzlich einer seiner ehemaligen Mitstudierenden. Auch er hatte den Tag niemals vergessen, an dem er für die eigene Karriere gegen Jahn stimmte. So litten auf lange Sicht beide Seiten unter dem Druck der Diktatur: die, die sich trautes, aufzustehen, und die, die sich fügten.

Nur ein einziger Kommilitone hatte sich damals nicht einschüchtern lassen: Ulli, ein lockerer Typ, der „alles ganz entspannt sah“, stimmte ungeachtet aller Drohungen gegen Roland Jahns Rauswurf. Passiert ist ihm nichts.

24. August 2018, 18:56 Arbeitswelt

"Das Smartphone ist eine reine Zeitklu-Maschine"

- Das Smartphone ist immer dabei, es lenkt ab, die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit verschwimmen. Birkenstock-Chef Oliver Reichert hat darauf keine Lust mehr.
- Der Manager schafft sein Smartphone ab. Er will sich wieder auf das Wesentliche konzentrieren können.
- Auch andere Unternehmen schränken die Smartphone-Nutzung ihrer Mitarbeiter ein.

Von Michael Kläsger und Christoph Gurk

Oliver Reichert ist viel unterwegs als Chef von Birkenstock. Die Gesundheitsschuhe aus dem Westerwald sind längst zur Weltmarke geworden. Birkenstocks gibt es überall in Europa, aber auch in Tokio, Schanghai oder Rio. Und das Geschäft boomt. Deswegen ist Reichert viel unterwegs, mal in Australien, dann in den USA und danach in Brasilien. Er verbringt also viel Zeit im Flugzeug oder auf Flughäfen.

Man müsste deshalb meinen, die Erfindung des Smartphones ist für jemanden wie Reichert ein Geschenk: ein global einsetzbares Gerät für einen global agierenden Manager. Aber das Gegenteil ist der Fall, Reichert hat die Nase voll: "Ich habe vor, wieder ein normales Telefon zu benutzen." Ohne mobiles Internet, ohne Schnickschnack, der nur ablenkt. Und mit dieser Meinung ist der Birkenstock-Chef längst nicht mehr allein.

Zwar werden auch dieses Jahr wieder weltweit mehr als eine Milliarde Smartphones verkauft werden, gleichzeitig aber wächst das Unbehagen bei den Kunden: Das Handy, das ja eigentlich der praktische Helfer in allen Lebenslagen sein sollte, wird zunehmend als Störer und Aufmerksamkeitsfresser empfunden.

Und das ist kein Zufall, glaubt man dem Center for Humane Technology. Die Mitglieder der Organisation haben bei Konzernen wie Apple, Facebook und Google gearbeitet - und werfen ihren alten Arbeitgebern nun vor, die Nutzer ganz bewusst abhängig zu machen: mit Nachrichtenfeeds, die kein Ende haben; mit Like-Buttons und Herzchen, die Usern das schöne Gefühl von Bestätigung geben; mit Push-Benachrichtigungen; mit speziell programmierten Algorithmen, die Nutzer möglichst lang fesseln sollen. Apple, Facebook und Google, sagen die Gründer des Center for Humane Technology, bedienen sich also letztlich der gleichen Mechanismen wie Spielautomaten - mit dem Unterschied, dass das Smartphone eben jederzeit in der Hosentasche steckt.

"Das Smartphone ist eine reine Zeitklu-Maschine", sagt Birkenstock-Chef Reichert. "Man will einmal kurz darauf schauen, um etwas zu checken, und bleibt dann stundenlang daran hängen und wird mit Dingen konfrontiert, die man gar nicht wissen wollte." Und er sagt das mit dem Smartphone-Verzicht nicht nur so. Er zieht das auch durch. Nicht, weil er sich drücken oder Arbeit vom Hals halten wollte. Sondern weil er sich wieder auf das Wesentliche konzentrieren möchte.

Tech-Unternehmen führen neue Funktionen ein

Tatsächlich reagieren erste Firmen auf die Kritik: Die Fotoplattform Instagram beispielsweise testet eine Funktion, die Nutzer darauf hinweist, wenn sie alle neuen Bilder ihrer Abonnements gesehen haben. Google will in sein Android-Betriebssystem künftig Anwendungen einbauen, mit denen man die Zeit begrenzen kann, die man in bestimmten Apps verbringt. Und Apple, schätzen Experten, könnte bald nachziehen.

Letztendlich dürfte dies alles aber dennoch kaum mehr als Krisen-PR sein. Schließlich verdienen die Tech-Firmen auch weiterhin Geld mit Werbung. Und je mehr Aufmerksamkeit die Nutzer ihren Produkten schenken und je länger sie bei ihnen verweilen, desto größer ist am Ende der Gewinn für die Firmen.

Wer dem entrinnen will, der muss also selbst handeln, mit eigenen Maßnahmen gegen die Handy-Sucht, oder aber, indem man das Smartphone ganz verbannt, so wie Oliver Reichert. Er sagt: "Smartphones bedeuten einen echten Verlust an Lebensqualität." Schließlich ist Reichert - Vollbart, dichtes Haar, dazu leger gekleidet mit offenem Hemd und löchriger Jeans - nicht nur Birkenstock-Chef, sondern auch ein Familienmensch und darauf bedacht, dass die Familie nicht zu kurz kommt. Da kann die "Zeitklaumaschine" schon stören. "Deswegen muss man sich davon trennen", sagt er.

Längst geht es aber auch nicht mehr nur um ein Plus an Freiheit in der Freizeit. Es geht auch ums Geschäft. Denn hinter der Weltmarke Birkenstock steckt zwar ein großer deutscher Mittelständler, dessen Ressourcen aber auch nicht unbegrenzt sind. Reichert bekommt nicht für alle Entscheidungen und jedes Treffen eine perfekt ausgearbeitete Vorlage. Seine Mitarbeiter können und sollen nicht alles für ihn erledigen. Die Arbeit muss er schon selber machen. Deswegen ist er ja so viel unterwegs, um ständig im Kontakt mit den Märkten und den Kunden zu sein und um so die besten Entscheidungen zu treffen. Das ist ihm wichtig, das hat allerbeste Priorität.

Das Smartphone aber hält ihn genau davon eher ab, als dass es ihm dabei nutzt. Wer immer und für alle ansprechbar sein will, für den kann das Smartphone auch zum Fluch werden. Am Ende sind es zu viele Mails, zu viele Nachrichten, eine nicht mehr überschaubare Flut unwichtiger Informationen.

Deswegen will Reichert die Uhr auf null stellen. Wann das soweit ist bei ihm, steht noch nicht fest. Aber er wird es tun. Birkenstock plant bereits, dann die Organisation entsprechend darauf einzustellen.

Vorbilder dafür, wie man mit der digitalen Kommunikation in einem Unternehmen umgehen kann - oder besser: wie man sie sinnvoll einschränken kann - gibt es bereits. Ausgerechnet die Telekom, Europas größtes Telekommunikationsunternehmen, war hier für Deutschland so etwas wie der Vorreiter. Der Vorstand des Konzerns hatte bemerkt, dass leitende Angestellte auch am Wochenende oft E-Mails schrieben und damit eine ganze Kaskade von weiteren Nachrichten hervorriefen.

"Der Abteilungsleiter fragte dann bei seinen Stellvertretern nach und die wiederum bei ihren Mitarbeitern", sagt Peter Kespohl von der Telekom. "Nach kurzer Zeit kamen so mal schnell zehn, fünfzehn Mails zusammen". Die Telekom reagierte mit einer freiwilligen Selbstverpflichtung, in der Führungskräfte ihren Mitarbeitern signalisieren können, dass sie keine Antwort auf E-Mails in der arbeitsfreien Zeit erwarten. Wie stark das Angebot angenommen wird, darüber gibt es bei der Telekom keine Untersuchungen.

Längst aber gibt es ähnliche Regelungen auch in anderen Konzernen. Bei BMW ist in der Betriebsvereinbarung ein Recht auf Unerreichbarkeit festgeschrieben, Daimler-Angestellte können Mails bei Abwesenheit automatisch löschen lassen und Volkswagen geht sogar noch weiter: Außerhalb der Kernarbeitszeiten werden die Server für Mails einfach abgeschaltet. Unter der Woche können Tarifbeschäftigte auf ihren Dienst-Smartphones darum zwischen 18.15 Uhr und 7 Uhr keine Mails empfangen oder versenden. Gleiches gilt am Wochenende, von Freitagabend bis Montagfrüh.

"Es hätte ja auch so jeder Beschäftigte die Möglichkeit, den Arbeitslaptop im Büro zu lassen oder das Diensthandy nach Feierabend auszuschalten", sagt ein Sprecher des Konzernbetriebsrats. "Aber nicht jeder macht das, und wenn dann am Feierabend oder am Wochenende eine Mail vom Vorgesetzten oder dem Kollegen kommt, kann das Erwartungsdruck auslösen." Den will man den Angestellten nehmen, darum das rigorose Blockieren der Server.

Auch ohne Smartphone bleibt der Manager erreichbar

"Die Mehrheit der Rückmeldungen zu dem Thema ist durchweg positiv", sagt der bei Volkswagen zuständige Koordinator im Gesamtbetriebsrat, Heinz-Joachim Thust. Unternehmerisch mag Volkswagen zwar gerade in der Krise stecken, das liegt aber sicher nicht an E-Mails, die nicht schnell genug gelesen wurden, zumal leitende Angestellte von der Regelung sowieso ausgeschlossen sind.

Ohnehin fällt auf, dass zwar in immer mehr Unternehmen die Über-Kommunikation und ständige Erreichbarkeit durch Smartphones zum Thema wird, die Diskussion aber meistens dann endet, wenn es um die Führungsetage geht. Zum Klischee vom Manager gehört eben immer noch das Smartphone und dabei spielt es keine Rolle, ob das Gerät bei der Arbeit hilft oder doch eher stört.

Dabei ist es nicht so, dass Birkenstock-Chef Oliver Reichert ohne Smartphone nicht mehr erreichbar wäre. Im Gegenteil. Man wird ihn auch weiterhin anrufen können, und das rund um die Uhr, wie das bei einem Topmanager so ist. Der Abschied vom Smartphone aber soll dabei helfen, Unwichtiges vom Wichtigen zu trennen. Dass das funktioniert, weiß Reichert aus eigener Erfahrung: "Wenn ich im Urlaub bin, halte ich mich schon ziemlich strikt daran, nicht ständig auf das Smartphone zu schauen", sagt er. "Aber wenn der vorbei ist, ist man wieder in der Hölle".

<https://www.zeit.de/2018/33/dienstpflicht-wehrdienst-zivildienst-pro-contra/komplettansicht>

Dienstpflicht: Unter Zwang fürs Vaterland?

Ein Pro und Contra zur Frage, ob Deutschland die Wehrpflicht und den Zivildienst wieder einführen soll

Von **Jochen Bittner** und **Stefan Schmitt**

8. August 2018, 16:56 Uhr Editiert am 9. August 2018, 18:37 Uhr DIE ZEIT Nr. 33/2018, 9. August 2018

AUS DER ZEIT NR. 33/2018



Dienstpflicht für alle? © REUTERS/Fabrizio Bensch; Friso Gentsch dpa/lnw

Ja: Es gibt längst wieder eine Bedrohung

Von *Jochen Bittner*

Seien wir ehrlich: Unsere Republik hat Risse. Nach fast vier Jahren Migrationskrise wissen wir Deutschen genauer, was uns trennt, und weniger, was uns eint. Hand hoch, wer hat bei öffentlichen oder privaten Debatten in letzter Zeit noch nie gedacht: Wer solche Mitbürger hat, braucht keine äußeren Feinde mehr?

Für ein Land, das noch etwas vorhat, etwa die Eingliederung Hunderttausender Menschen aus teils sehr andersartigen Kulturen, wird es Zeit, diesen Fliehkräften etwas entgegenzusetzen.

Ein verpflichtendes "Gesellschaftsjahr" bei der Bundeswehr oder in sozialen Einrichtungen, wie es Teile der Union fordern, wäre eine solche Gegenbewegung. Es wäre die gelebte Wiederherstellung dessen, was immer mehr Deutsche vermissen: das Vertrauen darauf, dass trotz aller Meinungsunterschiede die Bewohner dieses Landes bereit sind, füreinander einzustehen.

Aber darf man dafür ein Lebensjahr beschlagnahmen? Wie immer man es nennt, Deutschlandjahr oder soziales Jahr: Es wäre ein Eingriff in die Freiheit, der in seiner Schwere knapp unterhalb einer Gefängnisstrafe läge. Solch ein Zwang kann nur mit einem überragend wichtigen Grund gerechtfertigt werden: mit der Bedrohung dieser Freiheit selbst. Allein deswegen erlaubt das Grundgesetz in Artikel 12 a eine Ausnahme vom Verbot der Zwangsarbeit: die Wehrpflicht. Ein "Gesellschaftsjahr" müsste dieselbe hohe Hürde nehmen. Es wäre nur

denkbar, wenn Deutschland neuerdings wieder stärker bedroht würde. Dann wäre es geboten, persönliche Freiheit zu opfern, um grundlegende Freiheiten zu verteidigen.

Tatsächlich gibt es drei große Veränderungen, die sich gegenseitig verstärken: der russische Neoimperialismus, die neue amerikanische Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der EU und die Erosion internationaler Regeln. Doch all diese Tendenzen rechtfertigen noch nicht die Zwangsrekrutierung Hunderttausender. Sie verpflichten die Bundesregierung zunächst einmal dazu, die Berufsbundeswehr von einem skandalösen Mangelbetrieb in eine schlagkräftige Armee zu verwandeln.

Allerdings hat sich in den vergangenen Jahren noch etwas anderes verändert, etwas Fundamentales: die Art der Angriffe auf die freiheitliche Demokratie selbst. Man spricht von hybrider Kriegsführung. Dies bedeutet, dass gar kein Schuss mehr abgefeuert werden muss, um den Gegner zu treffen, stattdessen wird zunächst auf das wichtigste Organ des Staatskörpers gezielt, auf die Köpfe der Bürger.

Wenn Wladimir Putin davon spricht, die herrschenden Eliten Europas strebten die Zerstörung der Vaterländer an, sie stellten die "moralischen Grundlagen und jede traditionelle Identität" infrage – dann ist dies der Versuch, die Legitimität von Demokratien zu zerstören. Dschihadisten zielen mit jedem Terroranschlag auf die Bereitschaft der Bevölkerung, zwischen Islam und Islamismus zu unterscheiden. Das ist der Versuch, die Bürgerschaft zu spalten.

Die Massenzuwanderung seit dem Jahr 2015 hat beide Tendenzen der Entfremdung verstärkt, jene zwischen "oben und unten" sowie jene zwischen "denen und uns". Und weil die Deutschen in die sozialen Netzwerke eingewandert sind, lernen sie sich gerade neu kennen – mit der Unversöhnlichkeit von Lagern, die sich auf der jeweils richtigen Seite der Geschichte wähnen.

Nicht nur wegen der zunehmenden außenpolitischen Bedrohungen, sondern auch wegen der wachsenden Ressentiments innerhalb des Landes wäre ein allgemeiner Pflichtdienst zu rechtfertigen – als Rückversicherung der Solidarität. Anders als die alte Wehrpflicht sollte eine neue Dienstpflicht die sozialen Schichten gezielt mischen. Und weil aus einem unterschiedlichen Körperbau keine unterschiedlichen Rechte und Pflichten folgen dürfen, müsste der Dienst auch für Frauen gelten. Außerdem für anerkannte Flüchtlinge. Es gibt schließlich keine bessere Integration als gelebte Identifikation.

Ein Pflichtdienst würde dieses Land sicherer machen, denn er wäre ein Zeichen republikanischer Stärke: Bürger, die das Wohlergehen anderer Bürger verteidigen – mit mindestens einem Jahr ihres Lebens.

Contra von Stefan Schmitt

Nein: Im Nachhinein wird der Zivildienst verklärt

Von Stefan Schmitt

Ein verpflichtendes Dienstjahr für alle jungen Menschen wäre falsch. Falsch für die Bundeswehr, weil es deren Probleme nicht lösen könnte. Und falsch für die Gesellschaft, die für einen solchen Zwangseinsatz einen hohen Preis zahlen müsste, praktisch wie moralisch.

Zuerst zur Bundeswehr. Über welche Mängel wird da seit Jahren diskutiert? Darüber, dass die Marine erstmals kein einsatzbereites U-Boot hatte. Darüber, dass Jets oder Panzer als Ersatzteillager erhalten, damit wenigstens ein paar Exemplare starten können. Darüber, dass hoch spezialisierte Zeit- und Berufssoldaten durch die vielen Auslandseinsätze übermäßig belastet werden. Die Aufzählung ließe sich fortsetzen. Das ist der Rahmen, in dem Soldaten beiderlei Geschlechts im Dienst für Deutschland ihr Leben riskieren, freiwillig.

Worüber seit Aussetzung der Wehrpflicht im Sommer 2011 eher selten diskutiert wurde, das ist ihre Wiederbelebung. Warum? Weil diese Idee gegen keinen der erwähnten Missstände Abhilfe verspricht. Und weil sie gut begründet sein müsste. So gut, dass sie vor den Verfassungsrichtern bestehen könnte.

Auch in der aktuellen Debatte wird ja kaum dargelegt, welche militärischen Vorteile der Wehrdienst angesichts neuer Unsicherheiten böte. Stattdessen sprechen alle über eine nebulöse "allgemeine Dienstpflicht". Dabei aber geht es den meisten vor allem um einen neuen Zivildienst, wie immer man ihn auch nennen mag.

In dieser Vorstellung vermischen sich gut klingende Absichten und leichtes Reden mit rührseliger Verklärung des alten Zivildienstes. Darum seien – von einem Zivi, der in den 90er-Jahren in einem Krankenhaus seinen Dienst von recht mäßigem Nutzen für das Gemeinwohl leistete – vier zornige Argumente in die Debatte geworfen:

1. *Unfair* – Jeder, der den Dienst an der Waffe verweigerte, musste früher Ersatzdienst leisten, längst nicht alle anderen wurden einberufen. Die altbundesrepublikanische Vokabel "Wehrgerechtigkeit" erinnert daran. Fielen nun auch noch junge Frauen unter die neue Pflicht, es gälte, Jahrgänge von mehr als 700.000 Menschen nicht nur sinnvoll zu verteilen, sondern auch fair. Wer könnte das organisatorisch garantieren?

2. *Unökonomisch* – Hunderttausenden Menschen ihre Ausbildung oder ihr Studium zu verzögern, wodurch sie später und kürzer in die Sozialsysteme einzahlen würden, kann nicht ohne volkswirtschaftlichen Schaden bleiben. (Und dass die neuen Zivis wenigstens den Mindestlohn beziehen sollten, war bislang nicht zu vernehmen.)

3. *Unklar* – "Arbeitsmarktpolitische Neutralität" hieß die Lebenslüge des alten Zivildienstes. Einerseits kosteten die Zivis ihre Dienststellen Geld, andererseits sollten mit ihnen keinesfalls reguläre Stellen besetzt werden. Denn sie sollten nicht zu Konkurrenten für reguläre Arbeitnehmer werden. Klingt weltfremd? War es auch. Kaum vorstellbar, dass im heutigen Pflegesektor mit seinen vielen unbesetzten Stellen Dienstleistende nicht Lücken büßen und zugleich das Lohnniveau drücken würden. Und was, wenn künftige Zivi-Zahlen weit höher lägen als frühere: Sollen sich dann etwa die Klinikkonzerne freuen?

4. *Unverhältnismäßig* – Es ist verräterisch, wie viel Gemeinnutz gerade in einen Zwang hineinprojiziert wird, den man anderen Menschen auferlegen möchte. Den Zusammenhalt der Gesellschaft stärken, das sollen die Jungen machen.

Bei allen Mängeln der alten und einer möglichen neuen Dienstpflicht geht es im Kern um Gerechtigkeit. Müssten die Kinder und Jugendlichen von heute bald dienen, es wäre eine Generationen-Ungerechtigkeit. Noch eine.

Die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er-Jahre besetzen heute viele Posten im Land. Bei der Bundestagswahl war jeder zweite Wahlberechtigte älter als 52 Jahre. Einem Rentner stehen immer weniger Beitragszahler gegenüber. Bislang wurde weder das Elend aus den Altenheimen vertrieben noch das Wohlstandsgefälle im Land gemindert oder der Raubbau an der Natur gestoppt.

Das ist der Kontext dieser Debatte. Niemand wird wohl bestreiten, dass diese Gesellschaft mehr Gemeinsinn und Empathie vertragen könnte. Nur lässt sich beides nicht erzwingen.

CDU: Kramp-Karrenbauer regt Dienstpflicht für Flüchtlinge an

Die CDU-Generalsekretärin will, dass auch Asylbewerber ein allgemeines Dienstjahr absolvieren. Dies diene ihrer Integration und erhöhe die Akzeptanz in der Bevölkerung.

25. August 2018, 1:46 UhrQuelle: ZEIT ONLINE, dpa, Reuters, mp[288 Kommentare](#)



CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer © Michael Kappeler/dpa

In der Debatte über eine allgemeine Dienstpflicht für junge Männer und Frauen bei der Bundeswehr sowie im sozialen Bereich hat sich CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer dafür ausgesprochen, dass auch Asylbewerber in Deutschland ein Dienstjahr machen sollten. "Wenn Flüchtlinge ein solches Jahr absolvieren, freiwillig oder verpflichtend, dient das ihrer Integration in Staat und Gesellschaft", sagte sie den Zeitungen der Funke Mediengruppe und der französischen Zeitung *Ouest-France*. In der Bevölkerung werde dies zudem "die Akzeptanz erhöhen, dass Flüchtlinge bei uns leben".

In der Union waren zuletzt Forderungen nach einer Wiedereinführung der Wehrpflicht oder der Schaffung einer allgemeinen Dienstpflicht laut geworden. Kramp-Karrenbauer sagte, in der CDU seien viele dafür, dass dieser Dienst ein Jahr dauern und für Männer und Frauen gelten solle. "Und sie gehen auch davon aus, dass der Dienst nicht nur für deutsche Staatsangehörige gilt, sondern auch für Flüchtlinge und Asylbewerber, die volljährig sind und in Deutschland leben." Sie halte das für einen "überlegenswerten Ansatz".

Viele CDU-Mitglieder hätten den Eindruck, dass Rechte und Pflichten eines Staatsbürgers nicht mehr im richtigen Verhältnis seien, sagte Kramp-Karrenbauer. Viele Menschen schauten immer mehr nur auf sich selbst. "Ein Dienst an der Gesellschaft und am Vaterland könnte den Zusammenhalt stärken."

Für das neue Grundsatzprogramm der CDU sollen ihren Angaben zufolge vier Modelle eines Dienstjahres entwickelt werden. "Eines davon werden wir im nächsten Wahlkampf vertreten", kündigte sie an.

Die SPD äußerte sich eher skeptisch zu dem Vorschlag und sprach sich für die Stärkung des freiwilligen Engagements im sozialen Bereich aus.

Warum es okay ist, als Studentin eine Putzhilfe zu haben

Nein, es ist nicht unmoralisch, wenn jemand anders meine WG sauber macht.

Von Nada Assaad



„Findest du es nicht krass, andere für dich arbeiten zu lassen?“ *Illustration: Daniela Rudolf / Foto: Silvia Marks / dpa-tmn*

Als ich von Zuhause auszog, um zu studieren, landete ich in einer Neuner-WG in Bonn. Ich hatte allerlei Erwartungen und keinerlei Ahnung, wie das WG-Leben aussehen würde. Ich hoffte auf wilde Partys und Jamsessions. Die eigentliche Quintessenz des gemeinschaftlichen Lebens lernte ich jedoch schneller kennen, als mir lieb war: Als ich eines Morgens am Wasserhahn in der Küche Schimmel entdeckte, klebte ich ein Post-it mit der Aufschrift „Achtung, Schimmel!“ an die Spüle. Ich fühlte mich wahnsinnig erwachsen, weil ich mitgedacht hatte, bis meine Mitbewohnerin wutentbrannt mit dem Post-it in meinem Zimmer stand: „Warst Du das?“ Ich bejahte ihre Frage und starrte in ein hochrotes Gesicht. „UND WARUM MACHST DU DAS NICHT EINFACH WEG?“

In meinen Sturm-und-Drang-Zeiten lernte ich noch viele solcher Lektionen. Vergeblich versuchten meine Mitbewohner, die Leidenschaft fürs Putzen in mir zu wecken. Sie zeigten mir, wie man schnell und effektiv putzt, bemalten den Putzplan mit Herzchen und lobten mich, wenn ich grummelig den Wassereimer durch die Wohnung trug. Mein Putzhass blieb trotzdem unverändert. Ich versuchte deswegen, so wenig Dreck wie möglich zu machen, um meinem Dienst zu entkommen. Meine Denke war: Wenn da nix ist, muss ich auch nix wegmachen. Am Frühstückstisch erzählte ich meinen Mitbewohnern immer davon, wie schädlich es für die Umwelt ist, Putzmittel in den Abfluss zu schütten. Und wenn alles nichts half und ich doch ranmusste, entwickelte ich Strategien, die das Putzen für mich irgendwie erträglich machten. Wenn niemand guckte, tanzte ich mit meinen Füßen auf einem Lappen durch den Raum, bis alles mit Feuchtigkeit bedeckt war. Das war damals meine Auffassung von „putzen“. Eigentlich ist das heute noch so.

Anders als manche meiner Freunde, die putzen entweder als Entspannung oder Work-out sehen, kann ich bis heute einfach keine Geduld und Muße dafür aufbringen. Keineswegs bin ich mir zu „fein“ dafür. Es macht mir einfach keinen Spaß und Dinge, die mir keinen Spaß machen, mache ich nicht gut. Was uns zu dem eigentlichen Problem führt, dass ich an sich ein sauberer Mensch bin, der gerne Ordnung um sich herum hat. Und dieses Dilemma brachte mich eines Tages dazu, nach einer Putzhilfe zu suchen.

Mittlerweile wohnte ich in einer Zweier-WG, meine Mitbewohnerin fand meine Idee gut. Ich suchte bei „Stellenwerk“, eine Seite, die Jobs für Studenten vermittelte. Eine junge Studentin bot in ihrer sympathischen Anzeige ihre Dienste als Putzhilfe an. Ich schrieb ihr, sie kam zwei Tage später vorbei, ich war begeistert von ihrer Arbeit– und ab dann kam sie

einmal in der Woche. Da meine Mitbewohnerin und ich uns die Kosten teilten, konnten wir mehr zahlen, als den Mindestlohn. Ich war zufrieden, meine Mitbewohnerin war zufrieden, unsere Putzhilfe war zufrieden.

Nur meine Freunde fanden das alles etwas merkwürdig. Immer wieder kritisierten sie mich für meine Entscheidung. Als Studentin, so der Konsens, dürfe man sich keine Putzhilfe leisten. Manche Freunde sagten mir, ich solle mir von meinem wenigen Geld doch nicht auch noch „überflüssige“ Dienstleistungen kaufen (und ich fragte mich dann immer: Ist es nicht mindestens genauso überflüssig, am Wochenende Geld für die Intoxikation des Körpers auszugeben?). Andere Freunde fragten mich: „Kannst Du nicht selber putzen?“ und „Findest Du das nicht krass andere für Dich arbeiten zu lassen?“ Oder sie betonten noch mal: „Also mir macht putzen Spaß!“

In manchen dieser Reaktionen schwang die Kritik mit, dass „den Dreck anderer Leute wegmachen“ eine Sklavenarbeit sei, die stark an hierarchische Strukturen erinnere. Denn Putzhilfen werden oft mit reichen Haushalten assoziiert, die sie als Statussymbol engagieren: Schaut her, ich putze nicht, ich lasse putzen. Das negative Image wird dadurch verstärkt, dass es leider viele illegale Putzhilfen mit Migrationshintergrund gibt, die putzen müssen, um zu überleben. Als Arbeitgeber macht man sich aus der Sicht der Außenstehenden so doppelt strafbar, moralisch und gesetzlich.

Aber trotz der Kritik meiner Freunde fand und finde ich es in Ordnung, eine Putzhilfe zu engagieren. Man muss einfach nur ein paar Dinge beachten. Man sollte zum Beispiel unbedingt über seriöse Plattformen, die sich auf die Vermittlung von Putzhilfen spezialisiert haben, suchen. Damit ist gewährleistet, dass die Putzhilfen angemeldet sind und eine Krankenversicherung bekommen. Außerdem sollte man die Person, die da kommt, nicht dem völligen Chaos aussetzen, das wäre respektlos. Das Aufräumen, bevor die Putzhilfe kommt, ist Pflicht, obwohl das für manche Menschen vielleicht unsinnig klingt.

Außerdem ist es überhaupt nicht so, dass man sich zwangsweise über eine Person stellt, die für einen putzt. Putzen ist ein Job und es gibt viele Menschen, die ihn machen, weil sie gerne und vor allem gut putzen – im Gegensatz zu mir. Ich erinnere mich an eine Freundin, die während ihrer Studienzeit putzen ging. Sie hatte sich über die mangelnde Sauberkeit bei einem Kumpel beschwert, der ihr erzählte, dass er es neben der Arbeit einfach nicht schaffte. Sie bot ihm daraufhin an, für ihn sauber zu machen. Das BAföG-Amt hatte ihr vor Kurzem das Geld gekürzt und sie hatte sich sowieso nach kleineren Nebenjobs umgeschaut. Hinzu kam, dass sie ein richtiger Putzfreak war und Saubermachen zu ihren Hobbys gehörte. Eine Win-win-Situation.

Ich fand das interessant und fragte mich, wie das bei anderen aussieht. Mit unserer Putzhilfe pflegte ich ein freundschaftliches Verhältnis. Sie war ja auch Studentin, in ihren Pausen unterhielten wir uns oft über Unikram. Eines Tages fragte ich sie, ob sie es unangenehm fände, bei anderen Menschen zu putzen. Sie lachte und sagte, sie mache das gerne. Sie putze überall mit derselben Leidenschaft, ob Zuhause oder bei anderen. Ich hakte mehrmals nach, um sicher zu gehen, dass sie das nicht sagte, weil sie „musste“. Sie beteuerte, dass es ihr wirklich Spaß mache. Am meisten mochte sie, dass sie direkt die Früchte ihrer Arbeit sehen konnte, wenn hinterher alles blitzblank war.

Auch heute habe ich noch eine Putzhilfe. Eine Mittvierzigerin, die supercool und offen ist. Wenn sie kommt, quatschen wir bei einem Kaffee erst mal über alles Mögliche. Trotzdem versuche ich, aus dem Haus zu gehen, während sie arbeitet, damit sie nicht das Gefühl bekommt, ich würde ihr auf die Finger schauen.

Wenn ich wiederkomme und meine Wohnung glänzt, bedanke ich mich meistens noch mal auf Whatsapp für ihre Arbeit. „Gerne“, schreibt sie mir dann immer, mit einem Smiley dahinter. Mein Bauchgefühl sagt mir, dass sie das ernst meint.

<http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/region-und-hessen/wiesbaden-laesst-statue-von-erdogan-ueber-nacht-entfernen-15760747.html>

WIESBADEN:

Stadt baut Erdogan-Statue ab

- AKTUALISIERT AM 29.08.2018-03:17



In der Nacht rückten Feuerwehr und Polizei an: Das goldene Standbild des türkischen Präsidenten mitten in Wiesbaden wurde abgeräumt. Zuvor hatte es Handgreiflichkeiten an dem als Kunst gedachten Objekt gegeben.

Die Stadt Wiesbaden hat die als Teil eines Kunstfestivals aufgestellte Statue des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan abbauen lassen. Die Sicherheit habe nicht mehr gewährleistet werden können, teilte die Stadt am späten Dienstagabend über Twitter mit. Auf Twitter teilte die Polizei am frühen Mittwochmorgen Bilder, auf denen die Statue mit einem Feuerwehrkran entfernt wurde. Die Räumung des Platzes, auf dem die rund vier Meter hohe und goldfarbene Statue seit Montag stand, war nach Polizeiangaben ohne besondere Vorkommnisse verlaufen.

Am Dienstagabend hatten sich Anhänger und Gegner des umstrittenen türkischen Präsidenten Erdogan heftige Wortgefechte an der Statue geliefert. Ein Polizeisprecher berichtete von einer „leicht aggressiven Stimmung“, jedoch blieb es demnach bei einem verbalen Schlagabtausch. Gegenüber FAZ.NET erklärte Ordnungsdezernent Oliver Franz, es sei zu verbalen Auseinandersetzungen und auch Handgreiflichkeiten gekommen. „Auch Stichwaffen wurden gesichtet.“

Stadtverwaltung überrascht

Die Kunstinstallation im Rahmen der Wiesbaden Biennale hatte viel Aufsehen erregt und für Irritationen gesorgt. Auch die Stadtverwaltung zeigte sich überrascht. Im Vorfeld der Biennale sei das Aufstellen einer „mensenähnlichen Statue“ genehmigt worden, hatte die Stadt am Dienstag mitgeteilt. Es sei aber nicht klar gewesen, „dass es sich um eine Erdogan-Statue handeln wird“.

Der Wiesbadener Staatstheater-Intendant Uwe Eric Laufenberg verteidigte die Aktion als ein Statement für die freie Meinungsäußerung. „Wir haben die Statue aufgestellt, um über Erdogan zu diskutieren“, erklärte Laufenberg. „Das geht überall. Die Kunst ist dazu da, zu zeigen, wie es ist.“ Das sei nicht immer leicht zu verstehen. „Aber in einer Demokratie muss man alle Meinungen aushalten.“

Provokante Kunst

Einschreiten wollte die Stadt trotz der Proteste zunächst nicht – solange von der Kunstaktion keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgeht. Die Stadtregierung, der Magistrat, bekenne sich zur im Grundgesetz verankerten Kunstfreiheit, erklärten die Verantwortlichen. Es sei auch klar gewesen, dass die Biennale provoziere und diskussionswürdige Aktionen plane.

Zahlreiche Neugierige und Passanten hatten das Kunstwerk auf dem zentral in der hessischen Landeshauptstadt gelegenen Platz der Deutschen Einheit in Augenschein genommen. „Wir haben eine Reihe von irritierten Bürgern, die bei uns anrufen. Es ist für viele nicht erkennbar, dass es im Rahmen der Biennale läuft“, sagte eine Stadt-Sprecherin.

Das Kunstfestival Biennale läuft seit verganginem Donnerstag in Wiesbaden und dauert noch bis kommenden Sonntag. In diesem Jahr steht es unter dem Motto „Bad News“.

29. August 2018, 09:21 Uhr

Nach Protesten in Wiesbaden

Gold-Erdoğan wieder abgebaut



Wiesbaden in der Nacht auf Mittwoch: Mit Hilfe eines Krans entfernt die Feuerwehr die Erdoğan Statue. (Foto: Sebastian Stenzel/dpa)

- In Wiesbaden war im Rahmen eines Kunstfestivals, das noch bis 2. September läuft, eine goldene Statue des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan aufgebaut worden.
- Nach längerer Debatte hatte die Stadt am Dienstag zunächst entschieden, sie stehen zu lassen.
- Weil es in der Nacht zum Mittwoch vermehrt zu Auseinandersetzungen zwischen Gegnern und Anhängern Erdoğan kam, ließ die Stadt die Statue entfernen.

Die Stadt Wiesbaden hat die als Teil eines Kunstfestivals aufgestellte Statue des türkischen Staatspräsidenten [Recep Tayyip Erdoğan](#) abbauen lassen. Die Sicherheit habe nicht mehr gewährleistet werden können, teilte die Stadt am späten Dienstagabend per Twitter mit. Die Feuerwehr rückte kurz nach Mitternacht an, um die vier Meter hohe Statue mit einem Kran zu entfernen.

Am Dienstagabend war es zu Auseinandersetzungen zwischen Anhängern und Gegnern des türkischen Präsidenten gekommen. Ein Polizeisprecher berichtete von einer "leicht aggressiven Stimmung", jedoch blieb es demnach bei einem verbalen Schlagabtausch. Der *Wiesbadener Kurier* dagegen zitierte Ordnungsdezernent Oliver Franz, wonach es auch zunehmend zu Handgreiflichkeiten gekommen sei. "Auch Stichwaffen wurden gesichtet." Die hessische Landespolizei habe schließlich empfohlen, die Statue zu entfernen.

Schon kurz nach ihrer Enthüllung im Rahmen der Wiesbaden Biennale hatte die Kunstinstallation kontroverse Reaktionen ausgelöst. Jemand schrieb "türkischer Hitler" auf die Statue. Ein grüner Penis prangte auf Erdoğan's linkem Bein. Die Statue provozierte aber nicht nur Abneigung. Zahlreiche Unterstützer des Präsidenten ließen sich mit Türkei-Flagge vor ihm fotografieren.

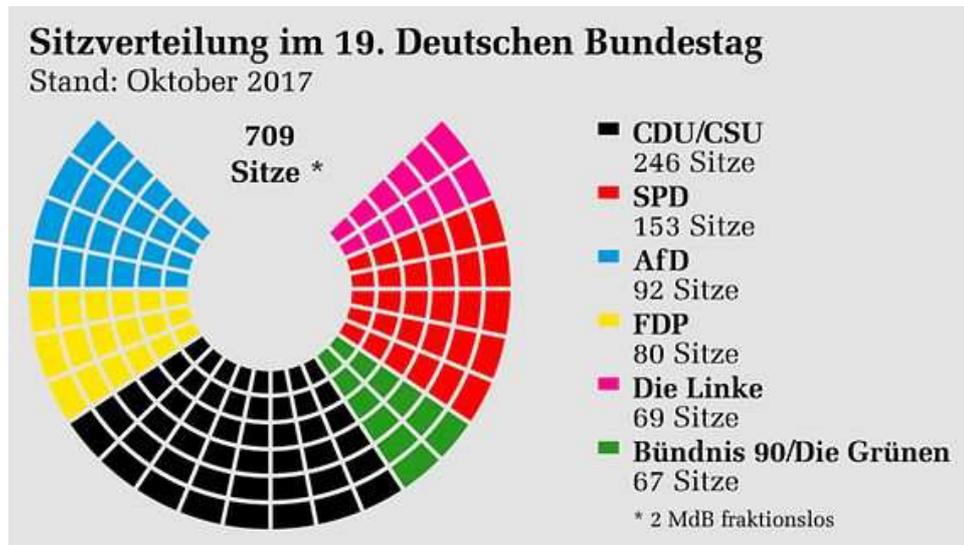
Erst wenige Stunden vor den Auseinandersetzungen am Dienstagabend hatte der Magistrat der Stadt getagt, um zu entscheiden, wie es mit der Statue weitergehen sollte. Und hatte eigentlich beschlossen, dass Gold-Erdoğan bis zum Ende der Biennale am 2. September stehen bleiben sollte. Die Statue sei "keine politische

Demonstration", sagte Oberbürgermeister Sven Gerich (SPD) kurz nach dem Beschluss dem *Wiesbadener Kurier*. "Der Magistrat ist der Meinung, dass das im Rahmen der Kunstfreiheit auszuhalten ist."

[Zahlreiche Neugierige und Passanten hatten das Kunstwerk auf dem zentral in der hessischen Landeshauptstadt gelegenen Platz der Deutschen Einheit in Augenschein genommen. „Wir haben eine Reihe von irritierten Bürgern, die bei uns anrufen. Es ist für viele nicht erkennbar, dass es im Rahmen der Biennale läuft“, sagte eine Stadt-Sprecherin.]

Im Vorfeld hatte das Kunstfestival die Genehmigung eingeholt, eine überlebensgroße menschliche Statue zentral in Wiesbaden errichten zu dürfen, bestätigt Gerich. "Dass es eine Statue von Erdoğan wird, war nicht bekannt." Man bekenne sich zur Kunstfreiheit, erklärten die Verantwortlichen. Einschreiten wollte die Stadt nur, wenn von der Kunstaktion eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgehe. Das hat sie nun getan. Die Biennale läuft unter dem Motto "Bad News".

Sitzverteilung im 19. Deutschen Bundestag

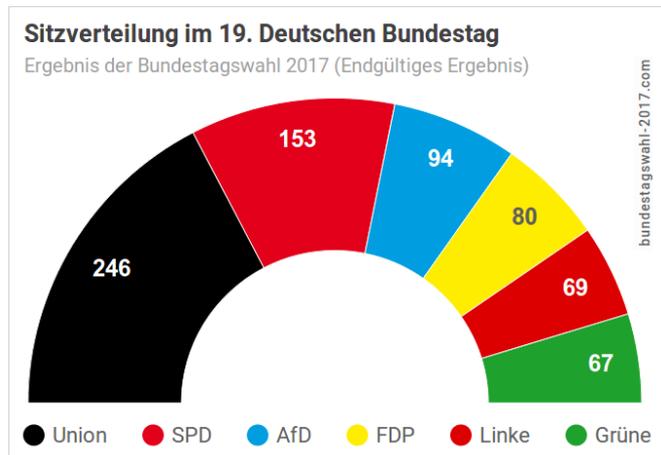


Durch die 22. Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 3. Mai 2013 ist ein neues Verfahren zur Berechnung der Sitzverteilung im Bundestag eingeführt worden. Beibehalten wird das System der personalisierten Verhältniswahl, in dem die Personenwahl im Wahlkreis (Erststimme) nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl mit der Verhältniswahl nach Landeslisten der Parteien (Zweitstimme) kombiniert wird. Neu ist, dass Wählerstimmen in zwei Verteilungsstufen mit je zwei Rechenschritten in Mandate umgerechnet werden. Allen vier Rechenschritten liegt das Verfahren "Sainte-Laguë/Schepers" zugrunde, das bereits zur Bundestagswahl 2009 angewendet wurde. Bei der Sitzverteilung werden nur Parteien berücksichtigt, die mindestens fünf Prozent der abgegebenen Zweitstimmen erhalten oder in mindestens drei Wahlkreisen ein Direktmandat errungen haben.

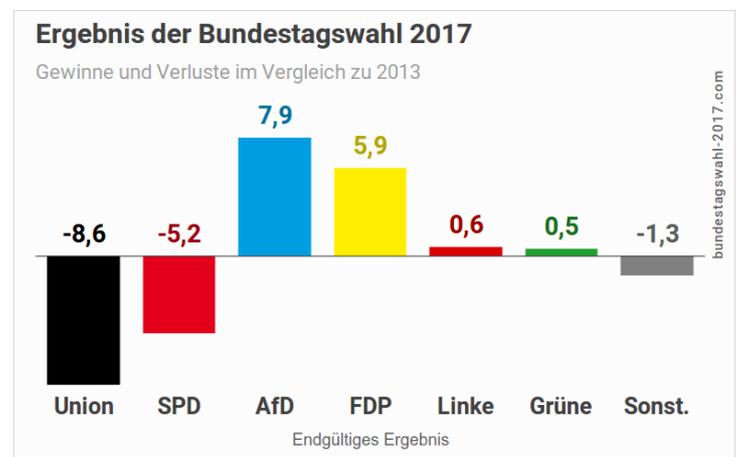
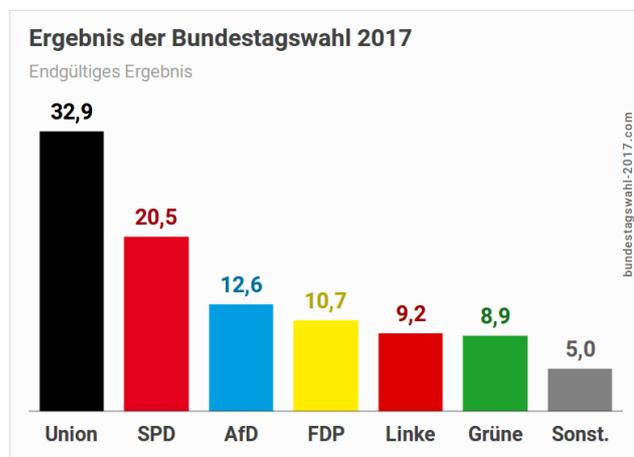
Direktmandate und Landeslisten

Fraktion	Direktmandate	Landeslisten	gesamt
CDU/CSU	231	15	246
SPD	59	94	153
AfD	2	90	92
FDP		80	80
Die Linke	5	64	69
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	1	66	67
fraktionslos	1	1	2
Bundestag gesamt	299	410	709

CDU/CSU bleibt trotz Verlusten stärkste Fraktion im Bundestag



Die CDU/CSU bleibt trotz herber Verluste die stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag. Bei der **Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am Sonntag, 24. September 2017**, konnte die CDU nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis des Bundeswahlleiters 26,8 Prozent der Zweitstimmen auf sich vereinigen (2013: 34,1 Prozent). Zusammen mit der CSU in Bayern, die 6,2 Prozent erhielt (2013: 7,4 Prozent), kommt die Unionsfraktion auf 32,9 Prozent der Zweitstimmen (2013: 41,5 Prozent). Es folgt die SPD mit 20,5 Prozent, was gegenüber 2013 (25,7 Prozent) ebenfalls einen deutlichen Rückgang bedeutet.



AfD auf Anhieb drittstärkste Kraft

Drittstärkste Kraft und zugleich neu im Parlament ist die Alternative für Deutschland (AfD) mit 12,6 Prozent. Sie war 2013 mit 4,7 Prozent noch an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert. Die FDP, die 2013 mit 4,8 Prozent den Wiedereinzug verfehlt hatte, ist nun mit 10,7 Prozent der Zweitstimmen erneut im Bundestag vertreten.

Die Linke, bisher die größere der beiden Oppositionsfraktionen, verbesserte sich leicht gegenüber 2013 (8,6 Prozent) und kam auf 9,2 Prozent. 8,9 Prozent erzielten Bündnis 90/Die Grünen, die ihren Stimmenanteil im Vergleich zu 2013 (8,4 Prozent) ebenfalls steigern konnten.

Die Ergebnisse aller übrigen 27 mit Landeslisten angetretenen Parteien summieren sich auf fünf Prozent der Zweitstimmen. Der Anteil der ungültigen Zweitstimmen betrug ein Prozent (2013: 1,3 Prozent), der Anteil der ungültigen Erststimmen lag bei 1,3 Prozent (2013: 1,5 Prozent).

709 Abgeordnete im 19. Deutschen Bundestag

Dem neuen Bundestag werden 709 Parlamentarierinnen und Parlamentarier angehören, 78 mehr als nach der Wahl 2013, 79 mehr als derzeit und 111 mehr als die Mindestzahl von 598 Sitzen. Auf die CDU entfallen 200 Sitze (2013: 255), darunter 185 Direktmandate (2013:191), auf die CSU 46 Sitze (2013: 56), ausschließlich Direktmandate (2013: 45 Direktmandate). Somit zählt die Unionsfraktion insgesamt 246 Abgeordnete, von denen 231 ihren Wahlkreis direkt gewonnen haben.

Die SPD verfügt über 153 Mandate (2013: 193), darunter 59 Direktmandate (2013: 58). Die AfD ist mit 92 Sitzen im Bundestag vertreten, darunter zwei Direktmandate in Sachsen. Das dritte Direktmandat hatte Dr. Frauke Petry gewonnen. Sie erklärte am 25. September, dem Tag nach der Wahl, der künftigen AfD-Fraktion nicht anzugehören, sondern fraktionslos zu sein. Am 12. Oktober erklärte zudem der über die nordrhein-westfälische Landesliste gewählte Abgeordnete Mario Mieruch seinen Austritt aus der AfD-Fraktion und aus der Partei AfD. Die AfD-Fraktion, der nach dem Wahlergebnis 94 Mandate zustanden, verfügt somit nur noch über 92 Sitze.

Fünf Direktmandate für Die Linke

80 Sitze entfallen auf die FDP, die keinen Wahlkreis direkt gewinnen konnte. Dagegen gewann Die Linke in fünf Wahlkreisen das Direktmandat (2013: vier Direktmandate) und erhält 69 Sitze (2013: 64). Bündnis 90/Die Grünen konnten wie schon 2013 ein Direktmandat erringen und sind mit 67 Abgeordneten vertreten (2013: 63).

Die 111 zusätzlichen Mandate, die sich aufgrund der Ausgleichsregelungen des Bundeswahlgesetzes ergeben, kommen den Parteien in folgendem Umfang zugute: CDU 36 Sitze, SPD 22 Sitze, AfD elf Sitze, FDP 15 Sitze, Die Linke zehn Sitze, Bündnis 90/Die Grünen zehn Sitze, CSU sieben Sitze.

Wahlbeteiligung von 76,2 Prozent

Die Wahlbeteiligung lag mit 76,2 Prozent etwas höher als vor vier Jahren (71,5 Prozent). 2009 war mit 70,8 Prozent die niedrigste Wahlbeteiligung in der Geschichte der Bundesrepublik ermittelt worden.

Von den Parteien, die unter der Fünf-Prozent-Hürde blieben und somit nicht ins Parlament einzogen, erhielten die Freien Wähler und Die Partei je ein Prozent der Zweitstimmen. Auf die Tierschutzpartei entfielen 0,8 Prozent, auf die Piraten und die NPD jeweils 0,4 Prozent, auf die ÖDP 0,3 Prozent, auf das Bündnis Grundeinkommen 0,2 Prozent und auf die Bayernpartei, die MLPD, die Allianz Deutscher Demokraten, die Tierschutzallianz, Demokratie in Bewegung, die Deutsche Mitte, die Partei für Gesundheitsforschung und die V-Partei³ jeweils 0,1 Prozent der Zweitstimmen. Ein Prozent der abgegebenen Zweitstimmen war ungültig. (vom/13.10.2017)

<https://www.nytimes.com/2018/08/29/world/europe/germany-erdogan-statue-removed.html>

Golden Statue of Erdogan Is Removed in German City

The statue of President Recep Tayyip Erdogan of Turkey was removed after it went up in Wiesbaden, Germany, on Tuesday.

By Melissa Eddy

• Aug. 29, 2018

Less than 28 hours after the Biennale art festival in the western German city of Wiesbaden set up a statue of the Turkish leader in a public square bearing the name “German Unity Place,” the mayor had it pulled down late Tuesday night, citing security concerns.

Sven Gerich, the mayor of Wiesbaden, a German city of about 275,000 people just west of Frankfurt, said on Wednesday that he and the city authorities valued freedom of art and sought to protect it, but that the statue — standing nearly four meters, or 13 feet — had crossed a line.

“An art installation that needs to be protected by a massive police presence in order to ensure the public peace was not proportional,” he said in a [statement](#) announcing that the statue, which went up Monday and was to have remained in place until the festival closed on Sunday, would not be reinstalled.

After the Wiesbaden authorities allowed the artist — the installation’s creator has not been identified by the Biennale organizers — to raise the statue, that was followed by a statement from the city on Tuesday. It expressed support for freedom of expression through art but warned that officials would intervene if they believed that the statue posed a threat to public safety.

Maria Magdalena Ludewig, a curator for the Biennale, which is running under the motto “Bad News,” had sought works and installations like the statue, hoping to foster the kind of open political debate that has become increasingly rare.

“We were aware that public room for consensus has become increasingly difficult,” she said. “Each camp has become very hardened, as have the lines of conflict when they butt up against one another.”

Uwe Eric Laufenberg, director of the Hessen state theater in Wiesbaden and of the Biennale, said opposing viewpoints were evident on Monday as people reacted to the statue.

Some people placed a candle traditionally used on graves beside a small sign reading, “Press freedom” next to the statue’s foot. Some people spat on it; others posed proudly beside the statue of the Turkish leader, taking selfies.

<http://www.fr.de/politik/meinung/kommentare/streit-um-erdogan-statue-mit-erdogan-verschwindet-die-kunsthfreiheit-a-1572425>

Streit um Erdogan-Statue

Mit Erdogan verschwindet die Kunstfreiheit

Recep Tayyip Erdogan in Wiesbaden: So platt wie das Spiel mit dem Denkmal des Autokraten waren die Reaktionen der Empörten. Und verloren hat die Freiheit der Kunst. Ein Kommentar.

29.08.2018 12:18 Uhr



Von Stephan Hebel

An Recep Tayyip Erdogan ist so gar nichts Witziges. Aber die Kunstaktion in Wiesbaden, bei der der türkische Präsident jetzt die Hauptrolle spielte, steckt voller Witze. Es sind keine guten.

Der erste schlechte Witz ist die goldene Statue selbst, die ein unbekannter Künstler im Rahmen der Wiesbadener Biennale aufgestellt hatte. Wenn er provozieren wollte, hätte er sich sicher etwas Intelligenteres ausdenken können. Die halbwegs naturgetreue Wiedergabe des Autokraten, die das „Denkmal“ darstellte, erschien doch allzu platt, um in die Kunstgeschichte einzugehen.

Der zweite schlechte Witz besteht darin, dass die Provokation trotzdem gelang. Auf dem Wiesbadener Platz der Deutschen Einheit versammelten sich nicht nur, aber offenbar zahlreich, diejenigen Menschen, denen in ihrer verbohrtten Denke jede ironische Distanz abhandengekommen ist, falls je vorhanden. Statt sich auch nur einen einzigen Gedanken zu machen, ob sich hinter dem Abbild nicht doch eine Botschaft verbirgt, warfen sie sich ihre Meinung zu dem Menschenrechtsverächter gegenseitig an die Köpfe – brüllend und offenbar bis nah an die Grenze zur Gewalt. Meinungen, die, nicht zu erweichen durch Argumente, so fest in Stein gemeißelt sind wie ein Standbild.

Der dritte schlechte Witz ist der Umgang der Stadt mit dem Thema: Den ganzen Dienstag lang – auch, als schon Polizeipräsenz notwendig geworden war –, beteuerten die Verantwortlichen, die Kunstfreiheit habe Vorrang, solange die öffentliche Sicherheit nicht in Gefahr sei. Aber dann, abends um viertel vor elf, fiel ihnen ein, dass ihnen die Sache doch zu riskant erschien. Wie prekär die Lage zu diesem Zeitpunkt war, ist von außen schwer einzuschätzen, es gab unterschiedliche Angaben dazu.

Ein trauriges Stück Aufklärung

So oder so: Das war der Moment, in dem das gar nicht witzige Endergebnis des Vorgangs amtlich wurde. Mit der Statue verschwand ein Stück Kunstfreiheit aus dem öffentlichen Raum. Es verschwand deshalb, weil das Geschrei der Empörten (und der Erdogan-Fans) offenbar stärker war als die Macht des Staates, Schlimmeres zu verhindern. Insofern hat die Statue, unabhängig von ihrer Qualität, ein Stück Aufklärung über die unerfreuliche Lage im Land geleistet.

An eines muss offenbar erinnert werden: Kunstfreiheit erweist sich gerade darin, dass sie auch „schlechte“ Kunst, selbst schlechte Witze, schützt. Kunst, die keinen stört, kann jeder schützen. Dass Kunst auch polarisieren können muss: Dieses Grundprinzip von Demokratie hat in Wiesbaden eine Niederlage erlitten.

<http://www.taz.de/!5532216/>

Kommentar Erdoğan-Statue

Billige Provinzposse

In Wiesbaden ist Biennale. Und ausgerechnet eine goldene Erdoğan-Statue sollte die mediale Aufmerksamkeit auf dieses Ereignis lenken.



Erdoğan, vier Meter hoch und ganz in Gold: In Wiesbaden wurde die Statue schnell wieder abgeräumtFoto: reuters

Hoffentlich regt sich wenigstens Recep Tayyip Erdoğan richtig darüber auf, dass die Stadt Wiesbaden eine ihm gewidmete Statue abbauen ließ, um damit möglichen Auseinandersetzungen zuvorzukommen. Warum steht Herr Erdoğan überhaupt in Wiesbaden in der Gegend herum? Weil zur Zeit Biennale ist. Da sind gerne „provokativ und diskussionswürdig“ genannte Aktionen ein Muss. Entsprechend hält der Intendant des Wiesbadener Staatstheaters, Uwe Eric Laufenberg, es für eine gute Idee, diese Statue aufzustellen, „um über Erdoğan zu diskutieren“.

In Wiesbaden? Ehrlich? Aber trotzdem wieder was gelernt: dass es dazu eine Statue braucht, war mir bislang nicht klar. Schien doch so, als ob seine Person genug Anlass dazu böte. Nun ja, vielleicht hilft in Wiesbaden so eine Skulptur, auch wenn ich wetten würde, dass die Mehrzahl der Wiesbadener gar nicht checkt, wer da vor ihnen steht.

Glücklicherweise gibt es aber selbst in Wiesbaden eine Ecke in der Stadt, in der hauptsächlich türkischstämmige Deutsche und türkische Migranten wohnen. Und genau da hat die Leitung der Biennale die Statue dann auch hingepflanzt. Gratulation! Zu allem Überfluss heißt der Platz dann auch noch Platz der Deutschen Einheit.

Schöner geht's nicht. Ja, und dort gab es dann zwischen Erdoğan-Anhängern und Erdoğan-Gegnern die erwartbaren heftigen Wortgefechte, also richtiges Geschrei, was bekanntlich diskutieren genannt wird und gefährlich ist.

Nachdem die Installation also abgeräumt wurde, steht natürlich der Vorwurf von Zensur und Willfährigkeit im Raum. Geschenkt. Denn nichts ist leichter zu durchschauen als diese Erdoğan-Installation, deren einziger Zweck es ist, für Aufruhr zu sorgen. Von diesem Aufruhr, dem Aufgebot von Polizei und Feuerwehr – was gibt das nur für schöne Bilder! –, weiß das Kulturestablishment, wird sein Festival profitieren. Damit erfährt es die mediale Aufmerksamkeit, die kein einziges Theaterstück während der gesamten Biennale generieren wird. Applaus! für eine dieser ewig gleichen Provinzpossen, deren man so überdrüssig ist.

KOMMENTAR ZU WIESBADEN:

Antworten auf Fragen des Rathauschefs zur Erdogan-Statue

• VON MATTHIAS ALEXANDER

• -AKTUALISIERT AM 30.08.2018-13:14

„Was soll das?“ Der Wiesbadener Oberbürgermeister hat sich die richtige Frage gestellt, als er die Erdogan-Statue sah. Die Frage ist für jeden, der es mit der Kunst hält, übrigens eine rhetorische.

„Was soll das?“ Der Wiesbadener Oberbürgermeister **Sven Gerich** hat sich die richtige Frage gestellt, als er die goldfarbene Erdogan-Statue sah, die in seiner Stadt aufgestellt worden war. Leider tat er es mit dem falschen Unterton. „Was soll das?“ markierte für den Sozialdemokraten nicht etwa den Ausgangspunkt für eine abwägende Reflexion, vielmehr war für ihn die Antwort schon impliziert, in etwa so: „Das ist Unfug.“

Genau das war die Aufstellung der vier Meter hohen Statue des türkischen Präsidenten nicht. Es handelte sich vielmehr um eine originelle sozialpsychologische Performance, die die Verhältnisse zum Tanzen brachte.

Das kunstgewohnte und ironieversessene Publikum

Überlebensgroß, affirmativ-realistisch im Stil, in Beton gefertigt und mit einer dünnen Goldschicht überzogen, brachte die Statue die innere Verfassung der Türkei treffend zum Ausdruck, zumindest für das kunstgewohnte und ironieversessene Publikum der hiesigen Mehrheitsgesellschaft.

Im öffentlichen Raum, auf dem Platz der Deutschen Einheit aufgestellt, zeigte das Kunstwerk, wie fragil die innere Einheit in einer multikulturellen Gesellschaft längst geworden ist: Erdogan-Anhänger und -Gegner verloren angesichts des Beton-Präsidenten die Fassung. Sie mussten es umso mehr tun, als das Werk selbst deutungs offen war. Wer als Erdogan-Anhänger oder -Gegner vor der Statue stand, konnte sich erst zu ihr verhalten, nachdem er für sich entschieden hatte, ob er sie als ironische Verhöhnung deuten oder zum Nennwert nehmen sollte. Selbst innerhalb der Lager konnten sich die Betrachter nicht einigen.

Bemerkenswerte Schlichtheit

Kulturdezernent Axel Imholz zeigt sich bemerkenswert naiv, wenn er glaubt, dass es den Machern der Biennale nicht darum gegangen sei, innertürkische Konflikte in Wiesbaden zum Vorschein zu bringen. Auch sonst spricht aus den Einlassungen fast aller Politiker eine bemerkenswerte Schlichtheit. Immerhin, und darauf kommt es an, ist der Magistrat als Ganzes mit der Situation angemessen umgegangen. Man bekannte sich zur Kunstfreiheit. Und als die Sache aus dem Ruder zu laufen drohte, wurde das Kunstwerk abgeräumt.

Die nach Ansicht von Gerich offene Frage, wie das Image der Kulturstadt Wiesbaden von der Aktion beeinflusst werde, ist für jeden, der es mit der Kunst hält, übrigens eine rhetorische: positiv.

Allemagne : les menaces de l'extrême droite

Editorial. La poussée du parti AfD déstabilise les institutions démocratiques allemandes en appelant à faire triompher la force sur le droit. Une nouvelle manifestation est prévue à Chemnitz ce soir.

LE MONDE | 30.08.2018 à 11h55 • Mis à jour le 30.08.2018 à 16h33

Editorial du « Monde ». C'était il y a un an. Candidate à un quatrième mandat de chancelière, Angela Merkel s'était lancée dans une campagne minimale, confortée par des sondages lui prédisant une victoire confortable aux élections législatives du 24 septembre 2017. « *Pour une Allemagne où il fait bon vivre* », pouvait-on lire sur ses affiches. Aucune réforme ambitieuse au programme. Juste la promesse d'un avenir tranquille dans un pays prospère, à l'abri des tumultes du monde.

Un an plus tard, M^{me} Merkel est toujours au pouvoir, mais son slogan de campagne bute sur une réalité de plus en plus inquiétante, dont Chemnitz (Saxe) est aujourd'hui le symbole. Proche de la frontière tchèque, cette ville de 240 000 habitants fait la « une » de l'actualité depuis le meurtre, dimanche 26 août, d'un Allemand de 35 ans. Un crime dont sont soupçonnés deux réfugiés d'une vingtaine d'années, un Syrien et un Irakien, et à la suite duquel l'extrême droite a organisé d'importantes manifestations jalonnées de saluts hitlériens et d'agressions à l'encontre de personnes d'origine étrangère. Des manifestations dont l'ampleur a été largement sous-estimée par les autorités et que la police n'a pas su encadrer, au risque de donner le sentiment d'être dépassée par les événements.

Dans cette région de l'ex-Allemagne de l'Est, de telles démonstrations de force de la part de groupuscules d'extrême droite ne sont pas nouvelles. Plus préoccupant encore est le fait que ceux-ci aient été rejoints et soutenus par le parti d'extrême droite Alternative pour l'Allemagne (AfD). Un parti qui, aux élections législatives de 2017, a remporté une centaine de sièges au Bundestag. Un parti alors arrivé en tête dans la Saxe. Un parti, enfin, dont l'un des députés, Markus Frohnmaier, bien loin de condamner les débordements de Chemnitz, les a, au contraire, légitimés. « *Quand l'Etat ne peut plus protéger les citoyens, les gens vont dans la rue et se protègent eux-mêmes. C'est aussi simple que cela. Aujourd'hui, c'est un devoir citoyen que d'aller dans la rue pour faire barrage à cette immigration qui répand la mort à coups de couteau.* »

Agir vite

L'AfD, aujourd'hui, semble loin du pouvoir. Dans les sondages, elle n'en est pas moins créditée de plus de 20 % des voix dans trois Länder de l'ex-Allemagne de l'Est où auront lieu des élections régionales d'ici tout juste un an. Or, face à la poussée de ce parti présent au Parlement mais qui n'hésite pas à déstabiliser les institutions démocratiques en appelant à descendre dans la rue et à faire triompher la force sur le droit, aucune figure ne semble aujourd'hui en mesure de s'imposer. Au pouvoir depuis treize ans, M^{me} Merkel n'est pas parvenue à enrayer sa poussée, au contraire. De leur côté, les sociaux-démocrates sont inaudibles, anémiés, à court d'idées et de leaders pour assurer une relève et incarner une alternative.

« *Nous avons vu des chasses collectives, nous avons vu de la haine dans la rue, et cela n'a rien à voir avec un Etat de droit* », a commenté M^{me} Merkel, mardi, depuis Berlin. Le diagnostic est juste, mais la chancelière ne peut se contenter de mots. Désormais son gouvernement doit agir, et vite, s'il veut montrer qu'il a vraiment la main. Pour la chancelière, l'enjeu n'est plus de promettre une Allemagne où « *il fait bon vivre* » mais, plus fondamentalement, d'assurer à tous ses habitants – quelles que soient leur nationalité, leur religion ou leur couleur de peau – qu'ils se trouvent dans un pays où ils n'ont pas peur de vivre.

9. Juni 2018, 09:51 Uhr

Fall Susanna F.

Was die Statistik sagt



In Wiesbaden wurde die Leiche von Susanna F. entdeckt. Unter dringendem Tatverdacht: Flüchtling Ali B.
(Foto: dpa)

- Die Kriminalitätsstatistik zeigt: Zuwanderer sind im Schnitt ähnlich häufig tatverdächtig wie junge Deutsche.
- Delikte wie Körperverletzungen finden zum Großteil in Flüchtlingsunterkünften statt.
- Die Anzahl der Sexualdelikt-Verdachtsfälle steigt in den vergangenen Jahren sprunghaft an.

Von Ronen Steinke, Berlin

Die Bevölkerung Deutschlands besteht aktuell zu einem Fünftel aus Menschen, die hier Asyl gesucht haben. So hoch war dieser Anteil noch nie; 1,6 Millionen Menschen leben im Land als Asylbewerber, anerkannte Flüchtlinge, Geduldete. Das Bundeskriminalamt (BKA) fasst diese Gruppe unter dem Wort "Zuwanderer" zusammen, wenn es deren besondere Auffälligkeit in der Kriminalstatistik analysiert. Die Frage, auch in diesen Tagen, lautet: Wie kriminell sind diese Zuwanderer? Die kurze Antwort: So kriminell wie deutsche junge Männer.

Denn im Jahr werden etwa acht Prozent der Zuwanderer polizeilich registriert, weil sie einer Straftat verdächtig werden, das zeigen Berechnungen des in Münster lehrenden Kriminologen Christian Walburg auf Basis der BKA-Daten. Unter Deutschen insgesamt sind es zwar nur zwei Prozent. Aber unter jungen deutschen Männern (das heißt, Heranwachsenden zwischen 18 und 21 Jahren) sind es ebenfalls exakt acht Prozent.

Seit einer Gesetzesnovelle 2017 ist die Zahl der Anzeigen wegen Sexualdelikten stark gestiegen

Als Befund ist das alarmierend. Männliche Heranwachsende waren schon immer die am stärksten "kriminalitätsbelastete" Gruppe in der deutschen Bevölkerung, wie Fachleute sagen. Unter den Zuwanderern sind auch viele jung und viele männlich, das erklärt die kriminologische Ähnlichkeit dieser beiden Gruppen zum Teil. Aber nicht völlig. Hinzu kommen soziale Probleme, die sich bei Zuwanderern besonders ballen - der Frust über die Lebenssituation, die fehlende soziale Kontrolle durch eine Familie. "Nicht die Herkunft, sondern die soziale Umgebung begünstigt Straftaten", sagt der Bochumer Kriminologe Thomas Feltes. So kategorisch will das sein Hannoveraner Kollege Christian Pfeiffer nicht sehen: Jedenfalls bei nordafrikanischen Zuwanderern trage auch eine "Machokultur" zur Gewaltbereitschaft bei. Andere Forscher wie Walburg wollen jedenfalls, neutraler, von "Kulturkonflikten" sprechen, die zur Problemlage beitragen. Schwere Verbrechen wie

jüngst in Wiesbaden an der 14-jährigen Susanna F. sind zahlenmäßig selten, haben aber natürlich große Bedeutung - vor allem Vergewaltigung und Mord.

Zunächst zur Vergewaltigung und der besonders schweren sexuellen Nötigung: Hier sind die Zahlen der Taten, derer ein Zuwanderer verdächtigt wurde, in den vergangenen Jahren sprunghaft angestiegen.

Von 2014 bis 2017 wurden es jedes Jahr mehr Fälle, erst waren es 322, dann 456, dann 878 und schließlich im vergangenen Jahr ein Höchststand von 1495 - bei insgesamt 1,6 Millionen Zuwanderern wohlgemerkt. Um diesen Anstieg zu erklären, muss hinzugefügt werden, dass natürlich auch die Gesamtzahl der Zuwanderer in diesem Zeitraum sprunghaft gestiegen ist. Das heißt, die Gewaltbereitschaft der Personen hat sich nicht unbedingt erhöht.

Aber ihre Zahl. Nur der extreme Anstieg im vergangenen Jahr gibt ein Rätsel auf. 2017 sind nämlich nicht mehr viele Zuwanderer nach Deutschland gekommen. Dennoch hat sich die Zahl der Sexualdelikt-Verdachtsfälle unter den Zuwanderern hierzulande fast verdoppelt. Ein Teil der Erklärung hierfür könnte in einer Änderung des Strafgesetzbuchs liegen. 2017 war das Jahr, in dem das Sexualstrafrecht verschärft und ausgeweitet wurde; das Schlagwort in der Politik hieß "Nein heißt nein". In der Folge sind nicht nur deutlich mehr Zuwanderer als zuvor angezeigt worden, sondern auch viel mehr Deutsche. Insgesamt gab es einen Anstieg um 50 Prozent, von 6223 registrierten Verdachtsfällen in Deutschland auf 9318. Dabei machten Zuwanderer 16 Prozent aus. Sodann zum Mord und den übrigen Tötungsdelikten, einschließlich versuchter Taten: Auch hier ist bei den tatverdächtigen Zuwanderern ein sprunghafter Anstieg zwischen 2015 und 2017 zu verzeichnen. Erst waren es 222 Tatverdächtige, dann 371 und schließlich 417. Im vergangenen Jahr machten Zuwanderer hier 14 Prozent der Verdächtigen aus, obwohl sie nur zwei Prozent, eben ein Fünfzigstel, der Bevölkerung stellen.

31. August 2018, 05:08 Uhr

Flüchtlinge in Deutschland

Drei Jahre "Wir schaffen das" - eine Bestandsaufnahme



Drei ereignisreiche Jahre später ist der optimistische Satz von Merkel "Wir schaffen das" zur Frage geworden.
(Foto: picture alliance / dpa)

- Mehr als 1,3 Millionen Asylanträge hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) von Anfang Juli 2015 bis Ende Juli 2018 angenommen.
- Die Großzahl der Menschen kam dabei im Zeitraum zwischen Juli 2015 und März 2016.
- Seitdem im Frühjahr 2016 die Balkanroute dicht gemacht wurde, hat sich die Zahl der ankommenden Flüchtlinge allerdings drastisch verringert. Mittlerweile kommen in Deutschland nur noch so viele Flüchtlinge an wie vor der Krise. Im Juli dieses Jahres waren es etwas mehr als 13 000.

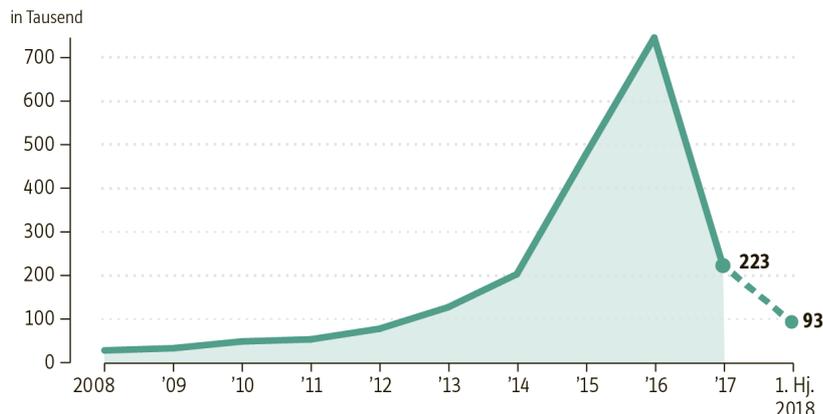
Von Jan Bielicki

"Ich bin überzeugt: Wir schaffen das." Der Satz stammt vom 30. August 2015, und formuliert hat ihn angesichts der "größten Bewährungsprobe seit der Wiedervereinigung" - jawohl: Wolfgang Schäuble (CDU), damals Bundesfinanzminister, als er sich mit 99 anderen Prominenten in der Zeitung *Bild am Sonntag* zum sich dramatisch verstärkenden Zuzug von Flüchtlingen äußerte. Bekannter ist dieser Satz natürlich aus einem anderen Mund: Nur einen Tag später sprach Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ihn aus. Bei ihrer Sommerpressekonferenz in Berlin sagte sie "ganz einfach: Deutschland ist ein starkes Land. Das Motiv, mit dem wir an diese Dinge herangehen, muss sein: Wir haben so vieles geschafft - wir schaffen das!" Und sie fügte hinzu: "Wir schaffen das, und dort, wo uns etwas im Wege steht, muss es überwunden werden." In seiner Kurzform sollte es der eine Satz der Kanzlerin sein, der bis heute und wohl lange darüber hinaus in Erinnerung bleibt.

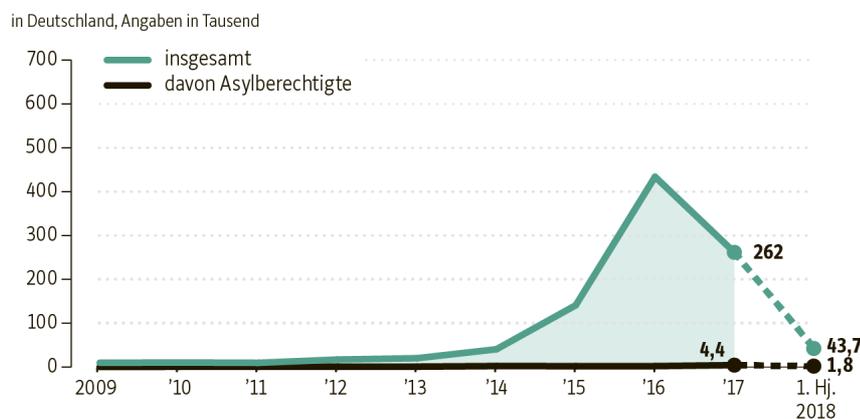
Auch Merkel sprach von den Flüchtlingen, von denen gerade Zehntausende auf der sogenannten Balkanroute Richtung Deutschland waren. Sie redete das Problem nicht klein, verglich es mit der Bankenrettung, dem Atomausstieg, der deutschen Einheit. 104 000 ankommende Asylsuchende hatten die deutschen Behörden allein im August erfasst, fast 3500 am Tag. Und es sollten noch mehr werden. Nur wenige Tage später brachen Tausende, die bis dahin an Budapests Westbahnhof lagerten, Richtung Westen auf. Merkel traf ihre Entscheidung, die Grenze zu Österreich nicht zu schließen, sondern offen zu lassen. Drei ereignisreiche Jahre

später ist der optimistische Satz zur Frage geworden: Hat Deutschland das geschafft - und was genau hat es geschafft? Wo stehen "wir" und die Menschen, die kamen, heute? Eine Bilanz.

Wie viele Flüchtlinge sind seit Sommer 2015 gekommen?



SZ-GRAFIK; QUELLE: BAMF

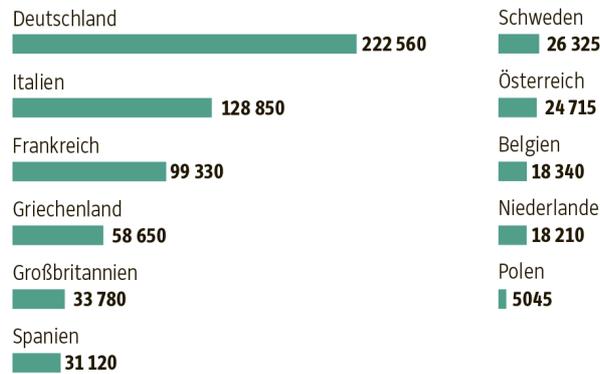


SZ-GRAFIK; QUELLE: BAMF

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) hat von Anfang Juli 2015 bis Ende Juli 2018 mehr als 1,3 Millionen Asylanträge angenommen. Die weitaus meisten Menschen, die sie stellten, kamen in einem relativ kurzen Zeitraum: Etwa eine Million Ankömmlinge erfassten die Behörden von Juli 2015 bis März 2016. Auf diesen plötzlichen Massenzug waren die deutschen Behörden nicht vorbereitet, schon gar nicht das zuständige Bamf. Asylsuchende mussten oft mehrere Monate warten, bis sie überhaupt ihren Antrag stellen durften - und die Sicherheitsprüfungen durchliefen.

Zeitweise lagerten mehr als 400 000 unbearbeitete Anträge in den Aktenschränken und auf den Servern des Amtes. Aber schon im Frühjahr 2016 schlossen Balkanländer wie Makedonien die Tore ihrer Grenzzäune, die Europäische Union erreichte ein umstrittenes Abkommen mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan, das Flüchtlingen den Weg über das östliche Mittelmeer weitgehend abschnitt. Längst schon kommen in Deutschland nur noch so viele Asylsuchende an wie vor der Krise. Etwas mehr als 13 000 waren es in diesem Juli. Beim personell gewaltig aufgestockten Bamf ist inzwischen fast so etwas wie Normalbetrieb eingeleitet. Nur noch etwas mehr als 57 000 Asylverfahren sind dort anhängig.

im Jahr 2017, wichtigste Länder



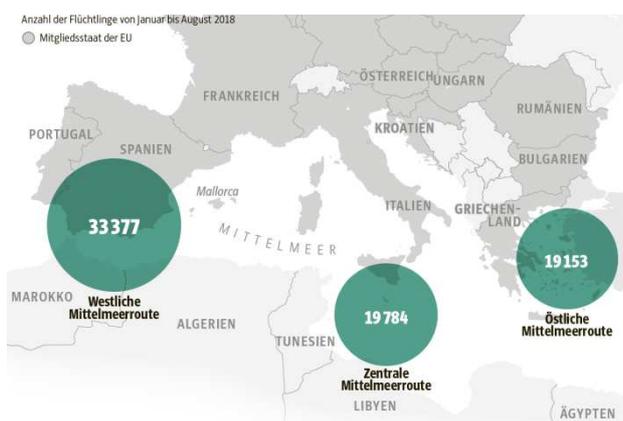
SZ-GRAFIK; QUELLE: EUROPÄISCHES PARLAMENT

Wie viele der Geflüchteten sind in Deutschland geblieben?

Ganz genau lässt sich das mangels präziser Zahlen nicht sagen. Die beste Annäherung dazu bietet das Ausländerzentralregister, in dem der Aufenthaltsstatus jedes in Deutschland lebenden Ausländers notiert ist, das aber von den Ausländerbehörden nicht immer zeitnah gefüttert wird. Danach lebten Ende Juni 2018 gut 900 000 Flüchtlinge mehr in Deutschland als noch Mitte 2015. Sie waren entweder als Asylsuchende noch im Verfahren, nach abgelehntem Asylantrag noch im Land, in der Mehrzahl aber als Schutzberechtigte vom Bamf oder vor Gericht schon anerkannt.

So lebten zur Jahresmitte 2018 etwa 974 000 anerkannte Flüchtlinge im Land, 740 000 mehr als drei Jahre davor. Dazu kommen 638 000 Menschen, die im Register als abgelehnte Asylbewerber vermerkt sind. Das bedeutet jedoch nicht, dass diese Personen ausreisen müssen. Mehr als 60 Prozent von ihnen leben schon seit mehr als sechs Jahre hier, viele von ihnen schon seit den Neunzigern, als im zerfallenden Jugoslawien die Bürgerkriege tobten. Vier von fünf von ihnen haben feste Aufenthaltstitel.

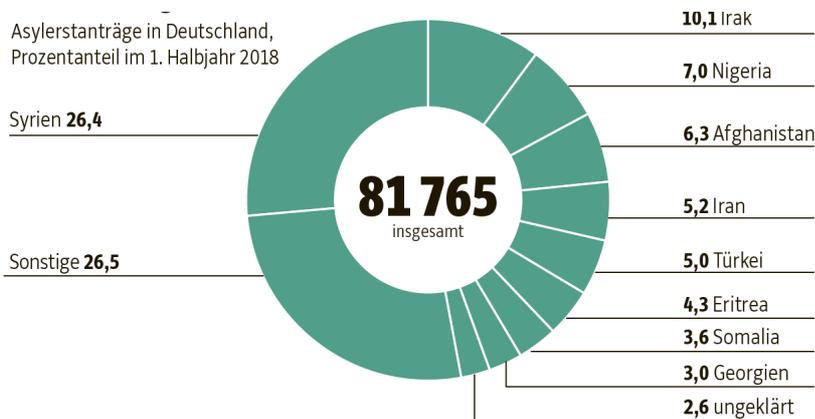
Und in den vergangenen drei Jahren kamen nur 100 000 rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber hinzu. Das erklärt sich zum einen daraus, dass es neben den mehr als 70 000 Abschiebungen in diesem Zeitraum auch viele freiwillige Ausreisen gegeben haben muss - und zwar auch ohne dass die Wegziehenden den Behörden unbedingt Bescheid gaben. Andererseits klagt die Mehrzahl derer, die einen ablehnenden Bescheid vom Bamf bekommen, vor Gericht und verlängert damit ihr Verfahren. Mehr als 300 000 gelten darum noch als Asylsuchende, die weitaus meisten von ihnen, weil sie sich nun, nachdem das Bamf seine Aktenhalden abgebaut hat, bei den Verwaltungsgerichten stauen. Unmittelbar ausreisepflichtig waren Ende Juni nur 27 000 abgelehnte Asylbewerber ohne Duldung.



SZ-GRAFIK; QUELLE: UNHCR

Wer sind die Menschen, die gekommen sind?

Vor allem sind die meisten von ihnen jung. Jeder dritte Asylantrag wurde im Namen eines Kindes gestellt, 2018 hatten sogar 43 Prozent der Schutzsuchenden ihren 16. Geburtstag noch nicht erreicht. Etwa jeder vierte war bei seiner Ankunft zwischen 16 und 24 Jahre alt, vor allem in dieser Altersgruppe dominieren zahlenmäßig die Männer. Hauptherkunftsland ist bis heute Syrien, jeder dritte Asylsuchende kam in den vergangenen Jahren aus dem Bürgerkriegsland. Bei den Neuankömmlingen dieses Jahres hat der Anteil der Syrer jedoch abgenommen.



SZ-GRAFIK; QUELLE: BAMF

Wie viele der Geflüchteten haben bislang Arbeit bekommen?

Ganz genaue Zahlen gibt es auch hier nicht, weil die Bundesagentur für Arbeit ihre Klientel nicht nach Aufenthaltsstatus erfasst. Hinweise auf die berufliche Integration der Flüchtlinge geben die Beschäftigungszahlen der Menschen, die aus den acht wichtigsten außereuropäischen Asyl-Herkunftsländern kommen. Von ihnen haben etwa eine viertel Million einen sozialversicherungspflichtigen Job, das sind dreimal mehr als vor drei Jahren. Allerdings sind fast eine halbe Million Menschen aus diesen Ländern als arbeitssuchend gemeldet, fast viermal so viele wie 2015 - Tendenz immerhin in diesen Sommermonaten: ganz leicht rückläufig. Etwa eine Million Menschen aus diesen Ländern erhalten Hartz-IV-Regelleistungen, ein Drittel von ihnen sind Kinder.

Was hat die Aufnahme der Flüchtlinge den deutschen Steuerzahler gekostet?

Auch das ist nicht einmal annähernd genau zu beziffern. Sicher ist: Es sind Milliarden, die sich auf viele Einzelbudgets von Bund, Ländern und Kommunen verteilen. Präzisere Angaben gibt es zu den Ausgaben gemäß dem Asylbewerberleistungsgesetz, mit denen die Versorgung von noch nicht anerkannten und abgelehnten Asylsuchenden bezahlt wird. Das kostete 2017 knapp 5,9 Milliarden Euro, 2016 waren es sogar 9,2 Milliarden. Der Bund gab laut Zahlen von Finanzminister Olaf Scholz (SPD) allein 2017 knapp 21 Milliarden Euro für Flüchtlingshilfe und Integration aus - davon etwa ein Drittel zur Bekämpfung von Fluchtursachen und ein weiteres Drittel als Unterstützung der Bundesländer.

Brief an die deutschen Journalisten

- VON JAY ROSEN
- -AKTUALISIERT AM 02.09.2018-14:03



JAY ROSEN

Wie tickt die Presse in diesem Land? Anders als in meiner Heimat, den Vereinigten Staaten? Was tun gegen „Fake News“? Dazu habe ich 53 Publizisten befragt. Ihr Selbstverständnis ergibt ein spannendes Bild. Ein Gastbeitrag.

Auf Einladung der Robert Bosch Stiftung habe ich mich drei Monate in Deutschland aufgehalten und in dieser Zeit mit vielen von Ihnen gesprochen. Heute nun möchte ich berichten, was ich über den deutschen Journalismus und seine gegenwärtige Lage herausgefunden habe.

In meinem Forschungsprojekt ging es um die Frage, wie das berufliche Selbstverständnis der deutschen Journalisten aussieht und inwieweit es sich von dem ihrer amerikanischen Kollegen unterscheidet. Aber auch um die Frage, welche Vorstellungen die deutsche Öffentlichkeit von den Aufgaben einer freien Presse hat.

Seit dreißig Jahren befasse ich mich mit dem amerikanischen Journalismus, und wenn es mir angebracht erschien, habe ich die Arbeit der amerikanischen Journalisten kritisiert. Um herauszufinden, wie das Selbstverständnis der deutschen Journalisten aussieht, habe ich mit vielen Menschen hier gesprochen. In einem Interview mit Deutschlandfunk Kultur, das schon bald nach meiner Ankunft stattfand, wurde ich gefragt: Woher wollen Sie wissen, ob Ihre Beobachtungen zutreffen?

Ich weiß es nicht. Dies ist ein offener Brief an deutsche Journalisten, keine wissenschaftliche Studie. Auf mögliche Fehler wird man mich gewiss hinweisen, und in meinem Twitter-Feed werden zahllose Beschwerden eingehen. Das ist völlig in Ordnung.

(Zur englischen Version des Essays.)

Die nachfolgenden Überlegungen gründen auf den dreiundfünfzig Interviews, die ich im Rahmen meines Projekts geführt habe (Die Liste der Gesprächspartner finden Sie hier.). Ich habe mich bemüht, mit möglichst verschiedenen Leuten zu sprechen. Ich habe mit Nachrichtenredakteuren gesprochen, mit Volontären und freien Mitarbeitern, mit Dozenten und Professoren, die sich mit den deutschen Medien beschäftigen. Weil mich Institutionen interessieren (in denen sich „eingefrorenes Denken“ materialisiert), habe ich mit dem Presserat in Berlin gesprochen und mit dem Aufsichtsgremium des Rundfunks Berlin-Brandenburg, dem Rundfunkrat. Ich habe mit den Neuen Deutschen Medienmachern gesprochen, einer Gruppe von Medienschaffenden, die frischen Wind in den deutschen Journalismus bringen wollen. Ich habe mit zwei ehemaligen Chefredakteuren von „Bild“ gesprochen und mit dem Gründer des pressekritischen Bildblogs. Und mit vielen anderen.

Dies sind meine Beobachtungen:

Das Selbstverständnis deutscher Journalisten gründet auf fünf Säulen. Die erste ist die Pressefreiheit (genau wie in den Vereinigten Staaten). Der Staat soll sich aus ihrer Arbeit heraushalten. Die zweite Säule besagt, dass manche Dinge wichtiger sind als das Recht auf ungehinderte Berichterstattung – beispielsweise das Persönlichkeitsrecht, der Opferschutz und die Verhinderung von Hasskommentaren. Diese Dinge haben deutlich mehr Gewicht als in Amerika.

Die dritte Säule besagt, dass der Rundfunk zu wichtig ist, als dass er dem Markt oder dem Staat überlassen werden dürfe. Zwischen Markt und Staat steht in Deutschland der öffentlich-rechtliche Rundfunk, der den Auftrag hat, die Bürger zu informieren, damit sie sich ihre eigene Meinung bilden können. Er ist dezentral organisiert und finanziert sich über Gebühren, was manchen Leuten nicht gefällt. Wäre ihnen Fox News lieber?

Die vierte Säule war meinen Gesprächspartnern am wenigsten bewusst. (Wir wissen nicht, wer das Wasser erfunden hat, ein Fisch war es jedenfalls nicht.) Deutsche Journalisten betrachten es als ihre Aufgabe, für die Rechte von Minderheiten einzutreten und zu verhindern, dass Links- oder Rechtsextreme den öffentlichen Raum kapern. Nicht nur in ihrer privaten Meinung, auch in ihrer journalistischen Arbeit verteidigen sie Demokratie und Menschenwürde. Sie treten für das Staatswesen ein, das sich in der Nachkriegszeit herausgebildet hat und in Europa fest verankert ist.

Für mich ist das die große Stärke des deutschen Journalismus. Aber er steht zunehmend unter Druck und sieht sich heftigen Kontroversen ausgesetzt. Dazu später mehr.

Die fünfte Säule ist keine deutsche Erfindung, aber meine Interviewpartner haben oft davon gesprochen. In Amerika ist es die Doktrin der „Objektivität“, derzufolge Journalisten keine allzu große Nähe zur Politik pflegen und sich bei der Berichterstattung nicht von ihren politischen Ansichten beeinflussen lassen sollen. In Großbritannien ist es die Pflicht, „unparteiisch“ zu sein – ein Grundprinzip der BBC. Spricht man in Deutschland mit Journalisten über dieses Thema, kommt fast immer die Rede auf Hanns Joachim Friedrichs, den „Tagesthemen“-Moderator, der 1995 in einem Interview mit dem „Spiegel“ sagte, dass man sich nicht mit einer Sache gemeinmachen dürfe, auch nicht mit einer guten Sache.

Maximen des Journalismus

Diejenigen, die diese Maxime des deutschen Journalismus erwähnten, wiesen meist darauf hin, dass dieser Satz von einigen Journalisten falsch verstanden werde. Friedrichs sei es nicht um absolute Objektivität, sondern um etwas ganz Einfaches gegangen: Man solle vermeiden, als Berichterstatter in Betroffenheit zu versinken. Man solle Distanz wahren. Nur so schaffe man es, dass die Zuschauer einem vertrauen. Man dürfe eine Haltung haben, aber man solle cool bleiben und nicht laut werden.

Cool zu bleiben fällt deutschen Journalisten seit dem Aufstieg des Rechtspopulismus nicht sehr leicht. Selbst über die Verwendung des Begriffs Rechtspopulismus wird kontrovers diskutiert. Hier nun die Geschichte dieser Zäsur im deutschen Journalismus, wie sie mir von meinen Quellen berichtet wurde. Das Narrativ, das ich hier wiedergebe, wird natürlich nicht von allen geteilt. Über die groben Konturen herrschte weitgehend Konsens, in der Interpretation war man sich keineswegs einig.

Während der Flüchtlingskrise 2015 engagierte sich die Presse, gemeinsam mit vielen anderen Kräften in Deutschland, für die „Willkommenskultur“. Der Hashtag der „Wir helfen“-Kampagne der „Bild“-Zeitung lautete bekanntlich #refugeeswelcome. Dass Deutschland so viele Flüchtlinge aufnahm, erfüllte die Nation mit Stolz, was sich auch in den Medien niederschlug. Das war nicht verwerflich, sagten meine Gesprächspartner, aber allzu oft hätten Journalisten nicht kritisch gefragt, wie die Flüchtlingspolitik denn funktionieren werde, mit welchen Risiken sie einhergehe, worauf die Entscheidungen der Bundeskanzlerin beruhten – und auch, wie in den Medien darüber berichtet wurde.

Und dann passierte Köln. Die schockierenden Übergriffe in der Silvesternacht und die Tatsache, dass die Wahrheit nur sehr langsam ans Licht kam, wurden hauptsächlich der Polizei angelastet, die das Ereignis anfänglich falsch darstellte, aber die Mitwirkung der Medien an diesem Fehlverhalten beförderte Klagen, die sich seit Jahren am rechten Rand der Gesellschaft angestaut hatten. „Ihr sagt uns nicht die Wahrheit über die Flüchtlinge, weil ihr Teil des Systems seid, das diese Politik den deutschen Bürgern aufzwingt.“

Ereignisse von Köln

Das war natürlich Propaganda, aber nach der Flüchtlingskrise 2015 und den Ereignissen von Köln enthielt dieser Vorwurf doch ein schmerzhaftes Körnchen Wahrheit. „Lügenpresse“ ist die krudere Form dieser Kritik, „Systempresse“ ist subtiler und schwerer zu entkräften. Das Ergebnis war, dass deutsche Journalisten innehielten und ihre Arbeit zu hinterfragen begannen.

Im September 2016 schrieb Giovanni di Lorenzo, Chefredakteur der „Zeit“: „Ohne Not haben wir uns wieder dem Verdacht ausgesetzt, wir würden mit den Mächtigen unter einer Decke stecken, wir würden so uniform berichten, als seien wir gesteuert; wir würden die Sorgen und Ängste der Menschen ignorieren, die nicht selbst zur Flüchtlingshilfe oder zur politischen Klasse gehören.“

Und dann kam die AfD. Die Partei, die bei der letzten Bundestagswahl 94 Mandate gewann, trug ihre Medienstrategie in das Zentrum der deutschen Politik. Wirf der Presse immer wieder „politische Korrektheit“ vor. Behaupte, für eine abgehängte Bevölkerung zu sprechen, von der die Journalisten keine Ahnung haben. Sorge mit kalkulierten Grenzüberschreitungen und Tabubrüchen für Schlagzeilen, und wenn Journalisten diese ganze kostenlose Werbung mit kritischen Fragen zu konterkarieren versuchen, spiel einfach das Opfer. Und behaupte immer, obwohl sich die allgemeine Aufmerksamkeit auf deine Themen richtet, dass die Mainstream-Medien darüber nicht reden wollen. Auf diese Weise wird Druck erzeugt.

Und schaffe gleichzeitig im Internet eine Gegenöffentlichkeit für Sympathisanten, in der es ständig Nachrichten gibt, aber nur eine Botschaft: Die politische Klasse und die Medieneliten sind vereint gegen euch und entschlossen, euch wegen „falscher“ Gesinnung ein schlechtes Gewissen zu machen. Kommt zu uns, dann werdet ihr euch wieder gut fühlen. Wir haben Fakten, die euer Misstrauen bestätigen.

Umdenken und Selbstbefragung

Journalisten haben mir berichtet, dass es nach Köln ein „Umdenken“ gab, und nach dem schockierenden Wahlergebnis von 2017 dauert die Selbstbefragung bis heute an. In Redaktionen und Seminarräumen wird nun intensiv darüber debattiert, wie über den Rechtspopulismus berichtet werden soll, welche Aufmerksamkeit man ihm geben soll und was mit Blick auf die wachsende Kluft zwischen Journalisten und Öffentlichkeit zu tun ist, die weit über die Anhänger von AfD und Pegida hinausgeht.

Viele meiner Gesprächspartner waren etwa der Ansicht, dass die Hauptstadtjournalisten ein allzu enges Verhältnis zu den politischen Akteuren haben. Diese Kritik kann jederzeit erhoben werden, aber sie hat ein anderes Gewicht, wenn überall in Europa Rechtspopulisten auf dem Vormarsch sind. Wie zeigen wir klar und unmissverständlich, dass wir auf der Seite der Öffentlichkeit stehen? Dass wir zuhören? Das sind Fragen, die sich deutsche Journalisten heute stellen, während sie vor den Ereignissen von 2015–2017 vermutlich davon ausgingen, dass die Antworten auf der Hand liegen. Das meine ich, wenn ich von einer Zäsur im deutschen Journalismus spreche.

Alle Interviewpartner, mit denen ich im Rahmen meines Projekts zusammenkam, baten mich, den Außenstehenden, der sich in Deutschland umgehört hatte, um Rat. Bevor ich dazu komme, möchte ich eine Anmerkung machen. Schauen wir uns noch einmal die vierte Säule des deutschen Journalismus an: Journalisten haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass der öffentliche Raum nicht von Links- oder Rechtsextremen gekapert wird. Sie verteidigen die Demokratie und die Würde aller Menschen. Sie halten am Nachkriegskonsens einer Bundesrepublik fest, die mit ihrer sozialen Marktwirtschaft fest in Europa verankert ist.

Diese vierte Säule ist in Bewegung geraten. Es ist keine stillschweigende Annahme, keine unausgesprochene Überzeugung mehr, sondern eine zentrale Position in Medien und Politik. Sie wird zunehmend verteidigt werden müssen. Sie wird zunehmend angegriffen werden. Darum geht es, wenn der beleidigende Vorwurf „Systempresse“ erhoben wird. Sie werden aber nicht bloß für Ihren Beruf eintreten müssen, sondern sich radikalere und zugleich kreativere Formen ausdenken müssen, wenn Sie Ihrer Aufgabe gerecht werden wollen.

Eine Quelle unter vielen

Überall wird es schwieriger, die Öffentlichkeit zu informieren. Das hat zahlreiche Gründe. Journalisten waren früher Gatekeeper in Sachen Berichterstattung und Information. Heute sind sie nur noch eine Quelle unter vielen. Ihre Tätigkeit besteht zu einem nicht geringen Teil darin, über die Manöver herrschender Eliten zu berichten. Je mehr das Vertrauen in diese Eliten schwindet, desto veralteter und abgehobener erscheint diese Art des Journalismus. Dank sozialer Medien können Gleichgesinnte viel müheloser miteinander in Kontakt treten, Informationen austauschen und sich in ihrer Abwehr unwillkommener Fakten bestärken. Am Ende kann dies unter Ausschluss der Presse funktionieren. Dieser Trend ist noch nicht so weit fortgeschritten wie in Amerika, aber das ist kein Grund, ihn zu ignorieren.

Mein Rat an deutsche Journalisten:

·Die fünfte Säule – sei cool, distanziert und objektiv – steht in einem erkennbaren Spannungsverhältnis zur vierten Säule: Verteidige die Demokratie und tritt für die Würde aller Menschen ein. Dieses Spannungsverhältnis ist produktiv. Lernen Sie, damit umzugehen. Vertrauen Sie niemandem, der es beseitigen will.

· Menschen, die sich übergangen fühlen, sind unempfänglich für komplexe und unbequeme Wahrheiten. Der Punkt „genauer zuhören“ sollte deshalb ganz oben auf Ihrer Agenda stehen.

- Es gibt einen Unterschied zwischen journalistischem und politischem Handeln. Das entbindet Journalisten jedoch nicht von der Pflicht, ein gutes politisches Urteil zu beweisen. Problematisch war das Engagement für die Willkommenskultur nicht wegen des emotionalen „Refugees welcome“, sondern wegen der Illusion, dass es so einfach funktionieren würde. Das war kein gutes Urteil.
- Aufgrund meiner Erfahrungen im Zusammenhang mit der Kampagne von Donald Trump, die amerikanische Presse zu diskreditieren, sage ich: Es ist nicht die Aufgabe von Journalisten, eine Partei oder einen charismatischen Politiker zu bekämpfen. Sie sollten einen politischen Stil bekämpfen, der die Demokratie untergräbt und ihre Institutionen aushöhlt. Diese Unterscheidung sollten Sie beherzigen.
- Der Grundsatz „Behandle die AfD wie eine normale Partei, solange das irgend möglich ist“ ist vernünftig. Das Problem ist natürlich, wie es jenseits dieses Punkts weitergeht. Dass Alexander Gauland im ZDF-Sommerinterview am 12. August nicht zum Thema Flüchtlinge befragt wurde, über das er gewiss sehr gern gesprochen hätte, sondern über andere wichtige Themen, ist ein kluger Ansatz.
- Als Journalisten haben Sie nicht die Aufgabe, den Leuten zu sagen, was sie denken sollen. Ihre Aufgabe ist es, sie auf Dinge aufmerksam zu machen, über die sie nachdenken sollten. In der Sozialwissenschaft wird das als „Agenda-Setting“ bezeichnet. Das ist eine der wichtigsten Aufgaben von Journalisten. Es reicht aber nicht, wenn die Themen von der jeweiligen Redaktion bestimmt werden. Es reicht auch nicht, die Agenda von den Regierenden zu übernehmen. Was, wenn die nicht zuhören? Ihre Agenda darf sich auch nicht nach dem Unterhaltungswert richten oder sich von Sensationen und Tabubrüchen bestimmen lassen. Auch in diesem Bereich braucht es neue Wege – und Transparenz.

Ich werde derjenigen deutschen Redaktion eine Goldmedaille verleihen, die als erste ihre Schwerpunkte in der Berichterstattung öffentlich macht. Ich stelle mir eine „Live“-Funktion vor, die online frei zugänglich ist, ein redaktionelles Produkt, das wöchentlich oder bei wichtigen Ereignissen aktualisiert wird. Die Punkte auf dieser Prioritätenliste sollten das Ergebnis gründlicher Überlegungen und sorgfältiger Recherchen sein – und natürlich müssen sie die Realität spiegeln und bei den Bürgern ankommen. Wenn jemand in aggressivem Ton fragt: „Und was ist Ihre Agenda?“, schicken Sie ihm einfach den Link. Wenn er nicht zufrieden ist, bitten Sie ihn um Verbesserungsvorschläge. Das böte unter anderem den Vorteil, dass die Notwendigkeit echter redaktioneller Vielfalt sofort sichtbar würde.

Ein letzter Gedanke: Die Nutzer journalistischer Angebote, also die Leser, Zuschauer, Hörer, die Gebührenzahler und Pay-TV-Abonnenten, haben heutzutage mehr Macht. Sie haben mehr Macht, weil sie mehr Auswahl haben, weil das Mediensystem keine Einbahnstraße mehr ist und weil Populisten dazu aufrufen, aus dem System auszusteigen – eine Gefahr, die Journalisten ernst nehmen müssen.

Wenn in einer Beziehung eine Seite mächtiger wird, verändert das die Beziehung. Der deutsche Journalismus muss das zur Kenntnis nehmen und sich entsprechend weiterentwickeln. Sind Sie dazu bereit?

Jay Rosen, geboren 1956, war von Anfang Juni bis Ende August Fellow der Robert Bosch Stiftung in Berlin. Seit 1986 lehrt er Journalistik an der New York University. Von 1999 bis 2005 war er Direktor des Instituts. 2003 entstand sein Blog PressThink (www.pressthink.org), das sich journalistischen Themen widmet. 1999 erschien sein Buch „What Are Journalists For?“, in dem er sich mit bürgerschaftlichem Journalismus in der Zeit vor dem Internet beschäftigt. Rosen ist zurzeit „Botschafter“ der niederländischen Website „De Correspondent“, die sich auf dem amerikanischen Markt etablieren möchte. Seit 2017 ist er Direktor des Membership Puzzle Project, das, von der Knight Foundation und dem Democracy Fund finanziert, Modelle eines nachhaltigen Journalismus untersucht. Auf Twitter ist er unter [@jayrosen_nyu](https://twitter.com/jayrosen_nyu) aktiv. F.A.Z.

En Allemagne, l'émergence d'une gauche antimigrants

Figure du parti de gauche Die Linke, Sahra Wagenknecht lance un mouvement pour reprendre le terrain laissé à l'extrême droite.

LE MONDE | 03.09.2018 à 11h03 • Mis à jour le 03.09.2018 à 14h49 | Par **Thomas Wieder** (Berlin, correspondant)



Le projet divise les observateurs de la scène politique allemande. Les uns veulent croire à une initiative sans lendemain, avant tout motivée par le désir d'émancipation d'une députée à l'ambition dévorante, trop à l'étroit dans son propre parti ; les autres voient au contraire le début d'une aventure prometteuse, qui pourrait bousculer en profondeur la vie politique du pays.

Tous, cependant, sont d'accord pour dire que le mouvement « Aufstehen » (« Debout ») lancé, mardi 4 septembre, par Sahra Wagenknecht, qui entend pour l'heure rester coprésidente du groupe Die Linke au Bundestag, est un symptôme : celui d'une gauche allemande en pleine crise existentielle. Celle-ci est confrontée à une érosion inédite de son socle électoral, concurrencée par une extrême droite plus conquérante que jamais et sommée d'apporter des réponses à des questions jugées longtemps secondaires mais aujourd'hui centrales dans le débat public, celle de l'immigration au premier chef.

Sahra Wagenknecht, 49 ans, occupe une place à part dans la vie politique allemande. Débattue redoutée, invitée régulière des talk-shows télévisés, où sa beauté sévère et son verbe mordant font merveille, elle jouit d'une exposition médiatique inversement proportionnelle à son poids politique. Membre du Bundestag depuis 2009, elle a toujours défendu des positions intransigeantes au sein de sa famille politique, au risque de se mettre à dos la majorité de ses camarades.

« Naïveté »

Soucieuse de défendre la mémoire de la RDA à une époque, celle des lendemains de la réunification, où il était de bon ton de la condamner en bloc ; continuant à se dire « marxiste » quand presque plus personne, dans son parti, n'ose célébrer l'auteur du *Capital* ; en porte-à-faux avec la ligne officielle de Die Linke en raison de son soutien affiché au gouvernement russe, de ses griefs répétés contre l'Union européenne et de sa critique acharnée de l'OTAN, elle s'est surtout fait remarquer par son discours sur l'immigration, en décalage avec celui qui prévaut dans son camp.

Sur cette question, sa position est arrêtée depuis longtemps. Voilà des années, déjà, qu'elle fustige la « naïveté » et la « bonne conscience » de la gauche sur le sujet. Opposée, dès le départ, à la politique des « frontières ouvertes » défendue par la chancelière, Angela Merkel, lors de l'afflux de réfugiés en 2015, elle n'a pas hésité à monter en première ligne après les viols commis à Cologne, dans la nuit du 31 décembre 2015, par des hommes pour la plupart originaires d'Afrique du Nord. « *Ceux qui abusent du droit d'hospitalité perdent le droit à l'hospitalité* », avait-elle déclaré à l'époque.

Depuis, son opinion n'a pas varié. Au dernier congrès de Die Linke, à Leipzig en juin, les huées qui ont couvert son discours appelant à une immigration contrôlée ont montré à quel point elle était isolée face à la majorité du parti, restée attachée à l'« internationalisme » et à l'« ouverture des frontières ».

En fondant *Aufstehen*, Sahra Wagenknecht fait donc un pari : tenter de rassembler, au-delà de Die Linke, des citoyens à la fois préoccupés par la question sociale mais sensibles à un discours de fermeté sur l'immigration. « *Wagenknecht part du constat que la gauche a beaucoup reculé ces dernières années, en particulier en ex-RDA, au profit de l'AfD [Alternative pour l'Allemagne, extrême droite], qui parvient à mobiliser sur la seule question de l'immigration. Pour que la gauche devienne majoritaire, elle doit donc à ses yeux combattre l'AfD sur ce terrain* », explique Gero Neugebauer, chercheur en sciences politiques spécialiste de l'ex-RDA.

« Ce que nous avons raté »

Accusée par ses détracteurs, notamment dans son parti, de singer le discours de l'AfD, Sahra Wagenknecht s'est toujours défendue de toute parenté avec le parti d'extrême droite. Pour M. Neugebauer, le procès est exagéré. « *Jusqu'à présent, elle a toujours dit qu'il fallait absolument garantir le droit d'asile, ce qui la distingue clairement de l'AfD* », souligne le chercheur.

Professeur de sociologie à l'Université libre de Berlin, spécialiste des mouvements sociaux en Allemagne et en Europe, Dieter Rucht partage cet avis : « *Certes, Wagenknecht souhaite limiter l'immigration, mais elle ne prône ni une immigration zéro ni des expulsions massives des étrangers, contrairement à l'AfD. Par ailleurs, son discours n'est pas fondé sur une vision identitaire et culturelle. Enfin, il n'y a pas chez elle de critique de l'islam, point central du programme de l'AfD.* »

Si le discours n'est pas le même que l'AfD, au-delà d'une priorité commune accordée à la question de l'immigration, l'objectif d'*Aufstehen* est bien d'offrir une alternative aux électeurs du parti d'extrême droite aujourd'hui représenté au Bundestag par 92 députés – quand Die Linke n'en compte que 69. « *Avec ce mouvement, nous voulons juguler la montée de l'AfD. Regardez ce qui se passe en ex-Allemagne de l'Est. L'AfD y est devenu le parti des travailleurs et des demandeurs d'emploi. Cela doit nous faire réfléchir, à gauche, sur ce que nous avons raté* », expliquait récemment Oskar Lafontaine, mari de Sarah Wagenknecht mais surtout ancien ministre des finances de Gerhard Schröder (1998-1999) et longtemps leader de l'aile gauche du Parti social-démocrate, avant d'en claquer la porte puis de cofonder Die Linke en 2007.

Dans quelle mesure *Aufstehen* peut-il bousculer la scène politique allemande ? Difficile à dire, d'abord en raison du flou que ses fondateurs entretiennent quant à leurs intentions. « *Ce n'est pas la même chose si cela reste un mouvement, qui a pour but essentiel de peser dans le débat public, ou si cela se transforme en parti, avec la volonté de concourir aux élections, et donc de faire concurrence à des partis déjà existants* », observe M. Neugebauer.

« Se méfier des sondages »

Selon un sondage Kantar Emnid pour le magazine *Focus*, réalisé début août quelques jours après la mise en ligne d'un site Internet présentant les objectifs du futur mouvement, 34 % des électeurs allemands seraient prêts à voter pour un tel parti, lequel serait soutenu par 87 % des électeurs de Die Linke, 53 % de ceux des Verts et 37 % de ceux du SPD. « *Il faut se méfier de ce genre de sondages* », prévient toutefois M. Neugebauer, qui rappelle à titre d'exemple qu'« *un parti comme les Verts a un potentiel de vote de plus de 25 %, alors qu'il obtient moins de 10 % des voix aux élections nationales* ».

Dubitatif quant aux chances d'une nouvelle structure partisane, pour laquelle il ne voit « *pas d'espace à gauche* », Dieter Rucht pointe également le peu d'enthousiasme suscité par cette initiative auprès des élus de gauche, qui ne sont pour l'heure qu'une poignée à l'avoir saluée, la plus connue étant Simone Lange, qui a eu son heure de gloire, en avril, en obtenant 27 % des voix comme candidate à la présidence du SPD. Aux sceptiques, Sahra Wagenknecht et son entourage rétorquent que plus de 60 000 personnes se sont enregistrées, depuis un mois, sur le site annonçant la naissance du mouvement.

Generation Z

Erst das Vergnügen, dann die Arbeit

Die Generation Z wird die Wirtschaft verändern. Nur wie?

Text: Sophie Burfeind
Fotografie: Ramon Haindl, Michael Hudler

1. Was die Jungen wollen

Erwachsene:

Was soll bloß aus euch werden? Ihr hängt nur noch am Handy! Könnt ihr überhaupt noch normal reden?

Jugendliche:

Ann-Kathrin Volkmann hat stundenlang vor der Kamera gestanden, Erdbeerkuchen gegessen, Waffeln gebacken und mit Knutschmund ins Gegenlicht geguckt. Sie hat Ballons in den Himmel steigen lassen und ist mit ausgestreckten Armen in die Luft gesprungen. „Live everyday like it’s your last one“, hat sie unter dieses Bild geschrieben. Harte Arbeit, kombiniert mit Kalendersprüchen, die auf Instagram aussieht wie spontan eingefangenes Glück. #jump #havefun #sunshine.

Das Leben aus der Selfie-Perspektive. Volkmann wollte mit ihren Fotos zeigen, wie sie ihre Generation sieht.

Lisa Gessner hat für den Kunstunterricht einen Film gemacht. Darin sieht man sie, wie sie auf einer Wiese liegt und Musik hört. Von der Welt um sie herum bekommt sie nichts mit, aber das macht ihr nichts, sie ist ja in ihrer eigenen Welt. Snapchat, Instagram, Musik, dafür braucht sie nur Handy, Kopfhörer und Internet.

Die beiden Schülerinnen sind 17 Jahre alt, nächstes Jahr machen sie Abitur am Carl-Humann-Gymnasium in Essen. Sie gehören einer Generation an, die schon bei der Einschulung mit Smartphones und Tablets umgehen kann. Manchmal nennt man sie Post-Millennials oder Selfie-Generation, aber meistens Generation Z – diejenige nach den Generationen X und Y. Für sie ist es normal, Serien bei Netflix zu gucken, Musik zu streamen, sich die Weltlage von Youtubern und alle anderen Probleme von Google erklären zu lassen.

Nicht mal neun Millionen Menschen in Deutschland sind um die Jahrtausendwende geboren und jetzt 15 bis 24 Jahre alt. Aber sie sind die Zukunft. Deshalb interessiert man sich derzeit besonders in Unternehmen dafür, was da auf einen zukommt.

Wichtig zu wissen: Mehr als die Hälfte der Deutschen ist mit Autoatlanten, Schallplatten, Telefonzellen und Kaltem Krieg aufgewachsen. 47 Millionen sind 40 Jahre alt und älter. Sie haben zwar auch Handys und Apps, aber sie gehen ins Internet, die Generation Z lebt darin.

Lisa Gessner und Ann-Kathrin Volkmann sind Teil einer Schülergruppe des Essener Gymnasiums, die diese Frage im Kunstunterricht beantworten wollte: Wer sind wir eigentlich?

Wenn Soziologen eine Generation beschreiben, fassen sie Millionen von Menschen zusammen, die in einem Zeitraum von meist 15 Jahren geboren wurden, und ordnen ihnen bestimmte Eigenschaften zu (siehe Seite 52). Weil sie in derselben Zeit aufgewachsen sind und dieselben gesellschaftlichen Entwicklungen erlebt haben, geht man davon aus, dass sie ähnlich geprägt sind. Weil Menschen aber sehr unterschiedlich sind und ihr Leben auch davon bestimmt wird, aus welcher sozialen Schicht sie kommen, sind solche Beschreibungen immer nur Tendenzen. Besonders dann, wenn es sich um Schüler, Studenten und Berufsanfänger handelt, von denen noch niemand weiß, wie sie wirklich einmal leben, denken und arbeiten werden. Der Sozialwissenschaftler Klaus

Hurrelmann, der die Jugend seit Jahrzehnten erforscht, sagt: „Wir müssen abwarten, wie sich die Generation Z entwickelt. Aber es gibt schon einige Dinge, die wir wissen.“

Die Jahrtausendkinder sind mit Barack Obama, Angela Merkel, Miley Cyrus, Justin Bieber und „Fack ju Göthe“ aufgewachsen, in einer Zeit relativ großen Wohlstands, zumindest in Deutschland. Als Terroristen 2001 die Flugzeuge ins World Trade Center steuerten, waren Lisa Gessner und Ann-Kathrin Volkmann gerade geboren, zu Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007 noch in der Grundschule. Sie haben nur wenige globale Krisen bewusst erlebt.

Aber sie bekommen nun mit, wie vieles, das lange unzerstörbar schien, zu zerfallen droht: Europa, Demokratien, die stabilen Machtverhältnisse in der Welt. Sie wachsen mit Debatten über selbstfahrende Autos und Künstliche Intelligenz auf, in einer Zeit großer Umbrüche und großer Angst.

Im Kunstraum in Essen hängt ein Plakat, das die Schüler gestaltet haben. Darauf ist das Zimmer eines Jugendlichen zu sehen. Im Schrank: ein Levi's-T-Shirt, ein Adidas-Kapuzenpullover, Sneakers von Nike. Der Bewohner sitzt auf seinem Sofa und macht ein Selfie. Eine Gedankenblase zeigt, was in seinem Kopf vorgeht :



„Hotel Mama“ steht auf dem Plakat, weil die Mutter nebenan die Wäsche wäscht.

Das sagt nicht alles, aber schon viel.



*Ann-Kathrin Volkmann arbeitet hart an ihren Instagram-Posts
Lisa Gessner hat einen Film über sich selbst gedreht*

Die Generation Z ist nicht rebellisch. Warum auch? Es ist ja alles erlaubt: Männer dürfen Männer lieben, Frauen dürfen Frauen lieben, Haare dürfen blau oder grau sein, und wenn in der Nase Ringe und Holzkeile stecken, regt das keinen mehr auf. Auch die Eltern nicht. Die sind ja nun auch ewig jung, tätowiert und tragen Slim-Fit-Jeans, die über den Knöcheln enden. Wieso also nicht mit der Mutter Schminktipp austauschen und das anziehen, was alle anderen auch tragen?

„Ich erzähle meiner Mama alles von meinem Leben. Wir haben ein sehr enges Verhältnis.“ (Maja Klöß, 17)

Ein sehr enges Verhältnis zu den Eltern und der Familie ist typisch für die um die Jahrtausendwende Geborenen. Sie lassen sich gern umsorgen, die meisten wollen ihre Kinder so erziehen, wie ihre Eltern sie erzogen haben, und sie wollen heiraten. In einer Welt, in der sich alles sehr schnell verändert, suchen sie nach Sicherheit.

„Vielleicht hat es bei uns den Anschein, dass wir faul sind, weil wir uns wie die Generation vorher alle Optionen offenhalten. Aber wir wissen oft nicht, was wir machen wollen, weil es so viele Möglichkeiten gibt.“ (Julia Schulz, 17)

Die Schüler wissen, dass sie sich auf eine ungewisse Zukunft mit einer guten Ausbildung am besten vorbereiten. Deswegen machen mittlerweile knapp 50 Prozent eines Jahrgangs Abitur, fast doppelt so viele wie noch vor 30 Jahren. Deswegen wollen auch so viele studieren: Im vergangenen Studienjahr gab es 512.000 Studienanfänger, 150.000 mehr als zehn Jahre zuvor. Viele Schüler wählen ihre Leistungskurse so, dass sie den besten Schnitt bekommen, die Studenten ihre Fächer so, dass sie einen Job finden. Die beliebtesten Studiengänge sind Betriebswirtschaftslehre, Maschinenbau und Jura.

Die Jugendlichen sind ehrgeizig und pragmatisch, aber auch unsicher. Fast jeder dritte bricht sein Studium in den ersten Semestern ab, viele reisen nach der Schule erst einmal durch die Welt, bevor sie entscheiden, wie es weitergeht. Denn sie sind jung. Mit 17 oder 18 haben sie Abitur und wahrscheinlich schon mehr Länder gesehen als ihre Großeltern bis zum Tod. Es ist eine globale Generation, die die Welt nur ohne Grenzen kennt. Die Jahrtausendkinder aus der Mittelschicht können Englisch, gehen selbstverständlich ins Ausland und sind über soziale Netzwerke mit Menschen aller Kontinente verbunden. Das mache sie weltoffener und toleranter, sagen Wissenschaftler.

Sie sagen auch, dass die Mehrheit der jungen Menschen in Deutschland ihrer Zukunft optimistischer entgegenblicke als die Generationen zuvor. Obwohl sie sich nach Sicherheit sehnen. Der große Unterschied zu früheren Generationen ist nämlich, dass die Generation Z in einer Zeit aufwächst, in der den Unternehmen der Nachwuchs ausgeht. Sie kann es sich leisten, anspruchsvoll zu sein.

„Ich möchte etwas machen, worin ich einen Sinn sehe. Das ist mir wichtiger, als viel Geld zu verdienen.“ (Lara Sechtin, 17)

„Ich will einen Mittelweg finden. Also gut über die Runden kommen, weil ich es von zu Hause nicht anders kenne, aber ich will auch Spaß haben an meinem Beruf und Zeit für die Familie, weil ich Kinder haben möchte.“ (Laura Wiechert, 17)

„Viele überlegen, welche Berufe es in Zukunft überhaupt noch geben wird. Welcher Beruf wird nicht gleich von einem Roboter übernommen? Wo werden wir noch lange Zeit Menschen brauchen?“ (Lara Sechtin, 17)

Sie wollen einen sicheren Job, den sie als sinnvoll empfinden, und genug Zeit für das übrige Leben haben. Die Schüler in Essen sagen, was auch in Studien über sie steht: Beruf und Freizeit sollen getrennte Lebenswelten sein. Familie und Kinder vor Karriere. Und bitte keine Überstunden! Denn die um die Jahrtausendwende Geborenen wollen keine Burnout-Generation sein.

Sie wissen, dass sie Ansprüche haben, die nicht jedem Arbeitgeber gefallen. Aber sie sind wenige, und sie sind die Zukunft. Das wissen sie auch.

Jugendliche:



Luca Engl und seine Mitschüler ergründeten die eigene Generation

2. Was das für die Wirtschaft bedeutet

Jugendliche:



Unternehmen:

Alles klar, kriegt ihr! Was noch?

Steffi Burkhart kann sich vor Anfragen kaum retten. 120 Tage im Jahr ist sie unterwegs und hält Vorträge. In Deutschland, Österreich und der Schweiz, in Sparkassen, bei Dax-Konzernen und Dachdeckerverbänden, manchmal auch im Fernsehen. Ihr Thema: junge Menschen. Die 32-Jährige nennt sich „Expertin und Sprachrohr der Generation Y“, kennt sich aber auch mit der Generation Z aus. Letztlich sind ja alle jungen Leute das Problem.

Sie ist nicht die einzige, die davon lebt, den Unternehmen junge Menschen zu erklären. Es gibt mittlerweile etliche Agenturen und Berater, die sich darauf spezialisiert haben.

Der Grund dafür heißt Personalmangel. Dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zufolge waren im ersten Quartal 2018 fast 1,2 Millionen Stellen in Deutschland unbesetzt, rund 50 Prozent mehr als vor fünf Jahren. Lange Zeit waren mangelhafte Qualifikationen der Bewerber der Hauptgrund dafür, dass Jobs nicht besetzt wurden, jetzt fehlen schlicht Leute, die Arbeit suchen. Darunter leiden besonders kleine und mittelgroße Unternehmen, weil die oft weniger bekannt sind.

Sie sollen vorangehen, gehören aber einer Generation an, die nicht unbedingt führen will: aktive und ehemalige Teilnehmer des Traineeprogramms „ProTeam“ für angehende Führungskräfte der Deutschen Lufthansa, hier im Aviation Center am Flughafen Frankfurt am Main

Nicht genug Personal bedeutet weniger Umsatz. Deswegen tun Unternehmen viel, um junge Menschen in ihre Firmen zu locken. Das klappt natürlich besser, wenn sie wissen, wie deren mindsets aussehen und welchen impact sie als change agents haben wollen. Berater verwenden gern englische Begriffe. Steffi Burkhart ist da keine Ausnahme.

Sie sitzt in ihrer Altbauwohnung in Köln auf dem Sofa und erzählt das, was sie sonst auf der Bühne sagt. Burkhart ist sportlich-schick gekleidet, sie war mal Leistungssportlerin, jetzt verdient sie Geld als Stimme der jungen Generation und – darauf legt sie Wert – als human capital evangelist.

Sie sagt: „Ich unterscheide nicht zwischen Generation Y und Z, sondern zwischen Digital Natives 1.0 und 2.0.“ Beide hätten die Deutungshoheit über das wichtigste Werkzeug unserer Zeit, das Internet. „Die Digital Natives 2.0 leben nur noch stärker in sozialen Netzwerken und kommunizieren anders.“ Sie verschicken Whatsapp- und Sprachnachrichten statt zu telefonieren, sie suchen Likes und Follower auf Instagram statt massenhaft Freunde bei Facebook. Ihre Aufmerksamkeit außerhalb dieser Kanäle zu gewinnen sei schwierig.

Deswegen müssten Firmen mehr tun, damit sie überhaupt gefunden werden, und deutlicher machen, was sie zu bieten haben. „Wir bieten Homeoffice, eine familienfreundliche Atmosphäre, und du kannst bei uns ins Ausland gehen, das sagen alle. Aber das reicht nicht mehr“, sagt Burkhart. Genauso wenig wie: „Wir sind der größte Schraubenhersteller in Bayern.“

Es sind jetzt die Firmen, die sich bei den Bewerbern bewerben. Und die sich anstrengen müssen, damit die guten Leute bleiben.

„Die junge Generation identifiziert sich nicht mehr so schnell mit einem Unternehmen und wechselt häufiger den Job“, sagt Burkhart. Daher müssten die Unternehmen zu caring companies werden, die sich nicht nur um den Mitarbeiter kümmern, sondern auch um dessen gesamtes soziales Umfeld, um ihn an sich zu binden.

Beispielsweise sollten sie auch für die Partnerin eine Stelle finden, wenn ein Mitarbeiter für den neuen Job in eine andere Stadt ziehen soll.

Dann kommt der apokalyptische Teil ihres Vortrags. Bis 2030 könnten nach Burkharts Schätzungen ungefähr acht Millionen Nachwuchskräfte fehlen, dann gehe der globale War for Talents erst richtig los. Darauf seien viele deutsche Unternehmen nicht vorbereitet.

3. Wie Unternehmen reagieren

„Richtig ist, dass der Generation Z andere Dinge inzwischen wichtiger sind als Karriere. Familie, Freunde und Freizeit nehmen einen höheren Stellenwert ein.“ (Oliver Simon, HR Director, Ernst & Young)

„Ich erlebe jetzt zum ersten Mal, dass im Consultingbereich schon in Vorstellungsgesprächen nach einer Teilzeitstelle gefragt wird.“ (Jens Plinke, Head of Employer Branding, Deloitte Deutschland)

„Sie haben hohe Erwartungen: viel Geld, viel Freizeit, viele Zusatzleistungen und 30 Tage Urlaub.“ (Henning Müller-Ritzrow, Geschäftsführer, Müllerritzrow GmbH)



Umworbene Bewerber: Maximilian Zaenker und Julia Wenzel haben das Traineeprogramm der Deutschen Lufthansa abgeschlossen, das auch eine Woche im Kloster und Ausflüge ins Silicon Valley ermöglicht

Henning Müller-Ritzrow, Inhaber einer gleichnamigen Werbeagentur aus Offenbach am Main, schickt seine Mitarbeiter nach der Probezeit mittlerweile in einen fünftägigen Kurzurlaub. Paris, London, Barcelona, Oslo oder Moskau, wohin, das können sich die jungen Leute aussuchen. Er zahlt. Und er zahlt gern. Denn in nur etwas mehr als einem Jahr hat er mit seiner Aktion „Fliegen nach der Probezeit“ sechs neue Mitarbeiter gefunden. „Wir haben in der Branche ein großes Nachwuchsproblem, und es gibt interessantere Standorte als Offenbach“, sagt er. Ohne die Aktion hätte er die sechs Leute vermutlich heute noch nicht, aber schon 20.000 Euro für Headhunter-Honorare ausgegeben.

Unternehmen tun viel dafür, junge Leute für sich zu gewinnen. Daimler lässt Auszubildende mit Snapchat und Tablets arbeiten, die Deutsche Bahn verzichtet auf Bewerbungsanschreiben, bei Deloitte bekommt jeder einen Laptop und ein Smartphone, es gibt die ersten Unternehmensberater in Teilzeit und fast schon standardmäßig Homeoffice, Büros mit Wohlfühlatmosphäre und das Du.

Die Generation Z verstärkt so einen Wandel der Arbeitswelt, der schon vor ihr begonnen hat. Ein Beispiel: Seit mehr als 20 Jahren bietet die Deutsche Lufthansa das Traineeprogramm „ProTeam“ an, um vielversprechende Talente in das Unternehmen zu locken. 18 Monate lang können diese an innovativen Ideen arbeiten, bei sozialen Projekten in Schwellenländern mitmachen, eine Woche im Kloster verbringen oder ins Silicon Valley fliegen. Idealerweise bleiben die Teilnehmer danach im Konzern und helfen in Führungspositionen beim digitalen Wandel.

Julia Wenzel, 29, hat das Traineeprogramm vor anderthalb Jahren abgeschlossen. Sie sagt: „Ich glaube, unserer Generation ist es wichtig, dass man vom Arbeitgeber gesehen wird und sich als Mensch einbringen kann.“ Maximilian Zaenker, 28, hat das Programm vor einem Jahr beendet, er sagt: „Sichtbarkeit, Gestaltungs- und Entfaltungsmöglichkeiten sind für mich sehr wichtig. Wenn ich das bei Lufthansa nicht hätte, wäre ich wahrscheinlich nicht hier.“ Beide arbeiten noch im Konzern, Julia Wenzel allerdings nur noch zu 80 Prozent.

Etwas Sinnvolles tun, flexibel arbeiten und Verantwortung für Projekte haben, das wollte auch die Generation Y, Chef werden eher nicht. Das stellt Unternehmen schon länger vor Herausforderungen. Die Generation Z wird sie verstärken. Weil ihr Freizeit noch wichtiger ist und weil sie mit modernen Techniken arbeiten will. Anna-Maria Karl, Leiterin Global Talent Sourcing bei Daimler, sieht das als Chance: „Die junge Generation zeichnet sich durch Internationalität, Vielsprachigkeit, interkulturelle Kompetenzen, Engagement, Offenheit und Sensibilität für Andersdenkende, Ehrgeiz und digitale Fähigkeiten aus.“ Das sei vorteilhaft, weil die jungen Leute den digitalen Wandel der Unternehmen beschleunigen könnten.

Sie können mehr, als ihr Essen zu fotografieren. Und sie wollen weniger Stress und mehr Leben. So gesehen sind Ann-Kathrin Volkmann, Lisa Gessner und all die anderen genau die Richtigen für die Zukunft...

#guteaussichten  

Generationen in Deutschland (nach Klaus Hurrelmann)

Die Nachkriegsgeneration (1925–1940) fand ein zerstörtes und demoralisiertes Land vor. Das schweißte die jungen Menschen zusammen. Sie wurden zu einer pragmatischen und skeptischen Generation, die nur das tat, was nötig war, und in erster Linie überleben wollte.

Die 68er-Generation (1940–1955) wuchs nach den Aufbauerfolgen der Eltern in einer entspannten wirtschaftlichen Lage und in einer funktionierenden Demokratie auf. Ein Teil der Jugend setzte sich sehr kritisch mit der autoritären Haltung und der Nazi-Vergangenheit der Eltern auseinander. Dieser Konflikt gilt bis heute als politische Revolution einer jungen Generation.

Die Babyboomer (1955–1970) sind zahlenmäßig die stärkste Generation in Deutschland und dominierend in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Tendenziell sind sie die Kinder optimistischer Eltern, beruflich sehr ehrgeizig und politisch aktiv.

Die Generation X (1970–1985) wuchs ebenfalls in Sicherheit auf, obwohl sich wirtschaftlich schon Krisen abzeichneten. Wegen der geburtenstarken Vorgängergeneration blieb vielen der Zugang zu verantwortungsvollen beruflichen Positionen verwehrt.

Die Generation Y (1985–1999) war oft Gegenstand klischeehaft geführter Debatten. Die jungen Leute haben politische Spannungen, Terroranschläge und globale Kriege miterlebt, gelten als die erste Generation „digitaler Eingeborener“ und wissen, wie unberechenbar die Zukunft ist. Ihre sinnsuchende Grundhaltung hat ihnen das Etikett „Generation Why“ eingebracht. Charakteristisch ist ihr starker Selbstbezug und das permanente Abwägen von Alternativen.

153,45

<https://www.sueddeutsche.de/politik/sz-serie-schaffen-wir-das-wir-riefen-arbeitskraefte-und-es-kamen-menschen-1.4099902>

5. September 2018, 09:38 Uhr

SZ-Serie "Schaffen wir das?"

"Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen"

1944/45 bis 2018: Die Geschichte der Bundesrepublik ist auch eine Geschichte der Einwanderung. Ein Überblick.

Von Joachim Käppner

Es begann mit den Vertriebenen aus den Ostgebieten des Deutschen Reichs und Staaten Mittel- und Osteuropas. In den Jahren des Wirtschaftswunders kamen dann verstärkt Gastarbeiter - aus Italien, Griechenland, Spanien und in großer Zahl aus der Türkei. Natürlich handelte es sich nicht bloß um Arbeitskräfte - sondern eben um Menschen mit ihren eigenen, vielfältigen Geschichten. Daran erinnert das Zitat des Schriftstellers Max Frisch.

Integration in Deutschland

Dieser Text ist Teil der SZ-Integrationsserie "Schaffen wir das?". Hintergründe zur Serie finden Sie [hier](#), alle Texte zum Thema Integration [hier](#).

Einwanderung hat in der Geschichte der Bundesrepublik von Beginn an eine Rolle gespielt. Es ist eine Geschichte mit vielen schönen, aber auch einigen dunklen Facetten.

1944 bis 1950



Sudetendeutsche im Jahr 1946.

Etwa zwölf bis 14 Millionen Deutsche und Deutschstämmige aus den Ostgebieten des Reichs und Staaten Osteuropas fliehen oder werden vertrieben. Die meisten gehen in die Westzonen bzw. Bundesrepublik. Sie werden zwar als Deutsche sofort aufgenommen, stoßen jedoch auf erhebliche Vorbehalte. „Die Flüchtlinge müssen hinausgeworfen werden, und die Bauern müssen dabei tatkräftig mithelfen.“ Das sagt Jakob Fischbacher, Mitbegründer der Bayernpartei, und meint Hochzeiten zwischen katholischen Bayern und evangelischen Flüchtlingsfrauen, „diesen geschminkten Weibsen mit lackierten Fingernägeln“. Solche Hetze ist nicht selten. Insgesamt wird die Integration der Vertriebenen dennoch zu einer Erfolgsgeschichte. Die revanchistischen Forderungen der offiziellen Vertriebenenverbände bleiben lange ein Problem im Verhältnis zu Osteuropa, erst nach der Wiedervereinigung 1990 werden die Töne moderater.

"Die deutschen Vertriebenen haben bewiesen, dass man Unrecht beim Namen nennen, um die verlorene Heimat trauern, ihr Andenken pflegen und zugleich im Geiste der Versöhnung zum europäischen Aufbau beitragen kann."

Johannes Rau (1931-2006), Grußwort zum Tag der Heimat 2002 des Bundes der Vertriebenen, Berlin, 31. August 2002.

Von 1955 bis 1973

In der Zeit des Wirtschaftswunders wirbt die Bundesrepublik „Gastarbeiter“ an, zuerst aus Italien, 1960 aus Griechenland und Spanien. 1961 folgt die Türkei, von wo allein mehr als 700.000 Menschen kommen, meist Männer aus armen Regionen, um in westdeutschen Firmen zu arbeiten. Mit der Zeit holen sie ihre Angehörigen nach.

1961



DPA

Bis zum Bau der Berliner Mauer im August 1961 sind etwa 2,6 Millionen Ostdeutsche in den Westen geflohen. Nun ist der Weg nach Westen versperrt, und der Bedarf an ausländischen Arbeitskräften steigt rasch an. 1964 erhält der millionste Gastarbeiter, der Portugiese Armando Rodrigues de Sa, in Köln ein Moped als Begrüßungsgeschenk.

Von den geschätzt 14 Millionen Arbeitsmigranten dieser Phase kehren etwa elf Millionen im Laufe der Zeit in ihre Heimatländer zurück.

1973

Ägypten und Syrien greifen überraschend Israel an. Sie verlieren den Krieg, entdecken aber eine neue Waffe: Das Öl. In Deutschland erfolgt als Reaktion auf die „Ölkrise“ ein Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer. Es leben bereits knapp vier Millionen nichtdeutsche Staatsbürger in der Bundesrepublik. Durch Familiennachzug wächst der Ausländeranteil mit der Zeit leicht.

1990

Der Zerfall des Sowjetblocks und die Balkankriege lassen die Migrantenzahlen erstmals wieder stark steigen. Zwischen 1990 und 2000 nimmt die Bundesrepublik gut 2,1 Millionen deutschstämmige Spätaussiedler auf; so viele wie in der gesamten Zeit der alten Bundesrepublik.

Dazu kommen etwa 220.000 jüdische „Kontingentflüchtlinge“, was einen Aufschwung der jüdischen Gemeinden im Land bewirkt. Geöffnet hatte sich das Land durch die letzte DDR-Regierung, deren Ministerpräsident Lothar de Maiziere rückblickend erklärte:

„Nach den ersten freien Wahlen, in der ersten konstituierenden Sitzung der Volkskammer, erklärten wir unter anderem, dass wir uns zur Verantwortung des Deutschen Volkes gegenüber den jüdischen Mitbürgern und den Juden Europas bekennen. Diese Erklärung war das eine. Aber wir mussten auch Konsequenzen daraus ziehen und das hieß, uns gegenüber Juden aus Osteuropa zu öffnen, die in Bedrängnis waren, oder glaubten, dort nicht mehr leben zu können.“

Lothar de Maiziere, 1990

1991

Im September belagert ein rechter Mob im sächsischen Hoyerswerda ein Wohnheim von ausländischen Vertragsarbeitern und ein Flüchtlingswohnheim.

1992

Rekordzahl von Asylanträgen, überwiegend aus dem früheren Jugoslawien (438.000). Das Asylrecht wird deutlich eingeschränkt, am 28. Juni 1993 wird das Grundgesetz geändert. Bis 2002 sinkt die Asylbewerberzahl pro Jahr auf etwa 71.000. Was sich vor allem im Herrschaftsbereich der bosnischen Serben abspielt, beschreibt das UN-Tribunal für das frühere Jugoslawien später als „Szenen aus der Hölle, geschrieben auf den dunkelsten Seiten der Geschichte“. Hunderttausende seit 1991 vor den serbischen Milizen geflohene Bosnier und Kroaten erhalten einen vorübergehenden Bleibestatus, viele kehren nach Ende des Bürgerkriegs 1996 zurück.

Im August greifen mehrere hundert Randalierer fünf Tage lang eine Aufnahmestelle für Asylbewerber in Rostock-Lichtenhagen an und setzen ein Wohnheim in Brand.

Im November sterben bei einem Brandanschlag auf das Wohnhaus einer türkischen Familie in Mölln drei Menschen.

2000

Die rot-grüne Regierung reformiert das noch aus dem Jahr 1913 stammende Staatsbürgerschaftsrecht, Deutschland öffnet sich ein wenig der Einwanderung. Die Union regiert darauf mit einer Gegenkampagne. Bis 2017 gibt es insgesamt 2,2 Millionen weniger Einbürgerungen als erwartet.

2011

Die Terrorzelle NSU fliegt im November auf. Sie hatte zwischen 2000 und 2007 neun Migranten und eine Polizistin ermordet. 2018 fällt das Urteil.

2015

„Wir schaffen das“

Angela Merkel

Mehr als eine Millionen Flüchtlinge, überwiegend aus den vom Krieg verheerten muslimischen Staaten Syrien und Irak, finden Aufnahme in Deutschland, was heftigen innenpolitischen Streit auslöst. In der Folge zieht 2017 die AfD in den Bundestag ein.

2018

In der Bundesrepublik leben 10,6 Millionen Ausländer, davon sind 44 Prozent EU-Bürger. Größte Einzelgruppe sind die Türken mit fast 1,5 Millionen Menschen, gefolgt von Polen (867.000), Syrern (knapp 700.000), Italienern (643.000) und Rumänen (623.000). Hinzu kommen rund zehn Millionen Deutsche mit Migrationshintergrund.

« En Europe, une partie de l'extrême droite revient à l'action violente »

Dans une tribune, l'historien Stéphane François analyse la radicalisation des mouvements extrémistes, comme ceux de Chemnitz, en Allemagne.

LE MONDE | 06.09.2018 à 05h15 • Mis à jour le 06.09.2018 à 18h45 | Par Stéphane François (historien)

Réagir Ajouter

Partager (280) Tweeter



En Italie et en Autriche, elle est au gouvernement ; en France, elle est représentée à l'Assemblée nationale ; en Suède, elle est aux portes du pouvoir ; en Allemagne, elle est dans les rues et elle chasse les migrants. Nous pourrions multiplier les exemples...

L'extrême droite a le vent en poupe en Europe. De quoi se nourrit-elle ? Pourquoi est-elle aussi dynamique ?

Le dynamisme des extrêmes droites populistes européennes n'a pas échappé à l'œil avisé de Steve Bannon, ancien proche conseiller du président américain Donald Trump. Il a fait, ces derniers mois, la tournée des groupuscules européens afin de les unifier. Une tentative qui se conclura par un échec, les formations étant trop éclatées et différentes. Surtout, plusieurs d'entre elles sont des répulsifs pour les autres : c'est le cas, par exemple, du Rassemblement national de Marine Le Pen, encore jugé trop antisémite par les populistes hollandais.

Le rejet de l'autre

Les formations radicales ne sont pas en reste : les animateurs de l'Alt-right américaine les observent et traduisent les productions théoriques de ses intellectuels. Il y a en effet un jeu de références réciproques : les intellectuels européens, comme les essayistes Alain de Benoist et Guillaume Faye, sont lus et discutés aux Etats-Unis et, en retour, les principaux intellectuels américains sont traduits en Europe. Ainsi, le théoricien païen, postnazi et suprémaciste blanc Greg Johnson a été traduit en français en 2016.

Cependant, M. Bannon ne prend pas en compte le fait que les extrêmes droites européennes, du fait des histoires nationales différentes, sont diverses et propres à chaque pays : elles ont des origines et des manifestations différentes. Certaines sont religieuses, d'autres sont issues du fascisme ; d'autres encore jouent la voie électorale tandis qu'une dernière catégorie est violente et révolutionnaire.

Malgré tout, il est possible d'énumérer des thématiques communes. On a, par exemple, le rejet de l'autre – l'étranger, le migrant –, forcément criminel et violeur, mis en avant par les formations radicales, notamment identitaires.

Ce n'est pas un thème récent, loin de là. Ainsi, la revue *Europe-Action*, fondée par Dominique Venner dans le sillage de la fin de la guerre d'Algérie, affirmait déjà que l'immigré algérien était à l'origine des viols et des agressions alors commis en France. Cinquante ans plus tard, les extrêmes droites européennes le mettent encore en avant.

« Le grand remplacement »

Il y a aussi l'idée, très présente chez ces groupuscules, d'une volonté de la part des « élites » de provoquer une substitution ethnique des populations européennes : c'est ce qu'ils appellent « *le grand remplacement* ».

Là encore, ce n'est pas vraiment récent : cette idée vient des milieux néonazis des années 1950, en particulier des militants français René Binet et suisse Gaston-Armand Amaudruz. On la retrouve toujours dans la mouvance identitaire et/ou néonazie.

L'objectif supposé de ces élites, vues par ces militants comme immigrationnistes, serait de mettre en place un « *génocide* » lent des populations européennes. De fait, les différentes extrêmes droites s'inquiètent de l'avenir de la « *race blanche* » et combattent les politiques migratoires, sources de chaos social et de déclin civilisationnel, voire génétique. Ce refus est violent outre-Rhin – pensons aux incidents ayant eu lieu ces jours-ci en Saxe à Chemnitz, en ex-République démocratique allemande –, tandis qu'en Italie, Matteo Salvini, homme fort de la Ligue et ministre de l'intérieur, refuse l'accès des ports de son pays aux navires, y compris italiens, venant en aide aux migrants risquant leur vie en Méditerranée.

L'islam bouscule les habitudes

Il y a aussi, et évidemment, le rejet de l'islam, cette religion crispant l'extrême droite depuis les années 1980. Aujourd'hui, ce rejet entre en résonance avec les préoccupations des opinions publiques européennes, non pas suite aux attentats perpétrés depuis 2013 par l'organisation Etat islamique, mais dès le 11 septembre 2001.

Ces militants sont d'ailleurs persuadés que les islamistes ont déclaré la guerre à l'Occident : par attentats évidemment, mais aussi par une colonisation inversée à la fois culturelle et ethnique. Pourtant, à l'extrême droite, il a existé des tendances favorables au monde arabo-musulman, développant une sorte de tiers-mondisme, souvent motivé par l'antisémitisme, parfois par l'antiaméricanisme, plus logiquement par les deux.

Ces tendances ont disparu au profit des idéologies identitaires, dominantes depuis une dizaine d'années. En effet, la visibilité de l'islam à compter des années 1980 a bousculé les habitudes des populations européennes par le port du voile, l'essor de la consommation de produits halal ou la multiplication des lieux de culte. L'islam a eu du mal à trouver sa place en Europe, provoquant méfiance et rejet (« *On n'est plus chez nous* »). D'autant que cet islam était travaillé durant le même temps par ses propres démons : l'islamisme.

Longtemps confinées à l'extrême droite, ces critiques ont donc trouvé un écho dans les opinions publiques à la fin des années 1990 : les musulmans seraient incapables de s'intégrer, d'accepter les valeurs de la civilisation européenne... Les formations identitaires ont fait de ces critiques le fondement de leur idéologie.

Protéger l'Europe des vagues de migrants

Enfin, il y a au sein des populations européennes un rejet croissant des formations politiques classiques au profit des partis populistes xénophobes, ainsi qu'une volonté de ces mêmes populations d'avoir une offre politique à la fois autoritaire et protectionniste, qui les protégerait de la mondialisation et qui donne un cadre rassurant.

Si les partis d'extrême droite sont en essor, il est à noter, et l'exemple allemand le montre brutalement, qu'une partie de l'extrême droite européenne revient à l'action violente.

Pourtant, des cadres politiques avaient fait le constat de la stérilité de cette voie. Elle restait le fait de la mouvance « *bonehead* » (les skinheads d'extrême droite) et des groupuscules néofascistes. Mais l'arrivée massive de réfugiés ou de migrants et l'impression de la mollesse des formations ayant choisi la voie électorale ont poussé les éléments les plus radicaux à revenir à la violence politique.

En effet, les arrestations de personnes projetant de commettre des crimes, des attentats ou cherchant simplement l'affrontement se multiplient... Certains militants n'hésitent d'ailleurs plus à se revendiquer du national-socialisme, sans pour autant se dire skinhead. Etre qualifié de « *nazi* » reste pourtant la disqualification la plus violente.

IL FAUT CRAINDRE UNE AUGMENTATION DES VIOLENCES D'EXTRÊME DROITE DANS LES MOIS ET LES ANNÉES À VENIR

Il faut faire le constat que les mentalités extrémistes de droite évoluent et se radicalisent, ou plutôt reviennent à de vieilles pratiques, violentes, comme on le voit un peu partout en Europe. Il s'agit, pour ces militants, de protéger l'Europe des vagues de migrants. Un slogan identitaire ne dit-il pas « *Defend Europe* » ?

Des militants ne se contentent plus de sit-in ou d'opérations médiatiques. Convaincus d'être en guerre, ils ont décidé de passer à l'acte, comme l'escomptaient les différents militants français arrêtés depuis 2015, comme les membres du mouvement skinhead picard du White Wolf Klan ou, dernièrement, les activistes de l'Action des forces opérationnelles.

En position de force

Il faut craindre une augmentation des violences d'extrême droite dans les mois et les années à venir. Une violence qui touchera principalement les populations musulmanes, ou considérées comme telles. Avec un phénomène inquiétant : les opinions publiques seront de moins en moins hostiles à ces violences, considérant que, d'une certaine façon, les musulmans l'ont cherché « *en refusant de s'intégrer et en imposant leur mode de vie* »...

A la fin des années 1970, les Européens acceptaient les *boat people*. Aujourd'hui, les mentalités ont changé : on préfère laisser les migrants mourir en Méditerranée. Les activistes ont pris acte de cette évolution et se sentent en position de force. Ils le font bruyamment savoir, un peu partout en Europe.

Malheureusement, cela ne changera pas dans un futur proche, au contraire : l'extrême droite, en se radicalisant, va devenir un danger. Comme je l'ai écrit plusieurs fois, le risque d'attentats devient de plus en plus important. En étant pessimiste, on peut d'ailleurs craindre une évolution à l'américaine, avec un terrorisme d'extrême droite récurrent.

Stéphane François est docteur en science politique, chercheur associé au CNRS, historien des idées et - spécialiste des droites radicales.

<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/verfassungsschutzpraesiden-maassen-bezweifelt-hetzjagden-in-chemnitz-15775690.html>

VERFASSUNGSSCHUTZPRÄSIDENT:

Maaßen bezweifelt Hetzjagden in Chemnitz

- AKTUALISIERT AM 07.09.2018-08:36



Der Verfassungsschutzpräsident vermutet „gezielte Falschinformationen“ hinter den Berichten über rechtsextremistische Hetzjagden in Chemnitz. Seiner Behörde lägen „keine belastbaren Informationen“ dazu vor, sagt Maaßen – und wird prompt dafür kritisiert.

Der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, **Hans-Georg Maaßen**, hat Zweifel an den Hetzjagden während der Demonstrationen in Chemnitz geäußert. „Die Skepsis gegenüber den Medienberichten zu rechtsextremistischen Hetzjagden in Chemnitz werden von mir geteilt“, sagte Maaßen der „Bild“-Zeitung. Dem Verfassungsschutz lägen „keine belastbaren Informationen darüber vor, dass solche Hetzjagden stattgefunden haben“.

Bundestags-Vizepräsident Thomas Oppermann (SPD) reagierte am Freitag mit Unverständnis auf die Zweifel des Verfassungsschutzpräsidenten. „Wir haben Bilder gesehen, wir haben Zeugen gehört. Wir haben gesehen, wie Menschen da den Hitlergruß offen auf der Straße gezeigt haben“, sagte er im Deutschlandfunk. Auch eine Gruppe von Sozialdemokraten sei auf dem Weg zum Bus von rechten Hooligans angegriffen worden.

Oppermann forderte, dass der Staat gegen solche Zustände gegenhalten müsse. „Wir haben ein staatliches Gewaltmonopol und ehrlich gesagt: Das zu verteidigen, ist auch Aufgabe des Präsidenten des Amtes für Verfassungsschutz.“

Über das Video, das Jagdszenen auf ausländische Menschen nahe des Johannisplatzes in Chemnitz zeigen soll, hatte Maaßen der „Bild“-Zeitung gesagt: „Es liegen keine Belege dafür vor, dass das im Internet kursierende Video zu diesem angeblichen Vorfall authentisch ist. Nach meiner vorsichtigen Bewertung sprechen gute Gründe dafür, dass es sich um eine gezielte Falschinformation handelt, um möglicherweise die Öffentlichkeit von dem Mord in Chemnitz abzulenken.“

Nach der Tötung eines 35 Jahre alten Deutschen in Chemnitz hatte es dort in den vergangenen Tagen mehrfach Kundgebungen rechter Gruppen gegeben. Dabei wurden auch Ausländer und Journalisten angegriffen. Zwei mutmaßlich aus Syrien und dem Irak stammende Männer sitzen wegen des Tötungsdelikts in Untersuchungshaft. Nach einem dritten Tatverdächtigen wird seit Dienstag gefahndet.

Merkel sprach von „Hetzjagden“

Den Begriff „Hetzjagd“ hatte unter anderem Kanzlerin Angela Merkel (CDU) benutzt. „Wir haben Videoaufnahmen darüber, dass es Hetzjagden gab, dass es Zusammenrottungen gab, dass es Hass auf der Straße gab“, sagte sie.

Am Mittwoch bekräftigte sie ihre Verurteilung der Ausschreitungen und Proteste in Chemnitz am Rande eines Treffens mit dem tschechischen Ministerpräsidenten Andrej Babis noch einmal. **Es habe Bilder gegeben, die „sehr klar Hass und damit auch die Verfolgung unschuldiger Menschen“ gezeigt hätten**, sagte die Kanzlerin. „Damit ist alles gesagt“, fügte sie hinzu.

Merkel reagierte auf Vorwürfe von AfD-Chef Jörg Meuthen, der sie zu einer Entschuldigung wegen ihrer ursprünglichen Reaktion und zur Entlassung ihres Regierungssprechers Steffen Seibert aufgefordert hatte. Merkel und Seibert hatten beide von „Hetzjagden“ gesprochen; dem widersprach am Mittwoch aber der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU).

In seiner Regierungserklärung zu den Vorfällen in Chemnitz wandte er sich gegen eine einseitige Berichterstattung. „Es gab keinen Mob, es gab keine Hetzjagd, es gab keine Pogrome in Chemnitz“, sagte Kretschmer vor dem Landtag in Dresden.

Dulig: Keine Wortklauberei betreiben

Sein Koalitionspartner und Vize-Ministerpräsident Martin Dulig (SPD) teilte diese Auffassung nicht. Es seien „Geflüchtete durch die Stadt getrieben wurden“, sagte Dulig am Mittwochabend in der RTL-Fernsehsendung „Stern TV“. „Das ist passiert, das ist real. Und es ist beklemmend, weil man wirklich sieht, wie viel Hetze dabei ist und wie aus Hass auch Gewalt wird.“

Im Gespräch mit dem Radiosender MDR Aktuell warnte er am Mittwoch aber auch vor „Wortklauberei“. „Ob die einen es als Hetzjagd bezeichnen, die anderen als Jagd. Schlimm ist es, dass so etwas geschehen ist. Und wir sollten jetzt die Debatte auf den Kern des Themas lenken.“ Es müssten nun die richtigen Konsequenzen gezogen werden, forderte Dulig.

7. September 2018, 05:35 Uhr

Ausschreitungen in Chemnitz

Maaßen zweifelt an Informationen über Hetzjagden



Der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, hat Zweifel an Informationen über Hetzjagden während der Demonstrationen in Chemnitz geäußert. *"Die Skepsis gegenüber den Medienberichten zu rechtsextremistischen Hetzjagden in Chemnitz werden von mir geteilt"*, sagte Maaßen der *Bild-Zeitung*.

Dem Verfassungsschutz lägen *"keine belastbaren Informationen darüber vor, dass solche Hetzjagden stattgefunden haben"*. Zu dem Video, das Jagdszenen auf ausländische Menschen in Chemnitz zeigen soll, sagte Maaßen: *"Es liegen keine Belege dafür vor, dass das im Internet kursierende Video zu diesem angeblichen Vorfall authentisch ist."* *"Nach meiner vorsichtigen Bewertung sprechen gute Gründe dafür, dass es sich um eine gezielte Falschinformation handelt, um möglicherweise die Öffentlichkeit von dem Mord in Chemnitz abzulenken"*, sagte der Verfassungsschutzpräsident weiter. (...)

GRÜNDE FÜR ZULAUF DER AFD:

Reich und frustriert

- VON RALPH BOLLMANN UND CORINNA BUDRAS
- -AKTUALISIERT AM 17.09.2018-07:02



[Bildbeschreibung einblenden](#)

Die Wirtschaft boomt und die Arbeitslosenquote ist so niedrig wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Trotzdem blüht der politische Radikalismus. Warum? Und lässt sich das Problem mit der AfD durch Geld lösen?

Deutschland geht es prächtig. Knapp 44,8 Millionen Menschen gehen einer Erwerbstätigkeit nach, so viele wie noch nie. Die Arbeitslosenquote liegt bei rund fünf Prozent, so niedrig wie seit den frühen achtziger Jahren nicht mehr. Die Wirtschaft wächst, die Löhne steigen allmählich, die Ungleichheit der Einkommen wächst seit zehn Jahren nicht mehr.

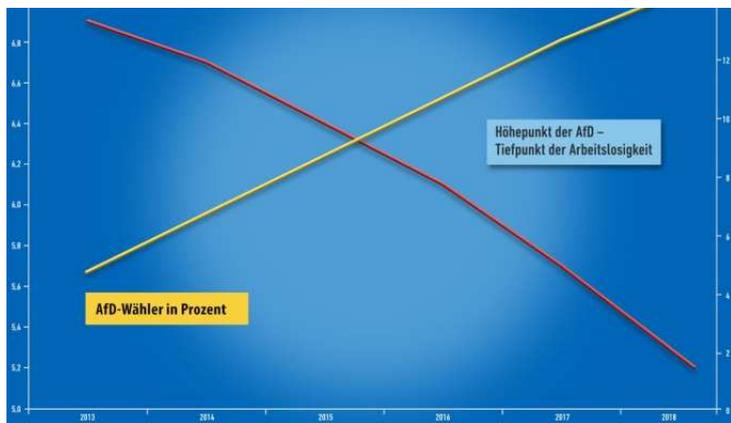
Trotzdem sind die Leute unzufrieden. Der Zuspruch für die Regierungsparteien sinkt, die Protestpartei **AfD** erreicht in Umfragen Rekordwerte. Bundesweit kam sie zuletzt auf rund 15 Prozent, das sind gut zwei Punkte mehr als bei der Bundestagswahl. Nur knapp darunter liegt sie in Bayern und Hessen, wo demnächst gewählt wird. In Ostdeutschland kam sie in einer Erhebung von Infratest dimap sogar auf den ersten Platz, mit 27 Prozent.

Das Phänomen bedarf einer Erklärung. Für viele Politiker schien die Antwort bisher klar zu sein: Weil die AfD etwa unter Arbeitslosen oder in abgehängten Regionen überdurchschnittliche Wahlergebnisse erzielt, hat ihr Erfolg eben doch wirtschaftliche Ursachen, trotz des allgemeinen Booms. Also hilft nur Geld. Dass die selbsternannte Partei des Volksinteresses mit großzügigen Rentenversprechen in die nächsten Wahlkämpfe ziehen will, hat die Panik bei den Etablierten verstärkt.

Die Leute wirtschaftlich bestechen

Mehr Polizisten und Lehrer soll es geben, stabile Altersbezüge werden versprochen, eine bessere Infrastruktur für die ländlichen Regionen sowieso. Zugespitzt gesagt: Man muss die Leute wirtschaftlich bestechen, um politisch die Liberalität zu wahren.

Die CDU hat dabei bislang kräftig mitgemacht. Jetzt setzt die neue Generalsekretärin **Annegret Kramp-Karrenbauer** erstmals einen anderen Akzent. „Wir werden der Versuchung des Sozialpopulismus nicht nachgeben“, sagt sie im Interview mit der F.A.S. Gerade wegen der guten wirtschaftlichen Lage sei die Sorge um die ökonomische Zukunft des Landes in den Hintergrund getreten. Nur deshalb könnten andere Themen wie die Migrationsdebatte derart ins Zentrum rücken.



Bis 2017: Wahlergebnisse bei den Bundestagswahlen. 2018: Allensbach-Umfrage von August :Bild: Bundeswahlleiter; Bundesagentur für Arbeit/Grafik F.A.S.

Sie könnte recht haben. Viele Sozialwissenschaftler kommen zu der überraschenden Erkenntnis: Für die Entstehung radikaler Strömungen werden wirtschaftliche Gründe bisher klar überschätzt. Da sind sich ausnahmsweise das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) und die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung einig. „Allein durch wirtschaftliche Schwäche lässt sich der regionale Erfolg der AfD nicht erklären“, heißt es in einer IW-Studie: Ihre westdeutschen Hochburgen habe die Partei in Bayern und Baden-Württemberg, zwei reichen Ländern, während sie im ärmeren Nordwesten von Nordrhein-Westfalen bis Schleswig-Holstein bei der **Bundestagswahl** über einstimmige Ergebnisse nicht hinauskam.

Ausschlaggebend seien vielmehr „kulturhistorische, soziokulturelle oder sozialpsychologische Faktoren“. Auch die Böckler-Forscher sagen, eigene Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit hätten „keinen signifikanten Einfluss auf das Wahlverhalten“. Wohl aber spielten Abstiegsängste eine Rolle.

Keiner der Forscher bestreitet, dass die AfD unter Arbeitslosen oder Geringverdienern viele Stimmen einfährt (siehe Grafik online). Aber nicht nur. Neben dem „prekären Milieu“ sei die „bürgerliche Mitte“ unter den Anhängern der Partei stark vertreten, ermittelte die Bertelsmann-Stiftung nach der Bundestagswahl. Die AfD werde „zwar häufiger von Modernisierungsverlierern, aber auch einem Teil der Mittelschichten getragen“, haben Leipziger Forscher um den Soziologen Holger Lengsfeld herausgefunden.

Und der Osnabrücker Politologe Armin Schäfer glaubt, seit den siebziger Jahren habe sich die politische Auseinandersetzung von der klassischen Links-rechts-Achse (Markt gegen Staat) auf eine kulturelle Konfliktlinie verschoben: Individualismus gegen Gemeinschaft.

Wen gut aussehende junge Syrer stören

Auf der einen Seite stehen die „Kosmopoliten“, erläutert der Leipziger Forscher Lengsfeld, also jene Globetrotter, die sich in Berlin, New York und Schanghai gleichermaßen wohl fühlen und zufrieden seufzend feststellen, wie klein die Welt doch inzwischen geworden ist. Auf der anderen Seite stehen die „Kommunitaristen“, denen die große weite Welt gestohlen bleiben kann, vor allem auf dem heimischen Marktplatz. Sie sehen die Globalisierung als kulturelle und ökonomische Bedrohung, auch weil sie die Konkurrenz einschleppt:

Wettbewerb um Jobs, Wohnungen – und womöglich auch um Frauen. In manchen ländlichen Regionen Ostdeutschlands gibt es durch weibliche Abwanderung ohnehin schon einen starken Überhang an Männern. Da kann eine Erweiterung des Angebots durch gut aussehende junge Syrer nur stören. „Es wäre erstaunlich, wenn das keine Rolle spielte“, sagt der Leipziger Soziologe Andreas Tutic.

Gefühle schlagen Statistik

Nicht nur Modernisierungsverlierer haben eine Schwäche für radikale Ideen. Die Arbeitslosenquote kann noch so niedrig, das Wachstum noch so hoch sein, ein Teil der Bevölkerung fühlt sich trotzdem zurückgelassen. „Mit Statistik kommt man nicht gegen Gefühle an“, sagt der Bielefelder Soziologe Wilhelm Heitmeyer. „Die AfD schafft es, aus der individuellen Ohnmacht kollektive Machtphantasien zu bauen.“

Diese Art der Radikalisierung fand schon lange vor Chemnitz und Köthen statt, sogar vor der Gründung der Pegida-Bewegung vor vier Jahren. Das Potential war latent schon vorher da, Heitmeyer hat es schon Anfang des neuen Jahrtausends auf rund 20 Prozent der Bevölkerung taxiert – in ganz Deutschland, quer durch alle Bevölkerungsschichten.

Der einzige Faktor von Gewicht, so Heitmeyer, ist Anerkennung. Die drückt sich nicht nur in Geld aus. „Wer nicht wahrgenommen wird, ist ein Nichts“, sagt der Forscher. Dabei zählt, ob die eigene Meinung gehört wird – und ob man das auch so empfindet. „Für uns hat der Staat keinen Cent übrig, aber für die Flüchtlinge zahlt er Milliarden“: So formulieren AfD-Anhänger das Gefühl der eigenen Herabsetzung. Fakten spielen dabei allenfalls eine untergeordnete Rolle.

Wenn die Anerkennung fehlt, sehnen sich die Leute nach der starken, autoritären Hand. Die bietet derzeit die AfD, die Partei des „autoritären Nationalradikalismus“, wie Heitmeyer sie nennt. Das Deutschsein ist der zentrale Identitätsanker, die Wiederherstellung der Kontrolle das Versprechen. Das verfährt nicht nur bei Arbeitslosen und Geringverdienern. Die AfD ist inzwischen tief in das Bürgertum eingedrungen, ihre Anhängerschaft umfasst Professoren genauso wie Ärzte oder Anwälte.

Westen konnte Hoffnungen nicht erfüllen

Gut möglich, dass sie getrieben sind von Statusängsten, also von der puren Angst, dass sie oder ihre Nachkommen an Prestige und Einfluss in der Gesellschaft verlieren. Genauso denkbar ist, dass sie einfach nur eine lange Tradition des Herrschaftsdenkens pflegen – geprägt von einem herablassenden „Wir hier oben, ihr da unten“ – mit Flüchtlingen auf unterster Hierarchie-Ebene.

Es gibt vieles, was AfD-Anhänger in Ost und West eint, aber ebenso einiges, was sie trennt. Auch im Westen wird die Partei gewählt, in so reichen Städtchen wie Heilbronn oder den Orten im Taunus. Aber im Osten ist der Zuspruch weit größer, in manchen Regionen ist die AfD stärkste Partei, und selbst in den Szenevierteln der Großstädte kommt sie noch auf zehn statt auf die im Westen üblichen fünf Prozent.

Auch das ist erstaunlich, wenn man nur aufs Materielle schaut. Nach der Wende mag es zwar gebrochene Erwerbsbiographien gegeben haben, aber viele haben sich auch objektiv verbessert, sagt der Leipziger Soziologe Tutic. Die Zeit der großen Arbeitslosigkeit ist vorbei. Das allerdings ist nicht das einzig Entscheidende. Womöglich haben sich viele noch mehr erhofft vom goldenen Westen. Gemessen daran wäre das Erreichte eine herbe Enttäuschung.

Viel wird über die Integration von Ausländern gesprochen, aber ein Teil der Deutschen könnte mit dem gleichen Maßstab als nicht integriert gelten. Die sächsische Integrationsministerin Petra Köpping hat darüber gerade ein Buch geschrieben: „**Integriert doch erst mal uns**“. Der Satz bezieht sich auf den Status der Ostdeutschen als Minderheit in der vereinten Bundesrepublik. Auch Köpping stolperte über den Widerspruch zwischen materiellem Erfolg und kulturellem Unbehagen. „Sachsen ist ein Bundesland, dem es gut geht“, schreibt sie. Und trotzdem gebe es eine „ungeahnte Erregung“, Hass auf „die da oben“, auf Flüchtlinge und auf „das System“.

Die Ministerin sieht die Ursache in „unbewältigten Demütigungen, Kränkungen und Ungerechtigkeiten“ aus der Nachwendezeit während der neunziger Jahre. Sie zieht auch vorsichtig Parallelen zu anderen Bevölkerungsgruppen, die auf einmal als Minderheit in einer anders geprägten Mehrheitsgesellschaft wiederfinden: zu den Migranten. Auch hier kommt nach einer Generation oft die heikelste Phase im Integrationsprozess, zu dem Zeitpunkt also, an dem sich das vereinte Deutschland jetzt befindet.

Ständiges Nachahmen verursacht Identitätsverlust

Das ist kein rein deutsches Phänomen. In Ungarn und Polen sind Parteien, die in manchem der AfD nahestehen, schon an der Regierung – und das, obwohl die Länder im wirtschaftlichen Aufholprozess weit vorangekommen sind. Gerade im ständigen Aufholen und Nachahmen könnte das Problem liegen. „Im Leben des Nachahmenden vermischen sich zwangsläufig Gefühle der Unzulänglichkeit, Unterlegenheit und Abhängigkeit, des Identitätsverlustes und der unwillkürlichen Unaufrichtigkeit“, schreibt der bulgarische Politologe Ivan Krastev. „Imitatoren sind niemals glückliche Menschen.“

Einfacher macht diese kulturelle Kluft die Sache nicht. Wie leicht wäre es doch, wenn sich das Problem mit der AfD durch Geld lösen ließe.

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article181445482/Deutschlandtrend-AfD-liegt-im-Osten-erstmals-vor-der-CDU.html>

AfD liegt im Osten erstmals vor der CDU

Veröffentlicht am 06.09.2018 | Lesedauer: 5 Minuten

Von **Johannes Wiedemann**

Die AfD liegt beim Deutschlandtrend in den ostdeutschen Ländern erstmals vor der CDU. Die rechtspopulistische Partei kommt demnach auf 27 Prozent, vier Punkte dahinter die CDU mit 23 Prozent.
Quelle: WELT / Christoph Hipp
AUTOPLAY

In den ostdeutschen Bundesländern liegt die AfD laut aktuellem Deutschlandtrend erstmals vor der CDU.

- Die AfD kommt demnach auf 27 Prozent, die Christdemokraten liegen mit 23 Prozent vier Punkte dahinter.
- Drittstärkste Kraft ist die Linke, gefolgt von der SPD. Weit abgeschlagen dahinter: die Grünen und die FDP.

Die AfD liegt beim Deutschlandtrend in den ostdeutschen Ländern erstmals vor der CDU. Nach der Erhebung von Infratest Dimap im Auftrag von ARD- „Tagesthemen“ und WELT kommt die AfD bei der Sonntagsfrage zur Bundestagswahl auf 27 Prozent in der Region. Die Christdemokraten liegen demnach mit 23 Prozent vier Punkte dahinter.

Drittstärkste Kraft in Ostdeutschland ist derzeit die Linke (18 Prozent), gefolgt von der SPD (15). Weit abgeschlagen dahinter: die Grünen mit sieben Prozent und die FDP mit sechs. Basis für die Sonntagsfrage im Osten waren etwa 300 Telefon-Interviews; bundesweit wurden rund 1500 geführt. Infratest Dimap weist in diesem Zusammenhang auf eine höhere Fehlertoleranz bei den Ergebnissen für Ostdeutschland hin.

Bundesweit verliert die AfD einen Punkt und landet bei 16 Prozent. Union und SPD bleiben unverändert bei 29 Prozent beziehungsweise 18 Prozent. Die Grünen geben einen Punkt ab und kommen auf 14 Prozent. Linke (zehn Prozent) und FDP (acht Prozent) gewinnen jeweils einen Punkt hinzu.

Die Demoskopien erklären sich den leichten Verlust der AfD bundesweit mit einem Rückgang ihres Stimmanteils in den westdeutschen Ländern. Hier kommt die Partei auf lediglich 14 Prozent. CDU und CSU liegen bei 30 Prozent im Westen, die SPD bei 19 und die Grünen bei 15 Prozent. Die FDP landet bei neun Prozent. Die Linke ist mit acht Prozent die schwächste der im Bundestag vertretenen Parteien in der Region.

Regierung und Medien genießen im Osten wenig Vertrauen

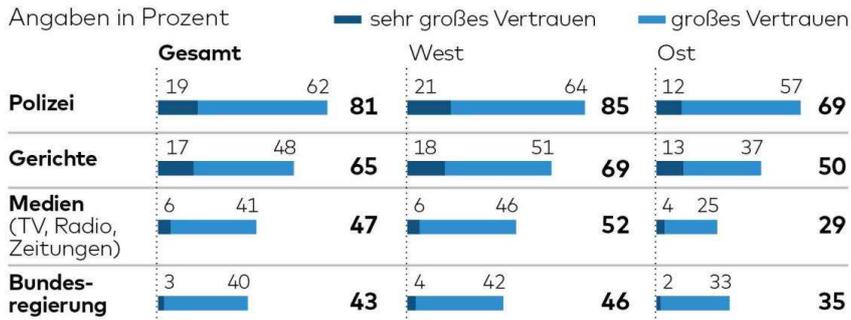
Infolge der rechtsradikalen Ausschreitungen in Chemnitz fragten die Demoskopien ab, wie sehr die Deutschen ihren Institutionen vertrauten. Hier macht sich ein starkes West-Ost-Gefälle bemerkbar.

Demnach haben bundesweit 81 Prozent der Bürger großes oder sehr großes Vertrauen in die Polizei; in den westdeutschen Ländern sind es 85 Prozent, in den ostdeutschen hingegen nur 69 Prozent. Die Justiz wird insgesamt von rund zwei Dritteln der Bevölkerung als vertrauenswürdig bewertet – im Westen sind es 69 Prozent, im Osten ist es nur die Hälfte der Bevölkerung.

Die Medien schneiden in Ostdeutschland geradezu katastrophal ab: Gerade einmal 29 Prozent vertrauen Fernsehen, Radio und Zeitungen. Im Westen tun das 52 Prozent, bundesweit mit 47 Prozent aber nur weniger als die Hälfte. Und die Bundesregierung? Insgesamt vertrauen ihr 43 Prozent der Bürger. Auch hier sind es im Osten (35 Prozent) deutlich weniger als im Westen (46).

Zu welcher Institution haben Sie Vertrauen?

Angaben in Prozent



Fehlende Werte zu 100 Prozent: Wenig Vertrauen / gar kein Vertrauen / weiß nicht

WELT

Quelle: Infratest Dimap

Quelle: Infografik WELT

Dazu passt, dass die Unzufriedenheit mit Kanzlerin Angela Merkels (CDU) schwarz-rotem Kabinett weiterhin groß ist – auch wenn sie abgenommen hat: 31 Prozent der Bevölkerung äußern sich zufrieden oder sehr zufrieden (plus sechs Prozentpunkte). Weniger oder gar nicht zufrieden sind 68 Prozent (minus sechs Punkte).

Vor allem vermissen die Deutschen eine klare Richtung: Eine große Mehrheit von 78 Prozent stimmt der Aussage zu, dass die Bundesregierung zu zögerlich sei und keine klaren Entscheidungen treffe. Eine Krise des Rechtsstaats sehen die Bürger aber nicht: 68 Prozent finden, dieser funktioniere alles in allem gut.

Deutsche attestieren Parteien wenig Kompetenz

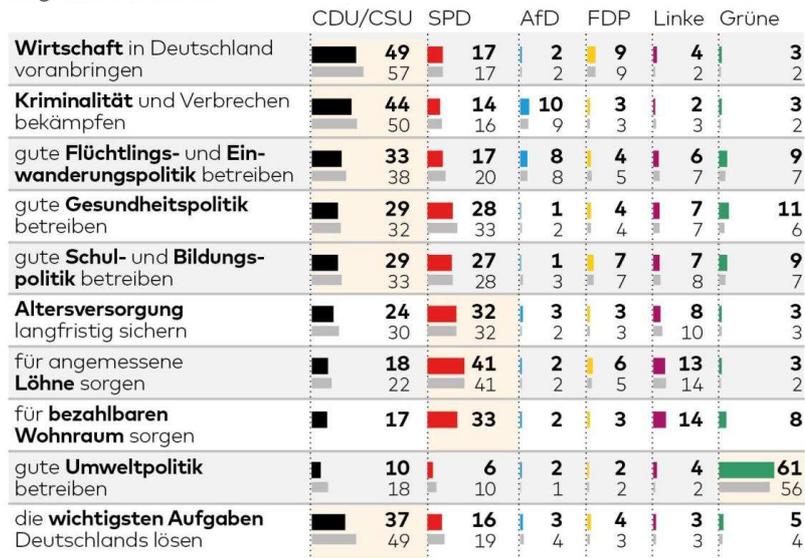
Für keine Partei zufriedenstellend dürfte sein, wie die Bürger ihre Kompetenzen in verschiedenen Politikfeldern beurteilen. Mit Abstand am besten schneidet dabei zwar die Union ab. Aber: Auf jedem einzelnen Arbeitsfeld hat sie sich hier seit der entsprechenden Erhebung vor der Bundestagswahl im September 2017 verschlechtert. Und auf keinem Feld stellt eine Mehrheit der Befragten CDU und CSU ein gutes Zeugnis aus.

Beispiel Migrationspolitik: Nur ein Drittel der Deutschen hält die Union hier für kompetent; vor der Wahl waren es 38 Prozent. In der Wirtschaftspolitik attestieren 49 Prozent CDU und CSU, fähig zu sein – zuvor waren es noch 57 Prozent. Ähnlich sieht es etwa bei Kriminalitätsbekämpfung aus (heute 44 Prozent, damals 50), Gesundheitspolitik (29 Prozent beziehungsweise 32) und Bildungspolitik aus (29 beziehungsweise 33). Dass die beiden Schwesterparteien die wichtigsten Aufgaben Deutschlands lösen können, glauben heute 37 Prozent – zwölf Prozentpunkte weniger als vor der Bundestagswahl.

Auch der Koalitionspartner SPD wird auf keinem einzigen Arbeitsfeld von einer Mehrheit als kompetent bewertet. Die Sozialdemokraten schneiden in drei Arbeitsbereichen besser ab als die Union: Bei der Rentenpolitik (SPD: 32 Prozent, CDU/CSU: 24) und wenn es um Löhne (41 beziehungsweise 18 Prozent) sowie bezahlbaren Wohnraum geht (33 beziehungsweise 17 Prozent). Dass die Sozialdemokraten die dringendsten Aufgaben des Landes lösen können, sagen 16 Prozent.

Wem trauen Sie am ehesten zu, diese Aufgaben zu lösen?

Angaben in Prozent



Werte in grauen Balken: September 2017 „Deutschland vor der Wahl“

Fehlende Werte zu 100 Prozent: Andere Partei / weiß nicht / keine Angabe

WELT

Quelle: Infratest Dimap

Quelle: Infografik WELT

Die anderen Bundestagsparteien – AfD, Grüne, FDP und Linke – schneiden im Vergleich deutlich schlechter ab als das Regierungslager. Mit einer großen Ausnahme: Die Grünen sind die einzige Partei, der eine Mehrheit auf einem Arbeitsfeld Kompetenz zuschreibt und die sich auf diesem Feld seit der Bundestagswahl verbessert hat: nämlich wenn es darum geht, gute Umweltpolitik zu betreiben. 61 Prozent der Deutschen äußern sich entsprechend; vor der Wahl waren es 56.

Im Ranking der deutschen Spitzenpolitiker gibt es oben wenig Bewegung: Am beliebtesten ist Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD). 47 Prozent sind mit ihm zufrieden oder sehr zufrieden (minus ein Punkt im Vergleich zum Vormonat). Dahinter folgt Kanzlerin Merkel mit unverändert 46 Prozent. Etwas an Beliebtheit eingebüßt haben Finanzminister Olaf Scholz (SPD) und Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU). Sie geben drei beziehungsweise zwei Punkte ab und kommen jeweils auf 43 Prozent.

Am stärksten an Beliebtheit hinzugewonnen hat Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU). Er legt sieben Punkte auf 34 Prozent zu. Ebenfalls im Aufwind ist Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU), der fünf Punkte auf 33 Prozent hinzugewinnt.

Für den repräsentativen Deutschlandtrend hat Infratest Dimap am 3. und 4. September 1002 wahlberechtigte Bürger telefonisch befragt; an der Sonntagsfrage nahmen vom 3. bis 5. September 500 Personen mehr teil. Die Fehlertoleranz liegt zwischen 1,4 und 3,1 Prozentpunkten. Bei der Sonntagsfrage in Ostdeutschland liegt sie zwischen 2,5 und 5,7 Prozentpunkten.

Herfried Münkler: "Wir schaffen das"

Warum jedes Land alle paar Jahrzehnte einen neuen Mythos braucht. Ein Gespräch mit dem Politikwissenschaftler Herfried Münkler

Interview: Judith Scholter und Frank Werner

19. September 2018, 18:25 Uhr ZEIT Geschichte Nr. 5/2018, 11. September 2018 [6 Kommentare](#)



Westberliner Demonstranten stehen im November 1989 auf der Berliner Mauer.

Lange war Deutschland geteilt – in Königreiche und einzelne Länder oder zuletzt durch eine Mauer. Und doch gibt es etwas, was all die Menschen, die in diesem Land leben, verbindet. Im Magazin ZEIT Geschichte "Was ist deutsch?" gehen die Autorinnen und Autoren dieser Frage nach. In seinem Interview erklärt der Politikwissenschaftler Herfried Münkler, warum ein Land gemeinsame Mythen braucht, um zusammenzuhalten.

ZEIT Geschichte: Die Bundesregierung taumelt, der Autoindustrie geht der Lack ab, die Nationalelf versagt als Turniermannschaft. Hat sich Deutschland im Sommer 2018 entzaubert?

Herfried Münkler: Die Nationalmannschaft hat sich ja 1998 schon einmal ziemlich blamiert, damals, als die Franzosen im eigenen Land Weltmeister wurden. Und wenn wir die selbst gemachten Probleme der Autoindustrie, insbesondere beim Diesel, abziehen, bleibt eine ungeheuer stabile ökonomische Prosperität. Deutschland geht es gut, selbst die globale Finanzkrise 2008 war bei uns nur als kleine Delle in der Konjunktur zu spüren.

ZEIT Geschichte: Wird diese Erfolgsgeschichte auch so erzählt? Die Stimmung im Land ist eher verzagt.

Münkler: Wir sind offenbar zu satt geworden. Man gewöhnt sich natürlich auch daran, Jahr für Jahr Exportweltmeister zu werden. In der Bundesrepublik standen nie politische Mythen im Mittelpunkt der kollektiven Selbstvergewisserung, es waren immer Geschichten über die eigene Wirtschaftskraft; ein Leistungsmythos, verbunden mit Automobilen und eben der Selbstetikettierung als Exportweltmeister. Das macht natürlich verwundbar. Liegt ein Mythos in der Vergangenheit, bleibt er unwidersprochen, aber eine Erzählung, die man jedes Jahr mit Bilanzen überprüfen kann, wirft unweigerlich Fragen auf: Werden wir das noch einmal schaffen? Diese Zweifel legen sich dann wie Mehltau auf die Erfolgsgeschichte, trüben die Stimmung und lähmen die Innovationskraft.

ZEIT Geschichte: Braucht es überhaupt nationale Mythen? Sollten wir nicht ganz auf sie verzichten?

Münkler: Wir brauchen starke Erzählungen, weil wir Zuversicht benötigen, um die Herausforderungen in einer sich beschleunigenden Welt zu meistern. Zuversicht entsteht zu einem großen Teil aus sinnstiftenden Narrativen, die aus der Vergangenheit in die Zukunft weisen. So wie Bundeskanzlerin Angela Merkel es mit der Formulierung "Wir schaffen das" versucht hat.

ZEIT Geschichte: Eine Anspielung auf die Erzählung des "Wirtschaftswunders": Das Land spuckt in die Hände und überwindet die Krise aus eigener Kraft?

HERFRIED MÜNKLER

ist Professor an der Humboldt-Universität in Berlin. 2009 erschien sein Band *Die Deutschen und ihre Mythen*, zuletzt veröffentlichte er eine Geschichte des Dreißigjährigen Krieges.

Münkler: Ja, das Problem war nur, dass Merkel nicht gesagt hat, wie wir das schaffen. Ich glaube, dass der Satz im Kern richtig war und diese Gesellschaft es schaffen kann. Daraus könnte am Ende sogar ein neues Narrativ entstehen. Alle 25 bis 40 Jahre brauchen Gesellschaften große Herausforderungen, deren Bewältigung dann zu einer mehrere Generationen prägenden Erzählung wird. Nach den Kriegen waren das in Deutschland der Umbruch von 1968 und später die Wiedervereinigung. Und jetzt die Migrationskrise? Sie hätte das Zeug dazu. Das Erstaunliche ist aber, dass der deutsche Umgang mit dieser Herausforderung nicht als Erfolgsgeschichte erzählt wird – immerhin ist ein Viertel der Geflüchteten von 2015/16 bereits in den Arbeitsmarkt integriert, was angesichts des Sprach- und Ausbildungsniveaus eine große Leistung ist. Doch erzählt werden die Zweifel. Die Debatte kreist um den Islam als angebliche Integrationsblockade.

ZEIT Geschichte: Deutschland wollte nie Einwanderungsland sein. Rächt sich diese Selbstverleugung jetzt?



Dieser Text stammt aus dem Magazin ZEIT Geschichte Nr. 5/2018 [Das aktuelle Heft können Sie am Kiosk oder hier erwerben.](#)

Münkler: Die Erfolgsgeschichte der Einwanderung fehlt jedenfalls in unserer kollektiven Erinnerung. Wir haben uns darüber hinweggelogen, dass Deutschland spätestens seit der Industrialisierung ein Einwanderungsland geworden ist. Und wir haben uns auch nicht erlaubt, danach zu fragen, ob wir möglicherweise besser waren bei der Integration der Zugewanderten als England oder Frankreich.

ZEIT Geschichte: Nationen wie die USA verfügen über Erfolgserzählungen und Gründungsmythen, die Zuversicht spenden. Bessere Krisenbewältiger sind sie deshalb nicht.

Münkler: Bei den USA erstaunt mich das. Trotzdem ist es hilfreich, wenn man solche Narrative hat und ihnen auch die notwendige Aufmerksamkeit schenkt. Bei uns findet zurzeit ein Kampf um die Besetzung von zentralen Orten und Mythen statt, wie man im Mai 2018 an der eigentümlichen Wanderung von Rechtskonservativen zum Hambacher Schloss sehen konnte: Ein Symbolort der liberalen Demokratie wurde usurpiert. Möglicherweise hat sich in Deutschland eine gewisse Nachlässigkeit im Umgang mit solchen Orten eingeschlichen.

ZEIT Geschichte: Brauchen wir neue Mythen, um den Nationalisten und Populisten nicht das Feld zu überlassen?

Münkler: Wir erleben eine Re-Emotionalisierung von Politik, der man sich nicht entziehen kann, will man die Deutungshoheit über wichtige Themen nicht verlieren. Ich glaube, dass wir gerade in Zeiten der **Globalisierung** ein starkes kollektives Selbstbewusstsein brauchen. Der Politikwissenschaftler Karl Deutsch hat einmal gesagt, ein Auto könne umso schneller fahren, je bessere Bremsen es habe. So gesehen können wir uns umso mehr Globalisierung leisten, je gewisser wir unserer Identität und der haltenden Kraft des Nationalstaates sind. Für viele ist die Globalisierung mit Ängsten und Bedrohungsgefühlen verbunden, auch mit der Frage, wo man denn noch zu Hause sei. Das muss man ausgleichen. Die Bremsen besser machen.

ZEIT Geschichte: Auch auf die Gefahr hin, dass man etwas Falsches verspricht? Ein populärer Mythos unserer Zeit besagt, es gebe für globale Probleme nationale Lösungen.

Münkler: Da kommen wir zu einem zentralen Problem, zu der Frage, ob der Mythos eine notorische Unwahrheit ist beziehungsweise ein Sinnstifter, der keineswegs immer durch harte Zahlen gedeckt wird. Ich würde sagen, er ist beides: ein Narrativ jenseits der Faktizität und zugleich eine Erzählung, die auf Einsprüche reagiert und entsprechend um- und forterzählt wird. Das eine ist nicht ohne das andere zu haben. Jedenfalls brauchen wir haltende Narrative, um die Folgen der Globalisierung auszubalancieren und die Verlierer dieser Entwicklung nicht nur sozialpolitisch aufzufangen.

ZEIT Geschichte: Nationalmythen sind sozialpolitisch doch eher unterambitioniert: Die Geschichten spielen meist auf dem Schlachtfeld, erzählen von Blut, Tod und Opfer. Können wir nicht froh sein, solche Heldenepen überwunden zu haben?

Münkler: Das sind wir ja auch durchaus. Die Nationalhymnen vieler Länder erzählen von Tod und Blut und Kampf, während sich die dritte Strophe des Liedes von Hoffmann von Fallersleben da in Zurückhaltung übt. Wir erinnern Kriegsgeschichte heute als eine Geschichte von Niederlagen und menschlichem Leid. Mit der Folge, dass wir uns voll auf wirtschaftlichen Wohlstand konzentriert haben. Nur muss man sich darüber im Klaren sein, dass Wohlstand in hohem Maße individuell verteilt wird, nicht jeder bekommt davon etwas ab. Kollektivgeschichten hingegen schließen alle ein, die sich einer Nation zurechnen. Sie integrieren narrativ auch diejenigen, die nicht unmittelbar vom ökonomischen Erfolg profitieren.

"Mit Mythen wird politisch gekämpft"

ZEIT Geschichte: Schweißen nicht vor allem die Feindbilder zusammen, die in Nationalmythen eingeschrieben sind?

Münkler: Die deutschen Erzählungen vom Wirtschaftswunder in den Fünfzigerjahren sind fast gänzlich ohne Feindbilder ausgekommen. Womöglich liegt darin aber auch ihre Mobilisierungsschwäche. Mit Mythen wird politisch gekämpft, es geht um Deutungshoheit, um kulturelle Hegemonie. Da gehören Freund- und Feindbilder dazu.

ZEIT Geschichte: Ist die Gefahr von Mythen dann nicht größer als ihr Nutzen?

Münkler: Manche Gewinne kann man nur einstreichen, wenn man sich auf Risiken einlässt. Die einzige Ironie daran ist, dass ich das als Beamter sage. Eine Versicherung gegen den Missbrauch von Mythen ist eine lebendige diskursive Öffentlichkeit, in der die großen Erzählungen kritisch reflektiert werden. Heikel wird die Sache, wenn sie in die Hände autoritärer Machthaber fallen, die dabei sind, diese Öffentlichkeit auszuschalten. Nehmen Sie Polen, Ungarn oder die Türkei: In diesen Ländern dienen Mythen nur noch der Absicherung autoritärer Herrschaft.

ZEIT Geschichte: Um dem neuen Nationalismus in Europa etwas entgegenzusetzen, bräuchte die EU eine zündende Selbsterzählung. Was würden Sie empfehlen?

Münkler: Wenn ich diese Frage beantworten könnte, würde ich Herrn Juncker schreiben und ein opulentes Honorar verlangen. Die alte Sinnstiftung "Nie wieder Krieg" hat an Evidenz verloren, die Erinnerung an die beiden Weltkriege erreicht die heutige Generation emotional kaum noch. Inzwischen ist die Schaffung eines vereinten Europa zum bloßen politischen Projekt geworden, das mit Kalkül, aber weitgehend leidenschaftslos betrieben wird. Ein Beispiel für das Erkalten von Mythen.

ZEIT Geschichte: Wieder aufgewärmt wird dagegen die jahrhundertealte europäische Erzählung von der Verteidigung des Abendlandes. Findet Europa nur in der Abwehr des Islams zusammen?

Münkler: Man könnte in der Debatte um den Islam genauso gut hervorheben, dass es jenseits aller Eroberungen immer auch einen intellektuellen Austausch gab. Dass die Philosophie des Aristoteles durch islamische und jüdische Gelehrte weitervermittelt wurde. Dass die Mathematik über den Orient zu uns gekommen ist. Doch die Geschichte wird anders erzählt, der Islam gilt als Bedrohung. Das ist ein später Sieg von Al-Kaida und Osama bin Laden. Vor 20 Jahren haben wir nicht über Muslime gesprochen, sondern über Türken, Libanesen, Iraker. Dann kam der 11. September 2001, und aus dem Anschlag einer ägyptisch-saudischen Terrorgruppe wurde ein islamischer Angriff. Das neue Labeling stellte die Muslime insgesamt unter Verdacht; plötzlich galten sie nur noch als bedingt integrationsfähig. Als Analytiker politischer Mythen würde ich sagen: Wir sind in eine Falle getappt, die der Gegner gestellt hat. Im Machtspiel der Mythen kommt es auch darauf an, die Narrative der Gegenseite zu durchschauen und klug auf sie zu reagieren.

ZEIT Geschichte: Ist die Vorstellung, es gebe *den* Islam, nicht an sich schon eine mythische Falle?

Münkler: Ja, und daran kann man sehen, dass es mit der reinen Dekonstruktion solcher Erzählungen nicht getan ist. Wir brauchen starke Gegenerzählungen, um solche Mythen zu entkräften. Weil es die im Augenblick nicht gibt, dominiert die Vorstellung vom *clash of civilizations*, wie sie Samuel Huntington und andere in die Welt gesetzt haben.

ZEIT Geschichte: Wie entstehen Mythen überhaupt?

Münkler: Klassischerweise sind sie das Werk von Intellektuellen. Schriftsteller und Historiker greifen Ereignisse oder literarische Figuren auf, erzählen die Geschichten über sie immer wieder neu, bis sie zu Referenzen des kollektiven Selbstbewusstseins werden. Es reicht natürlich nicht, wenn etwa im 19. Jahrhundert nur einer daherkommt und sagt, dass Friedrich Barbarossa wiederkehren wird. Solche Erzählungen müssen sich zu einem Diskurs verdichten, auf den permanent Bezug genommen wird. So entstehen Mythen, die anpassungsfähig bleiben und neue Ereignisse integrieren können. Wenn etwa der Philosoph Oskar Negt den alten Wissenschaftler und Schwarzkünstler Faust 2006 als Kapitalisten deutet, der sich in einer ganz neuen Form der Alchemie übt und, wie er das ja auch bereits bei Goethe tut, das Papiergeld erfindet, dann ist das ein Beispiel für fortgesetzte Selbstbespiegelung, Selbstverständigung und auch Selbstkritik im Modus eines Mythos.

ZEIT Geschichte: Warum werden Intellektuelle in Deutschland gerade zu Beginn des 19. Jahrhunderts erfinderisch?

Münkler: Weil es noch keinen Nationalstaat und keine politische Einheit gibt. Die Mythen werden zum Platzhalter. Das kann man an der Auseinandersetzung um Friedrich Barbarossa sehen. Wer folgt dem alten Kaiser auf den Thron: Sind es die Stauer? Die Hohenzollern? Oder doch die Habsburger? Dieses Hin und Her der Geschichten lässt sich als narratives Spiel mit einer politischen Herausforderung deuten. Später, nach der Reichsgründung 1871, setzt dann ein Sättigungseffekt ein. Mythen dienen jetzt der Bestätigung des Geschaffenen, wirken nicht mehr appellatorisch in die Zukunft, sondern affirmativ in der Gegenwart.

ZEIT Geschichte: Welche Rolle spielt die Französische Revolution?

Münkler: Viele der deutschen Erzählungen reagieren auf die Revolution und den französischen Hegemonialanspruch in Europa, sind also Gegenmythen. Angesichts der Dynamik in Frankreich entwickeln die Deutschen ein Gefühl der Rückständigkeit, des Aufschauens- und Lernenmüssens; sie verschanzen sich in eigenen Bildern: Gegen Versailles als prunkvolles Symbol des französischen Absolutismus setzen sie die idyllische Landschaft des Mittelrheins. Und da sie keine Hauptstadt haben, die sie gegen Paris setzen können, entdecken sie den Wald als Raum des Deutschseins.

ZEIT Geschichte: Gibt es andere Motive, die wiederkehren? Der Speerstoß Hagens im Nibelungenlied, der in Weimar zum Dolchstoß wird?

Münkler: Das ist eine Um- und Forterzählung des Themas, wie immer bei Mythen. Ende des 18. Jahrhunderts erklärt die noch junge Wissenschaft der Germanistik das wiederentdeckte Nibelungenlied zu ihrem Gründungsdokument, das den Anspruch auf Eingliederung des Faches in die Universität beglaubigen soll. Nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg wird aus dem Speer Hagens der Dolch der Unterschichten. Was nicht heißt, dass Hagen von Anfang an heimtückisch gewesen wäre. Persönliche Zwischenbemerkung: Meine Frau ist Altgermanistin, und wir haben unseren Sohn Hagen genannt, weil wir Hagen – im Gegensatz zu den infantilen Königen in Worms und dem großkotzigen Siegfried – für die einzig konsequente Figur im Nibelungenlied halten.

"Am gefährlichsten sind die Opfererzählungen"

ZEIT Geschichte: Ist die Angst vor Heimtücke nicht ein notorisches Motiv der Deutschen? Im Krieg gegen die Frantireurs 1871, im Ersten und im Zweiten Weltkrieg fürchten und verachten deutsche Soldaten nichts so sehr wie Angriffe von hinten.

Münkler: Dahinter steckt die Sorge regelgebundener Akteure, andere könnten sich Vorteile verschaffen, indem sie die Regeln brechen. Eine spezifisch deutsche Angst ist das nicht.

ZEIT Geschichte: Worin unterscheiden sich deutsche Mythen dann von den Erzählungen anderer Nationen?

Münkler: Ich vermute, in gar nichts. Die Mythen aller Nationen kreisen um Überlegenheit, Selbstzweifel und die eigene Opferrolle. Am gefährlichsten sind die Opfererzählungen, weil sie zu einem guten Gewissen verhelfen, wenn man zurückschlägt. Nehmen Sie die deutsche Fixierung auf Frankreich: Der Glaube, man sei über Jahrhunderte ein Opfer französischer Übergriffe auf deutsches Territorium gewesen, begründete den Anspruch auf Rache. Sieht man sich als Opfer, erlaubt man sich Dinge, die eigentlich verboten sind: Rechtsextreme meinen, sie seien das Opfer von Migration, und halten das für die Lizenz, Flüchtlingsunterkünfte in Brand zu stecken. Dschihadisten meinen, die Muslime seien ein Opfer des imperialen Westens, und nehmen das als Legitimation, wahllos Menschen auf der Strandpromenade von Nizza und andernorts zu töten. Notorische Opfermythen entgrenzen die Gewalt.

ZEIT Geschichte: Viele Deutsche behaupteten nach 1945, Opfer des Nationalsozialismus gewesen zu sein.

Münkler: Ich würde nicht sagen, dass es unter den Deutschen im Hinblick auf den Nationalsozialismus eine genuine Opfererzählung gab, sondern eher eine Erzählung des Vergessens. Man sagte damals: "Wir haben die Knobelbecher abgelegt, haben aus dem Kübelwagen den VW gemacht, und wenn wir über die Alpen kommen, dann nicht mit Panzern, sondern als Touristen. Von dem, was in der Vergangenheit war, wollen wir nichts mehr hören." Nach 1945 kam es deshalb zum großen Mythenschnitt.

ZEIT Geschichte: Ist dieser Mythenschnitt nicht selbst ein Mythos? Der alte Germanenkult ist nicht mehr salonfähig, aber er lebt vielleicht im Stillen fort.

Münkler: Das sagen Sie zu mir, der den germanisch klingenden Vornamen Herfried trägt! Allerdings aus harmlosen Gründen: Meine Mutter hieß Hermine und mein Vater Friedrich, daraus haben sie dann Herfried gemacht. Im Ernst, ich glaube nicht, dass heute noch jemand vor dem Hermannsdenkmal drei Finger hebt und Treue schwört. Unser Verhältnis zu den Germanen ist spielerisch geworden, und es ist nett, sich die großen Erzählungen privat anzueignen. Ich zum Beispiel habe mich in meinem akademischen Leben nie weit wegbewegt, war immer in Frankfurt und Berlin. Das erkläre ich gerne damit, dass die Chatten, nachmalig Hessen, eben die Fußkranken der Völkerwanderung waren.

ZEIT Geschichte: Ist die Erzählung eines radikalen Bruchs mit der Vergangenheit, einer "Stunde null", das mythische Erfolgsrezept der Bundesrepublik – im Unterschied zur Weimarer Republik?

Münkler: Ja, die Weimarer Republik litt unter der Präsenz der Vergangenheit und der Niederlage, die als revisionsbedürftiges Ereignis gewissermaßen in die Gegenwart hineinragt. Den Westdeutschen blieb nach 1945 dagegen nichts anderes übrig, als die Vergangenheit hinter sich zu lassen. Es gab das alte Deutschland nicht mehr, es gab auch die Perspektive einer militärischen Revision nicht mehr. Dieser Zwang zur Neubestimmung wurde dann wiederum mythenpolitisch aufgeladen. Wenn etwa mein Kollege Heinrich August Winkler die Geschichte der Bundesrepublik als einen langen Weg nach Westen beschreibt, dann ist das eine Bedeutungsinvestition, das ist Mythenpolitik. Ich habe dem Kollegen mal gesagt, "Sie kommen aus Königsberg, Herr Winkler, Sie haben einen weiten Weg. Ich als Hesse war indes immer schon im Westen."

ZEIT Geschichte: Am 9. November 1989 haben Ost und West wieder zusammengefunden. Warum ist daraus kein neuer demokratischer Gründungsmythos der Deutschen geworden?

Münkler: Man hat den Tag des Mauerfalls nicht zum Nationalfeiertag erklärt, weil man vor dem Umstand zurückschreckte, dass die Nationalsozialisten an einem 9. November auf die Feldherrnhalle marschiert waren und 1938 die Pogromnacht organisiert hatten. Außerdem erschien der politischen Elite der alten Bundesrepublik der 3. Oktober als attraktiver, weil sie bei der Wiedervereinigung selbst der Akteur war. Am 9. November waren die Ostdeutschen die Handelnden, während Kohl zunächst relativ hilflos agierte und die Westdeutschen vorm Fernseher saßen. Die Entscheidung gegen diesen Tag habe ich nie nachvollziehen können. Wir haben da eine große Chance verpasst, ein nationales Ereignis mit Emotionen zu füllen. Der 3. Oktober erfreut vor allem die Würstchenbudenbesitzer.

ZEIT Geschichte: Lässt sich ein Mythos noch nachträglich schaffen?

Münkler: Vielleicht schon, aber im Augenblick sind wir noch nicht so weit. Das Zusammenwachsen von Ost und West, obwohl eigentlich eine Erfolgsgeschichte, hat zu viele individuelle Blessuren hinterlassen. Wenn irgendwann die Treuhandschaft in den Erwerbsbiografien der Menschen nicht mehr so deutlich sichtbar ist, wird sich das vielleicht ändern.

ZEIT Geschichte: Gibt es heute überhaupt noch genug gesellschaftliche Verbundenheit und gemeinsam geteilte Öffentlichkeit für nationale Großerzählungen?

Münkler: Das ist tatsächlich ein Problem. Es hat freilich auch früher soziomoralische Milieus gegeben, die ihre eigenen Erzählungen hatten, das katholische Milieu etwa, die Arbeiter oder die Bildungsbürger. Doch diese Gruppen haben miteinander um die kulturelle Hegemonie gekämpft, sich aufeinander bezogen. Heute zerfasert die Gesellschaft, weil die Milieus nebeneinander existieren und kaum noch untereinander kommunizieren.

ZEIT Geschichte: Braucht unsere Politik bessere Geschichtenerzähler?

Münkler: Frau Merkel hat große politische Fähigkeiten, aber sie kann keine Geschichten erzählen. Grundsätzlich halte ich aber eine Arbeitsteilung für richtig: Politiker machen Politik, und die Intellektuellen, die Schriftsteller und alle, die sich dazu berufen fühlen, kümmern sich um die Sinnstiftung.

ZEIT Geschichte: Welche Geschichte würden Sie am liebsten über Deutschland erzählen?

Münkler: Ich fürchte, dafür bin ich noch nicht alt genug. Fragen Sie mich vielleicht in 20 Jahren noch einmal.

En Allemagne, le spectre de la République de Weimar est de retour

Si l'Allemagne d'aujourd'hui n'est pas celle de 1932, la montée de l'extrême droite pousse les observateurs à souligner l'analogie des situations. Avec un but : être attentif à certains signaux suffisamment tôt pour ne pas répéter les erreurs du passé.

LE MONDE | 24.09.2018 à 06h45 • Mis à jour le 24.09.2018 à 07h19 | Par **Thomas Wieder** (Berlin, correspondant)

Deux jours ont suffi pour que le *Spiegel* fasse le parallèle. « *Bien sûr, l'histoire ne repasse pas les plats, mais quand des foules excitées d'extrême droite créent de l'agitation au cœur de l'Allemagne et que l'Etat de droit est dépassé par les événements, cela rappelle un peu la situation de la République de Weimar* », écrivait l'hebdomadaire allemand dans son « briefing matinal », le 28 août, quarante-huit heures après [les premières manifestations provoquées par la mort d'un Allemand poignardé à Chemnitz \(Saxe\)](#), après une altercation avec des demandeurs d'asile.

Dix jours plus tard, le président de la République fit à son tour le rapprochement. Dans un discours prononcé à Berlin, le 7 septembre, Frank-Walter Steinmeier ne cita certes pas le mot « Weimar », cette petite ville de Thuringe où fut rédigée, en 1919, la Constitution de la première République allemande. Mais l'allusion au régime balayé quatorze ans plus tard par les nazis était transparente. « *Ceux qui crient haut et fort qu'il faut "renverser le système" doivent se souvenir de ce à quoi conduisit le mépris pour la première démocratie qui a existé sur le sol allemand. Un pays avec une histoire comme la nôtre ne doit jamais l'oublier* », déclara-t-il ce jour-là.

L'avertissement visait Alexander Gauland, coprésident du parti d'extrême droite Alternative pour l'Allemagne (AfD). Trois jours plus tôt, celui-ci avait appelé à une « *révolution pacifique* » contre « *le système politique* ».

Repris par plusieurs éditorialistes ainsi que par quelques autres responsables politiques, le parallèle avec Weimar n'a pas tardé à faire réagir les historiens. Ceux-ci, dans différentes tribunes ou émissions, n'ont pas manqué de pointer ce qui distingue l'Allemagne de 2018 de celle du début des années 1930. Bien des éléments essentiels qui expliquent la chute de la République de Weimar sont absents aujourd'hui : l'illégitimité du régime, associé par des pans de la population de l'époque, à l'humiliant « diktat » du traité de Versailles (1919) ; l'hyperinflation de 1923, puis le krach de 1929, qui plongèrent le pays dans une crise économique et sociale sans précédent ; l'instabilité chronique d'une vie politique marquée par une violence endémique, cette fameuse « *brutalisation* » des comportements issue de la première guerre mondiale et dont l'historien George Mosse (1918-1999) montra à quel point elle fut l'une des conditions essentielles de l'arrivée de Hitler au pouvoir, en 1933.

Violences racistes « minimisées »

Ces différences majeures rendent-elles pour autant caduques les craintes de ceux qui se risquent à agiter le spectre de Weimar ? Dans un article paru le 8 septembre dans *Die Zeit*, l'historien Michael Wildt posait clairement la question : « *L'Allemagne est-elle sous la menace d'un nouveau 1933 ?* » Pour cet éminent spécialiste du nazisme, professeur à l'université Humboldt, à Berlin, plusieurs arguments justifient que l'on prenne cette interrogation au sérieux.

Premier point : « *Le fait que, grâce aux réseaux sociaux et en très peu de temps, des groupes d'extrême droite soient aujourd'hui capables de mobiliser des milliers de partisans pour des rassemblements violents.* » Certes, précise M. Wildt, « *il n'existe pas dans l'Allemagne d'aujourd'hui de milice comparable à celle des SA, qui comptaient plusieurs centaines de milliers d'adhérents* » en 1932-1933. Mais justement, observe-t-il :

« *La leçon de Weimar n'est-elle pas précisément de rappeler qu'il convient de poursuivre et d'interdire de tels groupes avant qu'ils ne se consolident et se développent ?* »

Deuxième point : l'AfD. Certes, écrit M. Wildt, les différences avec le NSDAP, le parti nazi, sont évidentes. « *Mais les prises de position de plusieurs responsables de l'AfD après Chemnitz ont montré à quel*

point ceux-ci étaient réticents à condamner de façon claire les violences racistes qui ont été perpétrées, préférant au contraire les minimiser voire les excuser. » Là encore, selon l'historien, une telle attitude doit inciter à la vigilance :

« Un parti qui ne prend pas clairement ses distances avec des comportements violents et antidémocratiques n'est pas un parti démocratique. »

L'AfD n'est pas aux portes du pouvoir

Troisième point : la rapidité avec laquelle certains discours, qui étaient jusque-là l'apanage de petits groupes d'extrême droite, « se diffusent aujourd'hui dans le reste de la population ». Des discours qui reposent sur l'idée selon laquelle l'Allemagne vit sous la menace d'un « autre » – hier le juif ou le communiste, aujourd'hui le réfugié musulman – dont la « mise à l'écart » est présentée comme la condition du salut de la nation. « Une peur [aujourd'hui] alimentée y compris par des partis conservateurs », observe M. Wildt, pointant ici l'un des éléments clés qui précipita la chute de la République de Weimar : la porosité idéologique entre l'extrême droite factieuse et une partie de la droite parlementaire, la seconde contribuant finalement davantage à la montée de la première qu'à son endiguement.

Au vu de ces éléments, M. Wildt est formel : non, l'Allemagne d'aujourd'hui n'est pas celle de 1932. L'AfD, qui a recueilli 12,6 % des voix aux législatives de 2017, n'est pas aux portes du pouvoir comme l'était le parti nazi après ses 33 % obtenus aux élections générales de novembre 1932. Mais, comme le rappelle l'universitaire – et c'est aussi le sens de l'avertissement de M. Steinmeier – la leçon de Weimar est peut-être moins dans l'analogie des situations que dans la nécessité de rappeler à quel point il convient d'être attentif à certains signaux faibles qui, faute d'avoir été pris au sérieux suffisamment tôt, ont pu faire croire aux plus optimistes que le régime fondé sur les décombres de la guerre de 1914 résisterait aux assauts de ses ennemis.

Pour le dire autrement, la République fédérale n'est pas dans la situation de la République de Weimar. Mais trop insister sur ce qui les distingue fait peut-être oublier l'essentiel : à savoir que rien ne prémunit a priori la première d'un destin analogue à celui que connut la seconde.

https://www.lemonde.fr/international/article/2018/10/05/heinrich-august-winkler-l-entree-de-l-extreme-droite-au-bundestag-est-un-tournant-dans-l-histoire-allemande_5365129_3210.html

Heinrich August Winkler : « L'entrée de l'extrême droite au Bundestag est un tournant dans l'histoire allemande »

Confrontée à la montée du populisme de droite, l'Allemagne paraît confrontée à une impasse, s'inquiète ce grand historien. Le pays a sous-estimé le fossé culturel politique créé par sa partition d'après-guerre, qui a favorisé l'émergence de l'AfD à l'Est.

Propos recueillis par Thomas Wieder Publié le 05 octobre 2018

Professeur émérite de l'université Humboldt, à Berlin, Heinrich August Winkler, 79 ans, est spécialiste de l'histoire moderne et contemporaine de l'Allemagne. Après avoir consacré plusieurs travaux de référence à la République de Weimar (1918-1933), il s'est intéressé à la *Sonderweg*, cette « voie particulière » empruntée par l'Allemagne avant d'accéder à la démocratie dite « occidentale », une question très débattue dans l'historiographie contemporaine. Cette réflexion est au cœur de son ouvrage le plus célèbre, traduit en français sous le titre *Histoire de l'Allemagne (XIX^e-XX^e siècle). Le long chemin vers l'Occident* (Fayard, 2005).



Heinrich August Winkler, à Berlin, le 19 février 2016. RAINER JENSEN / AFP

La crise politique que l'Allemagne traverse aujourd'hui a-t-elle connu un précédent dans l'histoire de la République fédérale ?

L'Allemagne a connu des crises gouvernementales très importantes dans les années 1960, 1970 et 1980. Je pense par exemple à la chute du gouvernement de Ludwig Erhard en 1966, quand le Parti libéral-démocrate (FDP) a quitté la coalition qu'il formait avec les conservateurs (CDU-CSU, Union chrétienne-démocrate d'Allemagne – Union chrétienne-sociale en Bavière), ou encore à la perte de la majorité constituée par le Parti social-démocrate (SPD) et le FDP sous Willy Brandt, en 1972, qui avait provoqué des élections législatives anticipées.

Ce qui est nouveau, c'est que la rébellion vient du camp même de la chancelière, la CDU-CSU, et non de son partenaire de coalition, le SPD. Cette rébellion de l'intérieur a été symbolisée, le 25 septembre, par la défaite de Volker Kauder, qui briguait un nouveau mandat à la tête du groupe CDU-CSU du Bundestag. Le fait que ce proche d'Angela Merkel, qui occupait ce poste depuis treize ans, ait ainsi été battu, donne la mesure du mécontentement que doit affronter la chancelière au sein de sa propre majorité.

Cela crée une situation politique particulière. La chancelière est très affaiblie, et les deux grands partis autour desquels s'est structurée la vie politique depuis la fin de la guerre sont très fragilisés. S'y ajoute un problème intrinsèque à la « grande coalition » : à savoir que quand les deux principaux partis gouvernent ensemble, la déception qu'ils génèrent profite nécessairement aux extrêmes. D'où le sentiment actuel d'être dans une sorte d'impasse, l'alternative étant de continuer avec cette « grande coalition » qui tient cahin-caha. Ou de provoquer

des élections anticipées, avec le risque d'une nouvelle poussée de l'extrême droite populiste, ce qui rendrait plus difficile encore qu'il y a un an la constitution d'un gouvernement.

Au soir des législatives du 24 septembre 2017 et de l'entrée d'Alternative pour l'Allemagne (AfD) au Bundestag, on a entendu ce commentaire : « C'est la fin de la vieille République fédérale... » Ces élections marquent-elles une rupture dans l'histoire politique allemande ?

Si l'on excepte la toute première législature qui a suivi la fondation de la RFA entre 1949 et 1953, jamais l'extrême droite n'était entrée au Bundestag. Un parti comme le NPD (Parti national-démocrate), par exemple, a pu siéger dans quelques parlements régionaux, mais n'a jamais été représenté au niveau fédéral : une fois, en 1969, il a failli atteindre la barre des 5 % nécessaires pour avoir des élus.

En cela, l'entrée de près d'une centaine de députés de l'AfD au Bundestag, en 2017, est un tournant majeur dans l'histoire de la République fédérale. A l'échelle de l'Europe, en revanche, cela tend à rapprocher l'Allemagne de ses voisins, confrontés à la montée du populisme de droite depuis plus longtemps qu'elle.

A quelle culture politique se rattache l'AfD ?

C'est une erreur de qualifier ce parti de fasciste ou de nazi. L'AfD est l'héritier de la vieille droite réactionnaire allemande. Il est plus proche du Parti populaire national allemand (DNVP), le grand parti nationaliste de la République de Weimar, que du Parti national-socialiste (NSDAP) de Hitler. Cela ne signifie pas qu'il n'y a pas de gens, à l'AfD, se rattachant à l'ultra-droite radicale. Il y en a, mais ils ne sont pas majoritaires.

Peut-on comparer la situation actuelle à celle de la République de Weimar ?

Il y a une différence fondamentale. A l'époque, la République était associée à la défaite de 1918. La démocratie parlementaire, c'était le régime des vainqueurs, Français, Britanniques et Américains. Elle restait pour beaucoup, à commencer par les nationalistes du DNVP, un régime fondamentalement illégitime. Aujourd'hui, il y a au contraire un consensus très large sur la Loi fondamentale, une forme de « *patriotisme constitutionnel* », pour citer une notion forgée par le publiciste Dolf Sternberger (1907-1989) et reprise par le philosophe Jürgen Habermas.

Les récentes manifestations d'extrême droite à Chemnitz (Saxe) ont marqué les esprits. Assiste-t-on à un fait nouveau, notamment à l'Est ?

Ce que l'on a vu à Chemnitz n'est pas particulièrement nouveau. Après la guerre, comme l'a noté Habermas en 1986, « *la République fédérale s'est ouverte sans réserve à la culture politique de l'Ouest* ». Or, par définition, c'est un phénomène que n'a pas connu la partie de l'Allemagne située derrière le rideau de fer, dont l'« ouverture » n'a commencé qu'après la révolution pacifique de 1989. Près de trente ans plus tard, on constate cependant qu'il reste dans ces « nouveaux Länder » des préventions contre cette « *culture politique de l'Ouest* », une plus grande difficulté au dialogue et au compromis, même si cela ne veut pas dire que l'Ouest soit immunisé contre le nationalisme et l'extrémisme.

L'AfD prospère particulièrement à l'Est à cause de ce terreau culturel. On s'aperçoit que l'on a sans doute sous-estimé le fossé créé après-guerre par la partition de l'Allemagne en matière de culture politique entre les deux parties du pays.

Un an après le discours d'Emmanuel Macron à la Sorbonne, on a du mal à percevoir ce que veut l'Allemagne pour l'Europe. Comment l'expliquez-vous ?

Dans un premier temps, on a dit que l'Allemagne ne pouvait pas « répondre » aux propositions de M. Macron parce qu'il venait d'y avoir des élections et qu'il fallait attendre la formation d'une coalition. Ce n'est qu'une partie de l'explication. En réalité, cela fait des années qu'il n'y a pas eu de grand débat au Bundestag, sur le rôle de l'Allemagne en Europe. La chancelière a renoncé à chaque tentative d'inscrire sa politique dans une perspective de long terme. Le Bundestag ne l'a pas forcée à pallier ce manque.

En 2013, le président Joachim Gauck disait : « L'Allemagne unie est forte au plan économique, elle jouit d'une grande estime sur la scène mondiale où elle doit prendre ses responsabilités. » Après des décennies de retrait sur la scène diplomatique mondiale, l'Allemagne assume-t-elle ses « responsabilités » ?

Elle le devrait, et même davantage. C'est compliqué, car l'histoire de l'Allemagne est marquée par le militarisme et l'impérialisme d'un côté, et, de l'autre, par des décennies de quasi-absence de souveraineté militaire et diplomatique pendant la guerre froide. L'Allemagne a tendance à concevoir son rôle comme celle d'une puissance morale. On l'a vu au moment de la crise des réfugiés en septembre 2015, quand l'Allemagne s'est perçue comme la conscience morale de l'Europe.

Dans les années 1990, le principal défi de l'Allemagne était la réunification. Au début 2000, c'était la relance de son économie. Aujourd'hui, quel est son grand défi ?

Il est double. L'Allemagne doit d'abord préserver son modèle politique démocratique et libéral, face à la poussée de l'extrême droite populiste. C'est essentiel pour sa stabilité et celle de l'Europe. De ce point de vue, la responsabilité des partis démocratiques, à commencer par le SPD et la CDU-CSU, est énorme. Ils doivent absolument renouer le dialogue qui s'est rompu avec une grande partie de leur électorat.

Ensuite, l'Allemagne doit se comporter comme un membre plus constructif qu'il ne l'est aujourd'hui au sein de l'Union européenne et de l'Alliance atlantique. Pour cela, elle ne doit pas suivre une « voie particulière » de son histoire, qui serait, après celle, ancienne, de l'Etat autoritaire, celle, désormais, d'une forme de morale supérieure. Elle doit au contraire admettre qu'elle agit au nom de ses intérêts, qu'il est légitime de les défendre, mais qu'il est aussi nécessaire de les articuler aux intérêts du reste de l'Europe et du monde occidental. L'Allemagne doit se comporter comme un Etat responsable, au sens de l'éthique de responsabilité telle que l'a définie le sociologue Max Weber par opposition à l'éthique de conviction. Etre responsable, c'est prendre en considération les conséquences de ses actes.

L'Allemagne a-t-elle manqué à cette « éthique de responsabilité », notamment lors de la crise des réfugiés ?

La décision qu'a prise la chancelière de ne pas fermer les frontières aux migrants bloqués en Hongrie était justifiée d'un point de vue humanitaire. Mais elle aurait dû se concerter avec l'UE et ses partenaires européens. De même, elle aurait dû expliquer, dès le départ, qu'il s'agissait d'une situation temporaire, d'une réponse à un état d'urgence. Faute de quoi, elle a créé une situation qui a contribué à la montée de l'AfD en Allemagne, et, sur la scène européenne, à l'isolement du pays. Nous avons sous-estimé l'impact provoqué par l'arrivée d'un si grand nombre de migrants en si peu de temps.

En cela, l'Allemagne a sa part de responsabilité dans ce qui s'est passé politiquement en Europe depuis trois ans, que ce soit dans la victoire des ultraconservateurs du parti Droit et Justice (PiS) aux élections polonaises de l'automne 2015, dans le « oui » au référendum sur le Brexit au Royaume-Uni en 2016, ou dans l'arrivée au pouvoir de la Ligue du Nord en Italie. Cela devrait nous inciter à une autocritique en profondeur, à nous interroger sur la part de la responsabilité allemande dans l'état très inquiétant de l'Europe aujourd'hui. Or, je ne vois pas beaucoup de responsables politiques, en Allemagne, qui semblent prêts à entreprendre ce travail d'introspection et à regarder la vérité en face. C'est très préoccupant.

Thomas Wieder (Berlin, correspondant)

WAHLRECHT:Nichts ist unmöglich

• VON DANIEL DECKERS

• -AKTUALISIERT AM 27.10.2018-20:22



[Bildbeschreibung einblenden](#)

Der Bundestag platzt aus allen Nähten. Das Wahlrecht muss geändert werden. Für eine baldige Neuwahl des Bundestags kämen indes alle Bemühungen zu spät.

Über der Wahl des 20. Hessischen Landtags an diesem Sonntag liegt ein doppelter Schleier des Nichtwissen-Könnens. Zum einen deuten alle Meinungsumfragen darauf hin, dass die Zahl der Koalitionsoptionen künftig so groß sein dürfte wie noch nie bei einer **Landtagswahl** überhaupt. Das macht die Wahlentscheidung vor allem für Wechselwähler zu einem Vabanquespiel, aber nicht nur für sie. Außer Zweierkonstellationen ist eine Vielzahl von Dreierbündnissen denkbar. Daher kann am Sonntag kaum jemand wissen, ob seine Stimme am Ende im bürgerlichen oder linken Lager zählt – oder womöglich einer Oppositionspartei gegolten hat. Taktisches Stimmverhalten ist unter diesen Bedingungen nahezu ausgeschlossen.

Wer von dieser Konstellation profitiert und wer nicht, dürfte zu den Ergebnissen der Hessen-Wahl gehören, die weit über das Land hinaus beachtet werden. Die Entwicklung des Parteiensystems in Deutschland hängt nicht zuletzt von der Fähigkeit ab, die eigene Stammwählerschaft zu mobilisieren, gleichzeitig aber in der politischen Mitte wie in dem gewaltigen Nichtwählerreservoir Stimmen zu gewinnen.

Zum anderen könnte am Sonntag in Hessen eine Entwicklung eintreten, wie sie 2013 bei der Wahl des Deutschen **Bundestages** erstmals zu sehen war und 2017 mit Macht bestätigt wurde. Im Bund kommt seit 2013 die Vorschrift zum Tragen, dass Direktmandate einer Partei, die nicht durch Zweitstimmen gedeckt sind, durch Ausgleichsmandate für andere Parteien kompensiert werden müssen. 2013 war dies im Wesentlichen aufgrund der Direktmandate der CSU der Fall, 2017 gaben die Direktmandate der CDU den Ausschlag, dass alle anderen Parteien, die die Fünfprozenthürde überwunden hatten, so viele Listenbewerber in den Bundestag entsenden konnten wie noch nie. Gegenüber der Normgröße von 598 Abgeordneten erhöhte sich die Zahl der Mandatsträger 2009 um „nur“ 33. Der Bundestag, der vor gut einem Jahr gewählt wurde, zählt indes mit 709 Abgeordneten 111 Parlamentarier mehr als vorgesehen.

Alles hängt von grünen Direktkandidaten ab

In Hessen sah das Wahlrecht schon immer vor, dass sogenannte Überhangmandate durch Ausgleichsmandate ausgeglichen werden müssen. Doch ist dieser Fall erst einmal eingetreten. 2009 stieg die Zahl der Abgeordneten von 110 auf 118. Die **CDU** hatte vier Mandate mehr errungen, als ihr nach dem Anteil der Landesstimmen zustanden. Vier Ausgleichsmandate in dem damals fünf Parteien umfassenden Landtag waren die Folge.

Sollten am Sonntag deutlich mehr Ausgleichsmandate zu verteilen sein, dann nicht nur deswegen, weil der neue Landtag wohl aus sechs Fraktionen bestehen wird. Vielmehr dürften CDU und **SPD** die meisten Wahlkreise direkt gewinnen, jedoch an Landesstimmen erheblich verlieren. Wie groß der neue Landtag unter diesen Umständen werden könnte, lässt sich nicht vorhersagen. Alles wird davon abhängen, ob die Grünen erstmals

Direktkandidaten nach Wiesbaden entsenden werden. Je geringer deren Zahl, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass nach dem Bundestag auch der Hessische Landtag aus allen Nähten platzen wird.

Im Bund ist das Problem längst erkannt. Je schwächer die traditionell tonangebenden Parteien werden, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass jeder Bundestag endgültig jeden Rahmen sprengt. 800, 900 Abgeordnete – nichts ist unmöglich, vor allem wenn es jetzt zum Bruch der Koalition und einer Neuwahl des Bundestages käme. Doch allen Schreckensszenarien zum Trotz lässt eine Reform des Bundeswahlgesetzes weiterhin auf sich warten – obschon Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) den sieben Mitgliedern einer interfraktionellen Arbeitsgruppe längst entgegengekommen ist. Ginge es nach ihm, träte ein neues **Wahlrecht** für die turnusmäßige Wahl des übernächsten Bundestags im Jahr 2025 in Kraft.

Nichts spricht für ein Ende der Blockade

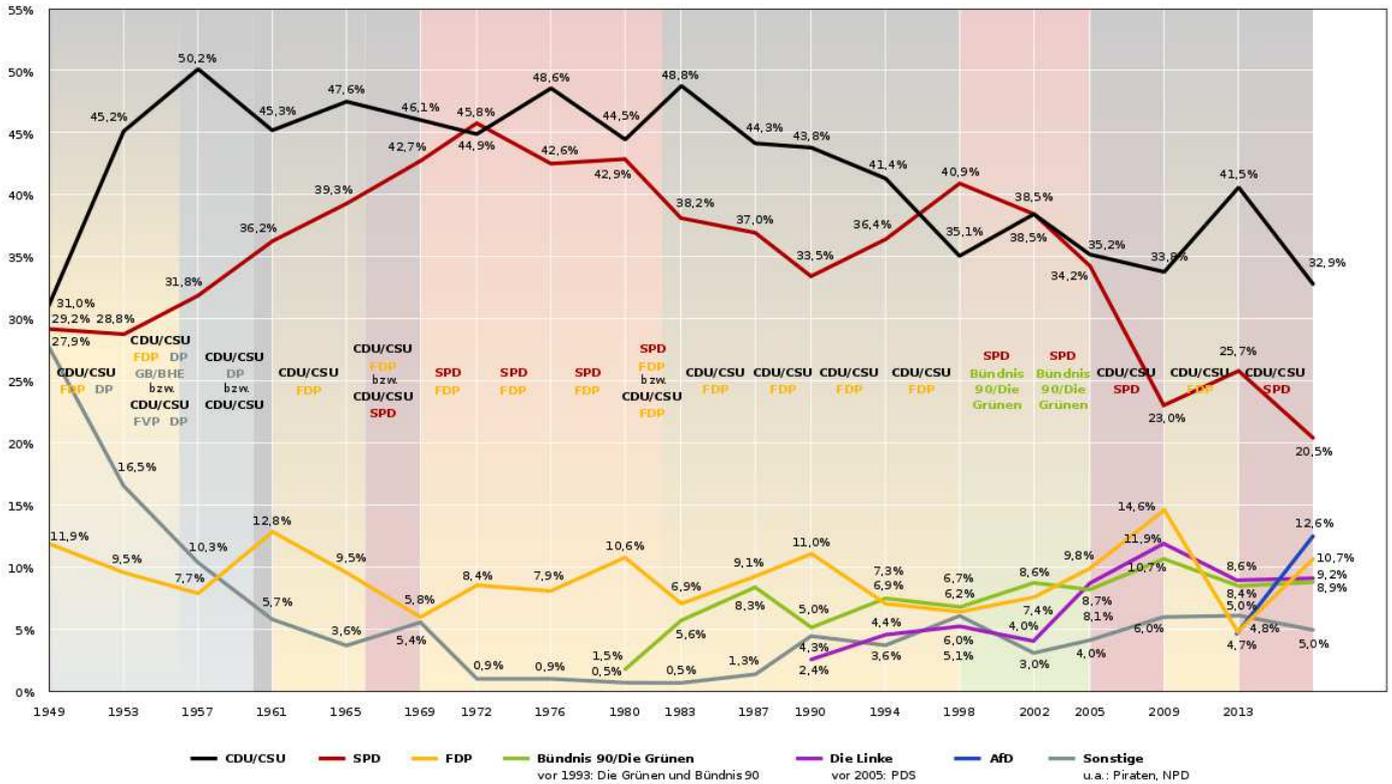
Trotzdem blockieren sich die Vertreter der sieben Bundestagsfraktionen weiterhin gegenseitig. Die Vertreter von Union und SPD beharren aus eigenem Interesse auf der Unantastbarkeit der Direktmandate und einer möglichst großen Zahl von Wahlkreisen, die Emissäre der (gar nicht mehr so) kleinen Parteien halten aus ebensolchem Interesse an dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mandatsverteilung fest.

Nichts spricht dafür, dass sich die Blockade – wie von **Schäuble** erhofft – bis zum Jahresende auflöst. Doch ehe die Arbeitsgruppe ergebnislos auseinandergeht, wäre zu bedenken, was der Bundestag 1994 im Zuge einer Novelle des Parteiengesetzes beschlossen hatte: dass der Bundespräsident eine Kommission unabhängiger Sachverständiger zu Fragen der Parteienfinanzierung einsetzen könne.

Im Licht dieses Vorgangs wären die Parteien am besten beraten, wenn sie den Glauben daran verlören, dass sie den gordischen Knoten namens Wahlrecht aus eigener Kraft zerschlagen könnten. Stattdessen könnte das Bundeswahlgesetz derart geändert werden, dass der Bundespräsident eine Kommission mandatiert und der Bundestag deren Ergebnis akzeptiert. Ein neues Wahlrecht könnte dann womöglich schon 2021 in Kraft sein. Für eine baldige Neuwahl des Bundestags kämen indes alle Bemühungen zu spät.

https://www.google.fr/search?q=bundestagswahlen+seit+1949&safe=off&rlz=1C1GCEU_frFR821FR821&source=lnms&tbm=isch&sa=X&ved=0ahUKEwikz6TtcLeAhWN34UKHQxtCg8Q_AUIDigB&biw=1242&bih=569#imgrc=_goAS0yLGMirAM:

Bundestagswahlergebnisse und anschließend gebildete Regierungen



153,72

<https://www.sueddeutsche.de/politik/steinmeier-bundestag-rede-1.4203898>

9. November 2018, 11:07 Uhr

Steinmeier zum 9. November

Deutlicher kann ein Staatsoberhaupt kaum werden

Frank-Walter Steinmeier plädiert für einen "Patriotismus mit leisen Tönen und mit gemischten Gefühlen" - und dafür, die Revolution von 1918 und die Weimarer Republik weniger stiefmütterlich zu behandeln.

Von **Nico Fried, Berlin**

Der Ort, wo es geschah, ist nicht weit weg. Man muss vom Rednerpult des [Bundestages](#) aus nur einmal durch den Plenarsaal gehen, durch die Glastür, nach links und nach etwa 20 Schritten wieder nach rechts. Dann kann man an das Fenster des Reichstagsgebäudes treten, zu dem sich Philipp Scheidemann am 9.

November 1918 begab und dafür nach eigener Darstellung sein Mittagessen unterbrach, weil er den Sozialisten zuvorkommen wollte. "Es lebe die deutsche Republik", rief der Sozialdemokrat.

Feierstunde im Parlament, 100 Jahre später. Ende der Monarchie und Ausrufung der Republik.

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble eröffnet diese besondere Sitzung und nennt den 9. November den "Schicksalstag" der Deutschen.

"Es lebe die deutsche Republik", sagt der Schauspieler Ulrich Matthes, der am Rednerpult vor dem nicht voll besetzten Plenum des Bundestages von mehreren überlieferten Versionen der Rede Scheidemanns die wahrscheinlichste vorträgt.

"Es lebe die deutsche Republik", ruft dann der Bundespräsident. [Frank-Walter Steinmeier](#) ist ins Parlament gekommen, um den "gewaltigen Umbruch" von damals zu würdigen. Auf der Galerie sitzen einige seiner Vorgänger, Christian Wulff, Horst Köhler und Joachim Gauck. Vor ihm haben Bundesratspräsident Daniel Günther, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Wolfgang Schäuble und Kanzlerin Angela Merkel Platz genommen. Außerdem ruhen die Augen seiner Frau, Elke Büdenbender, wohlwollend auf dem Gatten am Rednerpult.

Die Revolution von 1918 stehe für "eine tiefgreifende Zäsur" in der deutschen Geschichte, sagt das Staatsoberhaupt. Das Wahlrecht für Frauen - an dieser Stelle erhält Steinmeier den ersten Applaus, begleitet von einem Lächeln der Bundeskanzlerin -, die republikanische Verfassung einer parlamentarischen [Demokratie](#), aber auch die Fundamente des Sozialstaats, von Tarifpartnerschaft und Mitbestimmung stammten aus dieser Zeit. Trotzdem sei der 9. November 1918 "ein Stiefkind unserer Demokratiegeschichte", sagt der Bundespräsident.

Das habe vor allem zwei Gründe: Zum einen, so Steinmeier, weil man jene Demokratie der Weimarer Republik, die damals begann, fast nie von ihrem Anfang, sondern "meist von ihrem Ende", dem 30. Januar 1933, her denke. Und zum anderen, weil mit dem 9. November auch die Pogrome gegen Juden 20 Jahre später verbunden sind. Der Bundespräsident nennt das eine "Ambivalenz der Erinnerung".

Die Anschläge auf jüdische Bürger am 9. November 1938, die Zerstörung von Synagogen und die Plünderung von Geschäften seien die Vorboten von Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden gewesen. "Wir wissen um unsere Verantwortung, die keinen Schlussstrich kennt", sagt Steinmeier. Später wird er noch hinzufügen: Man könne diese Bundesrepublik nicht begründen ohne die Katastrophen zweier Weltkriege, ohne das Menschheitsverbrechen der Shoah. Aber die Bundesrepublik erkläre sich "auch nicht allein ex negativo, nicht allein aus dem "Nie wieder!".

Deshalb will er an diesem Tag den 9. November 1918 besonders herausstellen. Ein "Meilenstein der Demokratiegeschichte" sei dieser Tag gewesen, der "einen herausragenden Platz in der Erinnerungskultur unseres Landes" verdiene. Es stimme auch nicht die Behauptung, dass die Weimarer Republik eine Demokratie ohne Demokraten gewesen sei. Viele Frauen und Männer hätten allen Anfechtungen zum Trotz Verantwortung übernommen und danach "viel zu lange im Schatten der Geschichte" gestanden. Und ein großes Verdienst der Weimarer Republik sei gewesen, dass man aus ihren Irrtümern habe lernen können, so Steinmeier.

Der 9. November stelle "verdichtet in einem einzigen Datum", die wohl schwierigste und schmerzhafteste Frage der deutschen Geschichte: Wie aus dem Aufbruch in demokratische Selbstbestimmung und dem breiten gesellschaftlichen Fortschritt eine Diktatur werden konnte, die ganz Europa mit Krieg und Vernichtung überzog. Erinnerung allein genüge nicht. "In unserem Handeln müssen wir beweisen, dass wir wirklich gelernt haben, dass wir wachsamer geworden sind im Angesicht unserer Geschichte."

An dieser Stelle schlägt er besonders deutlich den Bogen in die Gegenwart. Es ist ein sensibler Moment während dieser Rede, sowohl wegen der gesellschaftlichen Polarisierung als auch wegen ihrer politischen Abbildung im Parlament. Man müsse streiten für die Demokratie, handeln, wo auch immer die Würde des anderen verletzt werde, sagt Steinmeier; gegensteuern, wenn eine Sprache des Hasses um sich greife, wenn einige behaupteten, allein für das Volk zu sprechen, andere ausgrenzten und einzelne Gruppen zu Sündenböcken erklärten, "wenn Menschen einer bestimmten Religion unter Generalverdacht gestellt werden". Deutlicher kann ein Staatsoberhaupt kaum werden, angesichts der Angriffe der AfD auf den Islam. Der Applaus aus dem Plenum, der Steinmeier an einer Stelle unterbricht, ist nicht geschlossen, aus den Reihen der AfD kommt er nur vereinzelt.

Doch Steinmeier warnt auch in eine andere Richtung: "Wenn bisweilen in raunenden Tönen vor 'Weimarer Verhältnissen' gewarnt wird, dann weise ich das entschieden zurück." So mache man "unsere Demokratie kleiner und ihre Gegner größer, als sie sind". Da erhält er breiten Applaus. Später sagt er: "Berlin ist nicht Weimar und wird es nicht werden." Wer immer nur vor der Wiederkehr des Gleichen warne, "droht neue Herausforderungen aus den Augen zu verlieren". An dieser Stelle kommt der Beifall nur aus der AfD. Der Bundespräsident wirkt für einen Moment irritiert.

Steinmeier plädiert für einen "aufgeklärten Patriotismus", der stolz sein könne auf die Traditionen von Freiheit und Demokratie, die sich auch am 9. November 1989 manifestiert hätten, "dem glücklichsten 9. November unserer Geschichte", ohne aber den Blick in den Abgrund der Shoah zu verdrängen. Es sei "ein Patriotismus mit leisen Tönen und mit gemischten Gefühlen". Dazu gehöre auch, den Verächtern der Freiheit nicht das Schwarz-Rot-Gold, die Farben der Freiheitsbewegung, zu überlassen.

Am Ende kehrt Steinmeier an den Anfang zurück. "Es lebe die deutsche Republik", sagt er. Aber er fügt noch einen Satz hinzu: "Es lebe unsere Demokratie." Steinmeier erhält langen Applaus. Die Abgeordneten erheben sich. Soweit sichtbar: alle.

FRÜHERER SS-WACHMANN ANGEKLAGT:

Der Preis der späten Gerechtigkeit

- VON ALEXANDER HANEKE 19.11.2018



Vor Jahrzehnten hätte die Justiz Recht sprechen sollen zum Vernichtungssystem der Konzentrationslager. Sie hat es nicht ausreichend getan. Nun steht wieder ein Greis vor Gericht, der als junger Mann SS-Wachmann war. Ist das gerecht?

Ein Kommentar.

Ein Greis, fast nur noch die Hülle eines langen Lebens, wird in Münster dieser Tage in den Gerichtssaal gerollt. Die Zuschauerreihen sind gut gefüllt, es ist der größte Saal, den das Gericht zu bieten hat. Der Mann war 18 Jahre alt, als er in seiner Heimat Siebenbürgen von der SS eingezogen wurde. Er kam nach Stutthof, ein kleines Konzentrationslager nahe Danzig, wo er in der Wachmannschaft Dienst tat. Er war der Jüngste dort.

Dass ihn die SS vor eine Wahl gestellt hätte, ist nicht bekannt; auch nicht, dass er selbst gegen irgendeinen Menschen Hand angelegt hätte. In der (bisher wenig beachteten) Hölle von Stutthof, wo Zehntausende Menschen ermordet wurden, war er vielleicht einer der Harmlosesten. Und doch ist er es, der sich nun für Stutthof vor Gericht verantworten muss und nicht seine älteren Kameraden, die fast alle starben, ohne dass sie je von der Justiz behelligt wurden.

Wo ist die Grenze?

Vor ein paar Jahren hat die deutsche Justiz angefangen, die letzten SS-Männer vor Gericht zu stellen, derer sie noch habhaft wird. Über Jahrzehnte hatte es geheißt, das Tun der einfachen Wachleute der Konzentrationslager sei nicht strafbar, wenn ihnen keine eigenen Mordtaten nachzuweisen waren. Die Justiz ließ damals Milde walten, und sie hatte durchaus Gründe. War nicht das Unrecht dieser Männer verschwindend gering gegenüber dem der wirklichen Schlächter von Auschwitz? Hatten sie nicht auch gelitten, die besten Jahre ihres Lebens an diesen furchtbaren Orten zubringen müssen? Und waren sie nicht selbst Opfer der Umstände ihrer Zeit, in die sie nun mal hineingeboren waren?

Wer kann sich schon aus der sicheren Distanz von Jahrzehnten Demokratie und Rechtsstaat erlauben, über einen jungen Mann zu richten, der damals von der SS zum Dienst gezwungen worden war? Vor allem aber: Wo ist die Grenze? Ist es gerecht, dass ein Wachmann von Stutthof angeklagt wird, nicht aber Reichsbahner, die genau wussten, was sie taten, als sie Züge voller Menschen in die Vernichtungslager fuhren? Und die Polizisten, die die

Vor Jahrzehnten, als es eigentlich Zeit für diese Prozesse gewesen wäre, hat die Justiz sie nicht geführt, vielleicht auch, weil sie zu weit geführt hätten, nämlich in die Mitte der Gesellschaft. Damals waren das Land und seine Justiz dazu nicht bereit. Möglicherweise wären die Kosten zu hoch gewesen. Hunderttausende hätten vor Gericht gestellt werden können; Friede ist so schwer zu finden.

Eine späte Genugtuung

Heute tun die Prozesse niemandem mehr weh außer ein paar Greisen, die noch da sind, als wären sie aus ihrer Zeit gefallen. Die Justiz kann sich ohne große Schmerzen rehabilitieren. Heute fällt es leicht, mit dem Finger auf den SS-Mann in Münster zu zeigen und sich selbst auf der richtigen Seite der Geschichte zu wissen. Es kostet nichts mehr.

Dennoch ist es richtig, diese Prozesse zu führen. Nicht nur für die Überlebenden, die Jahrzehnte mit ansehen mussten, wie deutsche Staatsanwälte und Richter teils zynische Argumentationskonstrukte ersannen, um ihre Milde gegenüber den Tätern juristisch zu begründen. Für die wenigen noch Lebenden derer, die die Hölle der Konzentrationslager durchlitten haben, ist es eine späte Genugtuung, dass sich nun noch einmal deutsche Gerichte ihrer Schicksale annehmen. Die Überlebenden betonen stets, dass es nicht um Strafe geht, sondern um Urteile.

Es ist die Aufgabe der Justiz, Recht zu sprechen. Und das hat sie zum Vernichtungssystem der Konzentrationslager noch nicht ausreichend getan. Denn jeder, der eine Mordtat willentlich fördert, begeht Beihilfe. Jeder Wachmann der Konzentrationslager wusste, was drinnen geschah. Die Mordmaschinerie funktionierte nur deshalb, weil all die kleinen Zahnrädchen ihren Dienst taten. Wären die Wachmänner, die Lagerverwalter nicht gewesen, hätte es (womöglich) keine Vernichtungslager geben können. Dass nun gebrechliche Greise vor den Richter gezerrt werden, ist der Preis dafür, dass so lange mit der Gerechtigkeit gewartet worden ist.

Den späten Prozessen wohnt die Gefahr inne, dass sich der Fokus immer mehr auf die Konzentrationslager reduziert und das Böse, dem man hier zum letzten Mal ins Auge zu blicken glaubt, gleichsam in den Lagern eingeschlossen wird, als hätte es all die Mitwirkenden draußen nicht gegeben. Doch in dem Blick auf die damals jüngsten Täter liegt auch eine Chance. Denn an ihnen ist zu sehen, dass das Menschheitsverbrechen der Vernichtungslager nicht nur von sadistischen Mördern begangen wurde, die ihren aufgestauten Hass ausleben konnten. Es waren zum großen Teil „normale“ Menschen, viele junge dabei, die in einer anderen Zeit vielleicht nie etwas Böses getan hätten.

Das Schicksal hat sie in die Vernichtungslager gebracht, wo ihnen der Mut fehlte, nein zu sagen. Es wäre fraglos großer Mut erforderlich gewesen. So wurden sie zu Tätern. Darüber muss gerichtet werden, nicht über die Menschen, aber über ihre Taten, auch heute noch. Es sollte in größter Demut geschehen, da es nicht der eigene Mut war, der herausgefordert wurde.

DEUTSCHLANDS ROLLE IN DER WELT

Alleine mit den Straßenjungs

- VON MARKUS ZIENER 07.06.2018



Zwischen Wladimir Putin und Donald Trump steht Angela Merkel ziemlich verloren da. Das deutsche Modell der „Soft Power“ taugt nicht dazu, mit den Powerplay-Politikern dieser Welt fertig zu werden. Ein Gastbeitrag.

Ihre besten Stunden hat Angela Merkel stets in Zeiten der Krise. Dann kann die Bundeskanzlerin jene Eigenschaften ausspielen, die ihre Zugkraft ausmachen. Als **Stimme der Vernunft, als rationale Akteurin**, als unbeeindruckte und nüchterne Sachwalterin von Interessen. Dass die Kanzlerin **keine Visionärin, nur eine mittelmäßige Rednerin und wenig charismatisch ist** – in solchen Momenten ist dies alles geschenkt. Angela Merkel war und ist **die Verkörperung all dessen, was Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs definiert: Soft Power.** Dieses Deutschland bezieht seinen Glanz und seine Macht aus der Attraktivität seines Systems, nicht einzelner Personen. **Dieses System** stützt sich nicht auf militärische Stärke, nicht auf *Hard Power*, es **stützt sich auf den ökonomischen und gesellschaftlichen Erfolg.**

Nur: Ein solches System ist nicht per se erfolgreich. Denn es **kann Macht und Einfluss nur dann entwickeln**, wenn es substantielle inhaltliche Schnittmengen mit den Mitspielern gibt. Oder anders ausgedrückt: **Wenn es auf der Bühne genügend vernünftige Akteure gibt, die zumindest teilweise ähnlichen Prinzipien folgen.** Die den Frieden wahren, die unterschiedliche Interessen im Diskurs ausbalancieren, die sich an Regeln halten wollen, die Loyalität und Solidarität als Werte anerkennen und schätzen, die einigermaßen vorhersehbar handeln.

In den letzten Jahrzehnten befanden sich stets ausreichend viele solche Protagonisten auf der Bühne. Doch diese Gewissheit gilt nicht mehr. Dies ist nicht erst seit Donald Trump der Fall. Aber **die Wahl eines nicht-rationalen Akteurs zum amerikanischen Präsidenten** hat diese Entwicklung beschleunigt. Nicht nur, weil Amerika so wichtig ist. Sondern auch, **weil Amerika damit ein Zeichen für andere setzt.** Weil der egozentrische Slogan „America First“ als Bestätigung gesehen oder neu aufgenommen wird, von **Ungarn, Polen, der Türkei**, beim Brexit-Votum im **Vereinigten Königreich** oder jetzt in **Italien**, wo gerade aus allen Ecken „Italy First“ gerufen wird.

In diesem Umfeld hat die deutsche Soft Power, hat Angela Merkel einen schweren Stand – um es noch freundlich zu formulieren. Mit Wladimir Putin und Donald Trump hat es die Kanzlerin mit **zwei Politikern zu tun, die den Instinkten von Straßenjungs folgen.** Politikern, die auf Powerplay setzen, auf Armdrücken.

Politikern, die **statt langwieriger Verhandlungen auf Angst, Einschüchterung, Sieg oder Niederlage bauen**. Politikern, denen Institutionen nur dann etwas wert sind, wenn sie ihren Interessen nützen. **Politikern, denen Soft Power herzlich egal ist und die vor allem auf die Hard Power blicken**. Auf militärische Macht, auf Verhandlungsmacht, auf die Machtfülle gegnerischer Bündnisse.

Und hier hat Deutschland, hat Angela Merkel wenig zu bieten. Deshalb steht die Kanzlerin in dieser Krise so schwach wie selten da. Bei dieser Systemkrise **lassen sich die bekannten Lösungsinstrumente nicht effektiv anwenden**. Verweise auf ökonomische Logik, das Regelwerk der Welthandelsorganisation WTO oder die Kurzsichtigkeit amerikanischen Handelns werden im Weißen Haus bestenfalls belächelt. Auch daran zu erinnern, dass es sich bei den Ländern, die im aktuellen Handelskonflikt gerade so schäbig behandelt werden, eigentlich um langjährige transatlantische Bündnispartner handelt, hat kein Gewicht. **Donald Trumps „The Art Of The Deal“, die „Kunst, Geschäfte zu machen“, unterscheidet nicht zwischen Freund und Feind**. Respekt erwirbt sich der Konfliktpartner nur, wenn er dagegehalten kann, wenn ihm nicht die Luft ausgeht und er ebenfalls ein paar Giftpfeile im Köcher hat.

Deutsche Politiker sind nicht auf „Powerplay“ geschult

Doch eben das widerspricht diametral jenem Deutschland, das sich nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt hat. Nationalstaat und Nationalismus als Erbe von Obrigkeitsstaat und Diktatur wurden in mühsamer Kleinarbeit so gut es ging getilgt. Es wurden dezentrale Strukturen geschaffen, die das eine beherrschende Machtzentrum und eine mögliche handstreichartige Übernahme desselben verhindern sollten. **Das Militär gilt heute bestenfalls noch als notwendiges Übel und ist nichts, worauf man stolz ist**. Und Grenzen sollten nicht mehr trennen, sondern bedeutungslos werden. Ganz anders nun die alten und neuen Gegenspieler, die aus unterschiedlicher Motivlage heraus das Nationale betonen, die sich, wie Russland bei der jüngsten Parade zum Tag des Sieges, militärisch aufplustern oder die Grenzzäune hochziehen. Zwei Generationen nach dem Zweiten Weltkrieg steht die Welt plötzlich wieder an einem Punkt, den man längst überwunden glaubte.

Kurz nach der Wahl von Trump wurde Angela Merkel vor allem in den Vereinigten Staaten zur letzten Verteidigerin der liberalen Demokratie ausgerufen. **Doch mehr und mehr zeigt sich, dass das deutsche Modell nicht wirklich dazu taugt, um mit den Powerplay-Krisen dieser Welt fertig zu werden**. Einmal, weil das der vorhandene politische Werkzeugkasten nicht hergibt. Und zum anderen, weil die **Mentalität unserer Politiker nicht darauf geschult ist**.

Eigentlich darf man auf beide Tatsachen ein bisschen stolz sein. Weil sie den geglückten Bruch mit der unseligen Vergangenheit dokumentieren. In der aktuellen Misere allerdings lässt uns diese magere Ausstattung gefährlich allein.

Opinions

La France qui se tire une balle dans le pied

Girard, Renaud

À trois semaines d'intervalle, la France a donné au monde deux visions antinomiques de son célèbre Arc de triomphe. Le 11 novembre 2018, devant un parterre de 70 dirigeants étrangers, le président de la République y faisait un bel éloge du multilatéralisme pour régler les problèmes planétaires et les différends entre les nations. Le 1er décembre, ce monument symbolique des gloires et des malheurs de la France réapparut au monde. Il était nimbé de la fumée des lacrymogènes et des incendies ; il résonnait des cris incohérents des « gilets jaunes » et des vandales.

Quel gâchis ! Combien de SMS inquiets n'avons-nous pas reçus le week-end dernier depuis l'extérieur, envoyés par des amis étrangers qui aiment encore la France - sa civilisation, sa langue, son histoire - mais qui se désolent de sa constante dégringolade. Notre pays n'a pas son pareil pour se tirer une balle dans le pied. Il ne se signale plus au monde que par les images délétères de ses grèves, de ses attentats, de ses émeutes. Naguère, il brillait encore, par sa culture, mais aussi par ses réussites industrielles, son Concorde, son TGV, son nucléaire.

Il y a trente ans, nous avons renoncé au colbertisme pour adopter le libéralisme anglo-saxon et la financiarisation de notre économie. Malheureusement, les PME de notre tissu industriel et notre population n'y étaient absolument pas préparées. Le plongeon dans l'économie mondialisée de nos forces productives, sans vérification préalable de leur compétitivité, s'est révélé une catastrophe. La désindustrialisation et le chômage de masse ont envahi les petites villes de province. Les « gilets jaunes » en sont les enfants.

Le problème de la France - et son désarroi actuel - est qu'elle a emprunté le chemin inverse de ses concurrents. Elle est devenue de plus en plus socialiste, alors que ses partenaires commerciaux l'étaient de moins en moins. Ce n'est pas une position très facile à tenir que d'être pratiquement le dernier pays socialiste de la planète ! Le socialisme à la française est une chose ancienne. Il commence avec Giscard (indemnisation du chômage à 90 %, autorisation préalable de licenciement, APL, etc.), pour s'aggraver ensuite considérablement avec Mitterrand, Jospin et Hollande. Les gouvernements de droite ne sont que des intermédiaires où, par peur de la rue, l'on ne touche pas au système, que l'on finance par toujours plus de dette. Macron constate à juste titre que cela ne pourra pas durer éternellement. On le traite aussitôt de méprisant.

Le monde étranger reste perplexe face aux contradictions des Français, qui réclament toujours plus de services à leur État-papa, mais qui hurlent dès qu'il s'agit de les financer. En Amérique, en Asie et dans la majorité des autres pays européens, les citoyens ont compris que le pouvoir d'achat n'était pas quelque chose qu'on pouvait augmenter d'un coup de baguette magique et qu'il fallait d'abord produire plus de richesses. C'est un raisonnement de base, qui a l'air d'échapper à nombre de nos compatriotes.

Les « gilets jaunes » reprochent à Macron d'avoir supprimé (en partie) l'ISF. Les pays étrangers ont du mal à comprendre, car ils se sont tous débarrassés de cet impôt imbécile, qui fait fuir les investissements productifs. En France, l'ISF pouvait rapporter quelque 7 milliards par an. Mais, en faisant fuir les familles riches, il a engendré un manque à gagner fiscal de plus de 30 milliards (en impôts classiques que ces familles auraient continué à payer en France). Dans les cultures anglo-saxonne et asiatique, l'impôt sert à financer les dépenses de l'État, pas à punir le riche. En France, le riche est l'ennemi. À Paris, on raye les belles voitures, car on est jaloux. À Londres ou à New York, on les admire sans les toucher, car on espère que soi-même ou ses enfants seront un jour capables d'en acheter.

La triste réalité est qu'il n'y a plus un seul pays au monde qui admire l'égalitarisme à la française. Car le socialisme hexagonal ne marche même pas bien. Les Français ont les prélèvements obligatoires les plus lourds du monde, mais ils se plaignent constamment de la médiocrité des services qui leur sont rendus en contrepartie.

À l'étranger, on ne confond pas le peuple avec la foule, le *démos* avec l' *okhlos* . Les « gilets jaunes » veulent s'exprimer ? Qu'ils utilisent les voies de notre démocratie. Qu'ils présentent une liste aux élections européennes : on verra enfin leur programme... et leur score.

Les correspondants étrangers à Paris restent bouche bée face à ces télés et radios françaises d' « information » en continu, qui ont appliqué à Macron leur règle des 3 L (d'abord je lèche, ensuite je lâche, enfin je lynche). Ils estiment à raison que si Macron ne méritait peut-être pas cet excès d'honneur de mai 2017, il ne mérite sûrement pas l'indignité dont on l'accable aujourd'hui.

KOMMENTAR ZU „GELBWESTEN“:

Frankreich im gelben Fieber

- VON MICHAELA WIEGEL , PARIS -AKTUALISIERT AM 04.12.2018-20:47

[Bildbeschreibung einblenden](#)

Macrons Politik steht im Mittelpunkt der Ausschreitungen. Doch die Wut gegen den Präsidenten hat eine Vorgeschichte – denn die Mehrheit der Franzosen steht Europa schon lange ablehnend gegenüber.

Nach Großbritannien ist nun Frankreich dabei, sich als verlässlicher europäischer Partner Deutschlands zu verabschieden – und das in geradezu atemberaubender Geschwindigkeit.

Denn man machte es sich zu einfach, sähe man in den Protesten der „Gelbwesten“ nur ein innenpolitisches Problem für einen jungen, ungeschickt agierenden Präsidenten. Das Rückzugsmanöver, das die Regierung am Dienstag eingeleitet hat, wird wie ein Menetekel auf allen weiteren Reforminitiativen **Emmanuel Macrons** lasten.

Es braucht jetzt einen Überschuss an Optimismus, in dieser Entwicklung nicht den Anfang vom Ende des europäischen Hoffnungsträgers zu sehen. Eine beherzte Sanierung der Staatsfinanzen, die aus europäischer Perspektive bitter nötig wäre, wird Macron unter diesen Umständen nicht in Angriff nehmen. Schon hat die Debatte darüber begonnen, ob Frankreich nicht von neuem mit der Drei-Prozent-Defizitregel brechen sollte, um soziale Ausgaben für die Mittelschicht zu finanzieren.

Auch die Pläne, das unübersichtliche System konkurrierender Rentenversicherungen zu vereinheitlichen und damit Kosten zu sparen, dürften angesichts der sozialen Unrast einer Revision unterzogen werden. Macron wird nicht länger durchregieren können. Selbst in der braven Regierungsfraktion in der Nationalversammlung rumort es.

Frankreich in Europa-Fragen gespalten

Die Wut, die mit voller Wucht über den Präsidenten hereingebrochen ist, hat eine lange Vorgeschichte. 2005 bildete sich zum ersten Mal ein heterogenes Bündnis aus Nein-Sagern, um den europäischen Verfassungsvertrag zu Fall zu bringen. Schon damals war die Versuchung groß, das Scheitern des Vertrages vor allem den Fehlern des damaligen Präsidenten **Jacques Chirac** zuzuschreiben. In der Rückschau aber drängt sich der Eindruck auf, dass das Referendumsergebnis die Bruchlinien aufdeckte, die heute die französische Gesellschaft zu zerreißen drohen.

Auf der einen Seite sammelten sich die, die meinten, dass sie die europäischen Herausforderungen annehmen sollten. Die leistungsbereiten, gut ausgebildeten Franzosen stimmten einmütig mit Ja, sahen sie doch in einer offenen Marktwirtschaft, die im internationalen Wettbewerb steht, viele Aufstiegs- und Erfolgchancen. Doch auf der anderen Seite kamen diejenigen zusammen, die Europa und die damit verbundene Globalisierung als Zumutung und Angriff auf ihr Lebensmodell empfinden. Sie lehnten es ab, schutzlos der Konkurrenz ausgesetzt zu sein, und trotzten der Vorstellung, dass es ihnen in der offenen, bunten und grünen Welt der Europabefürworter besser gehen würde. Sie wollten sich ihre „Normalität“ bewahren.

An dieser Konstellation hat sich nichts geändert. Zu dieser „Normalität“ zählt, die Strecke zwischen Wohnung und Arbeitsplatz mit dem Auto zurücklegen zu wollen, ohne die Hauptlast der in der EU beschlossenen Klimapolitik tragen zu müssen. Den meisten Bürgern fehlt schlicht eine Alternative zum Auto. Deshalb entzündete sich ihr Unmut an der jetzt suspendierten Ökosteuer auf Benzin und Diesel. Die Franzosen, die Europa aus den unterschiedlichsten Gründen ablehnen, bilden seit 2005 eine Mehrheit.

Deshalb grenzte es an ein kleines Wunder, als im Mai 2017 66 Prozent der Wähler entschieden, der EU eine letzte Chance zu geben. Macron verkörperte die Hoffnung, dass es vielleicht doch gelingen könnte, die Modernisierung Frankreichs und die europäische Erneuerung gemeinsam zu bewältigen. Gern wird jetzt behauptet, Macrons Legitimität sei von Anfang an schwach gewesen. Als Argument wird sein Ergebnis im ersten Wahlgang – knapp 24 Prozent der Stimmen – angeführt. Diese Betrachtung greift entschieden zu kurz. Jacques Chirac kam 2002 mit einem Ergebnis von weniger als 20 Prozent in die Stichwahl, ohne dass seine Legitimität angezweifelt worden wäre. Hätten die Franzosen nur aus Angst vor Marine Le Pen für Macron gestimmt, warum verhalfen sie dann seiner Bewegung En marche bei der einen Monat später folgenden Parlamentswahl zu einer satten Regierungsmehrheit? Warum stärkten sie nicht die verbliebenen Altparteien?

Unbestritten aber ist, dass schon leichte Stimmenverschiebungen unter den ersten vier Präsidentenanwärtern ein ganz anderes Ergebnis hätten bringen können. Für den Linkspopulisten Jean-Luc Mélenchon ist das knappe Scheitern im ersten Wahlgang ein traumatisches Erlebnis. Seither sinnt er auf eine Revanche an Macron, den er als Usurpator darstellt. Das erklärt, warum Mélenchon die Gewaltbereitschaft und Zerstörungswut eines Teils der „Gelbwesten“ weiter anfacht. Ein Mitstreiter Mélenchons, der Abgeordnete François Ruffin, durfte gar in einer Inszenierung am Elysée-Palast damit drohen, Macron werde wie John F. Kennedy enden.

Aktionen wie diese dürfen nicht von den Fehlern Macrons ablenken. In einem autobiographischen Buch hatte er seinen Landsleuten während des Wahlkampfes eine friedliche „Revolution“ von unten versprochen. Einmal im Elysée-Palast, führt er sich auf wie ein Monarch. Macron hat viel Vertrauen verspielt. Frankreich stemmte sich vor eineinhalb Jahren gegen den europäischen Trend. Doch jetzt ist das Land einem „gelben Fieber“ verfallen – ohne Aussicht auf schnelle Besserung.

https://www.lepoint.fr/editos-du-point/sebastien-le-fol/sebastien-le-fol-gilets-jaunes-comme-une-envie-de-dictature-04-12-2018-2276471_1913.php

Sébastien Le Fol - Gilets jaunes : comme une envie de dictature

Par Sébastien Le Fol

VIDÉOS. La crise a réveillé les pulsions révolutionnaires. Les discours antidémocratiques se banalisent, complaisamment relayés, notamment par le service public.

Une vidéo diffusée la semaine dernière exprime l'ampleur de la crise de notre système politique. On y voit le maire (LR) d'Évreux prodiguer des conseils aux Gilets jaunes. L'édile les incite à bloquer la préfecture, le centre des impôts et, pendant qu'ils y sont, la police municipale... Feu sur l'État, le pouvoir.

Le comportement de cet élu témoigne de l'incroyable pulsion révolutionnaire dans notre pays. Depuis le début du mouvement des Gilets jaunes, celle-ci a gagné en intensité. **Sur les ronds-points du pays, des automobilistes se font arrêter par des individus qui leur disent : « Tu passes si tu signes notre pétition. » La liberté étant chez nous un sujet méprisé, ces agissements ne choquent personne.** Ceint de son écharpe tricolore de député, François Ruffin peut tranquillement venir à proximité de l'Élysée « rapporter » des menaces de mort contre le président de la République (« Qu'ai-je entendu pendant deux jours ! Il va terminer comme Kennedy »).

Un procès récurrent en illégitimité

Le discours antidémocratique se banalise. Ceux qui prêchent l'insurrection ont table ouverte sur les chaînes info, mais aussi, plus inquiétant, sur le service public. De ce point de vue là, nous avons assisté dimanche dernier à un moment de télévision d'anthologie sur France 2. La soirée spéciale organisée par la chaîne sur les Gilets jaunes a fait la part belle aux discours les plus séditieux. Emmanuel Todd expliquant tranquillement que les violences de l'Arc de Triomphe sont le fait d'« agents provocateurs » de la police. Un journaliste demandant le plus sérieusement du monde à un membre du gouvernement si Emmanuel Macron était encore légitime ! Le tatillon Conseil supérieur de l'audiovisuel a sorti son fouet pour moins que ça.

Lire aussi Gilets jaunes : halte aux casseurs de l'info !

Cette violence nous rappelle la fragilité du gouvernement représentatif dans notre pays. Élu démocratiquement et en toute légalité, le pouvoir fait l'objet d'un procès récurrent en illégitimité. « Comme si "le peuple" poursuivait encore son combat contre la monarchie de droit divin ! », remarque le politologue Gérard Grunberg dans une remarquable analyse de la crise actuelle *.

Dépourvue de bon sens, gangrenée par l'arrogance technocratique, la majorité actuelle a sous-estimé ces passions françaises. Les Marcheurs ont oublié un peu vite que leur mouvement aussi est né sur un rejet des élites traditionnelles. La crise du modèle français, qui couve depuis tant d'années, n'a toujours pas été résolue. La rage prospère sur des feux mal éteints. Notre société est toujours aussi bloquée.

Lire aussi Gilets jaunes : ce qui a manqué à Macron

Plafonds de verre

Pourquoi le mouvement des Gilets jaunes s'est-il focalisé sur l'automobile ? Parce que c'est le symbole de la mobilité. Or, notre système hiérarchisé, qui favorise ceux qui ont déjà une place, produit des plafonds de verre en série. Le macronisme promettait de remettre en route l'ascenseur du pays. Celui-ci est toujours coincé entre

deux étages. Le président de la République doit renouer avec son objectif initial s'il ne veut pas se retrouver coincé à son tour.

Lire aussi Pierre-Antoine Delhommais - Nietzsche et les Gilets jaunes

Nul n'est prophète en son pays. À commencer par Montesquieu. Dans L'Esprit des lois, il écrit : « Le peuple qui a la souveraine puissance doit faire par lui-même tout ce qu'il peut bien faire; et ce qu'il ne peut pas bien faire, il faut qu'il le fasse par ses ministres. » Tous ceux qui, à gauche et à droite, ont cru opportun de rallier les Gilets jaunes ces dernières semaines (François Hollande mériterait le gilet d'or de la démagogie) feraient bien de méditer cette sage recommandation. Sinon, ils risquent fort de prendre une veste aux prochaines élections.

https://www.lepoint.fr/invites-du-point/patrick-artus/artus-petit-traite-de-macroeconomie-a-l-usage-des-gilets-jaunes-04-12-2018-2276377_1448.php

Le Point.fr

Le Point.fr, no. 201812

L'éco sans tabou, mardi 4 décembre 2018 578 mots

Petit traité de macroéconomie à l'usage des Gilets jaunes

Par Patrick Artus

Augmenter les salaires et baisser les impôts mènerait mécaniquement à l'augmentation du chômage, surtout chez les peu qualifiés. Démonstration.

La revendication de soutenir le pouvoir d'achat par la baisse des impôts sur les ménages ou par l'augmentation des salaires bénéficie d'une forte popularité en France. Mais, malheureusement, il faut revenir aux réalités et comprendre que quelques mécanismes macroéconomiques simples s'imposent.

Tout d'abord, il faut remarquer qu'en France, depuis 20 ans, les salaires réels ont augmenté légèrement plus vite que la productivité. Il n'y a donc pas de déformation anormale du partage des revenus au détriment des salaires (comme aux États-Unis, en Allemagne, au Japon) qu'il faille corriger. Augmenter les salaires plus vite que la productivité conduirait, comme on l'a toujours vu dans le passé (et depuis 30 ans, comme on le voit en Italie), au recul de la compétitivité (donc des exportations) et de la profitabilité (donc de l'investissement).

Désindustrialisation

Il faut ensuite accepter que baisser la pression fiscale sur les ménages, dans un pays qui va avoir 3 points de PIB de déficit public en 2019, imposerait de baisser les dépenses publiques (on ne peut pas distribuer durablement du pouvoir d'achat aux ménages par l'endettement).

Quand on compare la France et les autres pays de la zone euro, on voit que l'écart essentiel dans la taille des dépenses publiques concerne les dépenses de retraite : faut-il baisser les retraites pour réduire la pression fiscale ?

Le troisième point qui mérite l'attention est que la France se désindustrialise en raison d'un coût du travail élevé compte tenu du niveau de gamme de l'industrie. La France et l'Espagne ont des niveaux de gamme voisins, tandis que le coût salarial unitaire est plus élevé de 25 % en France. Accroître les salaires accélérerait la désindustrialisation, et le remplacement des emplois qualifiés et assez bien payés de l'industrie par des emplois peu qualifiés et aux salaires faibles dans les services à la personne.

Lire aussi Artus - La France a un grave problème industriel !

Enfin, il faut rappeler que la sensibilité de l'emploi peu qualifié au coût du travail peu qualifié est forte : une hausse de 1 % du coût du travail peu qualifié réduit l'emploi peu qualifié de 1 % environ. Certes, il est difficile de vivre avec le salaire minimum, mais augmenter le salaire minimum, en laissant cette augmentation à la charge des entreprises, conduirait à une hausse forte du taux de chômage des peu qualifiés, déjà très élevé (16 %).

Un modèle d'« insiders »

Même si c'est pénible, il faut respecter un minimum de règles macroéconomiques : les salaires ne peuvent pas augmenter durablement plus vite que la productivité, la baisse des impôts nécessite celle des dépenses

publiques, le poids de l'industrie dépend de la compétitivité-coût et du niveau de gamme, l'emploi peu qualifié dépend fortement de son coût.

On ne peut pas accepter un modèle d'« insiders » où, avec des hausses de salaire et des baisses d'impôts ne respectant pas ces règles, ceux qui garderaient leur emploi (les insiders) auraient effectivement un niveau de vie plus élevé, tandis que l'industrie détruirait davantage d'emplois et que le taux de chômage des peu qualifiés augmenterait.

Il n'est jamais populaire de plaider l'effort, mais il faut accepter qu'une hausse du pouvoir d'achat n'est possible en France que s'il y a parallèlement une hausse de la productivité, donc des compétences et du niveau de gamme.

Le Figaro, no. 23116

Le Figaro, vendredi 7 décembre 2018 1017 mots, p. 18

Débats

**« Gilets jaunes »
: le rêve dangereux d'un retour à la démocratie directe**

de Saint Victor, Jacques

L'engouement pour la démocratie directe que permettraient les réseaux sociaux, si explicable soit-il, est une illusion, argumente le professeur d'histoire du droit à l'université Paris-XIII

et au Cnam*. D'un simple problème du pouvoir d'achat, le mouvement des « gilets jaunes » a muté en une crise démocratique d'ampleur. Certains évoquent la dissolution de l'Assemblée, d'autres, la démission du gouvernement, d'autres, celle du président de la République. Les références paresseuses à Mai 68, à « Monsieur Thiers » ou à 1789 masquent la nouveauté d'une crise qui porte une critique en profondeur du fonctionnement même de nos systèmes représentatifs et qui n'est pas propre à la France. Chose surprenante, comme s'il y avait des connexions, certaines revendications des « gilets jaunes » sont à peu près similaires à celles qui ont émergé en Italie avec le Mouvement 5 étoiles (M5S) : au-delà du classique pouvoir d'achat, elles expriment une réelle crise de confiance à l'encontre des élites et, plus largement, de tous les représentants traditionnels qui ne seraient plus susceptibles de « parler au nom du peuple » .

Cette critique « antipolitique » n'est pas ce qui retient le plus l'attention dans l'immédiat mais elle peut se révéler proprement fatale pour nos institutions si, à moyen terme, une réponse adaptée n'est pas trouvée à la crise de la représentation qui se répand un peu partout en Occident. Il est fascinant de voir comment un mouvement de rébellion d'une partie croissante de la population a gagné la France. En 2014, les médias pensaient que cette sensibilité se limiterait à des pays où la politique avait toujours été fragile, comme l'Italie, et elle paraissait incongrue en France, la patrie où régnait encore la « religion du politique » (Emilio Gentile). Or, c'est précisément ce culte qui se déchire sous nos yeux. Cette évolution est d'abord venue, il est vrai, de l'élection d'Emmanuel Macron, qui a joué sur l'idée d'une disparition de la division fondatrice droite-gauche, ce qui a installé l'idée d'un conflit entre le haut et le bas, les élites et le peuple, aujourd'hui au cœur du débat.

Ce mouvement de part et d'autre des Alpes pose désormais à nouveaux frais la question de savoir « qui peut parler au nom du peuple » . Les politiques traditionnels sont remis en cause et, du reste, il est significatif qu'aucun d'entre eux ne parvienne à « récupérer » le mouvement. Cette rhétorique « antipolitique » , qui n'est pas un simple discours « apolitique » , trahit une crainte permanente d'usurpation et de trahison d'élites qui parlent mieux l'anglais que la langue du peuple. Elle réclame des bouleversements substantiels de nos institutions. On peut prendre ces revendications à la légère, en sachant que cette passion retombera nécessairement. Mais cette remise en cause de la représentativité classique rejallira car elle domine un peu partout en Europe, sous diverses formes, et conduit à un vaste débat sur la légitimité politique.

C'est une profonde critique du système représentatif à laquelle on assiste et ce n'est pas sans raison que la plateforme de gouvernement du M5S s'appelle la « plateforme Rousseau » . Car c'est l'auteur du *Contrat social* (1762) qui est devenu le nouveau héros des « antipolitiques » (même s'ils en sont plus ou moins conscients). Rousseau était hanté par la crainte d'usurpation de la voix du peuple par ses représentants, ce qui le conduisit à dénoncer le système représentatif pensé notamment par Montesquieu. C'est sa fameuse critique du régime parlementaire anglais : « *Le peuple anglais pense être libre, écrit Rousseau, il se trompe fort ; il ne l'est que durant l'élection des membres du Parlement : sitôt qu'ils sont élus, il est esclave, il n'est rien* » (*Contrat social* , III, 15). Rousseau a livré dans le débat politique une critique féroce de la modernité politique dont s'inspirent les mouvements plébiscitaires et aujourd'hui les « antipolitiques » .

Évidemment, il savait que la démocratie directe des Anciens n'était pas compatible avec les grands États modernes. Mais l'irruption du Web 2.0, qui a servi à l'émergence des « gilets jaunes » , laisse penser qu'un retour est aujourd'hui possible à la démocratie directe. Les théoriciens du M5S affirment en Italie que, grâce au Web, « *la barrière entre le citoyen et les institutions peut être dépassée* » . Et, comme le souligne avec effroi le grand théoricien de la démocratie Giovanni Sartori, le cauchemar d'une « *démocratie électronique* » est désormais « techniquement » à portée de main. Le fameux « clic » de *Petite Poucette* , vanté par Michel Serres dans un livre qui a même eu en France un large succès en 2012, y compris chez les futures élites « macronistes » , permet en théorie le remplacement du parlement classique par des « parlements électroniques » , où l'électeur Internet peut directement participer au processus législatif.

Ce sont donc les fondements mêmes de nos systèmes de représentation qui se trouvent remis en cause en théorie, même si, en pratique, la « démocratie du clic » peine à se mettre en place. C'est oublier que même Rousseau était très dubitatif sur l'effectivité de la démocratie directe. Il écrit qu'il « *n'y a pas de gouvernement si sujet aux guerres civiles et aux agitations intestines* » (*Contrat social* , III, 4). Nous sommes au cœur de ce débat en apparence abstrait. Le peuple ne peut se passer de représentants. Il est, comme disait Montesquieu, « *admirable pour choisir ceux à qui il doit confier quelque partie de son autorité* » mais il n'est « *pas propre à gérer par lui-même* » (*Esprit des lois* , II, 2). C'est ce que les « gilets jaunes » vont vivre, ne parvenant déjà pas à se doter de « messagers » fiables. En Italie, les M5S n'ont toujours pas réalisé cette « démocratie directe » alors qu'ils sont au pouvoir, car ils ont bien compris que la représentation classique est plus adaptée que « l'effet de foule » du Web, avec sa tragique « loi de Lynch » dont certains « gilets jaunes » font l'amère expérience, certains étant menacés de mort quand ils prétendent « parler au nom du peuple » .

La démocratie doit se réformer pour être plus représentative mais elle mérite mieux que ce « rousseauisme électronique » . Le rejet de toute forme de représentation conduira, si l'on y prend garde, à un pouvoir autoritaire.

*Auteur des « Antipolitiques » (Grasset, 2014) et, avec Thomas Branthôme, d'« Histoire de la République en France, des origines à la Ve République » (Economica, 2018).

<https://www.welt.de/wirtschaft/article185319912/Macrons-Ansprache-Der-Praesident-macht-Frankreich-zum-neuen-Italien.html>

MACRONS ANSPRACHE

Der Präsident macht Frankreich zum neuen Italien

Die Welt, 11. Dezember | Lesedauer: 4 Minuten

Von **Olaf Gersemann**

Ressortleiter Wirtschaft, Finanzen, Immobilien

Die Reaktion des französischen Präsidenten auf den gelben Mob muss in Berlin die Alarmglocken schrillen lassen: Emmanuel Macron ist nicht Partner bei der Euro- und Europa-Rettung. Sondern ein Risikofaktor.

In Deutschland beträgt der gesetzliche Mindestlohn 8,84 Euro in der Stunde. Die Klagen über die verordnete Anhebung zum Jahreswechsel, auf 9,19 Euro, sind relativ verhalten – schließlich steuert das Land, solange sich der aktuelle Abschwung nicht zu einer Rezession auswächst, auf Vollbeschäftigung zu.

In Frankreich liegt der gesetzliche Mindestlohn ungleich höher, bei 9,88 Euro nämlich, und auch die Arbeitslosigkeit ist wesentlich verbreiteter – im Europavergleich rangiert Frankreich hier auf dem viertletzten Platz, schlechter schneiden nur Griechenland, Italien und Spanien ab.

Ein Reformier im Élysée, der etwas auf sich hält, wüsste, was zu tun ist: dafür zu sorgen, dass der Mindestlohn nur verhalten steigt oder am besten erst mal gar nicht. Das wäre zwar keine hinreichende, aber doch eine notwendige Bedingung dafür, dass die Arbeitslosigkeit sich auf einen ähnlichen Abwärtstrend begibt wie diesseits des Rheins.

Emmanuel Macron aber streckt die Waffen. Wochenlang haben die Gelbwesten in Frankreich gewütet, am Montagabend antwortete der französische Präsident via Fernsehansprache. Das war die Chance, der Maßlosigkeit entgegenzutreten. Das war die Chance, in die Offensive zu gehen, eine Vision zu entwerfen für ein prosperierendes Frankreich, das seinen Bürgern auf dem Weg zum Ziel auch Opfer abverlangt.

Macron ließ die Chance nicht nur ungenutzt verstreichen. Er legitimierte die Ausschreitungen ex post, indem er den „wirtschaftlichen und sozialen Ausnahmezustand ausrief“ – und dem Kleinwagen anzündenden Mob entgegenkroch.

Mindestlohnerhöhung um fast sieben Prozent

Das symbolträchtigste seiner Zugeständnisse: Auf den Monat hochgerechnet soll der Mindestlohn um 100 Euro steigen. Das ist, auf einen Schlag, eine Erhöhung, die so groß ist wie alle Steigerungen der zurückliegenden sechs Jahre zusammengenommen. Um fast sieben Prozent wird der Mindestlohn klettern, auf 10,54 Euro pro Stunde.

Dass die Arbeitslosigkeit im Zuge dessen nur noch weiter zu steigen droht, weiß auch Macron. Deswegen soll der Staat die 100 Euro zahlen. Unter anderem damit aber nimmt er sehenden Auges in Kauf, dass Frankreich schon bald wieder die Maastrichter Defizitgrenze von drei Prozent der Wirtschaftsleistung überschreiten könnte; erst 2017 hatte Paris das Kriterium erstmals seit 2007 eingehalten, vor allem dank der Nullzinspolitik der EZB. Derart zynisch muss man erst mal sein, wenn man Frankreich eigentlich En Marche – in Bewegung – setzen wollte.

Die Hoffnung war immer, dass Macron Frankreichs Gerhard Schröder wird: ein Mann, der notfalls auch sein Amt aufs Spiel setzen würde, um das wirtschaftspolitisch Richtige zu tun. Stattdessen schrumpft Macron wohl eher zur französischen Version von Matteo Renzi zusammen. Der Italiener, Ministerpräsident von 2014 bis 2016 und ebenfalls gut aussehend und jungdynamisch daherkommend, verhiß seinerzeit wie Macron: Patentlösungen ohne Nebenwirkungen.

Am Ende verlor das auf dem Weg in die Staatspleite befindliche Italien nur wertvolle Zeit. Die politischen Profiteure waren die Scharlatane von ganz rechts und ganz links, die in Rom nun das Sagen haben.

Schlechte Nachrichten für Deutschland

Frankreich, ein Land, das eigentlich durchaus und immer noch das Potenzial hat, Deutschland wirtschaftlich den Rang als Europas Nummer eins abzulaufen, droht jetzt Italien auf dem Weg in die Drittklassigkeit hinterherzustolpern. Noch **einen Appeasement-Präsidenten** kann es sich kaum leisten – aus dem schleichenden und seit der Finanzkrise beschleunigten Abstieg des Landes droht eine dauerhafte Relegation zu werden.

Für Deutschland sind das denkbar schlechte Nachrichten. Wirtschaftlich. Aber mehr noch politisch. Schon in Hochzeiten der Euro-Krise kam es, entsprechend den wirtschaftlichen Gewichtsverteilungen, stets auf Frankreich an: Steht Paris an Berlins Seite, kann verhindert werden, dass die Währungsunion unter dem Einfluss des von Italien und Spanien geführten informellen Club Med zur Transferunion verkommt. Schlägt sich Paris dagegen auf die Seite Italiens und Spaniens – oder bleibt es auch nur neutral –, dann kippt das Konstrukt.

Seit 15 Monaten ist das politische Berlin manisch mit der Frage beschäftigt, wie man denn wohl auf die Reformvorschläge für Euro und Europa reagieren könnte, die Macron unmittelbar nach der Bundestagswahl im September 2017 in einer Rede an der Pariser Sorbonne vorgelegt hat. Vorschläge, die in ihrem Kern hauptsächlich darauf abzielen, Deutschland Souveränität und Steuergelder abzuknöpfen.

Eingedenk der macronschen Performance im Gelbwesten-Streit kann man sich in Berlin nun getrost anderen Dingen zuwenden. **Dringenderen Dingen. Der Frage nämlich, wie man eigentlich damit umgehen will, wenn Deutschland es in Währungsunion und EU nicht mit einem Italien zu tun hat. Sondern mit zweien.**

http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/presse/Pressemitteilungen/Pressemitteilungen-Archiv/2018/Q4/pm_20181211_macron.html

ifo-Präsident Fuest skeptisch zu Macrons Ankündigungen

11.12.2018

Der ifo-Präsident Clemens Fuest hat sich skeptisch geäußert zu den Ankündigungen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron.

„Die Maßnahmen bestehen aus einer Erhöhung des Mindestlohns und populären, aber unsystematischen Steuererleichterungen“, sagte Fuest in München. „Politisch musste Macron reagieren, um die Lage zu beruhigen und die Gewalt einzudämmen, aber die gewählten Maßnahmen halte ich für problematisch. Die Steigerung des Mindestlohns wird die sozialen Spannungen in Frankreich nicht reduzieren. In Frankreich ist der Mindestlohn bereits so hoch, dass er die Beschäftigung der schwächeren Gruppen am Arbeitsmarkt verringert, vor allem die der Jugendlichen. Die Arbeitsplatz-Inhaber werden profitieren, die Jugendlichen und schlecht Ausgebildeten, die heute arbeitslos sind, werden aber noch schlechtere Chancen haben. Steuererleichterungen für Überstunden sind auch kontraproduktiv. Sie fördern Überstunden und kommen denen nicht zu Gute, die nur Teilzeitjobs oder keine Arbeit haben. Generell ist das Signal fatal, dass ein brandschatzender und randalierender Mob die Politik bestimmt, während die, die friedlich oder gar nicht demonstrieren, nicht beachtet werden.“

ifo President Fuest Sceptical about Macron's New Measures

Dec 11, 2018

ifo President Clemens Fuest has voiced his scepticism about the latest measures announced by French President Emmanuel Macron in response to the gilets jaunes.

"The measures consist of an increase in the minimum wage and popular, but unsystematic tax breaks," notes Fuest. "Macron had to react politically to calm the situation and curb violence, but I think the measures chosen are problematic. Increasing the minimum wage will not reduce social tensions in France, where the minimum wage is already so high that it hampers the employment of weaker groups in the labour market, especially young people. Job holders will benefit from Macron's new measures, while young people and the poorly educated that are currently unemployed will have even worse chances. Tax breaks for overtime are also counterproductive, as they encourage overtime and do not benefit those who only have part-time jobs or no work. Macron's response suggests that a rioting and pillaging mob can dictate politics, while those who demonstrate peacefully - or not at all - are ignored. This is definitely sending the wrong signal."

Le Figaro.fr

mardi 11 décembre 2018 - 18:44 UTC +01:00 504 mots

Quand un très sérieux institut de conjoncture allemand étrille les mesures de Macron

Robin, Jean-Pierre

DÉCRYPTAGE - Outre-Rhin, l'IFO assure que la hausse du smic et les allègements de charges sur les heures supplémentaires vont pénaliser les jeunes Français, les salariés les moins qualifiés et l'emploi...

L'IFO Institute (Institut für Wirtschaftsforschung) de Munich est le plus connu des cinq instituts de conjoncture d'outre Rhin. Il établit en effet chaque mois l'indicateur du climat des affaires en Allemagne, interrogeant pas moins de 7000 patrons. C'est dire le sérieux d'une telle enquête suivie internationalement s'agissant de la cinquième économie mondiale. Or son président, l'économiste Clemens Fuest, a publié ce mardi un communiqué spécial pour critiquer vertement les mesures annoncées lundi soir par Emmanuel Macron.

«Le président de l'IFO Fuest sceptique sur les nouvelles mesures de Macron», annonce le titre. «Les mesures consistent en une augmentation du salaire minimum et en des exonérations et allègements d'impôts, populaires mais peu méthodiques» (unsystematic), résume le communiqué écrit en anglais. Tout en reconnaissant que «Macron devait réagir politiquement pour calmer la situation et maîtriser la violence», Clemens Fuest estime «que les mesures sont problématiques». Pour l'économiste allemand, et contrairement aux précautions prises par l'exécutif français pour dire que la hausse du smic ne représenterait pas un coût supplémentaire pour les entreprises dans la mesure où elle sera financée par des fonds publics (à travers le RSA), il s'agit bel et bien d'un relèvement du salaire minimum. Avec toutes les conséquences que cela implique.

«Des chances encore moindres de trouver un emploi»

Tout d'abord, «augmenter le salaire minimum ne réduira pas les tensions sociales en France, où le smic est déjà si élevé qu'il pénalise l'emploi des gens les plus faibles sur le marché du travail, spécialement les jeunes. **Les personnes ayant un emploi bénéficieront des nouvelles mesures de Macron, alors que les jeunes et les gens peu formés qui sont actuellement au chômage auront des chances encore moindres de trouver un emploi**», insiste le communiqué.

Second niveau de critique, les «exonérations de taxes (fiscales et sociales) sur les heures supplémentaires sont également contre-productives, car elles encouragent le recours aux heures supplémentaires et ne bénéficieront pas à ceux qui ont des emplois à temps partiel.»

Le ton se fait encore plus violent sur la manière dont ces mesures ont été prises. **«La réponse de Macron suggère que les émeutes et les pillages peuvent dicter les politiques (du gouvernement), alors que ceux qui manifestent pacifiquement — ou pas du tout — sont ignorés. Cela envoie définitivement un mauvais signal».**

En réalité Clemens Fuest dit tout haut ce que beaucoup pensent tout bas outre Rhin. Ces commentaires sont d'autant plus acerbes que jusqu'à la mi-novembre les milieux économiques germaniques restaient très élogieux sur le président français dont les difficultés dans l'opinion publique de l'Hexagone n'avaient alors pas été réellement perçues.

153,91

Le Figaro, no. 23152

Le Figaro Économie, lundi 21 janvier 2019 1007 mots, p. 27

Trois millions de jeunes totalement oisifs, dont 40 % issus de l'immigration

Ces chiffres de l'OCDE sur les 15-34 ans résument tout le mal français.

Robin, Jean-Pierre

Deux longs mois d'hiver et de ténèbres où il n'est question que de pouvoir d'achat et de justice fiscale. La croissance, le chômage, les déficits, la conjoncture internationale pour le moins incertaine, etc., tous les autres aspects de la vie économique et sociale du pays sont passés à l'as. La France vit sur son rond-point, comme Diogène sur son tonneau, hors du monde. Chacun de nous est devenu la dupe consentante de cette obsession nationale de la fiscalité portée à incandescence comme jamais. Et pour sa part Emmanuel Macron est le premier à en être prisonnier.

Dans sa « lettre aux Français » publiée le dimanche 13 janvier à 20 heures tapantes pour présenter le grand débat national, le président de la République a exposé sa conception des discussions lancées officiellement deux jours plus tard, le 15 janvier à Grand Bourgtheroulde, dans l'Eure. Rien de plus légitime alors que l'idée de cette thérapie de groupe à l'échelle de l'Hexagone lui revient quoi qu'on en pense. De même, était-il normal que le chef de l'État énumère une trentaine de questions qu'il souhaite voir évoquer. Le mot « impôt » (ou ses synonymes « taxe » et « fiscalité ») revient à douze reprises dans sa lettre, reflétant la délétère passion française pour les polémiques fiscales. En revanche, les mots « jeunesse » et « production » sont totalement absents de son propos.

Les trois « ni »

C'est là que le bât blesse. Car s'il est un problème douloureux, à la racine de tous nos maux, c'est bien celui-ci : un nombre aberrant de jeunes Français se trouvent aujourd'hui à l'écart de toute activité productive, dans la plus parfaite oisiveté, « *la mère de tous les vices* » selon la sagesse populaire.

Ainsi l'OCDE, l'Organisation de coopération et de développement économiques, vient-elle de calculer ce chiffre terrifiant présenté l'autre semaine lors d'un séminaire OCDE-Ajef (Association des journalistes économiques et financiers) : « **En France, 3 millions de personnes âgées de 15 à 34 ans ne sont ni en enseignement, ni en formation, ni en emploi, dont 40 % sont de jeunes issus de l'immigration** », a-t-il été dit lors de cette réunion consacrée à l'intégration des migrants dans les pays de l'OCDE.

Précisons bien chacun de ces termes et des chiffres tels que nous les a communiqués Jean-Christophe Dumont, chef de la division des migrations internationales à l'OCDE. Les trois « ni », « ni en emploi, ni en enseignement, ni en formation » forment désormais le concept le plus pertinent pour appréhender la situation des jeunes vis-à-vis du marché du travail. Ce que les Anglo-Saxons, qui adorent les acronymes, appellent les « NEET » (*not in employment, education, or training*), notion développée à la fin des années 1990, dans un rapport de l'administration britannique.

L'OCDE, décryptant les données de l'enquête emploi de l'Insee (2017), dénombre en France très exactement 2,850 millions de « NEET » qui ont entre 15 et 34 ans. Cela représente un taux d'inactivité de 18,1 % pour cette tranche d'âge qui rassemble 15,750 millions de gens (et un taux de chômage stricto sensu de 14,3 % selon l'Insee, sachant que pour une partie de ces jeunes l'inactivité est un choix plus ou moins délibéré).

Sur les 2,850 millions de « NEET », 1,75 million sont des « natifs de natifs » pour reprendre la formulation de l'OCDE signifiant qu'ils sont « nés en France, de parents nés eux-mêmes en France ». Entre parenthèses, les statistiques « ethniques » sont interdites dans notre pays comme chacun sait, mais l'Insee et l'Ined sont tout à fait autorisés à demander le lieu de naissance dans leurs enquêtes !

Grâce à quoi l'OCDE peut identifier 1,090 million de personnes vivant en France, « ni en emploi, ni en enseignement, ni en formation » et qui sont « issus de l'immigration » (soit un sur quatre). Cette expression recouvre deux cas de figure : d'une part, les 500 000 « NEET » nés à l'étranger (définition de l'immigrant), dont 445 000 dans un pays autre que l'Union européenne, et d'autre part les 590 000 « NEET » nés en France et « ayant au moins un parent né à l'étranger ».

De ce décompte qui ferait un excellent exercice pour les insomniaques en mal de sommeil, on se gardera du moindre commentaire. À chacun de se faire son opinion. Rappelons seulement qu'au vu de ce constat, l'Union européenne a demandé à la France (ainsi qu'à l'Autriche et à la Belgique) « *d'améliorer l'insertion sur le marché du travail des descendants d'immigrés* » (recommandation du 7 mars 2018).

Les eurosceptiques vitupéreront contre « ces eurocrates qui se mêlent de tout ». Mais il faut se rendre à l'évidence : notre pays intègre certes très difficilement ses immigrants mais tout aussi mal « les Français de souche » pour dire les choses crûment. Et d'ailleurs on se demande comment l'Hexagone pourrait être une terre d'asile accueillante alors qu'il est incapable de bien traiter ses autochtones. **La comparaison avec l'Allemagne est édifiante, qui affiche une proportion des 15-34 ans « ni en emploi, ni en enseignement ni en formation » de 7 % pour ses autochtones et de 10 % pour les personnes issues de l'immigration.** La Suède et la Suisse ont des performances similaires.

En l'occurrence le territoire français est l'un des plus désœuvrés de l'OCDE, ce « club des pays riches » comme on la présente souvent. De même la France arrive dans le dernier tiers du classement de l'OCDE mesurant les compétences de base des adultes en lecture et en calcul (enquête PIAAC). Le tableau est cohérent : la difficulté des jeunes Français à s'employer découle directement de leurs carences culturelles sur un marché mondial ultraconcurrentiel. « *Quand je me regarde je me déssole, quand je me compare je me console* » : ce proverbe nous a longtemps servi de viatique. Il est hélas devenu obsolète. Un vrai sujet de débat !

Digitale Arbeit Christoph Peters

Alle Tätigkeiten, die Leistungen unter signifikantem Einsatz von digitalen Arbeitsmitteln erstellen. Bei digitaler Erwerbsarbeits handelt es sich um digitale Arbeit im Rahmen der Existenzsicherung und des Einkommenserwerbs [Durward et al. 2016]. Letztere steht hier im Fokus.

Historische Einordnung

Nach der 1. Industriellen Revolution (mechanische Produktionsanlagen mit Hilfe von Dampf- und Wasserkraft), der 2. Industriellen Revolution (Einführung arbeitsteiliger Massenproduktion mit Hilfe von elektrischer Energie) und der 3. Industriellen Revolution (Einsatz von Elektronik und IT zur weiteren Automatisierung der Produktion) [Picot 2013] bezeichnet der Begriff „4. Industrielle Revolution“ die rasante Veränderung der Arbeitswelt auf Grund der fortschreitenden, umfassenden Digitalisierung. In diesem Kontext wird auch von „Arbeit 4.0“, „Industrie 4.0“, o.ä. gesprochen. Diese fortschreitende Digitalisierung hat das Potenzial, die Arbeitswelt der Zukunft grundlegend und nachhaltig zu verändern.

Arten digitaler Arbeit

Das Plattformmodell hat sich im Wettbewerb in der Digitalen Wirtschaft als dominantes digitales Wettbewerbsmodell etabliert; bereits 10 der 20 größten Unternehmen der Welt (vor allem) in Konsumentenmärkten bauen auf dieses Modell (Kollmann und Schmidt 2016). Bezahlte digitale Arbeit kann daher in plattformbasierte (oftmals wird hier auch von „Plattformökonomie“ gesprochen/Schmidt 2016) und nicht-plattformbasierte Arbeit unterschieden werden (siehe auch Mrass et al. 2017):

1. Plattformbasiert:

Unter diese Kategorie fallen Crowdfunding-Plattformen, Handelsplattformen und Sharing-Plattformen.

▪ **Crowdworking-Plattformen**

Allgemein handelt es sich hierbei um elektronische Plattformen, denen das Prinzip der Nutzung der „Weisheit der Massen“ (Surowiecki 2004) zugrunde liegt. Es kann sich dabei um externe oder interne Crowdfunding-Plattformen handeln (Durward et al. 2016). Externe Crowdfunding-Plattformen als Intermediäre ermöglichen den Austausch zwischen Arbeitsanbietern und Arbeitssuchenden und können in folgende Plattform-Arten unterteilt werden (Mrass und Peters 2017): **Content-/Texterstellung** (es werden Beiträge und Texte für Online- und Print erstellt), **Design** (hier stehen Gestaltungs-Aufgaben im Vordergrund), **Innovation** (die jeweilige Plattform erbringt Innovations-Unterstützungsleistungen), **Marktplatz** (es erfolgt eine Vermittlung von Angebot und Nachfrage zu einem recht heterogenen Feld an Dienstleistungen), **Mikrotask** (im Mittelpunkt stehen kleinere Aufgaben, die jedoch „menschliche Intelligenz“ benötigen und gegenwärtig nicht von Computern erledigt werden können), **Testing** (Nutzer testen Geräten, Software oder andere Anwendungen) und **Kundenberatung/Marktforschung/Vertrieb** (es erfolgen Beratungs- und Vertriebsleistungen rund um Produkte und Services beziehungsweise die Erbringung von Marktforschungsleistungen).

▪ **Handelsplattformen**

Handelsplattformen sind Intermediäre, deren Geschäftsmodell die Erbringung von Handels- und Vertriebsleistungen zum Inhalt hat. Es können B2B-Plattformen, die den Leistungsaustausch zwischen Unternehmen, B2C-Plattformen, die den Leistungsaustausch zwischen Unternehmen und Konsumenten sowie C2C-Plattformen, die den Leistungsaustausch zwischen Konsumenten ermöglichen, unterschieden werden.

▪ **Sharing-Plattformen**

Bei diesen Plattformen (oftmals wird in diesem Zusammenhang auch von „Gig“- oder „Sharing-Economy“ gesprochen) erfolgt der Leistungsaustausch von Gütern, die meist in der „analogen“ Welt erzeugt und durch „teilen“ ohnehin vorhandener Ressourcen erbracht werden. Diese Plattformen können mittels der drei gegenwärtigen Hauptbereiche eingeteilt werden, in denen Sharing-Plattformen zum Einsatz kommen: Gastgewerbe, haushaltsnahe Leistungen und Transportdienstleistungen.

2. Nicht-plattformbasiert:

Digitale Arbeit, die nicht-plattformbasiert erfolgt, kann anhand der eingesetzten „Arbeitsmittel“ in vier Hauptkategorien eingeteilt werden (Mrass et al. 2017): Geräte, Maschinen/Roboter, Mobilitäts-Vehikel und Künstliche Intelligenz:

▪ **Geräte**

In diese Kategorie fallen bereits seit vielen Jahren im betrieblichen Umfeld eingesetzte Geräte wie Notebooks, Personal Computer und Workstations, aber auch erst schwerpunktmäßig im letzten Jahrzehnt als Arbeitsmittel eingesetzte Geräte wie Smartphones, Tablets, und Wearables.

▪ **Maschinen/Roboter**

Hierzu gehören Automaten (z.B. ATM's), Roboter (z.B. Greifarmroboter), Fließbänder (beispielsweise in der Automobilproduktion) und 3D-Drucker.

▪ **Mobilitäts-Vehikel**

Autonome, selbstfahrende Autos, ohne „Lokführer“ o.ä. operierende öffentliche Transportsysteme und als Lieferungssysteme eingesetzte Drohnen fallen in diese Kategorie der Mobilitäts-Vehikel. Diese Arbeitsmittel befinden sich gegenwärtig meist noch in der Entwicklungs- oder Erprobungsphase und sind nur selten (z.B. Terminal-Verbindungs-Züge in Flughäfen oder autonome Transport-Containerwägen auf Häfen) bereits regulär im Einsatz.

▪ **Künstliche Intelligenz**

Diese Kategorie kann anhand der Arbeitsmittel in Androiden (beispielsweise menschenähnliche „Empfangsdamen“ in Hotels), Bots (u.a. in der Kundenkommunikation bei Mobilfunkunternehmen), Data Mining (z.B. zur Identifikation von Trends), Entscheidungs-Algorithmen (z.B. bei Investmententscheidungen im Finanzbereich) und Supercomputer (z.B. IBM Watson) eingeteilt werden. Sie alle haben das Ziel gemeinsam, menschliche Intelligenz abzubilden beziehungsweise zu simulieren.

Zukunftsprognosen

Die Auswirkungen der zunehmenden Digitalisierung der Arbeit auf die Beschäftigungslage sind in den letzten Jahren Gegenstand von Publikationen mit unterschiedlichen Zielrichtungen bezogen auf die Einschätzung der Zukunft. Zu nennen sind insbesondere die Studie von Frey und Osborne (2013) über die „Anfälligkeit“ von Jobs für Automatisierung, die Veröffentlichungen von Brynjolfsson und McAfee (2011) zum ‚Konkurrenzverhältnis‘ von Menschen und Maschinen sowie von Ford (2015) über den wachsenden Einfluss von Robotern in der Arbeitswelt. Ebenso haben gesellschaftliche Institutionen wie Gewerkschaften und Stiftungen Publikationen hierzu herausgegeben (z.B. Schwemmler und Wedde 2012). Gleichwohl sich viele Publikationen mit den Auswirkungen der Digitalisierung der Arbeit für Individuen, Gesellschaft und Unternehmen beschäftigen, sind systematische Übersichten digitaler Arbeit rar (siehe auch Mrass et al. 2017).

SOZIALE GERECHTIGKEIT

Klimaschutz trifft die Ärmsten!

- VON CHRISTOPH SCHÄFER 29.01.2019



[Bildbeschreibung einblenden](#)

Rigorose Umweltpolitik setzt vor allem den armen Menschen in Deutschland zu. Mit der Brechstange durchgesetzt, bringen ehrenwerte Ziele den sozialen Frieden in Gefahr. Ein Kommentar.

In diesen Tagen und Jahren steigen zwei Dinge gleichzeitig: zum einen die durchschnittliche Temperatur der erdnahen Atmosphäre, zum anderen der Ärger über die Eliten in diesem Land. Belege für die Enttäuschung großer Bevölkerungsgruppen gibt es in Hülle und Fülle. In einer aktuellen Allensbach-Umfrage für die F.A.Z. sagen nur 42 Prozent der Ostdeutschen, dass die Demokratie der Bundesrepublik die beste Staatsform sei. Und nicht mal jeder zweite Westdeutsche findet, dass die Marktwirtschaft anderen Systemen überlegen ist.

Besonders gut sieht man die Entfremdung zwischen den Eliten und den Betroffenen derzeit in der Umweltpolitik. Das griffigste Beispiel sind die Fahrverbote. In Hamburg dürfen Diesel-Pkw, die teils gerade mal vier Jahre alt sind, nicht mehr überall in der Innenstadt fahren. Auch in Stuttgart gibt es seit dem Jahreswechsel Fahrverbote. In Frankfurt, Essen, Mainz, München und vielen anderen Städten droht Besitzern älterer Dieselfahrzeuge das gleiche Schicksal. Indem ihre Fahrzeuge aus der Stadt verbannt werden, soll die Luft sauberer werden. Das Ziel ist ehrenwert, allerdings wird es in naher Zukunft sowieso erreicht, weil die Abgastechnik besser wird, die Fahrzeugflotten auch ohne äußeren Druck erneuert werden und andere Umweltschutzmaßnahmen greifen. Den Klimaschützern und leider auch vielen Richtern genügt das aber nicht, die Messwerte sollen jetzt sofort mit der Brechstange erreicht werden, sprich mit Fahrverboten.

Dabei wird viel zu selten danach gefragt, wen Fahrverbote am härtesten treffen. Die Antwort darauf ist eindeutig: Eine rigorose Umweltpolitik setzt vor allem den armen Menschen im Land zu. Wer fährt denn die älteren Diesels? Die Millionäre im Land sind es nicht. Wer ein zehn Jahre altes Auto nutzt, macht das nicht, weil er nostalgisch am Rost hängt und häufige Werkstattbesuche schätzt, sondern weil er sich kein neues Auto leisten kann.

Nudelwasser aus dem Teekoher

In diesem Zusammenhang lässt die Warnung des VW-Aufsichtsratschefs aufhorchen, der vor stark steigenden Autopreisen warnt. Vor allem bei Kleinwagen werde es „ganz unweigerlich zu erheblichen Preiserhöhungen kommen“, wenn wegen der jüngst beschlossenen, sehr strengen CO₂-Vorgaben ein E-Motor eingebaut werden müsse. Und wieder gilt die Frage: Wer fährt die Kleinwagen?

Welche sozialen Folgen allzu harte Umweltvorgaben haben, wird auch auf dem Wohnungsmarkt deutlich. Allein die letzte Verschärfung der Energie-Einsparverordnung ließ die Baukosten laut Immobilienverband um sieben Prozent steigen und habe „so gut wie keine weiteren Energie-Einsparungen mehr gebracht“. Mit jeder zusätzlichen Dämmplatte nimmt der Grenznutzen für den Klimaschutz ab. Und schon vor der jüngsten Verordnung waren Neubauten so gut gedämmt, dass an den Fenstern extra Lüftungsschlitze eingebaut werden mussten, um das Raumklima zu retten. Wen aber treffen höhere Baupreise besonders? Doch ganz offensichtlich diejenigen, die sich dann keine Wohnung mehr leisten können und schon jetzt unter hohen Mieten stöhnen.

Viertes Beispiel: die Energiekosten. In einem Interview mit dieser Zeitung warnte der heutige Wirtschaftsminister Altmaier 2013 davor, die Energiewende könne bis zu einer Billion Euro kosten. In diesem Jahr müssen Verbraucher auf den regulären Strompreis für jede Kilowattstunde 6,4 Cent EEG-Umlage obendrauf legen. Eine vierköpfige Familie zahlt für den Ausbau der erneuerbaren Energien somit etwa 200 Euro im Jahr. Für reiche Familien ist das ein überschaubarer Betrag, für arme Haushalte sehr viel Geld. Wer das anders sieht, sollte einmal eine der staatlich finanzierten Energieberatungen aufsuchen: Dort wird armen Menschen geraten, das Wasser für ihre Nudeln im Wasserkocher zu erhitzen und nicht auf dem Herd, so ließen sich noch ein paar Watt sparen.

Verhältnismäßig und sozialverträglich

Die Liste der für ärmere Haushalte besonders teuren Klimamaßnahmen lässt sich nahezu beliebig erweitern. Der mit dem Kompromiss der Kohlekommission nun in Gang gesetzte Ausstieg aus der Kohle trifft vor allem strukturschwache Gebiete. Und die in der Expertenkommission im Verkehrsministerium diskutierte Idee, den Liter Treibstoff um 52 Cent zu verteuern, würde vor allem die finanzschwachen Autofahrer aus dem Verkehr drängen. Ähnliches gilt für den zunehmenden gesellschaftlichen Druck, doch bitte nur noch Bio-Fleisch oder Öko-Textilien zu kaufen. Er wird vor allem von jenen gut bezahlten Menschen aufgebaut, die sich eine Packung Bio-Hähnchenbrustfilet für elf Euro leisten können.

Das alles ist kein Plädoyer dafür, sämtliche Klimaschutzmaßnahmen sofort einzustellen, weil sie zu viel kosten. Niemand will geschmolzene Polkappen, giftige Stadtluft oder gequälte Tiere. Genau wie für jede andere Politik sollte aber auch für Umweltschutz gelten, dass er verhältnismäßig und sozialverträglich sein muss. Wer das anders sieht, riskiert Aufstände wie in Frankreich. Die Proteste der „Gelbwesten“ entzündeten sich daran, dass Präsident Macron den Liter Diesel um 6,5 Cent verteuern wollte, um die Energiewende zu finanzieren. Die Folgen sind bekannt. Zu Recht warnt IG-Metall-Chef Hofmann nun vor höheren Belastungen für Autofahrer: Auch in deutschen Autos gebe es gelbe Westen.

Digitale Revolution und Zukunft der Arbeit

Anfang März 2018 habe ich die **#NWX18 - NEW WORK Experience** in Hamburg besucht, das Event für neues Arbeiten.

Dabei ging es um den Einfluss der digitalen Revolution auf unsere Arbeitswelt und wie wir darauf reagieren können.

Wie bei jeder Revolution bringt diese Veränderungen mit sich. Das haben wir ja nicht so gerne. Aber jede Veränderung bietet auch eine Menge Chancen.

Die jetzige 4. industrielle Revolution verändert nicht nur unsere Arbeitsplätze, sondern die Wirtschaft im Allgemeinen, Politik und die Gesellschaft. Wir werden uns dem nicht entziehen können. Industrie 1.0 bis Industrie 3.0 hat das in der Vergangenheit bereits vorgemacht.

Eine Zahl, die erschreckt

Man rechnet, dass in den kommenden Jahren **20 Mio. Arbeitnehmer** betroffen sind, deren Arbeitsplätze in ihrer jetzigen Ausgestaltung nicht mehr gebraucht werden. Gefährdet sind vor allem Jobs in der Produktion.

Die Ära der Arbeitsplätze mit klaren Entlohnungsmodellen, festen Arbeitsplätzen, -zeiten und Gewerkschaften geht zu Ende.

Neue Arbeitsplätze

Was entsteht neu? Einige Aufgabengebiete kennen wir heute schon wie Big Data Analysten oder Virtual Reality Designer und alles was mit künstlicher Intelligenz zu tun hat (z.B. autonomes Fahren, Smart Home, interaktive Wartung, virtuelle Rundgänge, digitale Assistenten etc.)

Und was noch? Nicht jeder Arbeitnehmer wird Berufe ergreifen können, die von der Digitalisierung bestimmt sind.

Je mehr die digitale Revolution menschliche Arbeitskraft ersetzt, umso wichtiger werden in Zukunft Berufe, die mit Menschlichkeit, Geselligkeit, sozialem Engagement und Kreativität zu tun haben. Denn das kann keine Maschine oder Roboter leisten, sie haben kein Herz und keinen kreativen Geist.

Das sind also Chancen für

- Menschen, die pflegen, zuhören, reden, sich kümmern.
- Menschen, die mitreißen, begeistern können, kreativ sind, die Persönlichkeit zeigen.
- Menschen, die sich mit Strategie und operativen Projekten befassen

Neues Arbeiten bedeutet auch:

- **Co-Workingspaces**
- **Open Innovation**
- **Ideenmanagement**
- **Alternative Vergütungsmodelle**

Vorbereitung auf den Wandel

Wie bereiten wir Arbeitnehmer auf die Auswirkungen dieses Wandels vor?

Sorgen wir als Unternehmer dafür, dass unsere Mitarbeiter die Digitalisierung verstehen und sich fortbilden können. Das ist in unserem ureigensten Interesse, denn wir wollen ja auch morgen noch am Markt bestehen und uns nicht verdrängen lassen von Firmen, die uns in diesem Punkt voraus sein könnten.

Arbeitszeitmodelle müssen unbedingt angepasst werden, das ist eine Herausforderung für Politik und Gewerkschaften.

Der klassische 8-Stundentag und das Angestellten-Dasein funktionieren schon heute nicht mehr in einigen Bereichen. Vor allem junge Menschen denken in alternativen Lebens- und Arbeitsmodellen.

Bewusstseinswandel

Das erfordert einen Bewusstseinswandel in der Gesellschaft. Das wird eine Herausforderung für unser Bildungssystem und für unsere Politik.

Für Führungskräfte bedeutet all das: sie müssen eine überzeugende Persönlichkeit aufweisen, hoch flexibel sein und verschiedene Bildungssysteme durchlaufen haben.

Fazit

Irgendwie dreht sich die Welt schneller als vorher, was neue Technologien und Veränderung der Lebensmodelle betrifft.

Lebenslanges Lernen und Persönlichkeitsentwicklung werden wichtiger denn je.

Wenn wir Menschen ermutigen und ihnen Freiraum geben, entstehen ganz viele Visionen, die zu Missionen werden können und neue Perspektiven für erfolgreiches und zukunftsorientiertes Arbeiten eröffnen.

Was wir dazu brauchen? Mut zur Veränderung, den Willen, die Zukunft zu gestalten, aber auch entsprechende **Rahmenbedingungen!**

März 2018 - Beatrice Brenner

<https://www.zeit.de/2018/18/zukunft-arbeit-kuenstliche-intelligenz-herausforderungen/komplettansicht>

Zukunft der Arbeit: Was machen wir morgen?

Wenn durch künstliche Intelligenz Arbeitsplätze vernichtet werden, steht Deutschland vor einer Herausforderung. Zerbricht die Gesellschaft daran? Oder gibt es wieder Zeit für die wichtigen Dinge?

Von [Uwe Jean Heuser](#), [Caterina Lobenstein](#), [Kolja Rudzio](#) und [Heinrich Wefing](#)

25. April 2018, 16:52 Uhr | Editiert am 4. Mai 2018, 20:42 Uhr | DIE ZEIT Nr. 18/2018, 26. April 2018 | [273 Kommentare](#)

1. Was geschieht, wenn die Roboter kommen?

Mitten in Hamburg [auf dem Containerterminal](#) lässt sich die Zukunft der Arbeit besichtigen.

Ein Aprilmorgen, der Himmel milchig blau, Sonnenglitzern auf dem Wasser, da setzt sich die Zukunft in Bewegung. Ein Automated Guided Vehicle, AGV 87, fährt ruckelnd an, ein rollendes Tablett auf mannshohen Rädern, 34 Tonnen. Das Ding sieht aus wie ein Lastwagen ohne Fahrerhaus. Und ohne Fahrer. In einer sanften Kurve zieht der ferngesteuerte Untersatz über den Asphalt und nähert sich einem silbergrauen Blechkasten, der Ladestation. AGV 87 bremst, steht. Eine Klappe öffnet sich am Blechkasten, und ein Ladearm, dick wie ein Zaunpfahl, schiebt sich tief in die elektrischen Eingeweide des Rollwagens, dann fließt Energie. Die Batterie des Wagens wird aufgeladen, 90 Minuten lang. Ohne Tankwart, wie von Geisterhand.

Dann setzt sich AGV 87 wieder in Bewegung, energiegeladen für 18 Stunden, reißt sich ein ins Hin und Her der 91 fahrbaren Containertransporter, die an unsichtbaren Fäden Güter und Waren über den Terminal bewegen, computergesteuert, überwacht von 19.000 Transpondern im Boden. Alles, was Menschen brauchen, wird hier umgeschlagen. Aber es braucht keine Menschen mehr für den Umschlag.

Arbeit ohne Menschen

Der Terminal Altenwerder ist einer der modernsten der Welt, das heißt: Kein Arbeiter muss sich hier mehr schinden, kein Rücken wird mehr krumm. Von dem Moment an, wenn die Container mit den Gütern von den Lkw gehievt werden, läuft alles maschinell: Vollautomatische Kräne stapeln die Metallkisten, wuchten sie auf die rollenden Plattformen, andere Ungetüme aus rotem und blauem Stahl greifen die Container erneut, schwenken sie durch die Luft, setzen sie an der Kaimauer ab, in Sichtweite des Schiffes, auf das sie geladen werden sollen. Bewegung, Präzision, Kraft – ein mechanisches Ballett, 24 Stunden am Tag, bei Hitze, Sturm, Schnee. Betreten für Menschen verboten. Verirrt sich doch jemand in das umzäunte Sperrgebiet, groß wie 30 Fußballfelder, wird das System abgeschaltet.

Arbeit ohne Menschen – eine Vorstellung, die viele erschreckt. Und niemand kann sagen, was auf uns zukommt und wie schnell. Es gibt Dutzende großer Studien zur Frage, ob Roboter, Automaten und intelligente Computerprogramme menschliche Arbeit überflüssig machen. Ständig erscheinen neue. Unternehmer überbieten einander [in düsteren Prophezeiungen](#).

Jack Ma, Chef des chinesischen E-Commerce-Konzerns Alibaba, erwartet, dass Computermaschinen in den nächsten drei Jahrzehnten bis zu 800 Millionen Jobs weltweit überflüssig machen. Und das Global Institute von McKinsey sagt, bis zu einem Drittel der deutschen Berufstätigen müsse bald eine neue Beschäftigung finden. Zu einem noch radikaleren Ergebnis kam ein viel gelebter Wirtschaftstheoretiker: Karl Marx. Im *Maschinenfragment* sagte der Vater des Kommunismus voraus, die unausweichliche Automation werde alle menschliche Arbeitskraft ersetzen – und damit zum Zusammenbruch des Kapitalismus führen.

Niemand weiß, welche Prognose zutrifft. Bislang hat die [Digitalisierung](#) mit Netzwerkeffekten und exponentieller Beschleunigung noch alle Gewissheiten aufgelöst. Das führt zu Unruhe, zu Sorgen und Skepsis, die bis ins Politische reicht.

Der Umbruch aber läuft. Unternehmen stecken Riesensummen in Automatisierung und [künstliche Intelligenz](#) (KI). Nicht nur im Hamburger Hafen. Sondern etwa auch im Herzen der deutschen Volkswirtschaft, der Automobilindustrie.

Kurz erklärt - Was ist künstliche Intelligenz? Humanoide Roboter, eine Matrix, die Menschen als Energiespender benutzt – so stellen wir Menschen künstliche Intelligenz in Filmen dar. Doch wie sieht die Wirklichkeit aus? © Foto: Zeit Online

Roboter montieren Roboter-Autos

Wer in Stuttgart-Sindelfingen am Mercedes-Werk vorbeifährt, sieht eine der größten Baustellen des Landes. Kräne drehen sich, Lastwagenkolonnen rumpeln über die riesige Fläche, Gerüste wachsen empor und erste Betonwände. Hier wird fast so viel Stahl verbaut, wie im Eiffelturm steckt. Hier errichtet der Daimler-Konzern die Factory 56, die modernste Autofabrik der Welt.

In dem neuen Werk werden Roboter so selbstständig wie nie zuvor Autos bauen: Jedes Stückchen Blech, das sich einer greift, ist mit einem Funkchip ausgestattet und wird vollautomatisch durch die Hallen transportiert. Die Maschinen kommunizieren miteinander, planen und verteilen selbsttätig die Arbeit, fast ohne menschliches Zutun.

Das Konzept von Factory 56: Ein bestelltes Fahrzeug sucht sich seine Produktionsstätte und Maschine selbst. Die Ironie aber liegt in dem, *was* die Roboter da zusammensetzen: In der Factory 56 sollen auch vollautomatische Autos entstehen, womöglich ohne Lenkrad und Gaspedal. Roboter montieren Roboter-Autos.

"Wir nennen sie die fear factory."

Ein Daimler-Arbeiter

Der Daimler-Vorstand ist stolz. Doch nicht alle teilen den Enthusiasmus. "Die neue Fabrik hat schon einen Spitznamen", sagt ein Daimler-Arbeiter, der direkt neben der Baustelle seinen [Arbeitsplatz](#) hat: "Wir nennen sie die *fear factory*." Die Fabrik der Angst.

Niemand wisse, wie viele Arbeiter in der neuen Fabrik noch gebraucht würden. Und was Menschen dort noch zu tun hätten. "Bekommt man da eine Datenbrille aufgesetzt?", fragt der Facharbeiter. "Und dann sagt mir die Brille, welche Schraube ich nehmen soll und wo ich die einbauen muss? Dann wird man ja selbst Teil der Maschine."

Dystopie und Utopie

Sieht so die Zukunft aus? Weniger Jobs? Und wenn Arbeit, dann schlechte? Sicher ist nur: Der Umbruch wird gewaltig. Bleibt die Frage, was die Gesellschaft daraus macht. Nutzt sie die Möglichkeiten, oder wird sie Opfer des Wandels? Leiden die Menschen unter mangelnder und mieser Arbeit? Führt Ungleichheit zu politischem Tumult? Oder sehen wir herrlichen Zeiten der Muße entgegen?

Wir haben nicht eine Antwort, sondern zwei. Redakteure der ZEIT skizzieren den düsteren Ausblick auf eine Welt, der die Arbeit ausgeht, und den erfreulichen. Dystopie und Utopie. Beides ist denkbar, beides liegt in unserer Hand. Was geschieht, entscheidet sich nicht irgendwann, sondern sehr bald. Eigentlich jetzt.

2. Wenn es schiefgeht: Die Gesellschaft zerbricht

Schon immer gab es Erfindungen, die Menschen den Job wegnahmen: Die Getreidemühle ersetzte die Bauern, die ihr Korn einst mit Mörser und Stößel mahlten. Die Druckerpresse ersetzte die Kopisten, die ganze Bücher von Hand abschrieben. Und an die Stelle der Werkstatt trat das Fließband in der Fabrik. Fast immer aber entstanden für wegrationalisierte Jobs an anderer Stelle neue.

Folgt man den Wissenschaftlern Erik Brynjolfsson und Andrew McAfee, dann zieht sich der technische Fortschritt durch die Menschheitsgeschichte wie ein ruhig dahinströmender Fluss. Nur ein paar kleine Wellen und Strudel kräuseln ab und an die Wasseroberfläche. Brynjolfsson und McAfee sind Forscher am Massachusetts Institute of Technology (MIT) in Boston. Sie trugen verschiedene Indikatoren für die Entwicklung der Menschheit zusammen – etwa die Zahl der Erdenbewohner insgesamt, das Wachstum der Städte, die Versorgung mit Nahrung und vieles mehr. Dann prüften sie, welche neuen Technologien die Menschen zu welcher Zeit erfanden – vom Pflug bis zur Windenergieanlage. Ergebnis: Über Jahrhunderte hat sich die soziale und wirtschaftliche Lage der Menschheit sehr langsam fortentwickelt.

Plötzlich aber gab es einen Sprung nach vorne: als James Watt Ende des 18. Jahrhunderts eine leistungsfähige Dampfmaschine erfand. Damit setzte die industrielle Revolution ein. Der Innovationsschub war so heftig, dass er alles änderte – verarmte schlesische Weber verwüsteten die Häuser der Fabrikbesitzer, englische Textilarbeiter zertrümmerten die Maschinen. Die industrielle Revolution schuf neuen Wohlstand und zugleich massenhafte Armut neuen Ausmaßes, den Pauperismus. Damals wurde der Fluss des technischen Fortschritts zum reißenden Strom.

Was passiert im Jahr 2025?

Genau das, glauben Brynjolfsson und McAfee, stehe nun durch die digitale Revolution wieder bevor: Die Rechenleistung der [Computer](#) wächst rasend, Mensch und Maschine vernetzen sich weltweit, die künstliche Intelligenz wird sich explosionsartig verbessern. Die MIT-Forscher prophezeien ein "zweites Maschinenzeitalter". Es könnte Millionen Arbeitsplätze vernichten. Und unsere Gesellschaften sprengen.

Sprung ins Jahr 2025: Die Factory 56 ist seit fünf Jahren in Betrieb, das autonom fahrende Auto serienreif. Es wird in Massen produziert, nicht nur bei Daimler. Alle Hersteller – von [Volkswagen](#) bis zum neuen Weltmarktführer, dem chinesischen Unternehmen Geely – produzieren nun fahrerlose Pkw, Busse, Lkw. Innerhalb weniger Jahre verlieren über eine Million Taxifahrer, Busfahrer, Lieferanten, Chauffeure, Lkw- und Gabelstaplerfahrer in Deutschland ihre Arbeit.

Zeitgleich baut die Industrie selbst massenhaft Stellen ab. Denn die Produktion ist nun überall so konsequent digitalisiert und vernetzt wie in der Factory 56. Hier verwirklicht Daimler, was der Konzern schon bei der Grundsteinlegung ankündigte: die 360-Grad-Vernetzung. Gemeint ist: Das Werk, alle Bauteile und alle Maschinen darin sind mit sämtlichen Lieferanten, Entwicklern und Kunden vernetzt. Dadurch ist eine noch höhere Stufe der Automatisierung möglich.

Der neue Hausjurist heißt jetzt Lawgeex

Schon zuvor konnten Autokäufer daheim am Computer wählen, wie viele Speicher das Rad ihres neuen E-Klasse-Mercedes haben soll. Nun, in der total vernetzten Welt, löst der entsprechende Bestellungsklick eine Kaskade vollautomatischer Prozesse aus: Die [Software](#) ordert beim Zulieferer die Speicher, sie wickelt die Zahlung ab, übernimmt die Buchhaltung, bestellt den autonom fahrenden Lkw, der die Teile beim Lieferanten abholt und an das Transportsystem der Factory 56 übergibt. Und sie sorgt dafür, dass die Bauteile exakt zum richtigen Zeitpunkt am Fließband ankommen, wo die vorinformierten Maschinen sie genau in jenes Fahrzeug einbauen, das nach den Wünschen des Kunden konfiguriert wurde. Kein Mensch kümmert sich mehr um Bestellungen.

Und das ist nur der unspektakuläre Teil. 2025 übernimmt die künstliche Intelligenz nämlich auch massenhaft Arbeit von Büroangestellten. Der Hausjurist vieler Firmen heißt jetzt Lawgeex, er ist eine Art virtueller Anwalt. Es gibt ihn auch als "persönlichen Justiziar" für den privaten Bedarf. Die US-Firma Lawgeex bewies schon bei einem Wettbewerb 2018, dass der von ihr entwickelte Algorithmus Verträge schneller und genauer auf Schwachstellen prüfen kann als ein durchschnittlicher menschlicher Anwalt. Und da war das Programm noch im Neandertaler-Stadium.

Die Spaltung des Arbeitsmarkts

Im Jahr 2025 existiert eine "KI sapiens". Nun lassen auch Versicherungskonzerne die Jobs, für die es einst hoch qualifizierte Personen brauchte, massenhaft von Maschinen erledigen: Meldet der Kunde einen Schaden, ein zerbeultes Auto etwa, nimmt ein Chatbot den Fall entgegen. Braucht der Kunde einen Schadensgutachter, schickt der Versicherungscomputer eine Drohne, um den Unfallort zu besichtigen. Die Berechnung der Schadenssumme erledigt selbstverständlich: ein Automat. Schon im Jahr 2017 hat der japanische Lebensversicherer Fukoku Mutual Life Insurance als einer der Ersten der Branche ein paar Dutzend Fachleute entlassen, weil eine Software deren Aufgaben übernahm. Jetzt, wenige Jahre später, verlieren weltweit Zehntausende Versicherungsexperten ihren Job. Maschinen machen ihn besser – und deutlich billiger.

In den Büros der Finanzdienstleister und Banken entscheiden Computer, wer einen Kredit bekommt. In den Krankenhäusern werten intelligente Programme Röntgenbilder und Blutwerte der Patienten aus. Und in den Labors der Pharma- und Chemieunternehmen füllen automatisierte Anlagen die Reagenzgläser ab. Möglich war das auch schon Jahre zuvor, aber die Technologie war sehr teuer. Jetzt gibt es Roboter in Serie – jetzt sind sie auch für kleine Firmen erschwinglich.

Die Automatisierungswelle in diesem Szenario kommt ganz plötzlich. Obwohl sie sich lange ankündigte. Bereits im Jahr 2013 warnten zwei Forscher der Universität Oxford, 47 Prozent aller Jobs in den USA könnten bald Maschinen übernehmen. Für Deutschland kamen Experten auf 42 Prozent. Die Zahlen waren damals umstritten. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg entwickelte eine präzisere Analysemethode. Demnach waren nur 15 Prozent der Jobs in Deutschland mit hoher Wahrscheinlichkeit automatisierbar. Drei Jahre später hielten dieselben Experten allerdings schon 25 Prozent der Jobs für hochgradig gefährdet. Denn: "Die Entwicklung neuer Technologien hat in den letzten Jahren deutlich an Fahrt aufgenommen."

Gefährdet: Buchhalter, Kassierer, Korrektoren und Gabelstaplerfahrer

Die meisten Menschen haben das allerdings nicht mitbekommen oder nicht ernst genommen. Auch vom Job-Futuromaten haben sie nie gehört. Das IAB, eine seriöse Forschungsabteilung in der [Bundesagentur für Arbeit](#), entwickelte ihn bereits 2016. Der Job-Futuromat ist eine Internetseite, auf der man seinen Beruf eintippt, zum Beispiel Anlagenmechaniker oder Bäcker, dann fügt man Einzelheiten der täglichen Aufgaben hinzu, also etwa "Blechbearbeitung" oder "Herstellung von Roh- und Fertigteigmassen". Auf dieser Datenbasis spuckt der Futuromat seine Prognose aus. Sie lautet 2018 beim Anlagenmechaniker wie beim Bäcker: "Die Automatisierbarkeit in diesem Beruf ist hoch." Zwischen 91 und 100 Prozent der Tätigkeiten in diesen Berufen könne auch ein Roboter erledigen. Ähnlich stark gefährdet sind laut dem Programm: Steuerfachangestellte, Buchhalter, Kassierer, Korrektoren und Gabelstaplerfahrer.

Doch vorwärts ins Jahr 2025: Dass der Futuromat recht hat, merken viele Mechaniker und Bäcker erst, wenn die Kündigung kommt. Eine neue Ära der Massenarbeitslosigkeit beginnt. Vielleicht fänden sich all die Arbeitslosen in der Roboterwelt sogar zurecht, wenn die Maschinen allen Menschen gleichermaßen den Beruf wegschnappten.

Doch so läuft es nicht.

Im Gegenteil: Softwarespezialisten, Robotertechniker und Ingenieure sind extrem gefragt. Sie arbeiten mehr und länger als früher. Und weil die von ihnen entwickelten Algorithmen und Geräte immer besser und leistungsfähiger werden, wird in ihren Branchen mehr verdient als je zuvor – [die richtige Qualifikation vorausgesetzt](#). Da können die Millionen Taxifahrer, Lkw-Fahrer und Bäcker nicht aufholen. Sie drängen deshalb in die Dienstleistung nah am Menschen, die kein Roboter erledigt: als Erzieher, Altenpfleger, Kindermädchen. Aber in diesen Berufen gibt es nur wenig zu verdienen, weil sich die Produktivität dieser Arbeit nicht durch Technik erhöhen lässt und die Bewerber nun massenweise um solche Jobs konkurrieren. So fallen ihre Löhne. Es setzt sich fort, was schon zuvor zu beobachten war: die Spaltung des Arbeitsmarkts.

Bittere Armut im Silicon Valley

Auch unter den Firmen wird der Wettbewerb brutal: Digitale Märkte kennen nur einen einzigen Sieger. Denjenigen, der Gold, Silber und Bronze in einem abräumt. Schon die Nummer zwei stirbt. Amazon, Facebook oder Google beherrschen bereits heute ihren jeweiligen Markt praktisch allein. Im Jahr 2025 kommt noch der Marktführer für die künstliche Intelligenz hinzu. Vielleicht heißt er Techbrain oder Intelligent Systems oder KI International – egal. Ein kleiner Vorsprung genügt, eine bisschen bessere KI, und schon könnte ein Konzern Schritt für Schritt den weltweiten Markt im Griff haben. Ein weiterer Digitalgigant wäre geboren, der zahllose mittelständische Firmen ruiniert. So ungerecht wie die Löhne sind nämlich auch die Gewinne der Digitalwirtschaft verteilt.

Die Kluft zwischen Arm und Reich tut sich also noch weiter auf. Wie breit und tief sie werden kann, sieht man heute im [Silicon Valley](#), dort, wo die Dichte an Milliardären, hoch qualifizierten Gründern, Digitalfirmen, Ingenieuren und Entwicklern so hoch ist wie an keinem anderen Ort der Welt. Doch gleichzeitig steht ein Heer der Abgehängten in langen Schlangen vor den Suppenküchen an. Viele der Bedürftigen haben eine gute Ausbildung – aber eben keine, die in der digitalisierten Welt gebraucht wird. Jeder vierte amerikanische Obdachlose lebt heute in Kalifornien. In jedem zweiten Haushalt dort haben die Menschen Mühe, ihre Wohnung zu bezahlen. Im Silicon Valley macht sich bittere Armut breit.

Das Horrorszenario verhindern

In der Nähe der großen Firmenzentralen von Google, Facebook und Uber hat die Soziologin Annette Bernhardt ihr Büro. An der Universität Berkeley erforscht sie politische Strategien, um das weitere Auseinanderdriften der Gesellschaft zu verhindern. Man müsse verstehen, warnt sie, dass der soziale Frieden nicht nur gefährdet sei, wenn Roboter die Menschen ersetzen und Jobs wegfallen. Wichtig sei auch, zu welchen Bedingungen manche Jobs erhalten blieben.

Nicht alle Lkw-Fahrer etwa, glaubt Bernhardt, würden tatsächlich [durch selbstfahrende Lastwagen](#) vom Arbeitsmarkt gefegt. Für Fahrten in großen Städten oder für Transporte gefährlicher Güter würden auch künftig Menschen gebraucht. Nur wären die Fahrer dann wohl nicht mehr Angestellte einer Speditionsfirma, sondern Wanderarbeiter zwischen digitalen Plattformen, die es für Taxifahrten schon heute gibt. So etwas wie Uber für Lkw etwa. Das heißt: kein festes Gehalt, keine soziale Absicherung, keine Lebensplanung. Die Fahrer würden Teil der "Gig-Economy", einer Wirtschaft, in der man für den schnellen kleinen Einsatz bezahlt wird. So wie manche Essenslieferanten, die schon heute auf ihren Fahrrädern für Deliveroo die Großstädte durchheilen.

Wer einmal unten ist, schafft es dann nie wieder nach oben.

Viele Tätigkeiten, die demnächst von Maschinen erledigt werden, betreffen jene Jobs, die jetzt Menschen ohne akademischen Abschluss ein gutes Einkommen und Aufstiegschancen garantieren: Labortechniker etwa oder Röntgenassistent. Fallen solche Jobs weg, wird die Gesellschaft noch undurchlässiger. Wer einmal unten ist, schafft es dann nie wieder nach oben.

Doch funktioniert der Kapitalismus weiter, wenn die Massen verarmen? Wer soll all die maschinengefertigten Güter denn kaufen? Ein Zynismus der Ökonomie liegt darin, dass der Kapitalismus mit den Arbeitsplätzen nicht zugrunde geht. Auch wenn Roboter keine Roboter-Autos kaufen – der Markt kann sich anpassen: mit mehr Luxusgütern und spezialisierten Dienstleistungen für die Spitzenverdiener und Reichen einerseits und mit billigen Produkten für die Niedriglöhner und Arbeitslosen andererseits. Bloß für die Menschen könnte die Zukunft in einem *race to the bottom* münden, fürchtet Professorin Bernhardt, in einem Wettrennen um immer knappere und miesere Arbeit. Jedenfalls dann, wenn die Politiker es versäumen, an den richtigen Stellschrauben zu drehen.

Die Zukunft lässt sich nicht nur in Sindelfingen erahnen, wo die "Fabrik der Angst" entsteht. Man begegnet ihr auch im Regierungsviertel Berlins, im Büro von Björn Böhning, im dritten Stock des Bundesarbeitsministeriums. Böhning ist dort Staatssekretär, zuständig für "Digitalisierung der Arbeitswelt", eine neu geschaffene Abteilung. In der Bundesregierung ist Böhning der Mann, der den Ängsten der Arbeiter etwas entgegenzusetzen soll. Am besten allerhand Gesetze, die diese Arbeiter vor den Härten des "neuen Maschinenzeitalters" schützen.

Auf die großen Fragen hat die Regierung keine Antwort

Doch während man bei den gigantischen Erdarbeiten in Stuttgart eine Ahnung bekommt, wie gewaltig die bevorstehenden Umbrüche sind, begreift man in Böhnings Büro, wie zaghaft die Trippelschritte sind, mit denen die Politik der sozialen Umwälzung entgegenght: Zwar hat die Regierung den Einsatz von speziell geschulten Beratern beschlossen, die in der Bundesagentur für Arbeit überprüfen, wie zukunftsfähig eine Ausbildung noch ist. Zwar will der Staat die Selbstständigen künftig stärker bei der Renten- und Krankenversicherung unterstützen. Zwar soll es für Arbeiter künftig leichter werden, sich fortzubilden. Aber auf die großen Fragen hat die Regierung keine Antwort: Wie der Macht der digitalen Monopole entgegenzutreten? Wie die Kluft überwinden zwischen den Gewinnern des Fortschritts und seinen Opfern?

"Die Politik wird die Automatisierung nicht aufhalten können", sagt Böhning. "Aber wir dürfen uns dem digitalen Wandel nicht ausliefern, sondern müssen ihn aktiv gestalten und in die richtige Richtung lenken – dorthin, wo er den Menschen nützt." Der größte Fehler sei es, den Wandel der Arbeit nur als technologische Entwicklung zu begreifen. "Der Wandel hat auch gesellschaftliche Konsequenzen. Wir sehen doch heute schon, wie sich die Sorgen der gesellschaftlichen Mitte gegen Institutionen richten, die eigentlich für den sozialen Zusammenhalt stehen", sagt Böhning. "Wenn es zum Horrorszenerario kommen sollte, dann wird der Riss durch Nachbarschaften gehen, dann wird es in den Städten immer mehr umzäunte Gebiete, also Gated Communitys, geben, dann wird sich die Wut einiger gegen Konzerne richten, gegen Regierungen, gegen die Europäische Union. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass die Digitalisierung zum Mehrwert für alle wird."

Blauer Himmel, grüne Wiesen, keine Menschen

Alarmiert ist man also. Das Problem ist nur: Die Digitalisierung der Arbeit ergreift die ganze Welt. Böhning aber muss sich – wie jeder Politiker – an den kurzfristigen Rhythmus der Wahlperioden halten und hat über die deutschen Grenzen hinweg kaum Einfluss.

Vor dem Gelände der Factory 56 steht eine große Stellwand. Darauf ist blauer Himmel zu sehen, man erblickt grüne Wiesen, Bäume, Häuser und in der Mitte die neue Fabrik, verhüllt mit einem gigantischen silbrig schimmernden Tuch. Nur eines zeigt das Bild nicht: Menschen.

3. Wenn es gut geht: Zeit für sich und die anderen

Seid positiv!, forderte der Innovationschef der *Financial Times* auf der Meinungsseite seiner Zeitung: "[Asien hat gelernt, die Roboter zu lieben – der Westen sollte das auch.](#)" In Asien wird die Automatisierung gefeiert. China umarmt die Roboter – und wächst so dynamisch, dass trotz allem mehr Arbeit entsteht, als zerstört wird.

Mehr Lebensqualität

Sollte Deutschland nun auch in einem Kraftakt, ohne Rücksicht auf Umwelt und Ungleichheit, alles auf Wachstum setzen? Bedenkt man, an wie vielen Stellen moderne Maschinen den Menschen übertrumpfen, wäre das eine Verzweiflungstat. Und der Erfolg alles andere als sicher. Einen Moment lang sollte man innehalten und nachdenken, ob sich asiatischer Optimismus in Europa nicht mit einer moderneren Wirtschaftsweise verbinden ließe.

Weniger Arbeit, mehr Leben?

Wachsen ja – aber mit veränderten Werten. Einsatz, nicht für eine Welt ohne Arbeit, sondern für ein anderes Arbeiten. Gemeinschaftlich, selbstbestimmt und im klassischen Sinn natürlich auch: nicht so viel. Sollten nicht viel mehr Lehrer beschäftigt werden in einer Gesellschaft, die sich dauernd weiterbilden muss? Sollte nicht auch in Lebensqualität investiert werden statt in blinde Markteroberung?

Gemeint ist eine Welt mit weniger Arbeit – und mit mehr Aufgaben. Dafür müsste die Politik gestalten, statt bloß zu verwalten. Sie müsste dafür sorgen, dass der Staat finanziell stabil ist, wenn Algorithmen übernehmen und die Bürger unabhängig vom alten Job ihren Anteil am Wohlstand genießen können. Mehr denn je müssten alle – auch die Reichen – zum Gelingen beitragen. Die Schulen müssten die Kinder auf ein bewegteres Leben vorbereiten, in dem jeder sich selbst weiterentwickeln und initiativ werden kann. Mentorenprogramme müssten Ältere bei der Weiterentwicklung und Umorientierung unterstützen. Am Ende stünde ein ganz anderer gesellschaftlicher Konsens, einer, der Arbeiten wie der Pflege und der sozialen Hilfe, dem Einsatz für eine saubere Umwelt oder für einen fairen Umgang mit Daten einen deutlich höheren Stellenwert beimisst als heute.

Klingt naiv? Utopisch? Weltfremd? Mag sein. Ist aber nichts als die logische Konsequenz aus der menschlichen Fortschrittsgeschichte. Und es gibt bereits unzählige Forscher, Unternehmer und Sozialreformer, die an einem solchen "Morgen" tüfteln. So wie einst die Computerfreaks Steve Wozniak und Steve Jobs unbeachtet von der Welt verbissen ein Gerät namens Apple I in Jobs' Garage zusammenlöteten, genauso entstehen auch heute überall kleine Innovationen für die Welt von morgen, die groß und mächtig werden können. Insgesamt werden sie zusammenwachsen zu einem neuen gesellschaftlichen Mosaik.

Im südlichen Köln zum Beispiel, zwischen Brandwänden und Hochhäusern, liegt "Neuland". Ein urbaner Garten auf einer Industriebrache. "Wir waren so verärgert, weil das Land NRW das Areal ungenutzt ließ, nur um auf die Bodenpreise zu spekulieren", sagt Judith Levold. Gemeinsam mit sieben anderen gründete die 51-Jährige die Initiative Neuland. Hundert Beete in großen Holzkisten sind angelegt, dazwischen stehen bunte Baucontainer und ein selbst gezimmertes Gewächshaus, montiert aus Holzlatten und alten Fenstern.

"Wir sind die Alternative zur Kneipe und zu RTL 2."

Stefan Rahmann, Mitgründer von Neuland

Das Besondere hier ist das Verhältnis von individueller und gemeinsamer Initiative: Grüne Schilder stehen in Gemeinschaftsbeeten, rote in den privaten. Wer ein eigenes kleines Feld bestellen möchte, bezahlt zwei Euro im Monat und muss die Pflege eines Gemeinschaftsbeetes mit übernehmen. Neuland bedeutet: Die Menschen brauchen einen Anreiz, um sich für das Ganze zu engagieren – dann lassen sie sich darauf ein.

Um die Ernte geht es tatsächlich den wenigsten Neuländern. Kartoffeln, Salate, Rote Bete oder dicke Bohnen werden aufgeteilt, meist unter denen, die gerade da sind. "Uns geht es um die Arbeit an sich. Darum, wieder erleben zu können, was man schaffen kann, mit den eigenen Händen", sagt der Mitgründer Stefan Rahmann. Er sieht den Garten als politisches Instrument. Über kurz oder lang müsse der Staat ohnehin für Alternativen zur Lohnarbeit sorgen. "Wir sind die Alternative zur Kneipe und zu RTL 2."

"High-Performance-Work"

Wächst die Gemeinschaft, braucht auch sie Effizienz. Früher haben bei Neuland alle alles gemacht. Jetzt kümmert sich eine Botanik-AG um Saatgutbestellungen und Anpflanzpläne. Es gibt eine Bau-AG, eine Kompost-AG und eine Bienen-AG für den Honig, der auch verkauft wird. In der kleinen Initiative wird eine Idee bewirtschaftet, die sehr groß ist: Partizipation, Selbstmachen, Entkoppelung von Beschäftigung und Marktlohn.

Das Wissenschaftsmagazin *Nature* kam 2017 zum Schluss, dass Menschen in der Wirtschaft der Zukunft über Online-Plattformen "kleine, kurzfristige Jobs finden" – vorausgesetzt, sie sind flexibel, vielseitig und eigenmotiviert. Das weiß man, aber jetzt kommt's: Produktiv würde man in dieser Welt erst durch die Zusammenarbeit mit anderen. Um in der digitalen Welt zu bestehen, müssten nämlich alle einsehen, dass sie einander brauchen.

Es ist eine Welt, in der Bürgermeister und Minister ihren Bürgern zuhören und sich auf deren Unternehmungen einlassen. In der die Politik mit Weitsicht die soziale Sicherung von der Lohnarbeit trennt – und zwar bevor sie ins Schlingern gerät. In dieser Welt haben die Bürger das Vertrauen, dass die Gemeinschaft auch da ist, wenn sie dazwischen einmal scheitern. Deshalb finden sie für sich eine neue Mischung von privatwirtschaftlichen und gemeinschaftlichen Arbeitsformen. Klingt zu schön, um wahr zu werden? So kann man vielleicht ein bisschen Salat anbauen, aber nicht im Wettbewerb bestehen?

Falsch: Es gibt längst Firmen, die das Gegenteil zeigen.

Der Anruf am Nachmittag ist vergebens. Gitarrenmusik, dann eine weibliche Stimme, die erklärt, dass Rheingans Digital Enabler derzeit nicht besetzt sei. Aber: "Gerne sind wir am kommenden Werktag von acht bis dreizehn Uhr wieder für Sie da." Der Eigentümer der Bielefelder Software- und Beratungsagentur, Lasse Rheingans, hat Ende vergangenen Jahres die 25-Stunden-Woche eingeführt – bei vollem Lohnausgleich. Fünf Stunden Arbeit am Tag statt acht, möglichst konzentriert und kreativ, dann ist Schluss. Der Schritt hat den 37-Jährigen bekannt gemacht. Aber überlebt solch ein Betrieb?

25-Stunden arbeiten - reicht das?

Der Unternehmer erzählt, wie er als Junge programmierte und klassische Gitarre spielte und "immer und überall dabei sein" wollte. 2007 gründete er mit Partnern eine Agentur für Software und Beratung – zehn Jahre später trennten sie sich im Streit. Die anderen Chefs fanden Rheingans nicht kommerziell genug, er dagegen hielt sie für wertelos. Rheingans kaufte eine notleidende IT-Agentur namens Digital Enabler – und war der Meinung: "Ich muss mich bei den neuen Mitarbeitern irgendwie bewerben." Er fragte, ob sie nicht 15 Stunden weniger pro Woche arbeiten wollten (eine Idee aus Kalifornien folgend, die besagt: Länger als fünf Stunden am Tag kann niemand kreativ sein). Alle Mitarbeiter plädierten für die Verkürzung und Verdichtung des Arbeitstags. Weniger Plausch auf dem Flur, dafür mehr Zeit, um sich nachmittags noch weiterzubilden oder in der Nachbarschaft zu helfen.

Seine Leute eng kontrollieren und gängeln, das kann Rheingans nicht leiden. "Menschen wollen von sich aus einen super Job machen", glaubt er. Und seine Mitarbeiter berichten, dass sie deutlich konzentrierter seien: Ihre Morgentreffen dauern nur noch zehn Minuten statt einer halben Stunde. Private Gespräche führen sie nach der Arbeit. "High-Performance-Work", sagt Rheingans. Er weiß, dass seine Firma damit nur ganz bestimmte Leute anzieht: "Kunden, die Werte haben". Und "Mitarbeiter, die Bock auf Arbeit haben".

Rheingans hat ein positives Menschenbild. Die Klage, junge Leute der Generation Y hängten sich nicht mehr richtig rein, hält er für Unfug: Die Jungen hätten nur "eine andere Definition von Arbeit". Vielleicht brauchen sie Abenteurer wie ihn, um diese Definition mit Leben zu füllen. Automatisierung umarmen. Arbeit umstellen. Auf Menschen eingehen. Deren Motivation und Ideen wertschätzen: Rheingans' Vorgehen könnte eine Anleitung sein für den gelingenden Übergang.

Was er tut, das vertreten so ähnlich die Verfechter eines bedingungslosen Grundeinkommens, etwa der Telekom-Chef Tim Höttinges und der dm-Unternehmer Götz Werner: Nehmt das Sicherheitsbedürfnis und das Freiheitsbedürfnis der Menschen ernst, dann werden sie kreativ und setzen sich fürs große Ganze ein. Umfragen bestätigen: Zorn entsteht und Unterstützung für Populisten wächst, wenn Menschen den Eindruck haben, ihnen entgleite die Kontrolle über das eigene Leben. Sie wollen souveräne Bürger sein.

Daten: der wichtigste Rohstoff der digitalen Wirtschaft

Auch souveräne Datenbürger im Internet übrigens – denn das Digitale wird immer wichtiger. In einer Zukunft, die nicht mehr von Arbeit beherrscht wird, muss sich auch die Logik des Datenkapitalismus umkehren. Über unsere Daten, den wichtigsten Rohstoff der digitalen Wirtschaft, verfügen dann nicht mehr die Digitalkonzerne, sondern das Individuum selbst. Es bestimmt abhängig von Moral und Ertrag, wer sie haben darf und was damit geschieht. Davon kann es profitieren, auch finanziell. Das Ergebnis wäre schon Teil des Grundeinkommens, würde bloß jeder Einzelne für seine Daten und die damit erzielten Gewinne bezahlt – von jenen, die damit Milliarden verdienen.

Allein das durchzusetzen ist eine gewaltige politische Aufgabe, der Einzelne allein schafft das nicht. Gemeinschaften müssen sich bilden, digitale Genossenschaften oder neue Stiftungen, die es allen leicht machen, die eigenen Daten zu verwalten, zu vermarkten und für gute Zwecke einzusetzen. In einer automatisierten Wirtschaft brauchen die Menschen mehr denn je die Kontrolle über ihr persönliches Kapital. Und eine eigene Verantwortung jenseits von Hierarchien.

Die soziale Sicherheit von morgen

April in Hamburg, Sonne, 22 Grad. Am Elbstrand des Stadtteils Blankenese haben sich 15 Frauen und Männer zwischen 25 und 40 Jahren versammelt. Es gibt Körnerbrötchen und Mineralwasser. Was aussieht wie ein Vereinsausflug, ist in Wahrheit das Deutschland-Treffen einer überaus einflussreichen Organisation. Sie heißt Ashoka, wurde 1980 in Washington gegründet und fördert Sozialunternehmer – also Leute, die mit unternehmerischem Ansatz gesellschaftliche Probleme lösen. Über 2.000 solcher Innovatoren in 70 Ländern hat die Organisation bereits auf den Weg gebracht, auch der Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus mit seinen Mikrokrediten für die Ärmsten gehört dazu und der Wikipedia-Gründer Jimmy Wales.

Die 15 Mitarbeiter des deutschen Ablegers wollen mit ihrem Netzwerk die Lebensqualität der Deutschen verbessern. Einer ist der Philosoph und Harvard-Absolvent Rainer Höll. Er gründete Bildungsinitiativen und arbeitete für die Robert-Bosch-Stiftung, bevor er zu Ashoka kam. In seiner Elternzeit dachte er über die Zukunft der Organisation nach, die anpassungsfähiger werden müsse. Die unterschiedlichsten Leute engagieren sich hier – von der Investmentbankerin bis zum Sozialarbeiter. Soziale Initiativen nehmen außerdem ständig neue Formen an. Das alles, dachte Höll, passt nicht zu einer Hierarchie von gestern.

Wie sieht die Hierarchie von morgen aus?

Fündig wurde der Ashoka-Mitstreiter bei Frédéric Laloux und dessen These von der "Neuerfindung der Organisationen". Der ehemalige McKinsey-Berater ist mit seinem Axiom zum Organisationsguru der digitalen Gesellschaft geworden, zu einem, der von Konzernen ebenso gehört wird wie vom Dalai Lama, mit dem er vor 2.000 Menschen in Brüssel auftrat.

In seiner Studie wendet sich Laloux gegen hierarchische Unternehmen, in denen jeder nur auf den eigenen Vorteil schaut und sich von allen anderen und dem Leben selbst entfremdet fühlt. Er findet: Es geht auch anders. Ob eine niederländische Firma für mobile Krankenpflege, ein französischer Autozulieferer oder ein globaler Kraftwerksbetreiber – in allen Unternehmen führen die Mitarbeiter sich in eigenverantwortlichen Teams selbst. Sie werden ernst genommen, als Kollegin, als Person, sogar als spirituelles Wesen. Und: Die neuen Gebilde "hören auf den evolutionären Sinn", versuchen also zu begreifen, wohin sich die Organisation mit ihren Mitgliedern entwickeln will, und fördern es.

Höll brachte all diese Ideen mit zu Ashoka, wo man ebenfalls Grundvertrauen in den Menschen setzt. Der Ashoka-Gründer Bill Drayton hatte schon in den achtziger Jahren prophezeit, die einfache, oft langweilige Arbeit sei zum Aussterben verurteilt. Künftig könne jeder Einzelne zum Reformator und Gemeinwohlförderer werden, anstatt alles dem Staat zu überlassen. Die Sozialunternehmer sind dabei die "Spitzenathleten", wie es in der Organisation heißt. Der Wandel aber soll zum Breitensport werden. Ein Städtemarathon.

Dafür brauchen die Menschen das richtige Werkzeug: Geduld, um in den Wandel zu investieren. Dialogfähigkeit, um auf andere einzugehen. Wissen um und Freude am Teamwork. Talent, in einer Debatte innezuhalten und zu überlegen, ob alles noch dem großen Ganzen dient. Vieles davon mussten die Ashokaner für sich selbst entwickeln. Einfach blindlings die Chefs abzuschaffen bedeutet nur Chaos.

Julia Reiche, die den Kontakt zu Unterstützern und Helfern von außen hält, hat erst gefremdelt, als sie 2017 aus dem Mutterschutz in ihre neu besetzte Kollegenschaft zurückkam. Als junge Mutter hätte sie zunächst nichts dagegen gehabt, wenn ihr jemand gesagt hätte, was zu tun sei. Dann aber fand sie es toll, wie "souverän" die Einzelne nun ist. Auch von den geförderten Sozialunternehmern, den "Kunden" also, kam Lob: Ashoka versuche nicht, die Schäfchen in eine Richtung zu lenken.

Auch Zukunft muss man üben

Im Dezember erklärte die Gruppe offiziell jedes Mitglied zum "Partner". Die Truppe am Elbstrand ist stolz auf sich. Alle sind wichtig, alle nehmen sich und ihre gesellschaftlichen Aufgaben ernst. Und finden: Was für sie geht, geht auch für die anderen – wenn die Schulen aufhören, auf industrielle Weise allen das Gleiche einzublauen, und stattdessen dafür sorgen, dass der Einzelne seine Talente entwickelt. Wenn auf dem Weg in die digitale Gesellschaft den Kindern die Fähigkeiten vermittelt werden, sich zu orientieren und zu sehen, wo sie selbst etwas verändern können.

Ashoka übt die Zukunft – so wie viele andere soziale Erfinder in Kommunen, Vereinen, Unternehmen auch. Und langsam wächst aus einer Graswurzelbewegung das Bild einer echten Alternative zur heutigen Gesellschaft. In dieser Alternative sind die Roboter und Automaten keine Jobkiller mehr, sondern Wertschöpfer. Was sie erledigen, müssen die Menschen gottlob nicht mehr tun. Menschen sind über Anteile oder Maschinensteuern beteiligt am Gewinn, und zusammen mit der Verwertung ihrer Daten addiert sich das zu einem Grundeinkommen. Aus den Bedrohungen von heute wird die soziale Sicherheit von morgen, in der die Menschen wenig klassische Lohnarbeit verrichten, aber viel für die Gemeinschaft tun. Die Empathie bekommt ihre Rolle neben dem Gewinnstreben. Und die Gesellschaft hat die Chance, zusammenzuwachsen.

4. Gesucht: Ein neuer Gesellschaftsvertrag

Technologie ist nur ein Handwerkszeug, sie ist nicht gut und auch nicht böse. Das gilt auch für den bevorstehenden größten Umbruch der Arbeitswelt seit der Industrialisierung. Möglich, dass die Deutschen in einen Strudel geraten von Verlustängsten, gesellschaftlichen Spannungen und

Entsolidarisierung. Dass sich alles noch verstärkt, was jetzt schon in die falsche Richtung läuft. Gut möglich aber auch, dass sie den Schub durch intelligente Computer und Roboter anders nutzen: gemeinnütziger, weiser. Dass sie Leben und Arbeiten neu und besser organisieren.

Dafür braucht es einen neuen Sozialkontrakt für eine Gesellschaft, die traditionelle Erwerbsarbeit durch neue Gemeinschaftsarbeit ersetzt. In der Bürger frei von materieller Not entscheiden können – und wollen –, wohin sie sich entwickeln. Alles geht. Noch.

Mitarbeit: Vera Weidenbach

<https://www.handelsblatt.com/unternehmen/management/digitaltransformation/oecd-studie-zur-zukunft-des-arbeitsmarktes-digitalisierung-gefaehrdet-millionen-von-jobs-welche-besonders-betroffen-sind/21217278.html?ticket=ST-285129-c0qO9pq5N9pVagXzogEc-ap4>

OECD-STUDIE ZUR ZUKUNFT DES ARBEITSMARKTES

Digitalisierung gefährdet Millionen von Jobs – welche besonders betroffen sind

Sind Digitalisierung und KI Job-Fresser? Eine Studie der OECD sagt: Ja. Doch es gibt auch Hoffnung – wenn die Politik klug handelt.

26.04.2018 - 16:28 Uhr [8 Kommentare](#)



Übernimmt er bald die Arbeit? Künstliche Intelligenz gefährdet hauptsächlich die Arbeitsplätze von Geringqualifizierten.

Düsseldorf

Viele Menschen fürchten, dass Computer und Roboter ihre Jobs irgendwann überflüssig machen werden. Eine neue Studie der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) legt nun nahe, dass diese Sorge nicht unbegründet ist: Etwa die Hälfte aller Arbeitsplätze der 32 Staaten, die an der Untersuchung teilgenommen haben, werden [durch Algorithmen und Maschinen](#) ganz oder teilweise bedroht, heißt es in dem Arbeitspapier zur Studie.

Das Risiko hängt dabei sowohl von der Branche als auch vom Standort ab. Etwa 14 Prozent der untersuchten Jobs werden als „hoch automatisierbar“ eingestuft. Das bedeutet, dass die Wahrscheinlichkeit, dass die Arbeit in Zukunft von Maschinen oder Programmen übernommen wird, bei mehr als 70 Prozent liegt. Dieses hohe Risiko betrifft OECD-weit über 66 Millionen Arbeitnehmer.

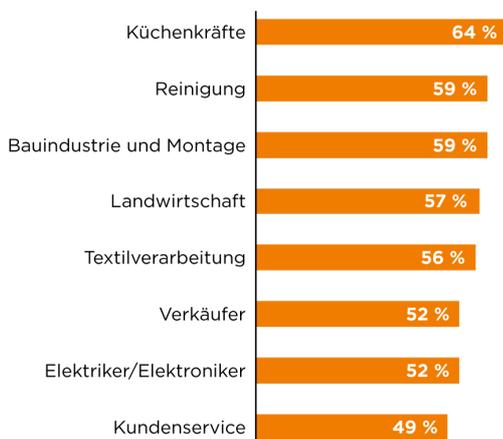
Bei weiteren 32 Prozent der Jobs liegt das Risiko, dass Automatisierung und Digitalisierung bedeutende Veränderungen im Arbeitsablauf mit sich bringen, bei 50 bis 70 Prozent. So würden dort vermutlich nicht alle, aber viele Aufgaben wegfallen.

Ländervergleich

Jobverlust durch Digitalisierung



Risiko der Automatisierung für einzelne Jobs in Prozent



Dabei wird die Entwicklung nicht alle Länder gleich hart treffen: In der Slowakei etwa ist ein Drittel aller Arbeitsplätze hoch automatisierbar, in Norwegen sind es jedoch nur sechs Prozent.

Generell sind nördliche OECD-Länder besser für den digitalen Umbruch der Arbeitswelt gewappnet als die südlichen. Wohlstandsunterschiede sind dabei nicht immer ausschlaggebend. Zum Vergleich: Deutsche Jobs sind deutlich gefährdeter als die Südkoreas, obwohl beide Länder ähnlich wohlhabend sind.

Arbeitsplätze von Geringqualifizierten besonders gefährdet

Entscheidend sei vielmehr, [inwieweit die Jobs aus Routineaufgaben – die automatisierbar sind](#) – oder sozialen oder kreativen Aufgaben bestehen, die nur schwer von Computern übernommen werden können. Fabrikarbeiter, Küchen- und Reinigungskräfte können in Zukunft also leichter von Maschinen ersetzt werden als Manager, Politiker oder Lehrer.

In diesem Fall unterscheidet sich die Revolution 4.0 auf dem Arbeitsmarkt von bisherigen Umbrüchen, analysiert die Studie. Während die technischen und maschinellen Fortschritte in der Vergangenheit hauptsächlich die Mittelschicht betrafen, gefährden Digitalisierung und Künstliche Intelligenz hauptsächlich die Arbeitsplätze von Geringqualifizierten. Letztendlich zementiert sich so auch die steigende Lohnungleichheit, [worauf auch eine Analyse der britischen Personalberatung Hays hinweist](#).

Laut OECD ist das wirksamste Mittel, um dem Jobverlust Einhalt zu gebieten, Bildung – vor allem auch die Fort- und Weiterbildung von Erwachsenen, die in gefährdeten Branchen arbeiten. Dabei müssten insbesondere die Geringqualifizierten ins Boot geholt werden: Gerade sie nähmen deutlich seltener an Bildungsmaßnahmen teil als Beschäftigte in weniger betroffenen Branchen.

Dabei können Fortbildungen das Risiko verringern, in einem Job zu verharren, der in Zukunft von Computern oder Maschinen ausgeführt werden kann, schreiben die Autoren und verweisen als positives Beispiel auf Deutschland. Nachdem Arbeitnehmer eine Weiterbildung gemacht haben, suchen sie sich meist Stellen, die sicherer seien.

Ein Manko bleibe jedoch: Wer sich weiterbilde, erweitere meist nur sein bestehendes Fachwissen. In Zukunft dürfte aber mehr Mut nötig sein, um eine Branche, die auf dem absteigenden Ast ist, vollends hinter sich zu lassen, prophezeien die Forscher. Sie appellieren an die Länder, verstärkt in die Erwachsenenbildung zu investieren.

Ist die Digitalisierung also ein wahrer Jobfresser? Ganz so düster ist der Ausblick dann doch nicht. Zwar werden vor allem Fabriken in Zukunft stärker automatisiert sein, doch innovative Technik hat in der Vergangenheit mehr Arbeitsplätze erschaffen, als sie vernichtet hat.

Das zeigen beispielsweise Zahlen aus den USA: Im Februar 2017 hatten 145,8 Millionen Menschen in den USA einen Job – 205 Prozent mehr als 1970, als Computer noch in den Kinderschuhen steckten. Die Bevölkerung ist im selben Zeitraum nur um 58,8 Prozent gewachsen.

Zu einem ähnlichen Ergebnis für Deutschland kommt eine [Berechnung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung \(IAB\) und des Bundesinstituts für Berufsbildung \(BIBB\)](#): In einer bis 2035 voll digitalisierten Arbeitswelt könnten in Deutschland zwar fast 1,5 Millionen Jobs verloren gehen. Aber es würden auch ähnlich viele Arbeitsplätze neu entstehen.

Allein in der [deutschen IT-Branche sollen es in diesem Jahr 42.000 Jobs sein](#), Fachkräfte werden händeringend gesucht. Unter dem Strich habe die Digitalisierung mit einem Verlust von etwa 60.000 Arbeitsplätzen insgesamt „kaum Auswirkungen auf das Gesamtniveau der Beschäftigung“.

Dadurch, dass einfache Arbeiten wegfallen, stehen für die neuen Aufgaben sogar mehr Ressourcen zu Verfügung. Beispielsweise, weil Computer nun zeitintensive Berechnungen anstellen können, die vorher noch von Menschenhand erledigt werden mussten. So bleibt mehr Zeit zum Überarbeiten, Testen, Interpretieren – die neue Arbeitswelt wird also immer produktiver.

<https://www.aargauerzeitung.ch/aargau/kanton-aargau/star-philosoph-in-baden-die-menschen-werden-nur-noch-20-stunden-arbeiten-133653103>

Star-Philosoph in Baden: «Die Menschen werden nur noch 20 Stunden arbeiten»

von Stefania Telesca - az Aargauer Zeitung
Zuletzt aktualisiert am 31.10.2018 um 16:51 Uhr



Der deutsche Philosoph Richard David Precht spricht in Baden über Chancen und Gefahren, die die digitale Revolution für die moderne Gesellschaft bringt.

Er ist Stammgast in deutschen Talksendungen und malt Zukunftsvisionen für eine neue Form der Gesellschaft: Richard David Precht. Der 54-jährige deutsche Philosoph und Bestsellerautor sprach im Rahmen des 11. Aargauer Management Roundtable der Aargauischen Kantonalbank in Baden über die digitale Revolution und die Zukunft der Arbeit. Vor dem Podiumsgespräch beantwortete er die Fragen der AZ.

Herr Precht, Sie sind hier, um über die Zukunft der Arbeit und die digitale Revolution zu sprechen. Revolution ist ein grosses Wort.

Richard David Precht: Unsere heutige Arbeitsgesellschaft wird sich radikal umwälzen. Wir werden in eine Zeit kommen, in der viel mehr Maschinen arbeiten als jetzt und in der nicht die menschliche Hand ersetzt wird, sondern die menschliche Intelligenz. Und das verändert unsere Gesellschaft radikal. Deshalb ist das Wort Revolution völlig angebracht.

Gibt es nur ein negatives Szenario, oder sehen Sie auch positive Aussichten für die Zukunft?

Wenn wir in eine Welt kommen, in der intelligente Maschinen Menschen relativ langweilige Arbeit abnehmen, ist das nicht schlecht. Wenn wir unsere Wirtschaftsleistung dadurch steigern können, ist das etwas Gutes. Das ist ja alles Zeit, die für Menschen frei wird, um etwas Besseres zu machen, als sie es vielleicht heute tun. Das ist ein weiterer Schritt in der Entwicklung der Arbeitsgesellschaft. Früher haben die Leute 80 Stunden in der Woche furchtbare Arbeit gemacht. Wurden verheizt in Bergwerken. Heute arbeiten die Menschen im Schnitt noch 40 Stunden. Und wir kommen in eine Gesellschaft, in der die Menschen nur noch 20 Stunden arbeiten werden.

Aber wenn die Arbeit wegfällt, dann haben die Menschen auch kein Einkommen mehr.

Genau. Da müssen wir uns etwas einfallen lassen. Das ist der ganz grosse Umbau. Wir haben uns ja auch vor 200 Jahren etwas einfallen lassen. Die erste industrielle Revolution hat alles verändert. Vorher waren die Leute grösstenteils Bauern. Und regiert haben Adel und Kirche. Und irgendwann regierte das Bürgertum. Irgendwann gab es eine Gewaltenteilung und ein Wahlrecht. Das ist alles erst mit der industriellen Revolution gekommen. Eine Wirtschaft, die sich auf Wandel, auf Veränderung, auf Fortschritt festgelegt hat, gab es früher nicht. Und genauso wird es jetzt wieder eine völlige Umwälzung dieser Art von Gesellschaft geben, die vor 200 Jahren entstanden ist.

Sie schlagen als Lösung das bedingungslose Grundeinkommen vor.

In unserer Leistungsgesellschaft ist einer, der arbeiten könnte und das nicht tut, ein Versager und gesellschaftlich stigmatisiert. Das können wir uns für die Zukunft nicht leisten, wenn Millionen Menschen in Westeuropa ihre Beschäftigung verlieren. Der Mensch sollte einen Grundbetrag bekommen und wenn er darüber hinaus etwas verdienen möchte, dann hat er die Möglichkeit, das zu tun. Wenn Sie Grundeinkommensempfänger sind, was eh jeder ist, dann sind sie nicht stigmatisiert. Die Frage ist: Was machen wir, wenn das bestehende System kollabiert? Und da kenne ich bislang kein anderes Konzept als das Grundeinkommen.

Die Schweiz hat über ein bedingungsloses Grundeinkommen abgestimmt. Das Volk hat es abgelehnt.

Ich war begeistert über die hohe Zustimmung. Aber die Krisensituation ist noch nicht da. Auch die Schweiz wird von der Arbeitslosigkeit erfasst werden, wenn Sie überlegen, wie viele Schweizer in Verwaltungen, bei Banken und Versicherungen arbeiten. Ich bin ziemlich sicher, dass auch die Schweiz ein Grundeinkommen einführen wird, wenn es ernst wird.

Sie kritisieren auch das Bildungssystem.

Das Grundeinkommen löst nicht alle Probleme. Wir müssen auch unser Bildungssystem radikal verändern, wir stehen auch da vor grossen Herausforderungen. Bislang bereitet das Bildungssystem einen darauf vor, in einen Rahmen reinzuschlüpfen, einen vorgefertigten Beruf. Und davon gibt es immer weniger. Es geht darum, die Leute zu befähigen, in einer neuen, veränderten, komplizierten Welt den eigenen Weg gehen zu können. Das ist die Aufgabe. Persönlichkeitsformung. Wir brauchen eine völlige Umwandlung des Bildungssystems. Wir brauchen Leute, die die Schule hungrig verlassen.

Digitalisierung bringt schnellere Transaktionen, weniger Papier, weniger Co2, Ressourcenbündelung. Das klingt vielversprechend. Welches sind die Gefahren?

Die mit Abstand wichtigste Frage der Digitalisierung ist nicht jene nach der Arbeit, sondern ob es uns gelingen wird, deutlich weniger Energie zu verbrauchen, die durch fossile Energieträger gewonnen wird. Sonst kriegen wir mit dem Klimawandel Probleme, derer wir nicht mehr Herr werden können. Bislang wird durch die digitale Revolution immer mehr Strom verbraucht. Immer mehr Menschen haben immer leistungsfähigere elektronische Geräte, die immer mehr Strom verbrauchen. Aber das Potenzial ist in der Digitalisierung enthalten. Dafür brauchen wir eine kluge Politik, die dafür sorgt, dass wir deutlich weniger Energie brauchen.

Kann eine Drohne, die eine Bluttransfusion oder die Post bringt, wirklich einen Menschen ersetzen?

Was der Mensch kann, die künstliche Intelligenz aber nicht: sich ernsthaft um jemanden zu kümmern, echte Emotionen haben, nicht nur etwas zu simulieren. Das ist eine Qualität, die erhalten bleibt. Empathieberufe werden einen regen Zulauf haben. Die werden bestehen bleiben und es werden auch neue entstehen. Kümmererberufe, es sind nicht IT-Berufe. Das Versprechen der künstlichen Intelligenz besteht darin, dass diese Maschinen mehr und mehr in der Lage sind, sich selbst zu programmieren. Wir brauchen nicht Millionen neue IT-Spezialisten, wir brauchen High-End-IT-Spezialisten. Die in der Spitze, nicht in der Breite.

Öffentliche Unternehmen wie SBB und Post schliessen viele Schalter. Sie sagen, dass der Bedarf abgenommen hat. Wann wird das kein Problem mehr sein? Immerhin kaufen ja viele ältere Menschen ihre Tickets nicht auf dem Handy.

Ich glaube, dass man auf viele ältere Leute keine Rücksicht nehmen wird. Da wird in Zukunft nur für spezielle Härtefälle jemand da sein. Die ganz alten Menschen haben keine Lobby, deshalb wird auf sie ab einem bestimmten Punkt keine Rücksicht mehr genommen. Das ist ein Spartensegment, da hat dann keiner etwas davon.

Welche Fehler machen Wirtschaft und Politik, wenn sie die Digitalisierung behandeln?

Sie behandeln sie nur als technisch-ökonomische Herausforderung. Aber es ist auch eine gesellschaftliche Herausforderung. Ich glaube, viele Leute haben nicht verstanden, dass es eine echte Revolution ist. Sie wissen es zwar, sie handeln aber nicht danach. Politiker haben Angst, Wähler zu verschrecken. Und deswegen flüchten sich viele Politiker darin, zu sagen: Ach, das wird schon nicht so grosse Veränderungen geben, obwohl sie es eigentlich besser wissen.

Können Sie ein Beispiel geben?

Wer in zehn Jahren als Busfahrer seine Stelle verliert, weil die Busse dann automatisch fahren, kriegt doch nichts Neues mehr. Es entstehen zwar neue Beschäftigungsverhältnisse für Big-Data-Analysten, aber nicht für den Busfahrer. Und wir wollen nicht so tun, als ob wir da nicht in den nächsten 20 Jahren ein riesiges Problem kriegen.

Was wäre dann die Lösung?

Für den Busfahrer gibt es keine Lösung, die dazu führt, dass er eine adäquate Arbeit findet. Wichtig ist, für zwei Dinge zu sorgen: Die Leute müssen genug Geld in der Tasche haben und genug Pläne für den Tag. In der zukünftigen Arbeitswelt wird es wichtig sein, kreativ zu sein. Aber ich weiss, dass es Leute gibt, denen das alles nichts nützen wird, weil für sie nichts mehr da ist.

Für allem für Arbeitnehmer ab 50?

Wir produzieren sehr viele Frührentner. Wir werden eine Art Grundeinkommen bekommen, in fast allen westeuropäischen Ländern. Der Grund ist einfach: Im Augenblick ist es so, dass fast alle Länder ein Umlagesystem haben. Wer arbeitet, zahlt ein, in Renten und Krankenversicherungen, wer nicht mehr arbeitet, bekommt ausbezahlt. Die Leute, die nicht mehr arbeiten, werden immer älter und auf der anderen Seite werden immer weniger in die

Sozialsysteme einzahlen, weil wir sehr viel Arbeit durch Maschinen ersetzen. Maschinen zahlen keine Sozialabgaben und Maschinen kaufen nichts. Wenn wir das nicht rechtzeitig angehen, kriegen wir riesige Probleme.

Müssen wir Angst haben vor der digitalen Revolution?

Angst hilft nicht weiter. Es gibt Leute, die bezeichnen mich als Angstmacher. Ich bin kein Panikmacher, weil ich glaube, dass die Gesellschaft durch die Digitalisierung nicht schlechter wird. Sondern dass wir rechtzeitig gute Konzepte und Antworten brauchen. Wenn sich die Ökonomie verändert, wenn sich die Technik verändert, müssen wir neue Antworten darauf finden.

Weshalb wartet man ab?

Weil man keine Antworten hat. Und weil man Angst hat, den Leuten Angst zu machen. In den letzten Jahrzehnten scheint das Erfolgsgeheimnis der Politik, zumindest in Deutschland, darin zu liegen, sich beliebt zu machen, damit man wiedergewählt wird.

Finnland

Test zum Grundeinkommen zeigt keine Wirkung auf den Arbeitsmarkt

In Finnland ist ein Experiment zum bedingungslosen Grundeinkommen geendet. Arbeitslose fühlten sich zwar "glücklicher", fanden aber weder besser noch schlechter Arbeit.

9. Februar 2019, 12:05 UhrQuelle: ZEIT ONLINE, AFP, [dav11 Kommentare](#)

Ein Grundeinkommen steigert laut einer Studie das Wohlbefinden der Empfänger, führt allerdings nicht zu mehr Beschäftigung. Zu diesem vorläufigen Ergebnis kommen Forscher in Finnland. Abschließende Schlussfolgerungen aus dem Experiment konnten allerdings noch nicht gezogen werden, da bisher nicht alle Daten ausgewertet worden sind. Auch in Deutschland wird seit Langem über Modelle wie ein bedingungsloses Grundeinkommen diskutiert, dabei gehen die Fronten teils quer durch die Parteien.

Über zwei Jahre hinweg war 2.000 zufällig ausgewählten Arbeitslosen 560 Euro monatlich ausgezahlt worden, was ungefähr dem monatlichen Arbeitslosengeld in Finnland entspricht. Das Geld mussten die Probanden im Alter zwischen 25 und 58 Jahren nicht versteuern und durften ohne Abzüge und Auflagen Geld in Teilzeitjobs hinzuverdienen. Am 31. Dezember endete das Experiment.

Im Verlauf der Studie sind die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dazu befragt worden, wie sie ihren Gesundheitszustand bewerten und wie viel Stress sie empfinden. Die Selbstauskünfte der 2.000 Empfänger des Grundeinkommens unterschieden sich von denen einer Kontrollgruppe, die aus regulären Arbeitslosengeldempfängern bestand: 56 Prozent der Probanden aus der Testgruppe empfanden ihren Gesundheitszustand als "gut" oder "sehr gut", im Vergleich zu 46 Prozent in der Kontrollgruppe. 17 Prozent der Grundeinkommensempfänger einen "hohen" oder "sehr hohen" Grad an empfundenen Stress an, in der Kontrollgruppe waren es 25.

Die leitende Forscherin Minna Ylikännö vom finnischen Sozialversicherungsinstitut Kela sagt, die Testpersonen des Grundeinkommens hätten zudem "ein stärkeres Vertrauen in ihre Zukunft und ihre eigenen gesellschaftlichen Mitwirkungsmöglichkeiten."

Auf dem Arbeitsmarkt habe es allerdings keine wesentlichen Unterschiede gegeben. Die Empfänger von Grundeinkommen arbeiteten im ersten Jahr des Experimentes im Schnitt etwa gleich viele Tage wie die Menschen aus der Kontrollgruppe, sagte Forschungskordinator Ohto Kanninen vom Forschungszentrum für Erwerbstätige. Sie fanden also weder besser noch schlechter Arbeit. Die Einnahmen aus eigener Arbeit waren in der Testgruppe ebenfalls fast gleich, im Schnitt 21 Euro niedriger als in der Kontrollgruppe. Die Arbeitslosigkeit in Finnland liegt derzeit bei mehr als sieben Prozent.

Hinter dem Experiment steht die Regierung von Ministerpräsident Juha Sipilä. Das Institut Kela war für die Umsetzung verantwortlich. Der Versuch hat die finnische Regierung im Jahr etwa zehn Millionen Euro gekostet. Ziel sei es gewesen, zu klären, wie Sozialleistungen geändert werden könnten, um besser dem heutigen Erwerbsleben zu entsprechen.

En Finlande, le revenu de base est une source de bien-être pour ses bénéficiaires

Helsinki dresse un premier bilan du projet, qui visait à verser à des chômeurs une allocation sans condition. L'impact est positif sur la qualité de vie, mais sans effet sur le taux d'activité.

Par Anne-Françoise Hivert Publié aujourd'hui à 10h00

L'expérimentation finlandaise du revenu de base avait attiré l'attention du monde entier sur ce petit pays de 5,5 millions d'habitants. Vendredi 8 février, les chercheurs chargés de superviser le projet, mené du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018, en ont présenté une évaluation préliminaire couvrant la première année. Résultat : si le revenu de base n'a pas permis d'augmenter le taux d'activité de ses bénéficiaires, il a largement amélioré leur bien-être.

Lancé à l'initiative du gouvernement de coalition, dirigé par le centriste Juha Sipilä, le dispositif visait à tester de nouvelles idées pour réformer un régime de la sécurité sociale d'une complexité parfois kafkaïenne et augmenter le taux d'emploi, le plus faible des pays nordiques.

Fin 2016, 2 000 Finlandais à la recherche d'un travail ont été tirés au sort pour participer au projet, sans pouvoir refuser. Agés de 25 à 58 ans, ces cobayes ont perçu pendant deux ans une indemnité de 560 euros non imposée, indépendamment de leurs autres ressources, en remplacement de l'allocation chômage.

En meilleure santé et moins stressés

L'expérimentation était contestée. Ses opposants arguaient que le revenu de base risquait d'encourager les chômeurs à la paresse. Ses partisans, au contraire, étaient convaincus qu'il les remettrait en selle. Finalement, « *ce n'est ni l'un, ni l'autre* », constate le professeur Olli Kangas, un des pères du projet, guère étonné du résultat qui « *correspond à ce qui a pu être observé dans de précédentes expérimentations menées aux Etats-Unis et au Canada, dans les années 1970* ».

Ainsi, selon les premiers résultats de l'évaluation, 43,7 % des personnes ayant reçu le revenu de base ont occupé un emploi pendant la première année du projet, contre 42,5 % pour les membres d'un groupe témoin, composé de 2 000 chômeurs tirés au hasard. En moyenne, les premiers ont travaillé 49,64 jours dans l'année, contre 49,25 pour les seconds. « *Il est possible toutefois que les chiffres soient différents sur le long terme, et que les gens réagissent au bout d'un an* », remarque M. Kangas.

Les chercheurs, toutefois, ont pu observer des différences : ceux qui ont perçu le revenu de base sont plus nombreux que les chômeurs à se dire en bonne santé (55 %, contre 46 %) et sont moins stressés (17 % contre 25 %).

« Davantage impliqué dans la société »

Cette amélioration du bien-être s'accompagne par ailleurs du « *sentiment d'être davantage impliqué dans la société et d'une confiance accrue à l'égard de la classe politique* », notait vendredi Minna Ylikännö, chercheuse à l'Institut de la sécurité sociale (Kela).

Rien d'étonnant, selon M. Kangas : « *Dans le système actuel, les gens s'inquiètent de ne pas recevoir l'argent sur lequel ils comptaient, en raison de complications bureaucratiques ou parce qu'ils ont gagné plus qu'ils n'auraient dû [ce qui réduit le montant des aides]. Quand l'allocation est inconditionnelle, le niveau de satisfaction augmente. Ses bénéficiaires ont le sentiment de contrôler leur économie et leur futur. Ils se sentent maîtres de leur vie, ce qui réduit leur niveau de stress et augmente leur bien-être.* »

Le journaliste et écrivain Tuomas Muraja, 45 ans, confirme. Au chômage fin 2016, il a été tiré au sort pour participer à l'expérimentation et il en est ravi. Si l'expérience a eu peu d'incidence sur ses finances, « *les répercussions psychologiques ont été positives* », affirme-t-il. Plus besoin de remplir des formulaires compliqués tous les mois, de participer à des stages obligatoires ou de devoir refuser des petits boulots parce qu'il risquait de dépasser le seuil de revenu autorisé pour percevoir l'allocation-chômage.

Une parade à l'ubérisation

L'idée lui semble particulièrement intéressante pour des gens qui, comme lui, perçoivent des revenus irréguliers. Le revenu de base pourrait être une parade à l'ubérisation du marché du travail, approuve le professeur Kangas :

« De plus en plus de gens n'entrent pas dans les cases préétablies par la sécurité sociale et risquent de passer à travers les mailles du filet. Le revenu de base pourrait garantir leurs droits sociaux. »

Mais, observe le chercheur, encore faudrait-il étendre l'expérimentation à d'autres catégories de la population, y intégrer d'autres revenus et soumettre le revenu de base à l'impôt. Vendredi, le ministre centriste de la réforme du service public, Anu Vehviläinen, a laissé entendre qu'elle y serait favorable.

Tout dépendra, cependant, de l'issue des élections législatives, le 14 avril. Car si les Verts et la gauche font campagne pour la mise en place d'un véritable revenu universel, les sociaux-démocrates et conservateurs y sont formellement opposés. En attendant, Tuomas Muraja doit de nouveau rendre des comptes chaque mois à la sécurité sociale.

Anne-Françoise Hivert (Malmö (Suède), correspondante régionale)

Eike Wenzel auf dem Quality Life Forum

Zukunftsforscher erklärt: Darum brauchen wir kein bedingungsloses Grundeinkommen

FOCUS-Online-Redakteurin Tatjana Grassl Freitag, 20.10.2017, 12:02

Das bedingungslose Grundeinkommen spaltet die Republik. Die Vor- und Nachteile von 1000 Euro im Monat - ohne Gegenleistung - erklärt Zukunftsforscher Eike Wenzel auf dem Quality Life Forum.

Das Thema **bedingungsloses Grundeinkommen erhitzt die Gemüter**. Jeder Bürger soll dabei vom Staat knapp 1000 Euro monatlich erhalten – ohne jede Gegenleistung. In Deutschland sprechen sich nicht nur viele Bürger, sondern auch Unternehmenschefs dafür aus.

Zukunftsforscher **Eike Wenzel**, Gründer des Institut für Trend- und Zukunftsforschung (ITZ), hat sich mit dem Thema auseinandergesetzt. Auf dem Quality Life Forum in Kitzbühel präsentiert er seine Überlegungen.

"Wir müssen sicherlich einige Projekte machen und Tests durchführen", erklärt Wenzel. "Insgesamt bin ich aber skeptisch", so der Zukunftsforscher.

Dennoch sprechen seiner Meinung nach einige Gründe für ein bedingungsloses Grundeinkommen:

Gründe für ein bedingungsloses Grundeinkommen

- Die Einkommen steigen längst nicht so schnell wie die Wirtschaft wächst - das bedeutet auch, dass die Ungleichheit zunimmt. "Die Automatisierung wird den Wertverlust von Arbeit zudem weiter steigern", betont Wenzel.
- Eine Grundsicherung für jeden Bürger von rund 1000 Euro macht Übergangsphasen (Studienabschluss, Weiterqualifikation, Jobwechsel, Schicksalsschläge) besser bewältigbar.
- "Das bedingungslose Grundeinkommen erhöht das Selbstwertgefühl, weil es davon befreit, schlechte Jobs in miesen Unternehmen annehmen zu müssen", erklärt Wenzel.
- Es weckt Kreativität und Eigeninitiative

Gründe gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen

- Ein bedingungsloses Grundeinkommen macht einen gesellschaftlichen Aufstieg nahezu unmöglich und zementiert damit die bestehende Ungleichheit.
- Ein bedingungsloses Grundeinkommen liefert Wirtschaftsliberalen Argumente um andere Sozialleistungen abzuschaffen.
- Technologie-Unternehmen könnten ein bedingungsloses Grundeinkommen nutzen, um Arbeitsplatzeinsparungen klein zu reden.
- Das bedingungslose Grundeinkommen rüttelt an einer Grundfeste unserer Wirtschaftsordnung: Konsum und Binnennachfrage. "Doch diese beiden Faktoren sind wichtig für unseren Wohlstand", betont Wenzel.
- "Das bedingungslose Grundeinkommen ist tendenziell menschenunwürdig", betont Wenzel. Es übersehe die sinnstiftende und kommunikative Bedeutung von Arbeit.

Das Fazit des Zukunftsforschers: "Es ist eine revolutionäre Idee, aber gerade der letzte Punkt ist wichtig. Menschen müssen sich gebraucht fühlen und einen Grund haben morgens aufzustehen." Daher spreche er persönlich sich gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen aus.

153,113

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/im-gespraech-bernhard-schlink-herr-schlink-ist-der-vorleser-geschichte-1100720.html>

IM GESPRÄCH: BERNHARD SCHLINK:

Herr Schlink, ist „Der Vorleser“ Geschichte?

• AKTUALISIERT AM 20.02.2009-16:35

• *Bernhard Schlinks Weltbestseller „Der Vorleser“ trug dazu bei, dass der Holocaust seinen Platz in der gegenwärtigen Wahrnehmung behielt. Jetzt wurde das Erfolgsbuch mit Kate Winslet als „Vorleserin“ verfilmt. Ein Gespräch über die Gegenwart und Vergangenheit des Nationalsozialismus.*

Bernhard Schlink sitzt in einem winzigen Professorenzimmer in der Berliner Humboldt-Universität. Er strahlt die Ruhe eines Mannes aus, der einen Weltbestseller geschrieben hat, ohne sich aus der Bahn werfen zu lassen.

Herr Schlink, in den beiden Bänden mit Reden und Aufsätzen, die Sie in den letzten Jahren veröffentlicht haben, vermisst man eine Reflexion über Ihre Rolle als Bestsellerautor. Hat „Der Vorleser“ Ihr Leben so wenig verändert?

Ich war zu alt, als dass die neue Rolle mein Leben entscheidend hätte verändern können. Ich hatte meinen Ort in der Welt bereits gefunden. Ich war und bin auch noch gerne Jurist, als Rechtswissenschaftler wie als Richter und gelegentlich als Gutachter. Der Erfolg als Autor, der als Überraschung kam, hat mein Leben weniger verändert als geweitet. Die Einladungen, die Begegnungen mit Lesern, Buchhändlern, Autoren, Künstlern, Schauspielern, Regisseuren und Produzenten - es ist eine große Bereicherung meines Lebens.



Szene aus der Neufilmung mit David Kross und Kate Winslet :Bild: dpa

Sie mussten sich nicht von der Welt zurückziehen wie Patrick Süskind, der in gewisser Weise ein Opfer seines „Parfums“ geworden ist.

Ich musste mich nicht zurückziehen. Ich habe mir auch nicht überlegt: Soll ich weiterschreiben, auch wenn das nächste Buch nicht so erfolgreich wird? Wie muss ich weiterschreiben, damit es wieder so erfolgreich wird? Ich bin beim Schreiben glücklich, mag der Erfolg sein, wie er will.

Für die internationale Öffentlichkeit sind Sie jetzt ein Repräsentant Ihres Landes und Ihrer Generation.

Ja. Ich merke, dass ich zu dem Bild beigetragen habe, das man sich im Ausland von Deutschland macht.

Was war nun der Auslöser für den „Vorleser“?

Der Auslöser war Ost-Berlin. Ich bin im Januar 1990 als Gastprofessor an die Humboldt-Universität gekommen und war immer für Wochen hier. Die Welt ohne die Farben und Töne, die grauen Häuser, die schlechten Straßen, der geringe Verkehr, der Holzzaun, den ich mit der Hand zerkrümeln konnte wie in meiner Kindheit - das alles hat die fünfziger Jahre so lebendig vor mein inneres Auge gebracht, dass ich über sie schreiben konnte. In meinem Kopf spielte ich immer mit Geschichten, und ich hatte mit den Elementen von „Der Vorleser“ schon länger gespielt. Über der Wiederbegegnung mit der Welt der fünfziger Jahre in Ost-Berlin fügten sich die Elemente zur Geschichte des Romans.

Dieser Moment der Fügung, war das der Augenblick, als Sie sich entschlossen haben, von einer nationalsozialistischen Täterin, statt von einem Täter zu erzählen?

In dem Spiel mit den Elementen der Geschichte ging es von Anfang an um eine Frau. Sie war auch von Anfang an Analphabetin.

Ein erkennbar autobiographisches Motiv im „Vorleser“ sind die Auschwitz-Prozesse in Frankfurt. Wurde auch diese Erinnerung durch Ost-Berlin wachgerufen?

Nein, das hatte mich schon lange begleitet und beschäftigt.

Im Film werden die Prozesse als eine Art verlängerte Universität gezeigt, mit einer Architektur und einer Atmosphäre wie in einem Hörsaal. Haben Sie das damals so erlebt, als Vorlesung in deutscher Geschichte?

Ich hatte das Gefühl, jetzt bekommt der Holocaust seinen Platz, nicht nur in der Geschichte, sondern in unserer gegenwärtigen Wahrnehmung, in den Auseinandersetzungen unserer Gesellschaft. Die Serie „Holocaust“ hatte zehn Jahre später eine ähnliche Wirkung. Sie hat uns zum Reden gebracht, mit den Eltern, mit Freunden, in der Öffentlichkeit.

Irgendwann muss die Liebesgeschichte zu den anderen Elementen dazugekommen sein. In den Reaktionen auf das Buch wurde dieser Teil am heftigsten kritisiert. Dazu kam noch die merkwürdige Deutung von Oprah Winfrey, die den „Vorleser“ als Schlüsselroman über sexuellen Missbrauch lesen wollte. Wie haben Sie darauf reagiert?

Ich habe zunächst versucht, mitzudiskutieren und das schlichte Konzept des Missbrauchs aufzubrechen. Bei körperlichem Missbrauch wissen wir, wovon wir reden, bei seelischem Missbrauch sind wir in der Gefahr, dem simplen Bild einer normalen Liebe aufzusitzen, die es nur zwischen gleich Starken, gleich Erfahrenen, gleich Alten gibt. Es verkürzt die Wirklichkeit der Liebe schmächtig.

Was war die krasseste Fehldeutung des Romans, die Ihnen begegnet ist?

Es gibt eine ganze Reihe krasser Fehldeutungen. Als würde ich meinen, weil Hanna Schmitz Analphabetin ist, sei sie nicht schuldig. Als würde ich meinen, wenn man nur gebildet ist, sei man auch moralisch. Als würde ich meinen, indem Hanna Schmitz zu lesen gelernt hat, habe sie ihre Schuld begriffen und sei geläutert. Interessant ist, dass es nicht Leser-, sondern Kritikerfehldeutungen sind.

Diese Art von Kritik kam besonders aus Amerika. Cynthia Ozick und Jeremy Adler haben in dieser Richtung argumentiert, Ozick mit der Denkfigur, jedes Buch über den Holocaust sei unvermeidlich eine Art symbolischer Diskurs und jede Person darin ein Stellvertreter ihres Volkes. Hanna Schmitz kann also gar nicht anders, als für alle Deutschen zu stehen.

Vermutlich wusste Cynthia Ozick nicht, dass es hier zum Allgemeinwissen über das Dritte Reich gehört, dass in den Einsatzgruppen Akademiker überproportional vertreten waren und dass Hanna vor diesem Hintergrund keine typische Täterin sein kann. Vielleicht würde sie heute auch anders urteilen als vor zwölf Jahren, als wir sehr viel weniger Literatur, sehr viel weniger Filme über das Dritte Reich hatten. Inzwischen ist selbstverständlich, dass sich das Bild des Dritten Reichs aus vielen Mosaiksteinen zusammensetzt. Nicht jeder Mosaikstein muss das ganze Bild bieten.

Wollten Sie mit dem „Vorleser“ eine Gegengeschichte zu den bis dahin bekannten Fiktionen über das Dritte Reich schreiben?

Ich wollte über meine Generation schreiben. Ich habe kein Holocaust-Buch geschrieben - dass ich es getan hätte, ist noch eine krasse Fehldeutung. Ich habe ein Buch über meine Generation im Verhältnis zur Elterngeneration und zu dem, was die Elterngeneration gemacht hat, geschrieben.

Bis in die neunziger Jahre gab es eine Art Unterhaltungsverbot beim Thema deutsche Vergangenheit. War „Der Vorleser“ ein bewusster Verstoß gegen den herrschenden Diskurs?

Wenn ich etwas geschrieben habe, gebe ich es meinem Sohn, meiner Schwester und meinen Freunden zum Lesen. In den Rückmeldungen bekam ich Warnungen im Sinn Ihrer Frage; der Historikerstreit lag noch nicht lange zurück. Ich habe darauf gesetzt, dass ich eben nicht über den Holocaust schreibe, sondern über Erfahrungen meiner Generation.

Haben Sie lange gezögert, ehe Sie die Filmrechte freigaben?

Nein. Ich mag Filme und wollte immer, dass mein Buch ein Film wird. Ich wollte, dass ein guter Regisseur den Film macht, und das ist Stephen Daldry. Natürlich hat er nicht die Bilder präsentiert, die ich im Kopf hatte. Natürlich hat er die Geschichte als Stoff genommen und neu entfaltet und erzählt.

Konnten Sie die Stadt Ihrer Kindheit bei den Dreharbeiten in Görlitz wiederfinden?

Die Häuser und Straßen wecken Erinnerungen an die fünfziger Jahre. Görlitz ist nicht das Heidelberg, das ich erlebt habe und vor meinem inneren Auge hatte. Aber dieses Heidelberg gibt es nicht mehr.

Was ist aus Ihrem Gastauftritt als Straßenbahnfahrer in der Verfilmung geworden?

Wenn man in Deutschland eine Straßenbahn führen will, sei es auch nur im Film, muss man nach zweijähriger Ausbildung das Straßenbahnführer-Examen machen. Das ging natürlich nicht. Die Straßenbahn fährt durch das Kirnitzschtal bei Dresden, in dem auch das Gartenrestaurant liegt, zu dem Hanna und Michael auf ihrem Fahrradausflug kommen. Da sitze ich am Nebentisch.

Kate Winslet wird zu Recht für ihre Rolle in Daldrys Verfilmung gelobt. Aber genau das kann man dem Film auch vorwerfen: dass er die Täterin zur Heldin macht.

Das ist ein wichtiger Punkt. Das Buch ist Michael Bergs Geschichte. Der Film wird durch die Faszination, die Kate Winslet ausstrahlt, sehr viel mehr ihre Geschichte. Dass in Hanna Schmitz die Täterin zur Heldin werde und ein inakzeptables menschliches Antlitz gewinne - mit diesem Vorwurf lebe ich, seit das Buch erschienen ist. Aber wenn die Täter immer Monster wären, wäre die Welt einfach. Sie sind es nicht. Meine Generation hat das vielfach erlebt, beim Lehrer oder Professor, beim Pfarrer oder Arzt, beim Onkel oder sogar Vater, über deren Vergangenheit eines Tages offenbar wurde, was ganz und gar nicht zum Respekt, zur Bewunderung oder sogar zur Liebe passte, die das Verhältnis bestimmt hatte.

Ist die Szene kurz vor Schluss, in der der gealterte Ralph Fiennes seine Hand von Kate Winslets Hand zurückzieht, eine Art Ausgleich für die Faszination, die von Hanna Schmitz ausgeht? Die Geste gibt es ja nicht im Buch.

Es gibt auch im Buch eine Szene, in der, was Nähe hätte werden können, Fremdheit bleibt - in Hannas Blick erlischt die Hoffnung, weil Michael Berg Distanz wahrt. Ganz begreift Hanna Schmitz bis zum Schluss nicht, was sie gemacht hat, im Film wie im Buch.

War es Ihr Wunsch, dass der Film auf eine bildliche Darstellung der Verbrechen verzichtet, für die Hanna verurteilt wird?

Da waren David Hare, Stephen Daldry und ich uns einig. Das gehört nicht in den Film. Das würde ihn zum Holocaust-Film machen, der er nicht sein will und nicht sein darf.

Nimmt die Rahmenhandlung mit Ralph Fiennes als melancholischem Frauenhelden in der Verfilmung nicht zu viel Platz ein?

Die Rahmenhandlung bietet ein Äquivalent zu den Empfindungen und Gedanken des Ich-Erzählers. Die Alternative wäre gewesen, mit Voice-over zu arbeiten - keine gute Alternative.

In einem Aufsatz, der vor ein paar Jahren im „Spiegel“ erschien, haben Sie den Weg der Achtundsechziger-Generation an die Macht und ihre nachfolgende Erschöpfung beschrieben. Wo steht diese Generation heute? Ist ihr Geschichtsbild nicht gerade jetzt auf dem Höhepunkt seiner Wirkung?

Der Blick auf die Geschichte verändert sich. Er wird zum Blick der dritten Generation. Das Dritte Reich und der Holocaust haben auch für diese Generation eine wichtige Bedeutung. Aber die Verstrickung in die Schuld der Kriegsgeneration, die meine Generation geprägt hat, bis hinein in die Verirrungen der RAF, ist weg. Es gibt in der dritten Generation auch eine andere wissenschaftliche und künstlerische Leichtigkeit im Umgang mit dem Stoff.

In Berlin hat man den Eindruck, dass sich das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Geschichte zurzeit in diversen Mahnmalen symbolisch verfestigt. Es entsteht ein Parcours der Erinnerung, in dem alles, was man mit der deutschen Schuld verbindet, in irgendeiner Weise abgebildet ist. Ist das die Lösung der Schuldfrage?

Mir ist das manchmal unheimlich: Zuerst haben wir die Vergangenheit mit äußerster Effizienz angerichtet, jetzt bewältigen wir sie mit äußerster Effizienz. Wir lassen keine Gelegenheit zum öffentlichen Erinnern aus. Wir errichten Mahnmal um Mahnmal. Wir stellen sicher, dass über die Vergangenheit nur Richtiges gesagt und geschrieben wird. Verstehen Sie mich nicht falsch: Ich bin froh, dass wir nicht aufs Verdrängen und Vergessen setzen, sondern aufs Erinnern, und ich bin froh, dass es einen Konsens gibt, der den öffentlichen Diskurs trägt. Trotzdem habe ich manchmal das Gefühl des Unheimlichen.

Welchen anderen Weg gäbe es denn?

Vielleicht ist Effizienz unser Schicksal, im Bösen wie im Guten. Gleichwohl wünschte ich mir die Bemühungen um die Bewältigung der Vergangenheit gelegentlich behutsamer, zurückhaltender, leiser. Ich hätte es auch für einen Gewinn gehalten, wenn wir dem Gedenken an die Opfer eine gemeinsame Gestalt gegeben hätten. Es hätte freilich eine größere gedankliche Leistung erfordert, als jeder Gruppe von Opfern ihr Mahnmal zu geben.

Behutsameres Bewältigen hätte vielleicht auch bedeutet, die Unmöglichkeit der Bewältigung in der Mahnmalsarchitektur abzubilden.

Der Glaube an Architektur ist groß. Auch nach 1989 musste Berlin rasch architektonisch so geschlossen werden, als hätte es die Mauer und die DDR nie gegeben. Auch da hätte man sich ein bisschen mehr Zeit lassen können. Die Büros stehen ohnehin oft leer. In wenigen Jahrzehnten werden wir die geballte Jahrtausendwendearchitektur mit ihren Stein- und Glasfassaden so satt haben wie die Architektur der siebziger Jahre. Ich schreibe, was sich aus dem Spiel mit Personen, Situationen, Handlungen zur Geschichte fügt. Warum sich, womit ich lange spiele, am Ende manchmal fügt und manchmal nicht fügt, weiß ich nicht. Es interessiert mich auch nicht. Zur Zeit schreibe ich Erzählungen. Manchmal geht mir ein neuer Roman durch den Kopf, manchmal auch ein vierter Selb-Roman, eine Geschichte, in der er nur auf dem Balkon sitzt und Gespräche führt.

Die Figur des früheren Staatsanwalts und heutigen Privatdetektivs Selb ist auch deshalb so faszinierend, weil sie eine Art symbolischer Gegenentwurf zu dem Übertäter Carl Schmitt ist - der verstrickte Jurist, der seine Schuld einsieht und Sühne zu leisten versucht.

Carl Schmitt - ich denke, das Interesse an ihm ist so groß, weil uns in ihm das Böse des Dritten Reichs endlich einmal nicht banal begegnet.

Ist es ein Zufall, dass Hanna im „Vorleser“ mit Nachnamen Schmitz heißt?

Das ist sicher ein Zufall. Aber es gibt Zufälle, in denen uns das Unterbewusste seine Streiche spielt. Ich hatte Selb seinen Namen gegeben, ohne einen Gedanken an mich zu verlieren. Aber natürlich stecke ich in ihm und habe das oft gesagt bekommen. Andererseits - ich stecke in allen meinen Gestalten. Wir stecken in allen Gestalten, über die wir schreiben.

Zur Person

Bernhard Schlink wird 1944 in Bielefeld geboren. Er wächst in Heidelberg auf, wo sein Vater als Theologieprofessor lehrt.

1975 promoviert er in seiner Heimatstadt über Verfassungsrecht. Von 1982 bis 1992 ist er Juraprofessor in Bonn und Frankfurt, seitdem hat er an der Berliner Humboldt-Universität einen Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Rechtsphilosophie.

1987 veröffentlicht Schlink sein erstes belletristisches Werk, den Kriminalroman „Selbs Justiz“. 1995 folgt „Der Vorleser“. Der Roman wird in vierzig Sprachen übersetzt und steht als erstes deutsches Buch auf der Bestsellerliste der „New York Times“. Seine weltweite Auflage geht in die Millionen.

153,116

<https://www.zdf.de/nachrichten/heute/antisemitismus-bedroht-uns-alle-interview-mit-katharina-von-schnurbein-100.html>

Antisemitismusbeauftragte der EU-"Antisemitismus bedroht uns alle"

Datum: 20.02.2019 18:21 Uhr

Ob in Deutschland oder Frankreich, der Antisemitismus in Europa nimmt zu. Wo Gründe liegen und was sich tun lässt, erklärt die Antisemitismusbeauftragte der EU, von Schnurbein.



Mit Hakenkreuzen beschmierte Gräber auf dem jüdischen Friedhof in Quatzenheim

heute.de: Übergriffe, Beschimpfungen, Hass im Netz – viele Juden fühlen sich in Europa nicht mehr sicher. Wie hat sich der Antisemitismus in den vergangenen Jahren entwickelt?

Katharina von Schnurbein: Tatsächlich haben die Vorfälle zugenommen, zumindest wissen wir das aus den Ländern, wo sie richtig gemessen und gemeldet werden. Etwa in Deutschland, Frankreich oder Großbritannien. Interessant ist, dass die Zahlen überall hoch sind, obwohl wir momentan keinen offenen Konflikt im Nahen Osten haben. Oft gab es eine Zunahme, wenn es dort Konflikte gab.

In der jüdischen Gemeinde und auch allgemein nimmt die Wahrnehmung von Antisemitismus zu. In der jüdischen Gemeinde haben in einer Umfrage neun von zehn Befragten gesagt: Antisemitismus ist mein größtes Problem. 40 Prozent sagen, dass sie im letzten Jahr überlegt haben, ihr Land zu verlassen. Das heißt nicht unbedingt, dass sie weggehen. Aber allein das Gefühl, ich kann hier nicht mehr mein Leben so leben wie ich will, ist eine Bankrotterklärung für Europa. Eine Umfrage vom Januar zeigt, dass rund ein Drittel der EU-Bürger einen Anstieg des Antisemitismus wahrnimmt.

• *Katharina von Schnurbein...*



... ist seit Ende 2015 Antisemitismusbeauftragte der EU-Kommission. Sie arbeitet mit den EU-Mitgliedsstaaten an einer Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus in Europa.

Antisemitismus ist nicht nur ein Problem für die Juden. Wenn der Antisemitismus steigt, war das schon in der Vergangenheit schlecht für das Land und schlecht für Europa. Auch heute ist es eine Bedrohung für uns alle - für unsere Demokratie, für unsere Werte, für die Vielfalt in der Gesellschaft.

heute.de: Wo sehen Sie die Gründe für den wachsenden Antisemitismus?

von Schnurbein: Antisemitismus gibt es seit über 2.000 Jahren. Aus dem Antisemitismus, der Juden als minderwertig betrachtet, hin zu Verschwörungstheorien, nach denen Juden die Fäden ziehen und alles kontrollieren. Heute wird Kritik an Israel übertragen auf Juden hier. Das alles zusammen spiegelt sich dann auch wieder in dem Antisemitismus und den Vorurteilen aus der muslimischen Gemeinde - sowohl bezüglich einer Holocaust-Trivialisierung oder -Leugnung aber auch in Bezug auf Kritik an Israel.

Wir sehen auch, dass Antisemitismus zunehmend in der Mitte der Gesellschaft zu finden ist. Vor zwei Tagen sind Mitglieder der Labour-Partei ausgetreten, weil sie sagen, diese Partei bekämpft den Antisemitismus nicht angemessen.

Das ist eine große Partei links der Mitte, die dieses Problem nicht angemessen aufgearbeitet hat. Die große Herausforderung ist, die verschiedenen Formen des Antisemitismus zu bekämpfen.

heute.de: Wie kann das aussehen?

von Schnurbein: Ich denke, wir müssen uns alle daran beteiligen. Das heißt, auf der europäischen Ebene, aber auch auf der nationalen Ebene bis hin zu den Ländern, den Städten, den Gemeindetagen - es muss jeden erreichen, auch die Gewerkschaften, die Kirchen, die Schulen. Es muss klar sein, wenn ein jüdischer Schüler gemobbt wird, dass die Tat nicht mit Verweis auf den Nahost-Konflikt abgetan wird.

Die staatlichen Autoritäten müssen klar auf der Seite der Opfer stehen und sich auf die Seite der Juden stellen, wenn es antisemitische Vorfälle gibt. Deswegen war zum Beispiel die Demonstration gestern in Frankreich wichtig, wo Tausende Nichtjuden auf die Straße gegangen sind. Das war eine gemeinsame Reaktion aus der Gesellschaft heraus.

heute.de: In Frankreich haben antisemitische Vorfälle im vergangenen Jahr um 74 Prozent zugenommen. Woran liegt das?

von Schnurbein: Wenn man sich die Situation in Frankreich über mehrere Jahre hinweg anschaut, schwankt das sehr. Das hat damit zu tun, was gemeldet wird und sicher auch mit einer größeren Bereitschaft, antisemitische Aussagen zu machen. Aber es nimmt tatsächlich neue Ausmaße an: In den letzten Tagen gab es zwei Friedhofsschändungen. In Frankreich kommen die Vorfälle aus allen Richtungen. Von ganz rechts, von links, wie wir gesehen in der verbalen Attacke auf Alain Finkielkraut, und aus der muslimischen Gemeinde.

heute.de: Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen der verstärkten Zuwanderung von Muslimen nach Europa und wachsendem Antisemitismus?

von Schnurbein: Wir wissen, dass antisemitische Vorurteile unter Muslimen zwei bis drei Mal höher sind als in der Gesamtgesellschaft. Allerdings denke ich - wenn es um die Flüchtlingswelle von 2015 geht - dass Menschen, die sich von Diktaturen befreien können und sich auf einen mühsamen Weg nach Europa machen, auch fähig sind, sich von antisemitischen Vorurteilen zu befreien.

Aber das bedeutet, dass es auch aktiv angesprochen werden muss. Dass aus unserer Gesellschaft heraus klar gemacht wird: Antisemitismus ist inakzeptabel und die Akzeptanz jüdischen Lebens hier in Europa und in Deutschland gehört dazu. Wenn man zur Gesellschaft gehören will, dann akzeptiert man jüdisches Leben hier.

Wir arbeiten mit muslimischen Organisationen zusammen, die Antisemitismus in ihren eigenen Reihen ansprechen. Diese Organisationen haben mit Themen wie der Gleichstellung von Mann und Frau oder der Rechtsstaatlichkeit auch keine Probleme. Sie sind integriert und Teil unserer Gesellschaft. Es ist wichtig, dass wir da hinkommen.

heute.de: Unternimmt Deutschland genug, um aufzuklären und gegen Antisemitismus anzukämpfen?

von Schnurbein: Es passiert schon sehr viel. Deutschland hat mit Felix Klein einen hervorragenden Beauftragten ernannt. Es werden in vielen Bundesländern Beauftragte ernannt. Was jetzt passieren muss, ist, dass Antisemitismus in all seinen Formen breit anerkannt wird. Dazu gibt es eine Definition, die auch von der Bundesregierung 2017 angenommen wurde. Die Definition der Internationalen Allianz für Holocaustgedenken (IHRA) benennt die verschiedenen Formen des Antisemitismus. Das muss Grundlage werden in der Ausbildung von Polizei, Juristen und Lehrern, Journalisten sowie den öffentlichen Diskurs. Ich denke, dass es da ein großes Unwissen gibt.

heute.de: Wo zeigt sich dieses Unwissen?

von Schnurbein: Zum Beispiel wenn das Werfen von Molotowcocktails in die Wuppertaler Synagoge im Sommer 2014 gerichtlich nicht als antisemitische Straftat eingestuft wird, sondern nur als Straftat mit Verweis auf die palästinensischen Wurzeln der Täter, die auf diese Weise ihre politischen Überzeugung zum Ausdruck gebracht haben sollen.

Kein Konflikt irgendwo in der Welt rechtfertigt Gewalt in Deutschland oder in Europa und Juden in Europa sind nicht verantwortlich zu halten für Handlungen der israelischen Regierung. Mal ganz abgesehen davon, dass die Synagoge 1938 niedergebrannt wurde und man den historischen Kontext vor Augen haben muss.

heute.de: Vermischt sich da Israel-Kritik mit einer Form von Antisemitismus?

von Schnurbein: So pauschal kann man das nicht sagen. In der Antisemitismus-Definition steht, dass Kritik gegenüber Israel, so wie sie auch gegenüber anderen Ländern vorgebracht wird, nicht antisemitisch ist. Aber, wenn es darum geht, die Existenz Israels in Frage zu stellen, oder die Existenz Israels an sich als rassistisch zu bezeichnen. Das ist ganz klar nicht nur antisemitisch, sondern zeigt auch, dass man eine verzerrte Wahrnehmung der Geschichte hat.

heute.de: Was konnten Sie, was konnte die EU in den letzten Jahren tun, um Antisemitismus zu bekämpfen?

von Schnurbein: Zum einen sehen wir, dass es vor allem im Internet antisemitische Hassreden gibt. Deswegen haben wir mit den großen Internetfirmen 2016 einen Verhaltenskodex abgeschlossen. Diese verpflichten sich, ihnen gemeldete Hassreden binnen 24 Stunden zu untersuchen und gegebenenfalls runterzunehmen. Die Löschrage lag 2016 bei etwa 28 Prozent. Heute sind wir bei 72 Prozent. Natürlich wird nur ein ganz kleiner Teil der Hassrede gemeldet. Außerdem müssen die Onlinetäter auch vor Gericht gebracht werden. Was offline strafbar ist, ist auch online strafbar. Die Täter zu finden ist allerdings nicht immer ganz einfach.

Unser Ziel ist, dass alle Mitgliedsstaaten bis 2020 nationale Pläne zur Antisemitismusbekämpfung annehmen. Wir haben die Antisemitismus-Definition vorgebracht, das EU-Parlament hat sie angenommen und die Kommission benutzt sie als Grundlage. Im Dezember 2018 haben alle EU-Mitgliedsstaaten eine Erklärung gegen Antisemitismus verabschiedet. Es geht darum, dass im Bildungsbereich jüdisches Leben angemessen dargestellt wird und Antisemitismus vorgebeugt und bekämpft wird. Es geht auch um eine bessere Datenerhebung. Dazu haben sich die Mitgliedsstaaten verpflichtet und sich selbst empfohlen, diese Definition, die rechtlich nicht bindend ist, anzuwenden. Was die Sicherheit der jüdischen Gemeinden anbelangt, ist auch aus seiner historischen Verantwortung heraus Deutschland vielen voraus. Aber es gibt Staaten, in denen die jüdischen Gemeinden die Sicherheitsvorkehrungen finanziell quasi selbst tragen müssen. Dabei ist die primäre Verantwortung eines jeden Staates, die Sicherheit seiner Bürger zu garantieren.

Das Interview führte Nora Liebmann.

• **Daten zu Antisemitismus in Europa**

Daten zu antisemitischen Vorfällen und Straftaten werden national erhoben. Jedes Land erhebt die Zahlen anders. Zuletzt haben etwa Deutschland, Frankreich und Großbritannien aktuelle Zahlen veröffentlicht. So gab es **2018 in Deutschland 1.646 antisemitische Straftaten**, knapp 10 Prozent mehr als im Vorjahr. **In Frankreich waren es 541 Vorfälle**, im Vergleich zu 311 im Vorjahr. **Und in Großbritannien wurden 1.652 Vorfälle** gemeldet, 16 Prozent mehr als 2017. Die EU hat eine Arbeitsgruppe eingerichtet, um die Straftaten einheitlicher zu erheben. Wenn es um verschiedene Formen antisemitischer Vorfälle geht, die nicht unbedingt strafbar sind, gibt es sehr unterschiedliche Weisen damit umzugehen.

Die EU-Agentur für Grundrechte hat im Dezember 2018 eine Umfrage zu Antisemitismus in Europa veröffentlicht. Demnach ist für 85 Prozent der europäischen Juden der Antisemitismus das größte soziale oder politische Problem in ihrem Heimatland, in Deutschland sehen das 85 Prozent ebenso. Nach einer im Januar publizierten Eurobarometer-Umfrage hält grundsätzlich jeder zweite EU-Bürger Antisemitismus in seinem Land für ein Problem, in Deutschland sehen das 66 Prozent so.

<https://www.zeit.de/kultur/2019-02/schwangerschaftsabbruch-abtreibung-bevormundung-entscheidung-gesetzliche-regelung-10nach8/komplettansicht>

Schwangerschaftsabbruch

Schluss mit der Bevormundung

Abtreibung ist ein medizinischer Eingriff, der in Deutschland explizit durch das Strafgesetzbuch geregelt wird. Warum nehmen Frauen das immer noch hin?

Von **Sabine Kray**

26. Februar 2019, 20:10 Uhr Aktualisiert am 26. Februar 2019, 20:12 Uhr 220 Kommentare



Jährlich werden in Deutschland mehr als 100.000 Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen. Sind das alles Ausnahmesituationen? © Getty Images

Bei der Abtreibung handelt es sich um eine der schwierigsten moralischen Fragestellungen, mit denen wir individuell, aber auch als Gesellschaft konfrontiert sind. So ist auf der einen Seite die Autonomie der Frau zu berücksichtigen, die eine möglicherweise ungewollte Schwangerschaft mit allen Konsequenzen und persönlichen Einschränkungen auszutragen hat, auf der anderen Seite soll das Recht des Ungeborenen auf Leben miteinbezogen werden.

Eine zentrale Frage besteht darin, welche Kriterien wir zur Definition von Leben heranziehen und ab welchem Zeitpunkt wir es als schützenswert betrachten. So wird in diesem Zusammenhang – sowohl in der Forschung als auch im Umgang mit Abtreibungen in der ärztlichen Praxis – der Fortschritt der Entwicklung des Ungeborenen als maßgeblich betrachtet. In Deutschland ist die rechtliche Handhabe im Zusammenhang mit Schwangerschaftsabbrüchen im Strafgesetzbuch geregelt. Im §218 wird festgeschrieben, dass es sich beim Schwangerschaftsabbruch um eine Straftat handelt. §218a widmet sich den Umständen, unter denen ein Abbruch straffrei sein kann. So haben Frauen in Deutschland bis zur zwölften Schwangerschaftswoche Zugang zu straffreien Abtreibungen, wenn sie durch die Wahrnehmung eines Beratungsgesprächs in einer zugelassenen Beratungsstelle den entsprechenden Schein erworben und im Anschluss daran eine dreitägige Bedenkzeit eingehalten haben.

Die Anforderungen an dieses Beratungsgespräch werden in §219 definiert. Darüber hinaus sieht der Gesetzgeber nach §219a ein Werbeverbot für Abtreibungen vor. Viele Frauen in meinem Umfeld sind erstaunt darüber, wie akribisch nicht nur der Schwangerschaftsabbruch, sondern auch der soziale Umgang damit im Strafgesetzbuch geregelt ist. Nicht wenige waren bisher der Auffassung, der Abbruch sei in Deutschland legal, was nicht den Tatsachen entspricht. Er ist lediglich unter bestimmten Umständen straffrei.

Die Diskussion über gesetzliche Regelungen zum Thema Schwangerschaftsabbruch hat in den vergangenen Monaten erneut Fahrt aufgenommen. Bereits in seiner Zeit als Bundesjustizminister befand der heutige Bundesaußenminister Heiko Maas das "Werbeverbot" für Abtreibungen als überholt. Maas äußerte in diesem Zusammenhang im Jahr 2017 auch den folgenden Satz: "Die Zeiten, in denen der Staat das Kontrollrecht über die Körper seiner Bürger beansprucht, gehören zum Glück der Vergangenheit an." Das sind klare Worte, deren Konsequenz jedoch in mehr als lediglich in der ersatzlosen Streichung von §219a bestehen müsste.

Wir müssen über das große Ganze reden. Die Tatsachen sind: Abtreibung ist ein medizinischer Eingriff, der in Deutschland explizit durch das Strafgesetzbuch geregelt wird. Neben der Regelung der Fristen, die für einen straffreien Abbruch eingehalten werden müssen, können Frauen nur abtreiben, wenn sie die vorgesehene Beratung in Anspruch genommen haben. Und genau in diesem "wenn" liegt das Problem. Denn bei diesen Richtlinien handelt es sich um Geschlechtsbevormundung. Davon gab es im Bürgerlichen Gesetzbuch noch in den Sechziger- und Siebzigerjahren einige. So wurden Frauen erst im Jahr 1969 vollständig geschäftsfähig, erst seit dem Jahr 1977 dürfen sie allein über die Aufnahme eines Arbeitsverhältnisses entscheiden.

Man unterstellte Frauen damals, sie seien zu derart gewichtigen Entscheidungen nicht in der Lage. Man fürchtete, sie könnten verantwortungslos oder fahrlässig handeln. Damals hieß es, man wolle Frauen beistehen bei solch schwierigen Lebensentscheidungen und sicherstellen, dass sie sich durch Arbeit und Haushalt nicht überlasteten. Man meinte es gut mit den Frauen. Wie heute, wenn man sie "zu ihrem eigenen Besten" erst einmal zum Beratungsgespräch schickt, bevor sie eine Entscheidung über den eigenen Körper fällen dürfen.

Wir sind ein vielseitiges Autorinnen-Kollektiv. Wir schreiben selbst und suchen nach Texten, die neue Welten erschließen oder altbekannte in neuem Licht erscheinen lassen. Wir laden Schriftstellerinnen, Journalistinnen und Wissenschaftlerinnen, aber auch Expertinnen spezieller Fachgebiete ein, mit und für uns zu schreiben; bei uns kommen Gastautorinnen zu Wort, die in ihren Ländern nicht mehr publizieren dürfen oder aus deren Ländern gerade kaum berichtet wird. Wir sind neugierig auf neue Sichtweisen, neue Erzählungen, Text für Text, bei uns, zweimal pro Woche, immer um 10 nach 8.

Ziel und Inhalt dieses Beratungsgesprächs zum Schwangerschaftsabbruch werden vom Gesetzgeber folgendermaßen zusammengefasst: "Die Beratung dient dem Schutz des ungeborenen Lebens. Sie hat sich von dem Bemühen leiten zu lassen, die Frau zur Fortsetzung der Schwangerschaft zu ermutigen und ihr Perspektiven für ein Leben mit dem Kind zu eröffnen; sie soll ihr helfen, eine verantwortliche und gewissenhafte Entscheidung zu treffen. Dabei muss der Frau bewusst sein, dass das Ungeborene in jedem Stadium der Schwangerschaft auch ihr gegenüber ein eigenes Recht auf Leben hat und dass deshalb nach der Rechtsordnung ein Schwangerschaftsabbruch nur in Ausnahmesituationen in Betracht kommen kann, wenn der Frau durch das Austragen des Kindes eine Belastung erwächst, die so schwer und außergewöhnlich ist, dass sie die zumutbare Opfergrenze übersteigt."

Kaum zu glauben, dass diese Worte geltendes Recht darstellen. Hilfe bei einer "verantwortlichen und gewissenhaften Entscheidung"? Wir alle treffen ständig Entscheidungen. Das dürfen wir, weil wir mündige Bürgerinnen sind. Und dabei schaut uns niemand auf die Finger. Ich darf wählen gehen, selbst wenn ich nicht einmal weiß, wofür die unterschiedlichen Parteien stehen. Ich darf Lobbyarbeit für die Tabak- oder Atomindustrie machen. Ja, zur Hölle: Ich darf sogar im Auftrag deutscher Firmen Waffen und anderes Kriegsgerät verkaufen. In keinem der genannten Szenarien nimmt mich vorher jemand beiseite, um mir die moralischen Implikationen meiner Entscheidung zu erörtern.

Abtreibungen aus dem Schatten holen

Und dann die Frage der Belastung. Wer bestimmt denn, welches Maß wem zumutbar ist? Worin besteht denn eine "gewöhnliche" Belastung? Die Autonomie über den eigenen Körper abzugeben, gehört in den Augen der Verfasser und Verfasserinnen offenbar zu den zumutbaren und gewöhnlichen Belastungen, selbst wenn eine Schwangerschaft ungewollt entstanden ist.

In Deutschland gibt es jährlich mehr als 100.000 Abbrüche. Sind das alles Ausnahmesituationen? Die Antwort lautet: Ja und Nein. Für die betroffenen Frauen sind sie das. Im ursprünglichen Wortsinn des Gesetzes sicherlich nicht. Der Beratungsschein darf nicht verweigert werden. Vorliegen muss er dennoch. Warum ist das so? Wieso fällt dieser offensichtliche Selbstbetrug niemandem auf, und warum nehmen wir als Gesellschaft das einfach so hin?

Offenbar möchten wir sichergestellt wissen, dass Frauen in der Praxis die Möglichkeit haben, abzutreiben. Gleichzeitig möchten wir aber schriftlich festgehalten wissen, dass es sich eigentlich um ein Verbrechen handelt, das lediglich straffrei gestellt ist. Ganz nebenbei entziehen wir Frauen temporär ihre Mündigkeit. Hat dieses Gesetz denn irgendeinen Sinn? Julia Bartley, Gynäkologin und Mitglied des Vorstandes der Pro Familia Berlin, sagt dazu am Telefon: "Die Frau muss ihre Entscheidung selbst treffen dürfen. Eine Schwangerschaftskonfliktberatung kann ausgesprochen hilfreich sein, sie sollte aber nicht gesetzlich vorgeschrieben, sondern freiwillig sein." Dann sagt sie noch einen Satz, der mich sehr berührt: "Bei einer Abtreibung gibt es ohnehin keine Gewinner."

Der bisherige Prozess erweist sich für die Frauen nicht selten als ähnlich traumatisch wie die Abtreibung an sich, denn oft haben sie mit Ärzten und anderen Beteiligten zu kämpfen, die ihnen sehr deutlich vermitteln, dass sie ihre Entscheidung ablehnen, ja, verurteilen. Hinzu kommt, dass es, je nach Region, zu unnötigen Zeitverzögerungen kommt, die nicht nur die seelische Belastung, sondern auch das Risiko für Komplikationen erhöhen.

Und wie sollte die Alternative aussehen? Julia Bartley befürwortet eine reine Fristenregelung, im Rahmen derer Abtreibungen bis zur zwölften Schwangerschaftswoche legal sind, ohne dass weitere Anforderungen an die Frauen gestellt werden.

Gleichzeitig betont sie, dass eine Entscheidung für oder gegen einen Schwangerschaftsabbruch niemals komplett "frei" sein könne, da sie, wie andere Lebensentscheidungen, an gesellschaftliche Normen und die persönliche Sozialisation gebunden sei. Mitunter sehen sich die Frauen in erheblicher Rechtfertigungsnot, denn die Gesellschaft vermittelt ihnen noch immer, dass sie mit dem Abbruch eine Sünde begehen. Viele Frauen haben sogar Hemmungen, das Gespräch mit Freunden und Familie zu suchen.

Selbstverständlich benötigen wir auch deshalb weiterhin Beratungsstellen für den Schwangerschaftskonflikt. Wir müssen Abtreibungen nicht nur entkriminalisieren, wir müssen sie aus dem Schatten holen, denn ein großer Teil des Schmerzes entsteht erst in diesem Schatten. Eine Bewegung in den sozialen Medien wie das amerikanische Hashtag #shoutyourabortion oder die Aktion Pro-Voice können ein Anfang sein. Doch vor allem im zwischenmenschlichen Gespräch sollten wir aufhören, reflexartig zu flüstern und betroffene Gesichter zu machen. Wir sollten erst mal zuhören, denn die Geschichten von Frauen, die abtreiben, und die Gefühle, die sie dabei haben, sind so unterschiedlich wie die Frauen selbst.

Bei gut 100.000 Abtreibungen jährlich in Deutschland kennen wir alle sicherlich eine Frau, die einen Abbruch hinter sich hat. Selbst in der gynäkologischen Praxis ist er trotzdem bis heute ein Tabuthema. Es wäre gut für alle Beteiligten, wenn Frauen endlich ohne Scham und unter Berücksichtigung aller Gefühle, inklusive der Erleichterung, die laut wissenschaftlichen Studien fast alle empfinden, über ihre Erfahrungen reden könnten.

Sabine Kray wurde 1984 in Göttingen geboren. Heute lebt sie in Berlin, wo sie als Autorin und Übersetzerin arbeitet und sich als Mentorin für junge Mädchen bei der Bürgerstiftung Neukölln engagiert. Ihr Debüt "Diamanten Eddie" ist im Frühjahr 2014 bei der Frankfurter Verlagsanstalt erschienen. Sie ist Gastautorin von "10 nach 8". @ <http://edisonga.de/>

A climate of hatred

Anti-Semitism, racism and anti-elitism are spreading in France

The level of publicly expressed loathing harks back to the 1930s



Print edition | Europe
Feb 21st 2019 | PARIS

When Hervé Berville was growing up in rural Brittany, he was often the only black child around. But, he says, he encountered scarcely any racism. Adopted by a French couple during the genocide in Rwanda in 1994, the lanky economist went on to be elected in 2017 to the National Assembly, for President Emmanuel Macron's party. Last year, when Mr Berville received a typed death threat by post at his parliamentary office, he threw it in the bin. When another arrived last month regretting the fact that he had "escaped the machetes", the deputy decided to speak out. "It was so violent," he says, and the atmosphere had shifted. "The border between threats, and acting on those threats, is shrinking."

A climate of hate is emerging in France. The targets are varied, apparently unconnected and shifting: Jews, journalists, the rich, policemen, members of parliament, the president. Sometimes violence is only threatened, as in Mr Berville's case; two of his (black) parliamentary colleagues received the same threat. At other moments violence has been perpetrated—against symbols (a ministry, luxury cars) as well as people, usually in connection with the *gilets jaunes* (yellow jackets) protests. That movement, three months old, has radicalised as it has shrunk. Some 1,700 people and 1,000 policemen have been wounded since the protests began.

When the *gilets jaunes* movement emerged last November, it was broadly a social protest and fiscal revolt. But the infiltration of ultra-left and extreme-right agitators, and the determination of a radical core to seek the overthrow of Mr Macron, has hardened the movement's edge. Weekly scenes of violent clashes with riot police fill French television screens and plumes of tear gas fill the air on the streets of Paris and other cities. This relentless backdrop seems to have legitimised a form of violent hate. What was once confined to the unhinged ramblings of social-media groups has erupted into public.

Earlier this month the Brittany home of Richard Ferrand, speaker of the National Assembly, was torched. Last week the constituency office in Le Mans of Damien Pichereau, another deputy from Mr Macron's *La République en Marche* (Irem), was destroyed. Mr Berville says that 100 deputies from his party have been the victims of warnings or attacks of some sort. Among them are many women. Aurore Bergé, another Irem deputy, was the recipient of a particularly crude threat. During one protest, an effigy of Mr Macron was decapitated. Christophe Chalençon, a *gilets jaunes* organiser, recently warned that "if they put a bullet in my head, Macron will end up on the guillotine".

Anti-Semitism is mixed into the brew. After falling for two successive years, the number of anti-Semitic acts in France surged by 74% in 2018. On February 19th, 80 graves in a Jewish cemetery in eastern France were sprayed with swastikas. Christophe Castaner, the interior minister, says that anti-Semitism is “spreading like poison”. In recent days a bagel shop in Paris was defaced with the word “Judens”, swastikas were painted on to street art depicting Simone Veil, a former minister and Auschwitz survivor, and “Macron Jews’ bitch” was found sprayed on a garage door in the capital. Any link to the *gilets jaunes* is unproven. But last weekend *gilets jaunes* marchers were caught on video yelling “dirty Zionist shit” and “go back to Tel Aviv” at Alain Finkielkraut, a French philosopher of Polish origin, who was walking in the street near his left-bank home in Paris.

Threats of death and intimidation are nothing new to politics. And anti-Semitism has deep roots in the country, reaching back beyond Vichy France to the publication of Edouard Drumont’s “La France Juive”, a popular anti-Semitic text, in 1886. Nor is France a stranger to periodic spasms of violence, such as the May ’68 uprising or the *banlieue* riots in 2005. “The specificity of the current period”, wrote Alain Duhamel in *Libération*, a newspaper, “is not the violence but the hatred.”

There is no precedent under the Fifth Republic for the level of publicly expressed loathing, says Jean Garrigues, a historian at the University of Orléans. He compares today’s toxic mix of anti-parliamentarianism and anti-Semitism to the 1930s. If there is a link between these different strands it seems to be that those who are targeted are all regarded, rightly or wrongly, as part of the elite—or, more accurately, as part of an illegitimate, undeserving elite which is cheating the people. And those doing the most to promote this divide, at a time of eroding ideological attachments, are the country’s populists.

Ever since Mr Macron upended the mainstream political parties at elections in 2017, political opposition in France has shifted to the extremes. “You are hated, massively hated,” declared François Ruffin, a deputy from the far-left Unsubmissive France, to the president in an open letter late last year. Marine Le Pen, on the far right, blames the “agitators, revolutionaries, anarchists” of the far left for the *gilets jaunes* violence. But she just as often lays into the self-serving political elite herself. Her campaign slogan reads simply: “Power to the people”.

In protest at the current mood, a march against anti-Semitism on February 19th drew a cross-party collection of politicians and some 20,000 people in Paris. Even Ms Le Pen laid flowers to victims of anti-Semitism; she has consistently sought to distance her party from its anti-Semitic past even as she trades on identity politics.

Ahead of a visit to the desecrated Jewish cemetery this week, Mr Macron described anti-Semitism as “the antithesis of all that is France”. He is hoping that his “great national debate”, a countrywide series of consultations and town-hall meetings, will counterbalance the hateful voices. Unfortunately, as the country prepares for elections to the European Parliament in May, in which the parties of Mr Macron and Ms Le Pen are the leading contenders, the harsh tone is unlikely to soften.

https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/leiterin-der-gedenkstaette-ravensbrueck-insa-eschebach-im-gespraech-16006329-p2.html?printPageArticle=true#pageIndex_1

GESPRÄCH ZUM HOLOCAUSTGEDENKEN

Wie viel Erinnerung brauchen wir?

VON HANNAH BETHKE 27.01.2019



Es gibt nur noch wenige Zeitzeugen, die vom Holocaust erzählen können. Was bedeutet das für die Erinnerungsarbeit in den ehemaligen Konzentrationslagern? Ein Gespräch mit der Leiterin der Gedenkstätte Ravensbrück Insa Eschebach.

Mehr als siebzig Jahre sind seit Ende des Zweiten Weltkriegs vergangen. Es gibt nur noch wenige Zeitzeugen, die den Holocaust überlebt haben und selbst davon erzählen können. Was bedeutet dieser Generationswechsel für die Arbeit der Gedenkstätten in den ehemaligen Konzentrationslagern?

Der Generationswechsel hat ja nicht erst gestern oder vorgestern begonnen, sondern begleitet uns schon seit Jahrzehnten. Das Wissen über den Nationalsozialismus wird inzwischen kaum mehr im Gespräch mitgeteilt. Die medial vermittelten Bilder spielen deshalb eine immer größere Rolle. Wir haben alle Hände voll zu tun, da behutsam zu korrigieren. Aleida Assmann hat dafür so einen guten Begriff: Wir müssen den Besuchern einen „leisen Widerstand“ entgegensetzen. Die haben „Schindlers Liste“ gesehen, die fragen: Wo sind hier die Gaskammern? Dabei hat gerade Ravensbrück – hier waren etwa 120000 Frauen aus mehr als dreißig europäischen Ländern inhaftiert – auch viele andere Geschichten zu erzählen.

Wie wollen Sie gegensteuern?

Wir wollen zeigen, dass so ein Ort wie Ravensbrück ein Ort unendlich vieler Geschichten ist, die nicht einzig in den Bildern des Holocaust aufgehen. Es hat sehr viele andere Haftgruppen gegeben, die relativ unbekannt sind. Es ist unsere Aufgabe, auch darüber etwas zu erzählen.

In den Diskussionen über unsere Gedenkkultur sagen die einen, es gebe zu viel, die anderen, es gebe zu wenig Erinnerung. Wie sehen Sie das? Gibt es einen richtigen oder falschen Weg der Erinnerung? Oder ist jedes Gedenken gleichermaßen angemessen?

Erst mal würde ich sagen, dass Gedenken mit Erinnerung gar nicht so viel zu tun hat, weil Gedenken sich immer auf einen Ausschnitt der Geschichte richtet. Gedenken ist immer ohne Gedächtnis. Würde man sich erinnern, würde man sich an eine Vielzahl von ganz unterschiedlichen Ereignissen erinnern, aber das Gedenken fokussiert auf einen Aspekt, beispielsweise auf eine bestimmte Gruppe von Toten, in Ravensbrück etwa auf die polnischen Frauen, auf die Sinti- und Roma-Frauen, auf die lesbischen Frauen.

Interessant am öffentlichen Gedenken lesbischer Frauen ist, dass die Frauen sich in den dreißiger, vierziger Jahren selbst nicht unbedingt so bezeichnet haben. Das heißt, wir aktualisieren etwas, was in dieser Form diskursiv nicht vorhanden war – als ob in der Vergangenheit Aktualitäten schlummern, die aber erst aus unserer Gegenwartsperspektive aufgeweckt werden sollen. Doch ist es überhaupt legitim, das zu tun? Besteht nicht die Gefahr, dass wir durch unsere Gegenwartsinteressen manchmal auch übergriffig sind, invasiv die Vergangenheit für unsere Zwecke nutzen? Andererseits tun das eigentlich alle, die öffentlich gedenken. Auch wenn die Bundeskanzlerin einen Kranz niederlegt, ist das ja nicht ein interesseloses Gedenken.

Gibt es auch so etwas wie ein Verblässen der Erinnerung? Ist Erinnerung irgendwann nicht mehr wichtig?

Das beobachte ich nicht. Man muss nur den Fernseher anschalten und findet jeden Abend mit Sicherheit irgendeine Sendung, die Aspekte des Dritten Reichs berührt. In den Medien ist das Thema Nationalsozialismus sehr präsent, bis hin in den pornographischen Sektor, SS-Aufseherinnen werden beispielsweise sexualisiert dargestellt. Aber darüber hinaus ist es ja so, wie der ehemalige Bundespräsident Gauck einmal gesagt hat: Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz. Sowohl in der Populärkultur als auch in den Medien als auch im politischen Selbstverständnis der Bundesrepublik ist der Nationalsozialismus ein Referenzpunkt.

Sehen Sie nicht die Gefahr, dass sich das ändern könnte? Wenn man etwa an das schwindende Wissen über den Holocaust denkt, das bei vielen Schülern zu beobachten ist, oder auch an die oft artikulierten Abneigung, sich mit dem Nationalsozialismus zu beschäftigen, könnte man doch einen anderen Eindruck bekommen.

Früher wurde der Nationalsozialismus in Schulen und Gedenkstätten häufig auf eine Weise thematisiert, die mit einem starken moralischen Appell einherging. Jugendliche reagieren auf diese Art der Belehrung heute eher genervt. Die moderne Gedenkstättenpädagogik hat sich von diesen Konzepten längst weit entfernt. Statt auf normierende Zugänge setzen wir heute auf partizipative Formate, die auch die Jugendlichen ansprechen. Leider wird der Geschichtsunterricht in den Schulen immer mehr abgebaut – das geht zu Lasten der historischen Bildung insgesamt.

Gleichzeitig konnte man in Ravensbrück einen regelrechten Besucherandrang beobachten. Zur Gedenkveranstaltung, die an die Befreiung des Konzentrationslagers erinnert, sind im vergangenen Jahr um die achthundert Menschen gekommen – und das, obwohl es immer weniger Zeitzugeen gibt. Ist das ein neuer Trend?

Was Ravensbrück angeht, habe ich den Eindruck, dass das Interesse in der Tat zunimmt. Das hat damit zu tun, dass Ravensbrück in Polen im Augenblick einen großen Bedeutungszuwachs erfährt, aber auch durch die Initiative von Feministinnen, die sich für ein Gedenkzeichen für lesbische Häftlinge einsetzen.

In Ravensbrück gibt es viele verschiedene Gruppierungen, die ihre Interessen in der Gedenkkultur vertreten sehen wollen: Polen, Deutsche, die Lagergemeinschaft Ravensbrück, die Zeugen Jehovas, ein Lesben- und Schwulenverband. Man bekommt den Eindruck, dass ein Wettbewerb der Erinnerung entsteht. Wie ist es dazu gekommen?

Das war früher in der DDR und in den Jahren nach der Wende harmonischer. Inzwischen trägt das zum Teil sogar aggressive Züge. Einige Polen trugen am Jahrestag der Befreiung im vergangenen Jahr Transparente mit der Aufschrift „German Death Camps. Not Polish. Remember“. Ein paar Männer trugen Armbinden mit dem Abzeichen „NSZ“ (Narodowe Sily Zbrojne, Nationale Streitkräfte). Das ist eine antisemitische, rechte Untergrundorganisation in Polen, die zur Zeit des Zweiten Weltkrieges partiell auf der Seite der Deutschen gekämpft hat. Einige der anwesenden Frauen waren völlig entsetzt und sagten, es könne doch nicht sein, dass hier Faschisten rumlaufen. Die polnische Botschaft hat mir dann gesagt, dass weibliche Angehörige dieses Verbandes in Ravensbrück gefangen waren. Die waren also da, um ihre eigenen Opfer zu betrauern. Und das ist natürlich eine interessante Frage: Ist es überhaupt akzeptabel, dass Gäste mit den Abzeichen antisemitischer Verbände ihrer Toten in Ravensbrück gedenken?

Die Polen waren die größte Opfergruppe in Ravensbrück. Ist eine Kritik an ihrem Gedenken angemessen?

Meine Kritik gilt nur einem Auftreten, das andere daran hindert, zu gedenken. Einige der polnischen Teilnehmer waren während der Gedenkveranstaltung sehr dominant. Die hatten ein Megafon mitgebracht, das alles übertönt, es gab viele polnische Fähnchen. Im Nachklang hat die polnische Presse die Sache so dargestellt, als ob das eine polnische Veranstaltung gewesen sei. Dass da auch noch andere Nationen und andere Gruppen vertreten waren, konnte man in der Zeitung dort gar nicht lesen. Und so sind wir in den Gedenkstätten eigentlich ständig aufgefordert, an die Realgeschichte zu erinnern und diese mythologisierenden Geschichtsbilder nicht durchgehen zu lassen.

Ist das auch in anderen Gedenkstätten ein Problem?

In der Tendenz ja. Dass Gruppen kommen und ihre Geschichtspolitik betreiben wollen, die sich von der Realgeschichte entfernt, ist an verschiedensten Orten der Fall. Im Rahmen der neonationalistischen Entwicklung in Polen nimmt das dort sehr zu. Aber wie weit können wir den Polen Vorschriften machen? Ich bin da immer ambivalent. Dass Deutsche den Polen sagen, wie sie gedenken sollen, könnte man auch als problematisch begreifen.

Wenn Sie eine Vision zur zukünftigen Gedenkkultur entwickeln dürften: Wie sähe die aus?

Gerade weil der Nationalsozialismus für das Selbstverständnis der Bundesrepublik von offenkundig großer Bedeutung ist, sollten wir finanziell so ausgestattet werden, wie das in den großen Museen der Fall ist. Was die personelle Ausstattung angeht, hinken wir leider sehr hinterher. Wir haben ein großes Problem mit unseren Sammlungen, gerade jetzt, wo wir immer mehr Nachlässe bekommen. Darüber hinaus wünsche ich mir eine postnationale Form des Gedenkens. Gedenken in der Öffentlichkeit verändert sich, weil die Gruppen sich pluralisieren. Die Tradition war ja eigentlich immer der nationale Totenkult. Doch Opfergruppen heute formieren sich auch jenseits nationaler Zuschreibungen. Für die Zukunft wünsche ich mir, dass sich diese pluralen Formen weiterentwickeln.

<https://www.faz.net/aktuell/wissen/geist-soziales/ohne-deutschkenntnisse-klappt-es-auch-in-mathe-nicht-16045195.html>

SPRACHE UND KOMPETENZANEIGNUNG: Deutsch mies, Mathe ebenso

VON GERALD WAGNER

-AKTUALISIERT AM 03.03.2019-08:00



[Bildbeschreibung einblenden](#)

Die ungleichen Startbedingungen von Kindern aus Migrationsfamilien gleicht auch die Schule nicht aus: Neue Befunde legen nahe, dass mangelnden Sprachkenntnisse auch den mathematisch-naturwissenschaftlichen Kompetenzerwerb hemmen. Welche Rolle spielt der Wortschatz wirklich?

Bereits mehr als ein Drittel der drei- bis sechsjährigen Kinder in Deutschland haben heute einen Migrationshintergrund. Zwar besuchen rund 90 Prozent dieser Kinder eine Kita, aber nur 27 Prozent von ihnen sprechen zu Hause deutsch. Die Brisanz solcher Befunde wird allerdings häufig mit der Erwartung relativiert, die Schule würde diese ungleichen Startbedingungen schon ausgleichen. Tritt diese Erwartung dann nicht ein, ist natürlich die Schule schuld.

Doch auch ein zweiter Einwand gegen die negativen Folgen dieser mangelnden Sprachkompetenz von Kindern mit Migrationshintergrund ist häufig zu hören: In unserer heutigen technisch-wissenschaftlichen Welt seien solche Sprachmängel gar nicht mehr so schlimm, weil es doch eher auf mathematisch-naturwissenschaftliche Fähigkeiten ankomme, und nicht so sehr auf korrektes Deutsch. Doch Studien zu solchen Fähigkeiten unter Kindern aus Migrationsfamilien zeigen, dass bereits Viertklässler hier gravierende Unterschiede aufweisen. Also zusätzlich zu jenen im Spracherwerb. Doch wann entstehen sie, und wodurch werden sie beeinflusst?

Vermutlich schon vor der Schule. Nur wusste man über die naturwissenschaftliche Kompetenz von Vorschulkindern bisher wenig. Diese Forschungslücke konnte jetzt mit Daten aus dem Nationalen Bildungspanel (NEP) geschlossen werden. Inga Hahn und Katrin Schöps haben dazu 2025 Kinder im Alter zwischen vier und sechs Jahren getestet, etwa ein Viertel von ihnen mit Migrationshintergrund. Ganz wichtig ist dabei natürlich, dass der hierzu verwendete Test fast sprachfrei, also bildbasiert durchgeführt werden konnte.

Von der Wichtigkeit des Wortschatzes

Unabhängig von diesem Test wurde dann auch der deutsche Wortschatz der Kinder getestet, weil die Forscherinnen von der Hypothese ausgingen, dass dieser Wortschatz wegen seiner Verbindung zum Aufbau eines kognitiv-konzeptuellen Wissens den stärksten Prädiktor der naturwissenschaftlichen Kompetenz der Kinder darstellt. Kurz: Ohne Deutschkenntnisse klappt es auch in Mathe und Technik nicht.

Die Ergebnisse der Untersuchung bestätigen – leider – diese Erwartungen. Schon in diesem Alter sind die Unterschiede in der naturwissenschaftlichen Kompetenz von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund erheblich. Und das gilt auch für den Vergleich ihres Wortschatzes. In beidem schnitten Kinder aus Migrationsfamilien deutlich schlechter ab. Und das, obwohl die Kinder in dieser Studie alle bereits eine Kita besuchten.

Der Wortschatz stellt dabei tatsächlich den wichtigsten Prädiktor für die Kompetenz in den Naturwissenschaften dar, wobei auch die Anzahl der Bücher im Haushalt und der Sprachgebrauch in der Familie starke Effekte zeigten. Immerhin konnten die Autorinnen zugestehen, dass ihre Ergebnisse größere Leistungsunterschiede in der naturwissenschaftlichen Kompetenz der Vorschulkinder zeigten als die TIMMS-Studie am Ende der vierten Klasse.

Erfolg innerhalb eines Systems

Die Grundschule scheint die festgestellten Kompetenzunterschiede also zu reduzieren. Die Forscherinnen betonen aber durchaus den Konjunktiv in dieser Aussage und plädieren für systematische Sprachförderungsmaßnahmen bereits in der Kita. Schließlich, und darauf kann man nie genug hinweisen, sei im deutschen Bildungssystem nun mal Deutsch die Unterrichtssprache, auch für Kinder, die daheim eine andere Sprache sprachen.

Es gehe bei den Zielen des NEPs schließlich weniger darum, über welche Naturwissenschaftskompetenz die Kinder in ihrer Muttersprache verfügten, als darum, wie sie im institutionellen Rahmen des deutschen Bildungssystems abschnitten. Schule belohnt eben nur Performanz, also Wissen und Kompetenzen, die sich in einem vorgegebenen Rahmen darstellen und nachweisen können.

Das schließt nicht aus, dass auch außerhalb dieses Systems Karrieren erfolgreich sein können. Doch sie sind seltener, unwahrscheinlicher und vor allem nicht schulisch planbar. Die Autorinnen nennen die Befunde ihrer Studie „besorgniserregend“. Sorgen sollte man sich in der Tat um die Schulen machen, die der gesellschaftlichen Erwartung, die Folgen der Migration auszugleichen, voraussichtlich nicht gerecht werden können.

Literaturhinweis

Inga Hahn, Katrin Schöps: Die Bedeutung von Struktur- und Prozessmerkmalen für die naturwissenschaftliche Kompetenz von Vorschulkindern mit und ohne Migrationshintergrund, in: Frühe Bildung (2019), 8, pp. 3-12.

7. März 2019, 14:56 Uhr

Lehre im Studium

Und, wie war ich?



Lehrende müssen vor einer Veranstaltung die Lernziele festlegen, meint Andrea Frank.
(Foto: picture alliance / dpa)

Ständig sollen Studierende angeben, wie ihnen ein Seminar gefallen hat. Diese Evaluationen bringen allerdings wenig. Die Lehrenden sollten umdenken.

Gastbeitrag von Andrea Frank

Seit mehr als 20 Jahren werden an deutschen [Hochschulen](#) Lehrveranstaltungen evaluiert. In den allermeisten Fällen geht es dabei darum, dass Studierende dem Dozenten Feedback geben: Waren die Präsentationen gut gestaltet? War ein roter Faden erkennbar? Wirkte der Lehrende gut vorbereitet? Letztlich wird die Zufriedenheit von Studierenden mit einer Lehrveranstaltung erhoben.

Über die Autorin

Andrea Frank leitet das Zentrum für Lehren und Lernen (ZLL) an der Universität Bielefeld. Solche Lehrevaluationen sind unangefochtener Bestandteil der Qualitätsmanagementsysteme an Hochschulen. Aber tragen sie auch zur Weiterentwicklung der Lehre bei? Gibt es einen Zusammenhang zwischen "studentischer Zufriedenheit" und ihrem Lernerfolg - denn nur Letzteres kann ein sinnvolles Ziel einer Bewertung von Vorlesungen, Seminaren oder Übungen sein? In einer bereits 2016 veröffentlichten Metaanalyse wurde dieser Zusammenhang allerdings explizit in Frage gestellt. Drei Psychologen hatten sich Studien aus 30 Jahren genauer angesehen und festgestellt, dass Studierende einer als gut bewerteten Lehrveranstaltung nicht mehr lernen als Studierende einer schlecht bewerteten Veranstaltung.

Besonders problematisch ist, dass sich durch diese Art der Evaluation auf Seiten der Studierenden vor allem die Vorstellung verfestigt, die Lehrenden seien die Hauptverantwortlichen für den Lernerfolg. Dabei ist doch klar: Die Lehrenden können noch so verständlich sprechen, ordentlich an die Tafel schreiben, komplexe Zusammenhänge anschaulich erklären - am Ende sind es die Studierenden, die Dinge lernen und üben, Informationen verarbeiten, abstrakte Konstrukte verstehen oder komplexe Zusammenhänge nachvollziehen müssen.

Wenn Evaluationen der Lehre wirklich der Weiterentwicklung der Lehre dienen sollen, müssen zuallererst Ziele definiert werden, deren Erreichung dann bewertet werden kann. Im Zentrum sollten weniger die Lehrenden als vielmehr die Lernprozesse der Studierenden stehen. Ob ein Seminar gelingt, ob die Studierenden

am Ende etwas mitnehmen, hängt von allen Teilnehmern ab. Studierende sind für ihren Lernerfolg mitverantwortlich - das müssen die Unis klarmachen.

An der [Universität](#) Bielefeld experimentieren wir seit einigen Jahren mit einer lernzielorientierten Evaluation (BiLOE). Zunächst definieren die Lehrenden die drei wichtigsten Lernziele, die Studierende in der Lehrveranstaltung erreichen sollen, und formulieren sie aus der Perspektive der Lernenden. Hier einige Beispiele: "Ich kenne und verstehe die Grundbegriffe der Systemtheorie Luhmanns", "Ich bin in der Lage, die erworbenen Kenntnisse der physikalischen Chemie in Bezug auf die Energieversorgung anzuwenden", "Ich verstehe die Bedeutung der historischen Entwicklung für das heutige Privatrecht und kenne sie in Grundzügen".

Nicht selten wollen Studierende nur "die Klausur bestehen"

Im zweiten Schritt überlegen die Lehrenden, wie Studierende diese Ziele erreichen können. Genügt es, (nur) zuzuhören? Oder sollten sie mitschreiben - und falls ja: was? -, sich an Übungen aktiv beteiligen, Aufgaben in Gruppen bearbeiten, sich mit anderen austauschen, Experimente durchführen, vertiefende Texte lesen oder eigene Gedanken verschriftlichen?

In der Evaluation gegen Ende der Veranstaltung werden dann die Studierenden gefragt, was ihre persönlichen Lernziele waren, wie wichtig ihnen das Erreichen der vom Lehrenden definierten Lernziele war, ob sie meinen, die Lernziele erreicht zu haben und wie hilfreich sie die verschiedenen Tätigkeiten für das Erreichen der Ziele empfunden haben.

Für Dozentinnen und Dozenten ist dieses Verfahren anfangs recht ungewohnt, vielen fällt es schwer, Lernziele zu definieren. Im Vordergrund der Lehre stehen gewöhnlich die Inhalte, der Stoff, den sie "durchbekommen" wollen oder müssen. Da hilft es, Abstand zu gewinnen. Etwa indem man überlegt, an was sich die Teilnehmer*innen der Veranstaltung in fünf Jahren noch erinnern sollen. Auch manchen Studierenden fällt es schwer, persönliche Lernziele zu formulieren. Nicht selten schreiben sie dann einfach: "die Klausur bestehen".

Aber der Aufwand lohnt sich. Rückmeldungen von Lehrenden zeigen, dass diese Art der Evaluation tatsächlich nützliche Hinweise für die Lehrveranstaltungsplanung liefert. Es kann zu Tage treten, dass die Bedeutung von Lernzielen von Lehrenden und Studierenden sehr unterschiedlich eingeschätzt wird, dass es für das Erreichen von Lernzielen von großer Bedeutung ist, ob die Studierenden die Ziele selbst als relevant ansehen. Häufig zeigt sich auch, dass die Studierenden nicht verstanden haben, warum sie was tun sollen oder wie sie es tun sollen. Wenn solche fundamentalen Hürden früh abgebaut werden, macht das die Lehrveranstaltung für alle produktiver.

Das gilt insbesondere für verbreitete Fehleinschätzungen: Lehrenden ist häufig nicht bewusst, was Studierende (noch) nicht wissen (können). Die lernzielorientierte Evaluation kann ihnen Hinweise darauf geben, wo Implizites explizit gemacht werden sollte und sie kann Studierende dazu animieren, ihre Lernprozesse zu reflektieren. Beides zusammen birgt größere Chancen für die Verbesserung der Lehre als die Bewertung der Performance der Lehrenden.

https://www.lemonde.fr/cinema/article/2009/07/14/the-reader-le-liseur-perversi-par-hollywood_1218644_3476.html

"The Reader" : le 'Liseur' perversi par Hollywood

Le film réalisé par Stephen Daldry réunit Kate Winslet, Oscar de la meilleure actrice pour son rôle, et Ralph Fiennes.

Par Jean-Luc Douin Publié le 14 juillet 2009

L'histoire de ce projet est édifiante, en ce qu'elle illustre la manière dont Hollywood peut pervertir les meilleures intentions du monde. Au départ, il y a *Le Liseur*, ce best-seller de l'Allemand Bernard Schlink publié en 1995. L'histoire de l'initiation sensuelle et amoureuse d'un adolescent de 15 ans par une femme de 35 ans, dans la République fédérale allemande des années 1950. Hanna a secouru Michael dans la rue alors qu'il vomissait, en proie à une jaunisse. Guéri, le gamin vient remercier sa samaritaine, devient son amant, et son liseur.

Car cette receveuse de tramway n'a de cesse de se faire lire à haute voix les textes classiques, dont son étudiant enflammé est un connaisseur. Elle impose bientôt un rituel digne de Philippe Sollers : lire puis jouir. Association libératoire du sexe et du livre, de l'extase et du phrasé, qui échappe d'ailleurs à nos tâcherons de l'adaptation sur mesure.

Cette histoire a deux volets. Le premier se clôt par la disparition subite de la femme, qui laisse son jeune courtisan blessé à jamais. Fêré de droit, ce dernier la retrouve des années plus tard, lors du procès de cinq criminelles de guerre. Il reconnaît Hanna parmi ces femmes kapos, accusées d'avoir envoyé des juives à la mort. Et comprend son secret : Hanna est analphabète. Elle préfère d'ailleurs se faire condamner à la prison à perpétuité plutôt que d'avouer ce qui l'innocenterait partiellement : qu'elle ne sait ni lire ni écrire.

Le livre avait suscité des polémiques. L'écrivain Cynthia Ozick reprocha à Schlink d'avoir disculpé son héroïne en la rendant analphabète. Ce couplet sur le caractère rédempteur de la culture est, il est vrai, assez hypocrite : on connaît des bourreaux aux goûts artistiques délicats. Pour le romancier, il s'agit d'une réflexion sur la culpabilité, sentiment pouvant paralyser les non-coupables, en l'occurrence ici les fils endossant la faute des pères. Devenu un homme sentimentalement perturbé, Michael est confronté à la culpabilité d'avoir aimé une criminelle. Hanna se sent coupable d'être inculte. Durant le procès, la balance judiciaire pèse le poids de la culpabilité collective (celle d'un pays qui connaissait l'existence des camps) par rapport à la culpabilité individuelle (celle des gardiens, des SS, boucs émissaires).

UNE MALADRESSE QUI FAIT SENS

"Ce que nous pensons n'a aucune importance, ce qui compte c'est ce que nous faisons", dit quelqu'un. Ce que nous montrons, pourrait-on ajouter en guise de commentaire sur le film. Anthony Minghella (réalisateur du *Patient anglais*) et Sydney Pollack s'investirent beaucoup dans le projet de ce film, comme producteurs, avant de mourir l'un et l'autre. Le réalisateur Stephen Daldry et son scénariste, David Hare, sont bien conscients qu'un tel sujet sensible n'autorise pas d'ambiguïté. Et pourtant, *The Reader* dérape.

D'abord à cause du système. Cet engrenage des enjeux économiques qui exige une star (Daldry génère des Oscars : celui de la meilleure actrice pour Nicole Kidman en Virginia Woolf dans *The Hours*, et pour Kate Winslet ici), une musique redondante, et qui fait parler anglais des gens que tourmente une culpabilité allemande, une héroïne allemande dont le drame est d'être incapable de posséder sa langue (on voit les lettres, les pages des livres en anglais !).

Pire : toute image se doit d'être irréprochable, sans double lecture douteuse, dans cette délicate entreprise consistant à nous faire réfléchir sur les responsabilités de l'holocauste en nous montrant une femme kapo comme une victime, femme plutôt altruiste, et qui s'est engagée dans la SS à seule fin de trouver du travail. Or, à la fin du film, Stephen Daldry enchaîne deux plans. D'abord la sombre et misérable cellule de prison où croupit Hanna jusqu'à sa mort, puis le luxueux appartement new-yorkais où vit une juive rescapée du camp où "travaillait" Hanna.

On lui accorde volontiers qu'il s'agit d'une maladresse, mais cette succession d'images fait sens, et fait son ravage : celui d'un antisémitisme insidieux, créé par le rapport des scènes, du "raccord". Les clichés peuvent être inoffensifs, pas celui-ci : ce passage brutal - qui n'était pas dans le roman - suggère une inversion du statut de la victime. C'est sans s'en rendre compte que Daldry illustre la banalité du mal.

<http://www.lefigaro.fr/cinema/2009/07/15/03002-20090715ARTFIG00011-stephen-daldry-8220le-liseur8221-c-est-la-banalite-du-mal-.php>

Stephen Daldry : «?Le Liseur?, c'est la banalité du mal»

• Par Propos recueillis par Emmanuèle Frois

• Publié le 15/07/2009 à 11:44

INTERVIEW - L'adaptation du best-seller de Bernhard Schlink par le réalisateur de «Billy Elliot» et de «The Hours» a valu un oscar mérité à Kate Winslet.

The Reader Drame de Stephen Daldry avec Kate Winslet, Ralph Fiennes, David Kross. Durée : 2 h 03.

Dans ce film, Kate Winslet est Hanna Schmitz, une femme de 36 ans qui initie aux jeux de l'amour un adolescent auquel elle a caché son passé de criminelle de guerre nazie. «C'est une histoire d'amour complexe ainsi qu'une odyssée dans l'Allemagne d'après-guerre, sans rédemption ni pardon», confie le cinéaste anglais Stephen Daldry. Actuellement à New York, celui-ci surveille la production de la comédie musicale Billy Elliot inspirée de son film et composée par son ami Elton John, à l'affiche depuis novembre dernier à Broadway.

LE FIGARO. - Quand avez-vous découvert Le Liseur de Bernhard Schlink ?

Stephen DALDRY. - Il y a trois ans, lors d'un voyage en train. Je l'ai lu d'une traite et il m'a si profondément bouleversé que j'ai immédiatement souhaité le porter à l'écran. J'ai découvert que mon ami Anthony Minghella en avait acquis les droits avec son associé Sydney Pollack et qu'il tenait à le réaliser.

Et alors ?

J'ai fait le siège de leur maison de production et, par bonheur, je suis arrivé à mes fins. Anthony Minghella développait de nombreux autres projets et ne trouvait pas le temps de s'atteler à ce film malgré le désir impérieux qu'il en avait. Alors, se sentant responsable vis-à-vis de Bernhard Schlink, m'a finalement laissé l'adapter avec mon complice, le dramaturge et scénariste David Hare avec lequel j'ai travaillé sur *The Hours* et de nombreuses pièces de théâtre. Nous fonctionnons comme un vieux couple ! Hélas, ni Minghella ni Pollack, tous deux décédés en 2008, n'auront vu le film.

Bernhard Schlink, professeur de droit, juge et romancier, laisse planer le doute à propos du Liseur. Dans quelle mesure cette œuvre est-elle autobiographique ?

À l'invitation de Bernhard Schlink, David Hare et moi nous sommes rendus à Heidelberg. Sur les traces de son héros, le jeune Michael Berg. Le romancier nous a fait visiter sa ville, nous montrant la maison de son enfance, le chemin qu'il prenait pour aller à l'école, l'endroit où avait vécu Hanna ? Il y a donc beaucoup d'éléments du récit qui sont, de toute évidence, autobiographiques. Mais a-t-il eu adolescent, comme Michael, une histoire d'amour dans l'Allemagne d'après guerre, avec Hanna, une femme de 36 ans, dont il apprend plus tard, par hasard, qu'elle a été une gardienne de camp nazi ? Cela, il ne le dit pas.



Parce que vous lui avez demandé ?

Bien sûr ! Et à plusieurs reprises. Mais il ne m'a jamais répondu.

Que pensez-vous de son silence ?

Je ne sais pas. Et finalement peu m'importe. C'est son secret.

C'est Nicole Kidman qui, au départ, devait interpréter Hanna ?

Nous avons tourné un tiers du film lorsqu'elle a appris qu'elle était enceinte et ne pouvait donc prendre le risque de venir nous rejoindre sur le tournage. Mais la vie fait finalement très bien les choses. À l'origine, j'avais demandé à Kate Winslet d'incarner Hanna, mais, à l'époque, elle n'était pas libre. Et c'est à elle que Bernhard Schlink pensait également.

Comme le livre, le film traite de la culpabilité collective après la guerre.

Pour la génération de Bernhard Schlink qui est né en 1944, cette question est cruciale. Michael l'exprime très bien dans le roman, « sur le banc des accusés, nous mettons la génération qui s'était servie de ces gardiens et de ces bourreaux, ou qui ne les avait pas empêchés d'agir, ou qui ne les avait pas rejetés, au moins, quand elle l'aurait dû après 1945 : c'est elle que nous condamnions, par une procédure d'élucidation du passé, à la honte ».

Le malaise et la force du Liseur viennent du fait que Bernhard Schlink évite toute notion de rédemption ou de pardon.

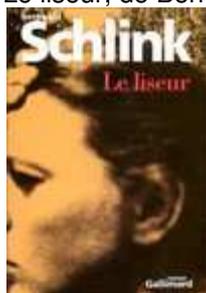
Il est impossible de pardonner Hanna. Chacun des choix de son existence est lié à son lourd secret, l'illettrisme. Gardienne de camp à Auschwitz, elle ne portera aucun secours, lors d'un convoi, à des déportées enfermées dans une église en feu. Elle n'ouvrira pas les portes et laissera ces femmes brûler vives. La machine infernale du génocide implique des gens ordinaires qui commettent des crimes impardonnables. C'est la banalité du mal.

Dès sa parution le roman est devenu un best-seller tout en déclenchant une polémique en Allemagne.

Bernhard Schlink parle des bourreaux et non des victimes, il y a inévitablement controverse. Et puis, on éprouve à l'égard d'Hanna, criminelle de guerre nazie, des sentiments diffus et ambigus. Après le procès et sa condamnation à perpétuité Michael espérait, en lui apprenant à lire, lui faire prendre conscience de ses actes, qu'elle ait des remords. Mais, même emprisonnée, elle en est incapable. Et c'est sa tragédie. Dans le film, elle dit « peu importe ce que je ressens, peu importe ce que je pense, ça ne ramènera pas les morts ».

23 décembre 2005

Le liseur, de Bernhard Schlink



Il existe des livres dont la lecture revient à se plonger dans la mémoire et l'histoire d'un pays et d'un peuple, et à découvrir un récit inexorablement lié à cette mémoire. C'est le cas ici pour *Le liseur*, de l'écrivain-juge allemand Bernhard Schlink, auteur de romans policiers et né en 1944.

L'histoire du *Liseur* ? Est-elle finalement si capitale que cela pour comprendre le roman, se demande-t-on tout d'abord ; puis on conclut que la conclusion et la réflexion de Schlink n'auraient pu être faits sans elle. Ayant par hasard fait sa connaissance, Michaël Berg devient follement amoureux à quinze ans d'une femme vingt ans plus vieille que lui, Hanna. Pendant six mois, il se donnent rendez-vous quotidiennement, chez elle, où Michaël lui fait, chaque jour, la lecture à haute voix : cela devient un rituel entre eux deux, jusqu'au jour où, plus mystérieuse que jamais, Hanna disparaît sans laisser de traces. Les années passent, Michaël étant étudiant en droit, et il la reconnaît, accusée dans un procès.

Le roman est très bien écrit de bout en bout, Bernhard Schlink raconte l'histoire terrible de Michaël et Hanna avec beauté. *Le liseur* est terrible par ce que le lecteur y découvre : Hanna fut gardienne dans un camp nazi, accusée lors du procès, avec d'autres, d'avoir laissé à la mort des déportées enfermées dans une église ; *Le liseur* est beau par le style employé, mais surtout par son intelligence, par celle de l'auteur : comment évoquer le passé nazi de l'Allemagne ? Que doivent faire les générations futures face aux crimes des anciennes ? L'Allemagne devra-t-elle éternellement être pointée du doigt comme criminelle contre l'humanité ? Les Allemands dans leur totalité devront-ils porter la faute, le crime ? Bernhard Schlink ne se contente pas de poser des questions : il montre la difficulté qu'ont les Allemands pour évoquer le nazisme, analyse véritablement le nazisme et la mémoire. « En même temps, je me demande, et je commençais déjà à me demander à l'époque ce que devrait, ce que doit faire en vérité ma génération, celle de gens vivants à une époque ultérieure, des informations sur les atrocités de l'extermination des juifs. Nous ne devons pas nous imaginer comprendre ce qui est inconcevable ; nous n'avons pas le droit de comparer ce qui échappe à toute comparaison ; nous n'avons pas le droit de questionner, car celui qui le fait, même s'il ne met pas les atrocités en doute, en fait néanmoins un objet de communication, au lieu de les prendre comme une chose devant laquelle on ne peut que s'imposer le silence de l'horreur, de la honte et de la culpabilité. » écrit Michaël. C'est un Allemand qui parle, qui parle de son pays et de son histoire, qu'il faut reconnaître, mais ne pas en faire un blocage constant.

C'est juste, et formidablement intelligent ; Bernhard Schlink ne tombe pas dans la facilité, ce n'est ni tout noir ni tout blanc nous dit-il : l'histoire de Hanna prouve bien cette perception de la vie. Mais les passages les plus importants du *Liseur* sont sans conteste ceux sur la mémoire allemande après Auschwitz, ainsi que ceux où Michaël se rend dans un camp de concentration – son échange avec un automobiliste est à remarquer. « Tout comme celui qui, dans un camp de concentration, a survécu mois après mois et s'est habitué, et enregistre froidement l'horreur qu'éprouvent les nouveaux arrivants. La perception qu'il en a est anesthésiée, comme celle qu'il a des morts et des meurtres quotidiens. Tous les textes des survivants témoignent de cette anesthésie, qui réduit les fonctions vitales, induit un comportement indifférent et sans scrupule, banalise le gaz et les fours. Et dans les maigres témoignages des bourreaux aussi, chambres à gaz et fours crématoires apparaissent comme un environnement banal, et les auteurs des atrocités sont eux-mêmes réduits à quelques fonctions, comme si, dans leur indifférence bornée et sans scrupule, ils étaient anesthésiés ou ivres. » Nous sommes, avec *Le liseur*, au coeur de la « banalisation du mal » de Hannah Arendt.

Le liseur, de Bernhard Schlink. Traduit de l'allemand par Bernard Lortholary. (GALLIMARD « Du monde entier ») 14,50 €

<https://www.welt.de/geschichte/article190255871/Versailler-Vertrag-Rachsuechtiges-Diktat-Der-Frieden-den-niemand-wollte.html>

GESCHICHTEVERSAILLER VERTRAG

„Rachsüchtiges Diktat“ - Der Frieden, den niemand wollte

Im Gegensatz zum Westfälischen Frieden 1648 oder dem Frieden von Wien 1815 begründete Versailles 1919 keine stabile Ordnung Europas. Hass trieb viele Entscheidungen voran, mit weltweiten Folgen.

13.03.2019 | Lesedauer: 4 Minuten

Von Christoph Arens



Die Unterzeichnung des Vertrages im Spiegelsaal von Versailles – nach William Orpen

Quelle: Wikipedia/Public Domain

Es war eine Demütigung sondergleichen: Als die deutschen Minister Hermann Müller und Johannes Bell am 28. Juni 1919 im Spiegelsaal von Versailles ihre Unterschriften unter den Versailler Vertrag setzten, mussten sie eine Gruppe verstümmelter französischer Soldaten passieren – Gesichtsverletzte mit Schädelbinden, fehlenden Nasen und zerschossenen Kiefern.

„Kein Zweifel: Von den verstümmelten Soldaten sollte keine Botschaft des Friedens ausgehen“, schreibt der Marburger Historiker Eckart Conze in seinem neuen Buch „Die Große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt“. Sie sollten den deutschen Kriegsverlierern vor den Augen der Welt die alleinige moralische Schuld zuweisen.

Das tat auch der Friedensvertrag, in dessen Artikel 231 es heißt, „dass Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben“. Nicht umsonst bezeichnet Papst Benedikt XV. das Vertragswerk als „rachsüchtiges Diktat“ und forderte Gerechtigkeit für die besiegten Mittelmächte.



Die deutsche Delegation bei der Unterzeichnung des Friedensvertrages

Quelle: picture alliance / United Archives/WHA

Westfälischer Friede von 1648 und Wiener Kongress 1815: Die beiden großen europäischen Friedensschlüsse der Neuzeit schufen eine lang währende stabile Ordnung. Der Versailler Vertrag aber war schon 20 Jahre später Makulatur. Und noch mehr: Es war ein von allen Seiten ungeliebter Friedensschluss, der für viele dem Aufstieg Hitlers den Boden bereitete. „Auf allen Seiten ging auch nach dem Waffenstillstand der Krieg in den Köpfen weiter“, schreibt Conze. „Versailles – das war der Frieden, den keiner wollte.“

Conze warnt vor Kurzschlüssen. Der Weg zu Hitler sei keineswegs zwangsläufig gewesen; die Weimarer Republik habe durchaus eine Erfolgchance gehabt. Und er wendet sich gegen eine zu sehr auf Westeuropa fixierte Sichtweise. Denn der Versailler Vertrag und die weiteren Pariser Vorortverträge – der Vertrag von Saint-Germain mit Österreich 1919, der Vertrag von Trianon mit Ungarn 1920, der Vertrag von Sèvres mit dem Osmanischen Reich 1920 – hatten weltweite Auswirkungen.

Foreign Office,
November 2nd, 1917.

Dear Lord Rothschild,

I have much pleasure in conveying to you, on behalf of His Majesty's Government, the following declaration of sympathy with Jewish Zionist aspirations which has been submitted to, and approved by, the Cabinet

"His Majesty's Government view with favour the establishment in Palestine of a national home for the Jewish people, and will use their best endeavours to facilitate the achievement of this object, it being clearly understood that nothing shall be done which may prejudice the civil and religious rights of existing non-Jewish communities in Palestine, or the rights and political status enjoyed by Jews in any other country"

I should be grateful if you would bring this declaration to the knowledge of the Zionist Federation.

BALFOUR-DEKLARATION

„Vielleicht unternahm die Pariser Friedenskonferenz von vornherein etwas Unmögliches“, zitiert der Marburger Experte für deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert den Publizisten Sebastian Haffner. Gründe für das Scheitern gibt es viele: Da gab es einerseits die große Friedenssehnsucht und die illusionären Hoffnungen, dass nach dem mörderischsten Krieg der Geschichte endlich eine stabile Ordnung geschaffen würde. Doch da war andererseits der immense Hass zwischen den nationalistisch aufgeheizten Gesellschaften, die Vergeltung wollten, auch in Form exorbitanter Reparationen.

Anders als die Friedensschlüsse von Münster/Osnabrück und Wien, wo Politiker und Diplomaten hinter verschlossenen Türen verhandelt hatten, fanden die Versailler Friedensverhandlungen vor einer aufgeheizten Öffentlichkeit statt. „Frieden schließen nach totem Krieg, dafür gab es keine Vorbilder“, schreibt Conze.



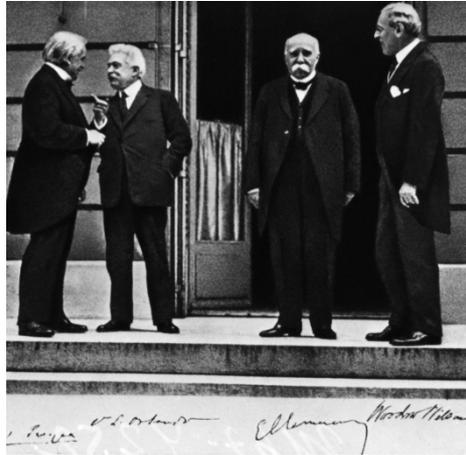
Der Spiegelsaal war bewusst gewählt worden, weil hier 1871 das Deutsche Kaiserreich proklamiert worden war

Quelle: picture alliance / United Archives/WHA

Zugleich stand die Welt in Versailles vor einem ganzen Bündel von Problemen: Der Zerfall des Osmanischen Reichs, der Habsburger Monarchie und Russlands löste zusammen mit dem insbesondere vom amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson propagierten Selbstbestimmungsrecht der Völker eine Welle von Nationalismus, ethnischen Auseinandersetzungen und die Gründung neuer

Nationalstaaten aus. Bis heute zeigen sich die Folgen etwa auf dem Balkan, in Palästina, dem Irak oder zwischen der Türkei und Griechenland.

Dramatische Auswirkungen hatte Versailles auch auf die koloniale Welt. Die Auflösung des deutschen Kolonialreichs und das Ende der osmanischen Herrschaft über weite Teile des Nahen und Mittleren Ostens weckten bei den Bevölkerungen Hoffnungen auf Selbstbestimmung. Sie wurden enttäuscht, weil Frankreich und England diese Regionen in ihr eigenes Kolonialreich eingliederten. Mittelfristig führte das zu einer Stärkung der Unabhängigkeitsbewegungen.



Die großen Vier (v. l.): David Lloyd George (UK), Vittorio Emanuele Orlando (Italien), Georges Clemenceau (Frankreich), Woodrow Wilson (USA)

Quelle: picture alliance / Ria Novosti/Sputnik/dpa

Die Versailler Friedensordnung, die die großen vier – neben Wilson der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau, der britische Premier David Lloyd George und der italienische Ministerpräsident Vittorio Emanuele Orlando – in wenigen Monaten manchmal geradezu hemdsärmlich oktroyierten, erwies sich als instabil und kurzlebig. Zu ihrer Zerstörung trug auch bei, dass Kongress und Öffentlichkeit der USA nicht bereit waren, die von ihrem Präsidenten wesentlich mit geschaffene Ordnung zu stabilisieren, etwa im Völkerbund. Das sollte sich nach der Kapitulation des Dritten Reiches 1945 ändern.

Conze sieht – bei aller Vorsicht – Ähnlichkeiten zu heute. Eine USA, die sich unter Präsident Donald Trump aus internationalen Organisationen zurückziehen, der Wiederaufstieg von Populismus und Nationalismus in Europa und eine tiefe Vertrauenskrise: Geschichte wiederholt sich nicht, aber die Parallelen sind nicht zu übersehen.

Eckart Conze: „Die Große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt“. (Siedler, München. 560 S., 30 Euro)

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mehr-wirtschaft/gender-pay-gap-warum-verdienen-frauen-weniger-als-maenner-16093149.html>

UNTERSCHIEDE BEIM GEHALT:

Warum Frauen so wenig verdienen

- VON PATRICK BERNAU (TEXT) UND JENS GIESEL (GRAFIK)
- -AKTUALISIERT AM 18.03.2019-08:06

Frauen werden in der Arbeitswelt diskriminiert – so heißt es oft. Doch die wichtigeren Gründe für die Gehaltsunterschiede zwischen Männern und Frauen liegen im Privatleben.

Wie es an diesem Montag in Deutschland klingt, das kann jeder schon auswendig. „Frauen werden unfair bezahlt“, wird es dann heißen. Denn an diesem Montag ist „Equal Pay Day“, also der Tag, bis zu dem Frauen unentgeltlich gearbeitet haben, während die Männer schon seit dem ersten Tag des Jahres ordentlich verdienen. So wird die amtliche Statistik allgemein interpretiert.

Keine Frage: Frauen bekommen weniger. Im Durchschnitt verdienen Frauen 17,09 Euro je Stunde, Männer 21,60 Euro. Woran das liegt, dazu gibt es eine Geschichte, die immer wieder erzählt wird und die Frauen eine Opferrolle zuweist. Sie geht in etwa so: Die Chefs in den Unternehmen sind meistens Männer. Die wissen die Arbeit der Frauen nicht zu schätzen, auch weil die oft so bescheiden auftreten. Also bekommen die Frauen weniger Gehalt. Hat nicht erst ein Fall bei der Investmentbank UBS gezeigt, dass arbeitende Mütter jahrelang weniger Bonus bekamen?

Das führt dazu, dass die Frauen weniger Geld in die Familie einbringen als der Mann. Also müssen sie sich zu Hause um die Kinder kümmern, während der Mann Karriere machen darf. Sogar wenn die Frau mehr arbeiten würde, hätte sie nur mehr Stress: Die Hausarbeit und die Organisation der Familie bleiben ohnehin an ihr hängen, weil sich die Männer erfolgreich drücken. Auch das Ehegattensplitting trägt dazu bei, dass sich eine richtige Berufstätigkeit der Frau nicht rechnet. All das könnte sich ändern, wenn nur mehr Frauen in den Vorständen und Aufsichtsräten der Unternehmen vertreten wären.

So geht die eine Erzählung. Es gibt aber auch noch eine andere. Die läuft so: Junge Frauen verdienen in den gleichen Berufen ungefähr genauso viel wie Männer. Weniger wird es nur, wenn sie sich für schlechter bezahlte Berufe entscheiden. Sie haben eben noch andere Werte als Geld. Oft heiraten sie aber Männer, die ein kleines bisschen älter sind und einen lukrativeren Beruf haben. Deshalb verdienen sie weniger als ihr Ehemann. An die Erziehung der Kinder stellen sie hohe Anforderungen, also übernehmen sie den Großteil der Kinderbetreuung.

Während die Frauen nur noch Teilzeit arbeiten, machen die Männer Überstunden und holen sich die Lohnerhöhungen. Zwar haben die Unternehmen sich schon längst zum Ziel gemacht, Frauen zu fördern – hat nicht selbst Google gerade erst festgestellt, dass Frauen auf vergleichbaren Positionen mehr verdienen als Männer? Doch im Karriere-entscheidenden Alter zwischen 30 und 40 haben sich viele gute Frauen selbst aus dem Rennen genommen, sie arbeiten ja nur noch 60 Prozent. So werden zur allgemeinen Überraschung trotzdem immer wieder die Männer befördert.

Die Entscheidung über das Gehalt fällt im Privatleben

Beide Erzählungen enthalten ein Korn Wahrheit, doch am Equal Pay Day am Montag wird die erste Erzählung die Debatte dominieren. Dabei ist die zweite Erklärung viel näher an der Wahrheit, als ihr politisch zugestanden wird. Dass Frauen weniger verdienen als Männer – diese Entscheidung wird eher im Privatleben als bei der Arbeit getroffen.

Das zeigt schon die bekannteste Analyse der Gehaltsunterschiede. Seit Jahren spricht Deutschland über den Unterschied zwischen der „Lohnlücke“ und der „bereinigten Lohnlücke“: Frauen verdienen

je Arbeitsstunde über 20 Prozent weniger als Männer, meldet das Statistische Bundesamt. Doch wenn die Statistiker vergleichen, wie viel Frauen auf vergleichbaren Stellen verdienen, dann landet man plötzlich bei „höchstens sechs Prozent“ Lohneinbußen für Frauen – die sogenannte bereinigte Lohnlücke.

Doch selbst diese Zahl überschätzt die Gehaltsunterschiede kolossal. Denn die Statistik hat einen wichtigen Mangel: Sie weiß nicht, ob jemand Elternzeit genommen hat. Sie weiß nur, wann die Leute angefangen haben zu arbeiten. Sie vergleicht also nach zehn Jahren oft Männer mit zehn Jahren Berufserfahrung und Frauen mit ein paar Jahren Berufserfahrung und ein paar Jahren Elternzeit. Kein Wunder, dass Frauen da weniger verdienen.

Am Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitut hat deshalb die Ökonomin Christina Boll mit Kollegen andere Daten gesucht und die Lohnlücke noch einmal berechnet. Sie stellte fest: Mehr als fünf Prozentpunkte der Lohnlücke gehen darauf zurück, dass Frauen weniger Berufserfahrung haben als Männer. Übrig bleibt in dieser Rechnung eine Gehaltslücke von rund zwei Prozent. Egal, wie man es misst: Die Gehaltsunterschiede sind anfangs klein und wachsen erst nach dem 30. Geburtstag, also wenn die Kinder kommen.

In Westdeutschland ist beliebt, dass Frauen nur Teilzeit arbeiten

Und warum sind es in Deutschland so oft die Frauen, die Elternzeit nehmen und Teilzeit arbeiten? Das wurde an einem Freitagmorgen Anfang des Jahres in Atlanta deutlich. Im sehr futuristischen Marriott-Hotel trafen sich in einem fensterlosen kleinen Konferenzraum Ökonomen aus der ganzen Welt, die die Bezahlung von Männern und Frauen erforschen. Dort wurde verglichen, was mit Frauen geschieht, wenn sie Kinder bekommen. Schweden, Österreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten wurden analysiert – doch nirgends verloren die Frauen in den Jahren nach ihrer ersten Geburt so viel Gehalt wie in Deutschland. Mütter verzichten in Deutschland durchschnittlich auf mehr als die Hälfte des weiteren Gehaltes – wegen Elternzeiten, Teilzeitarbeit und verlorenen Karrierechancen.

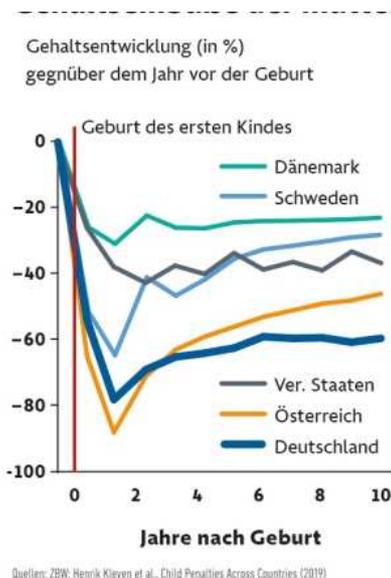


Bild: F.A.Z.

Liegt das nur daran, dass Plätze in deutschen Kinderkrippen so rar sind? Nein, glaubt Josef Zweimüller, Volkswirt an der Universität Zürich, der diesen Vergleich mit erarbeitet hat. Er weiß: Wie sich die Gehälter von Frauen entwickeln, hängt von den gesellschaftlichen Vorstellungen in den

Ländern ab. Und die sind in Deutschland oft ganz klar: Wenn Frauen Nachwuchs haben, arbeiten sie weniger.

Dass Frauen mit Schulkindern Vollzeit arbeiten – im Vorzeigeland der Gleichberechtigung, in Dänemark, finden das 76 Prozent der Bürger gut. Selbst unter den katholischen Iren finden noch 41 Prozent, dass Mütter Vollzeit arbeiten sollten. In Westdeutschland aber liegt die Zustimmung nur bei 22 Prozent – und zwar bei Männern und Frauen gleichermaßen. Der Grund, aus dem viele Frauen für die Kinder zu Hause bleiben, ist einfach: Deutschland will das so. Zumindest der Westen. In Ostdeutschland findet Vollzeitarbeit eine gesellschaftliche Mehrheit, dort ist auch die Gehaltslücke deutlich niedriger.

Es zeigt sich ein großer Unterschied zwischen den Forderungen von Familienpolitikerinnen und den Prioritäten der Westdeutschen. Mancher ist erst zufrieden, wenn Frauen genauso viel verdienen, also auch genauso arbeiten wie Männer. Dabei ist das vielen Frauen offenbar gar nicht so wichtig, wenn sie im Gegenzug Zeit mit der Familie haben können.

Vor zwei Jahren hat die SPD durchgesetzt, dass Unternehmen auf Anfrage Gehaltsvergleiche zwischen Männern und Frauen offenlegen müssen. Das fällt nicht immer leicht, aber bis heute haben die Deutschen diese Möglichkeit kaum genutzt. Eine Evaluation des Gesetzes steht noch aus, doch von großen Diskriminierungen weiß das Familienministerium bisher nicht zu berichten. Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund nennt keine. Stattdessen fordert die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack: „Betriebe müssten verpflichtet werden, ihre Entgeltpraxis zu überprüfen.“ Sie glaubt: Dass es so wenige Frauen in Vorständen gebe, liege daran, dass die keine Chance bekämen.

Die statistische Lohnlücke schrumpft so schnell nicht

Das erzählen Praktiker anders. Die Unternehmen suchen schon teils verzweifelt nach geeigneten Frauen. „Frauen können an der Spitze der Unternehmen inzwischen teilweise mehr verdienen als Männer“, sagt Christian Böhnke, der als Headhunter bei „Hunting Her“ speziell nach Frauen sucht, „jedenfalls wenn sie gut verhandeln.“ Nur die Verhandlung laufe nicht immer gut. Er erzählt: Vor kurzem rief ihn eine Frau an, die auf ihrer alten Stelle mehr als 300.000 Euro im Jahr verdient habe. Als er sie gefragt habe, was sie künftig verdienen wolle, rückte sie in einem fünfminütigen Monolog von ihren Gehaltsvorstellungen immer weiter ab – bis sie bei 200.000 Euro ankam, „wenn wirklich alles andere passt“. Böhnkes Fazit: „Frauen ködert man nicht, indem sie sich einen 7er-BMW statt eines 5ers als Firmenwagen zulegen können.“

Falls also Frauen und Männer unterschiedlich arbeiten wollen, wie viel Zwang darf der Staat dann ausüben, um das anzugleichen? Die Frage könnte theoretisch bleiben. Headhunter Böhnke stellt fest, dass Unternehmen im Kampf um gutes Personal sowieso ihre Arbeitsbedingungen so verändern, dass sie auch Wünschen der Frauen entgegenkommen.

Eines allerdings wird sich trotzdem so schnell nicht bessern: die statistische Lohnlücke. Die zeigt nämlich die Löhne sämtlicher arbeitender Deutscher, auch der 60-jährigen, deren Karriereentscheidungen schon vor Jahrzehnten gefallen sind. Am Statistischen Bundesamt hat der zuständige Gruppenleiter Martin Beck ausgerechnet: Selbst wenn junge Männer und Frauen von jetzt an immer gleich viel verdienen und man die Lohnlücke in fünf Jahren noch mal ermittelt – „da wird sich nicht viel verändern.“

18. März 2019, 08:33 Uhr

Equal Pay Day

Wenn unfaire Bezahlung frustet

- Der Equal Pay Day erinnert an die nach wie vor hohe Gehaltslücke zwischen Männern und Frauen.
- Gemessen am Jahreseinkommen der Männer haben Frauen bis zum 18. März quasi unentgeltlich gearbeitet.

Von *Larissa Holzki und Henrike Roßbach, Berlin*

An diesem Montag wird Bundesfrauenministerin Franziska Giffey (SPD) Frauen und Männer auf Sockeln besichtigen. Nicht im Museum, sondern vor dem Brandenburger Tor, denn der Deutsche Gewerkschaftsbund hat zu einer Performance in Sachen Equal Pay Day geladen. Verkleidet als Bauingenieurin, Sozialpädagogin, Konditorin, Bürokauffrau und Chemiarbeiterin werden Frauen auf unterschiedlich hohen Podesten stehen, die ihr Gehalt symbolisieren - neben sich jeweils ein Mann einige Stufen höher. Denn nach wie vor verdienen Männer hierzulande 21 Prozent mehr als Frauen. An diese Lücke erinnert der Equal Pay Day am 18. März: Gemessen am Jahreseinkommen der Männer haben Frauen bis zu diesem Tag quasi unentgeltlich gearbeitet.

Allerdings handelt es sich bei den 21 Prozent um eine "unbereinigte" Gehaltslücke. Dem Statistischen Bundesamt nach verdiente eine Frau im vergangenen Jahr im Schnitt 17,09 Euro in der Stunde, ein Mann 21,60 Euro. Nicht berücksichtigt ist allerdings, dass Frauen längere Kinderpausen machen, häufiger in Teilzeit arbeiten und seltener Führungspositionen erreichen. Tendenziell wählen Frauen zudem schlechter bezahlte Branchen und Berufe. So finden sich mehr Männer in gut bezahlten technischen Berufen in der Industrie, aber mehr Frauen in schlecht bezahlten sozialen Berufen und im Dienstleistungssektor.

Werden solche Faktoren herausgerechnet, bleibt eine bereinigte Lohnlücke übrig. Bei "vergleichbarer Tätigkeit und äquivalenter Qualifikation" verdienen Frauen dem Statistischen Bundesamt nach immer noch sechs Prozent weniger als Männer. Zu berücksichtigen ist bei der Rechnerie aber, dass Frauen finanziell nachteilige Karriereentscheidungen nicht immer freiwillig treffen; auch fehlende Kinderbetreuung oder gesellschaftliche Normen spielen eine Rolle. Arbeitgeberpräsident Steffen Kampeter forderte am Wochenende "Schluss mit Ideologiedebatten um verzerrte Zahlen". Notwendig seien eine "klischeefreie Studien- und Berufsorientierung" und eine "bedarfsgerechte Ganztagskinderbetreuung in Kita und Schule".

Ministerin Giffey betonte, dass 21 Prozent Lohnunterschied am Ende zu 53 Prozent Rentenunterschied führten. "Das ist inakzeptabel und muss geändert werden." Notwendig seien auch "rechtliche Rahmenbedingungen, um das zu ändern". Als Beispiel nannte sie Sanktionen für Firmen, die trotz Verpflichtung keine Zielgröße für Frauen im Vorstand melden oder ohne Begründung "null Frauen" als Ziel nennen. Wichtig sei zudem die Aufwertung sozialer Berufe. Auch Unionsfraktionsvize Nadine Schön setzt auf eine Aufwertung dieser Berufe, auf eine partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbsarbeit, Haushalt und Kinderbetreuung und auf "Führen in Teilzeit".

"Wenn wir gleiche Rechte für alle wollen, dann müssen Gesetze auch alle Betroffenen erfassen"

Problematisch ist auch die mangelnde Transparenz. In Schweden sind Steuererklärungen öffentlich. In Deutschland wissen dagegen Frauen oft nicht, ob sie beim Gehalt diskriminiert werden. Eigentlich sollte das Entgelttransparenzgesetz aus der vergangenen Legislaturperiode für Besserung sorgen. Der Auskunftsanspruch über das Gehalt des Kollegen in gleicher Position aber wird wenig in Anspruch genommen. Mit ein Grund: Mehr als die Hälfte aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiten in Betrieben mit höchstens 200 Mitarbeitern; das hat sich die stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion, Susanne Ferschl, vom Statistischen Bundesamt ausrechnen lassen. Diese Unternehmen aber sind von der Auskunftspflicht ausgenommen. "Wenn wir gleiche Rechte für alle wollen, dann müssen Gesetze auch alle Betroffenen erfassen", sagte Ferschl der SZ. Giffey verwies auf die geplante Überprüfung des Entgelttransparenzgesetzes. "Danach entscheiden wir, ob und wie nachgesteuert wird."

Auch jenseits der Politik finden sich Befürworter strengerer Transparenzregeln. Wer Firmenwagen an seine Lieblingsmitarbeiter verteilt, ließe das bleiben, sobald er das vor der gesamten Belegschaft rechtfertigen muss, sagt etwa der ehemalige Adidas-Personalchef Matthias Malessa. Timo Lehne, Geschäftsführer der Personalberatung SThree, rät zur Bezahlung nach einem offenen Vergütungssystem: Jeder, der eine bestimmte Funktion auf einem bestimmten Level ausübt, soll das gleiche Gehalt bekommen. Zusätzlich könnten leistungsabhängige Boni in einem bestimmten Rahmen vereinbart werden. "Viele Firmen wollen Gehälter geheim halten, um Wunschmitarbeiter flexibel zu besseren Konditionen einstellen zu können", sagt er. "Aber wenn herauskommt, dass unfair bezahlt wird, ist der Frust groß."

<https://www.faz.net/aktuell/beruf-chance/campus/bildung-immer-mehr-schueler-fallen-durchs-abitur-16108614.html>

BILDUNG:

Immer mehr Schüler fallen durch das Abitur

-
- 26.03.2019-10:07
-

Das Abitur ist die wichtigste Prüfung im Leben vieler junger Leute. Denn die Note entscheidet, wo und was sie studieren können. Jetzt zeigt eine Auswertung: Mehr und mehr Schüler schaffen die Prüfung gar nicht.

Enttäuschung: In Deutschland rasseln wieder mehr Schüler durchs **Abitur**. In den vergangenen neun Jahren ist die Quote der nicht bestanden Prüfungen nahezu stetig gestiegen. Das zeigt eine Auswertung der Deutschen Presse-Agentur. Zuletzt scheiterte etwa einer von 26 Schülern bei der Prüfung.

Während im Abiturjahrgang 2009 laut **Kultusministerkonferenz** noch 2,39 Prozent der Schüler durchfielen, waren es 2017 schon 3,78 Prozent. Für 2018 liegen noch nicht aus allen Bundesländern Zahlen vor, die Tendenz bestätigt sich jedoch: In vielen Ländern stieg die Durchfaller-Quote abermals. Besonders hoch ist sie in Mecklenburg-Vorpommern, wo 2017 etwa jeder 14. Abitur-Prüfling scheiterte.

Dass mehr und mehr Schüler ihr Abitur nicht bestehen, könnte auch daran liegen, dass es immer mehr versuchen. So lag laut Statistischem Bundesamt etwa im Jahr 2017 der Anteil der 20- bis 24-Jährigen mit Abitur bei 53 Prozent. Unter den 60- bis 64-Jährigen verfügte laut der Statistikbehörde dagegen nur knapp ein Viertel über eine Fachhochschul- oder Hochschulreife.

Während immer mehr Schüler durchs Abitur fallen, wird aber bundesweit häufiger die Note 1,0 vergeben. Und fast jeder vierte Abiturient hatte 2017 eine 1 vor dem Komma. Die Ergebnisse der Abitur-Prüfungen werden also immer extremer. Doch insgesamt sind die Noten in den vergangenen Jahren etwas besser geworden, allerdings nicht stark. Den besten Notendurchschnitt gab es im Jahr 2017 in Thüringen mit 2,18, den schlechtesten in Niedersachsen mit 2,57.

25. März 2019, 07:52 Uhr

Deutsch-französisches Parlamentsabkommen

"Die Deutschen begrüßen uns jetzt immer mit Küsschen"

Erstmals kommen deutsche und französische Parlamentarier zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Der Abgeordnete Christophe Arend berichtet, was man schon voneinander gelernt hat - und warum Deutschland und Frankreich enger zusammenarbeiten sollten.

Interview von Nadia Pantel, Paris

Am Montag tagt in Paris zum ersten Mal die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung. Sie setzt sich aus 50 deutschen und 50 französischen Abgeordneten zusammen.

Christophe Arend, Abgeordneter aus dem Département Moselle in Lothringen, ist der französische Vorsitzende der deutsch-französischen Arbeitsgruppe, die das Parlamentsabkommen ausgearbeitet hat. Arend, der 2017 für die Regierungspartei La République en marche in die französische Nationalversammlung einzog, spricht mal deutsch, mal französisch. Vor allem erklärt er leidenschaftlich, warum er glaubt, dass Deutschland und Frankreich gewisse politische und gesellschaftliche Themen und Probleme gemeinsam angehen sollten.

SZ: Warum brauchen Frankreich und Deutschland ein deutsch-französisches Parlamentsabkommen?

Christophe Arend: Weil Frankreich und Deutschland heute vor Fragen stehen, die beide Länder betreffen und die gemeinsam gelöst werden müssen, innerhalb des Rahmens der Europäischen Union. Es ist schwierig, Europa zu verteidigen, wenn Deutsche und Franzosen sich schon schwertun, zusammenzuarbeiten. Wir Parlamentarier setzen uns zusammen, damit der deutsch-französische Motor wieder in Schwung kommt.

Bedeutet das, dass die Abgeordneten die Arbeit machen, die Ihr Präsident Emmanuel Macron und Bundeskanzlerin Angela Merkel nicht hinkriegen?

Nein. Es bedeutet zu akzeptieren, dass beide Seiten hinnehmen, dass man manchmal etwas tun muss, das wehtut, dass man Zugeständnisse machen muss. In Deutschland gilt das vielleicht für die Debatten um gemeinsame Waffenexporte. In Frankreich gilt es für das Budget. Die Sparpolitik, an die wir uns halten müssen, um das vereinbarte Defizit nicht zu überschreiten, die ist für uns ja auch schmerzhaft. Früher wurden Entscheidungen, die Frankreich und Deutschland betreffen, nur auf Ebene der Exekutive ausgehandelt. Die deutsch-französische Freundschaft ist aber nicht mehr einfach eine Frage der Außenpolitik.

Sie können als Parlamentarische Versammlung keine bindenden Entscheidungen treffen. Was ist der Nutzen Ihrer Arbeit?

Französische und deutsche Parlamentarier, die zusammen an einem Tisch sitzen und über Probleme und Lösungen diskutieren, das gab es noch nie. Das ist neu. Wir können nichts entscheiden, das stimmt. Aber wir

können Ideen entwickeln, die wir zurück in unsere jeweiligen Parlamente bringen. Heute will Deutschland, dass Frankreich aus der Atomenergie aussteigt. Und Frankreich will, dass Deutschland aus der Kohle aussteigt. Wir können jetzt entweder rufen: "Pfui, die französische Atomindustrie." Und: "Buh, die deutsche Kohleindustrie." Oder wir stellen fest, dass es am besten wäre, wenn Frankreich seine Abhängigkeit von der Atomenergie und Deutschland seine Abhängigkeit von den Kohlekraftwerken reduzieren würde. Beides ist schwierig, in beiden Fällen geht es auch um Arbeitsplätze. Man kann das als gemeinsame Herausforderung betrachten. In unserer Parlamentariergruppe besprechen wir aber nicht nur die ganz großen Fragen, wir kümmern uns auch um alltägliche Dinge.

Was haben Sie in der Zusammenarbeit von den Deutschen gelernt?

Wir Franzosen haben viel darüber gelernt, wie Deutschland funktioniert. Sogar Merkel kann ja im Bundestag mit abstimmen. Bei uns darf Macron noch nicht einmal die Nationalversammlung betreten. Der Bundestag hat eine größere Kontrolle über die Exekutive. Wir haben in der Zusammenarbeit mit dem Bundestag schon den Wunsch entwickelt, uns mehr zu emanzipieren.

Heißt das, die deutsch-französische Zusammenarbeit stellt ein Risiko für den Präsidenten dar - weil die Nationalversammlung mehr entscheiden will?

Nein, nein. Macron hat ja selbst eine Verfassungsreform vorgeschlagen, die der Nationalversammlung mehr Macht geben soll.

Und was haben sich die Deutschen von den Franzosen abgeschaut?

Die Deutschen begrüßen uns jetzt immer mit Küsschen. Und sie haben vielleicht auch gelernt, dass man gute Arbeit mit gutem Essen begleiten kann. Die Deutschen schauen generell sehr genau auf das, was die Franzosen machen. Ich würde mich freuen, wenn die Franzosen ebenso genau nach Deutschland schauen würden. Emmanuel Macron tut das bereits. Seine Sorbonne-Rede ist eine Liebeserklärung an Deutschland. Eine Liebeserklärung, auf die wir immer noch keine Antwort haben. Aber man muss auch nicht immer einer Meinung sein. Was tut man, wenn man die Dinge unterschiedlich sieht? Man dreht sich um und geht. Oder man setzt sich zusammen hin und erklärt, warum man nicht einverstanden ist. Wir haben jetzt 74 Jahre Frieden zwischen Frankreich und Deutschland, man muss diesen Frieden pflegen. Am Anfang stand die Versöhnung, dann wurden wir Freunde und heute versuchen wir, eine Familie zu sein.

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-03/klima-demonstrationen-fridays-for-future-otto-brenner-stiftung/komplettansicht>

Klima-Demonstrationen:

Der Protest organisiert sich selbst

Eine Studie hat untersucht, wer freitags für das Klima demonstriert: Akademikerkinder, die sich unabhängig von den Parteien zusammenschließen, weil sie auf Veränderung hoffen.

Eine Analyse von **Tina Groll**

26. März 2019, 19:13 Uhr

Die regelmäßig freitags stattfindenden Demonstrationen für mehr Klimaschutz sind – zumindest in Deutschland – vor allem ein Protest der gut gebildeten Mittelschichtkinder. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind jung, überwiegend weiblich und politisch meist sehr gut informiert. Fragt man sie nach dem Grund ihres Engagements, sagen fast alle, es gehe ihnen um die Zukunft. Das besagt eine Studie, die das Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb) am Dienstag vorgestellt hat.

Demnach sind rund 60 Prozent der Demonstrierenden Mädchen und junge Frauen. Mehr als die Hälfte stammt aus einem Akademikerhaushalt, und mehr als 90 Prozent streben das Abitur an oder haben die Prüfung bereits absolviert. Der überwiegende Teil hofft, durch die Fridays-for-Future-Proteste die Politik zum Handeln bewegen zu können.

Für die Studie befragten die ipb-Forscher rund 680 Menschen, die am 15. März 2019 an den Kundgebungen in Berlin und Bremen teilgenommen hatten. Mit manchen führten sie gleich während der Protestveranstaltungen ein Interview. Andere befragten sie online durch Formulare, die nur durch einen einmalig gültigen Zugangscode erreichbar waren, den sie zuvor auf den Demonstrationen verteilt hatten. So sollte möglichst sichergestellt werden, dass nur Menschen an der Befragung teilnahmen, die tatsächlich bei den Protesten dabei waren. Finanziert wurde die Studie durch die Stiftung 100% erneuerbar, die Heinrich-Böll-Stiftung und die Otto-Brenner-Stiftung.

In acht weiteren europäischen Ländern interviewten andere Forschungsgruppen ebenfalls am 15. März Demonstrantinnen und Demonstranten. Die Ergebnisse für Deutschland waren die ersten, die nun veröffentlicht wurden. Sie gelten als repräsentativ.

Die Wissenschaftler wollten wissen: Wer sind die Schülerinnen und Schüler, die freitags für das Klima die Schule schwänzen? Handelt es sich wirklich um eine neue Protestgeneration, und mit welcher Motivation besuchen sie die Kundgebungen?

Sie tun selbst etwas

Die Befragung zeigt: Die Proteste sind nicht von einer Lobby gesteuert. Die Teilnehmenden wissen gut Bescheid über den Klimawandel. Es geht ihnen auch nicht um den Protest als Event, vielmehr hat die überwiegende Mehrheit der Befragten ihre Lebensweise bereits verändert, um selbst einen Beitrag für den Klimaschutz zu leisten. Mehr als 80 Prozent kaufen gezielt ökologische Produkte, und mehr als zwei Drittel schränken den eigenen Konsum für das Klima ein. Fast jede und jeder Fünfte hat für den Klimaschutz schon einmal einen Politiker kontaktiert.

Dabei glauben die meisten, dass weder die Politik noch die Wirtschaft derzeit in der Lage sind, Lösungen für das Klima zu finden. Am ehesten trauen sie das noch der Wissenschaft zu. Zudem sind sie der Ansicht, dass jeder Einzelne etwas tun müsse und seinen eigenen Lebensstil ändern sollte. Sie demonstrieren trotzdem, weil sie überzeugt sind, nur durch einen breiten Protest über Ländergrenzen hinweg Druck auf die Politik aufbauen zu können, doch aktiv zu werden. Erfahrungen mit Demonstrationen haben dabei allerdings die wenigstens: Für die meisten ist es das erste Mal, dass sie für ein politisches Ziel auf die Straße gehen.

Der Protestforscher Dieter Rucht, Senior Fellow am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und Mitglied des ipb-Vorstands, interpretiert die Ergebnisse als Zeichen für eine neue Protestgeneration. Eine

neue Qualität sei es, dass sich die Jugendlichen und jungen Erwachsenen überall auf der Welt selbst organisieren, sagt der Forscher. Noch wichtiger als soziale Netzwerke sind, das ergab die Befragung, aber persönliche Freunde und Bekannte. Zwei Drittel hat über diese Kanäle von den Protesten erfahren. Auch Greta Thunberg wird als Vorbild gesehen. Organisationen wie etwa Umweltverbände oder Parteien spielen dagegen fast gar keine Rolle. Sie waren nur für knapp vier Prozent der Befragten wichtig.

Chance für die Politik

Überhaupt sind Parteien für die jungen Klimaaktivistinnen und -aktivisten nur bedingt Ansprechpartner. Auch wenn sich gut 80 Prozent der Befragten als links oder sehr links einschätzt, haben über 40 Prozent noch keine Präferenz für eine bestimmte Partei. 36 Prozent identifizieren sich mit den Grünen, zwölf Prozent sympathisieren mit den Linken. Die Volksparteien SPD und CDU werden nur von 3,2 und 1,5 Prozent der Befragten genannt, AfD und FDP gar nicht.

Die Forscher sehen darin vor allem eine Chance für die Politik. Sie könne den politisch interessierten Jungen Anschlussmöglichkeiten bieten. Offen dafür scheint die junge Generation zu sein: Gut 90 Prozent der Befragten sagen, sie seien zuversichtlich, dass politische Entscheidungen den Klimawandel eindämmen könnten. Aus Sicht der Forscher zeichnet dieser Optimismus die Protestgeneration aus.

Rucht sieht in der Fridays-for-Future-Bewegung Potenzial. Ihre Anhänger sähen Demonstrationen als eine Form der politischen Selbstermächtigung so wie auch frühere Generationen – etwa die Schüler- und Lehrlingsbewegung 1968 oder die Proteste gegen den Irakkrieg 1991.

Zwar gehen die Protestforscher davon aus, dass die Teilnehmerzahlen bei den Freitagsdemonstrationen mit abnehmendem Medieninteresse sinken werden. Sie rechnen auch nicht damit, dass aus den Demonstrationen langfristig eine neue soziale oder politische Bewegung entstehen wird. Aber sie gehen davon aus, dass die Schülerstreiks Spuren bei den einzelnen Teilnehmerinnen und Teilnehmern hinterlassen werden. Die können in zwei Richtungen gehen: Im besten Fall bleiben politisch interessierte und engagierte Bürgerinnen und Bürger zurück, die bereit sind, ihr eigenes Verhalten für ein politisches Ziel langfristig zu verändern – im schlechtesten Fall aber eine Generation, die von der Politik enttäuscht wurde. Und gerade weil es sich um die gut ausgebildete Mittelschicht handelt, birgt das ein hohes Risiko.

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mehr-wirtschaft/gender-pay-gap-warum-verdienen-frauen-weniger-als-maenner-16093149.html>

Warum Frauen so wenig verdienen

Keine Frage: Frauen bekommen weniger. Im Durchschnitt verdienen Frauen 17,09 Euro je Stunde, Männer 21,60 Euro. Woran das liegt, dazu gibt es eine Geschichte, die immer wieder erzählt wird und die Frauen eine Opferrolle zuweist. Sie geht in etwa so: Die Chefs in den Unternehmen sind meistens Männer. Die wissen die Arbeit der Frauen nicht zu schätzen, auch weil diese sich oft zu bescheiden präsentieren. Also bekommen die Frauen weniger Gehalt.

Das führt dazu, dass die Frauen weniger Geld in die Familie einbringen als der Mann. Also müssen sie sich zu Hause um die Kinder kümmern, während der Mann Karriere machen darf. Sogar wenn die Frau mehr arbeiten würde, hätte sie nur mehr Stress: Die Hausarbeit und die Organisation der Familie blieben ohnehin ihre Aufgabe, weil sich die Männer erfolgreich drücken.

So geht die eine Erzählung. Es gibt aber auch noch eine andere. Die läuft so: Junge Frauen verdienen in den gleichen Berufen ungefähr genauso viel wie Männer. Weniger wird es nur, wenn sie sich für schlechter bezahlte Berufe entscheiden. Frauen haben eben noch andere Werte als Geld. An die Erziehung der Kinder stellen sie hohe Anforderungen, also übernehmen sie den Großteil der Kinderbetreuung.

Während die Frauen nur noch Teilzeit arbeiten, machen die Männer Überstunden und holen sich die Lohnerhöhungen. Zwar haben die Unternehmen sich zum Ziel gemacht, Frauen zu fördern. Doch im Karriereentscheidenden Alter zwischen 30 und 40 arbeiten viele gute Frauen nur noch 60 Prozent. So werden immer wieder die Männer befördert.

Beide Erzählungen enthalten ein bisschen Wahrheit, doch am Equal Pay Day an diesem Montag wird die erste Erzählung die Debatte dominieren. Dabei ist die zweite Erklärung viel näher an der Wahrheit. Dass Frauen weniger verdienen als Männer – diese Entscheidung wird eher im Privatleben als bei der Arbeit getroffen.

Das zeigt schon die bekannteste Analyse der Gehaltsunterschiede. Seit Jahren spricht Deutschland über den Unterschied zwischen der „Lohnlücke¹“ und der „bereinigten Lohnlücke“: Frauen verdienen je Arbeitsstunde über 20 Prozent weniger als Männer, so das Statistische Bundesamt. Doch wenn die Statistiker vergleichen, wie viel Frauen auf vergleichbaren Stellen verdienen, dann landet man plötzlich bei „höchstens sechs Prozent“ Lohneinbußen für Frauen – die sogenannte „bereinigte“ Lohnlücke.

Doch selbst diese Zahl überschätzt die Gehaltsunterschiede kolossal. Denn die Statistik hat ein Problem: Sie weiß nicht, ob jemand Elternzeit genommen hat. Sie weiß nur, wann die Leute angefangen haben zu arbeiten. Sie vergleicht also nach zehn Jahren oft Männer mit zehn Jahren Berufserfahrung und Frauen mit ein paar Jahren Berufserfahrung und ein paar Jahren Elternzeit. Kein Wunder, dass Frauen da weniger verdienen.

Die Ökonomin Christina Boll die Lohnlücke noch einmal berechnet. Sie stellte fest: Mehr als fünf Prozentpunkte der Lohnlücke gehen darauf zurück, dass Frauen weniger Berufserfahrung haben als Männer. Übrig bleibt in dieser Rechnung eine Gehaltslücke von rund zwei Prozent.

Und warum sind es in Deutschland so oft die Frauen, die Elternzeit nehmen und Teilzeit arbeiten? Wie sich die Gehälter von Frauen entwickeln, so der Ökonom Josef Zweimüller, hängt von den gesellschaftlichen Vorstellungen in den verschiedenen Ländern ab.

Dass Frauen mit Schulkindern Vollzeit arbeiten finden in Dänemark 76 Prozent der Bürger gut. Selbst unter den katholischen Iren finden noch 41 Prozent, dass Mütter Vollzeit arbeiten sollten. In Westdeutschland aber

¹ Die Lohnlücke / die Gehaltslücke – l'écart entre le salaire d'une femme et d'un homme

sind nur 22 Prozent dieser Meinung– Männer und Frauen gleichermaßen. Der Grund, weshalb viele Frauen für die Kinder zu Hause bleiben, ist also einfach: Deutschland will das so. Zumindest der Westen. In Ostdeutschland findet Vollzeitarbeit eine gesellschaftliche Mehrheit, dort ist auch die Gehaltslücke deutlich niedriger.

Nach einem Artikel Patrick Bernau aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 18. März 2019 (586 Wörter)

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/pop/rammstein-video-sorgt-wegen-kz-anspielung-fuer-empoeerung-16112184.html>

KRITIK AN KZ-ANSPIELUNG:

Rammstein-Video sorgt für Empörung

AKTUALISIERT AM 28.03.2019-09:28



[Bildbeschreibung einblenden](#)

Rammstein wirbt für eine neue Single – mit einem Video, das die Band in Häftlingskleidung zeigt und mit KZ-Assoziationen spielt. Die jüdischen Verbände in Deutschland sind entsetzt.

Das Werbevideo, das die Band [Rammstein](#) am Dienstag veröffentlicht hat, dauert nur 35 Sekunden, und Musik ist darauf nicht zu hören. Trotzdem hat es innerhalb weniger Stunden für vehemente Reaktionen gesorgt. Schuld ist seine Symbolik.

Die Mitglieder der Band stehen darin mit Stricken um den Hals an einem Galgen. Es sieht aus, als warteten sie, aufs Äußerste gespannt, auf den Moment der Hinrichtung. Sie tragen gestreifte Gefangenenkleidung und Mützen, die Farben sind Grau in Grau gehalten, und Gitarrist Paul Landers trägt einen Judenstern auf der Brust. Dann wird das heutige Datum in lateinischen Ziffern eingeblendet: XXVIII.III.MMXIX. In frakturähnlicher Schrift endet das Video mit dem Wort „Deutschland“. Ein Hinweis auf eine neue Single oder ein geplantes Album. Die Kommentarfunktion auf Youtube ist ausgestellt.

Zuvor hatte der Videokünstler Specter den Clip auf Instagram veröffentlicht. Die Assoziation war vielen Betrachtern sofort klar: Die Sträflingskleidung des Bandmitglieder erinnert an die der Insassen von NS-Konzentrationslagern. Und sorgt für Empörung. Eine Inszenierung als „todgeweihte KZ-Häftlinge stellt die Überschreitung einer roten Linie dar“, sagte der Antisemitismus-Beauftragte der Bundesregierung, Felix Klein der „Bild“-Zeitung. Wenn dies rein verkaufsfördernd sein solle, handele es sich um eine „geschmacklose Ausnutzung der Kunstfreiheit“.

Die frühere Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, warf den Musikern eine „Instrumentalisierung und Verharmlosung des Holocaust“ vor. Die Band habe eine Grenze überschritten, sagte sie der „Bild“-Zeitung. „Wie Rammstein hier das Leid und die Ermordung von Millionen zu Entertainment-Zwecken missbraucht, ist frivol und abstoßend.“ Die Sprecherin der Jerusalemer Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem rief zu einem verantwortlichen Umgang mit der Erinnerung an die ermordeten Juden auf. Yad Vashem kritisiere „nicht generell künstlerische Arbeiten, die an Holocaust-Bilder erinnern“. Respektvolle künstlerische Darstellungen könnten legitim sein. Sie dürften die Erinnerung an den Holocaust jedoch keinesfalls beleidigen, herabsetzen oder schänden – und nicht nur als „bloßes Werkzeug“ dienen, um Aufmerksamkeit zu erzeugen.

Songtext zu "DEUTSCHLAND"

[Strophe 1]

Du (du hast, du hast, du hast, du hast)

Hast viel geweint (geweint, geweint, geweint, geweint)

Im Geist getrennt (getrennt, getrennt, getrennt, getrennt)

Im Herz vereint (vereint, vereint, vereint, vereint)

Wir (wir sind, wir sind, wir sind, wir sind)

Sind schon sehr lang zusammen (ihr seid, ihr seid, ihr seid, ihr seid)

Dein Atem kalt (so kalt, so kalt, so kalt, so kalt)

Das Herz in Flammen (so heiß, so heiß, so heiß, so heiß)

Du (du kannst, du kannst, du kannst, du kannst)

Ich (ich weiß, ich weiß, ich weiß, ich weiß)

Wir (wir sind, wir sind, wir sind, wir sind)

Ihr (ihr bleibt, ihr bleibt, ihr bleibt, ihr bleibt)

[Refrain]

Deutschland – mein Herz in Flammen

Will dich lieben und verdammen

Deutschland – dein Atem kalt

So jung – und doch so alt

Deutschland!

[Strophe 2]

Ich (du hast, du hast, du hast, du hast)

Ich will dich nie verlassen (du weinst, du weinst, du weinst, du weinst)

Man kann dich lieben (du liebst, du liebst, du liebst, du liebst)

Und will dich hassen (du hasst, du hasst, du hasst, du hasst)

Überheblich, überlegen

Übernehmen, übergeben

Überraschen, überfallen

Deutschland, Deutschland über allen

[Refrain]

Deutschland – mein Herz in Flammen

Will dich lieben und verdammen

Deutschland – dein Atem kalt

So jung – und doch so alt

Deutschland – deine Liebe

Ist Fluch und Segen

Deutschland – meine Liebe

Kann ich dir nicht geben

Deutschland!
Deutschland!

[Bridge]

Du

Ich

Wir

Ihr

Du (übermächtig, überflüssig)

Ich (Übermenschen, überdrüssig)

Wir (wer hoch steigt, der wird tief fallen)

Ihr (Deutschland, Deutschland über allen)

[Refrain]

Deutschland – mein Herz in Flammen

Will dich lieben und verdammen

Deutschland – dein Atem kalt

So jung – und doch so alt

Deutschland – deine Liebe

Ist Fluch und Segen

Deutschland – meine Liebe

Kann ich dir nicht geben

Deutschland!

<https://www.zeit.de/kultur/musik/2019-03/rammstein-video-deutschland-holocaust>

Rammstein:

Kann dich lieben, will dich hassen

Rammstein spielen in ihrem Video "Deutschland" mit faschistischer Ästhetik. Die Empörung war kalkuliert, ist aber unangebracht. Ihr Kurzfilm feiert die Kunst der Ironie.

Ein Kommentar von **Daniel Hornuff**

28. März 2019, 20:45 Uhr [373 Kommentare](#)



Eine Szene aus dem neuen Rammstein-Video: Die Bandmitglieder stehen als Häftlinge vor dem Hinrichtungskommando, rechts neben ihnen die Anweisung "Fotografieren verboten". © Quelle: Youtube

Noch während das neue Rammstein-Musikvideo am Donnerstagabend um 18 Uhr auf YouTube erstmalig präsentiert wurde, bekundete der Twitter-User Dennis, sanfte Enttäuschung: "Vielleicht hätte ich mir bei dem Video eine noch klarere Message gewünscht. Irgendwas fehlt mir da aktuell noch."

Dass von dem Video eine möglichst eindeutige Aussage erwartet wurde, ist nur allzu verständlich. Schließlich hatte die Band selbst die Erwartungshaltung angeheizt, indem sie einen Tag vor Erstveröffentlichung der neuen Single *Deutschland* einen kurzen Videoausschnitt zeigte – der seinerseits eine ebenso plötzliche wie überschießende Empörung auslöste. Die Entrüstung, die von unterschiedlichsten Seiten vorgebracht wurde, reagierte auf eine vorab verbreitete Szene, in der sich die Mitglieder der Band als KZ-Häftlinge vor der Hinrichtung zeigten. "Wer den Holocaust zu Marketingzwecken missbraucht, handelt verwerflich und unmoralisch," erklärte daraufhin der Zentralrat der Juden.

Verstärkt wurden die Vorhaltungen durch Hinweise auf die Vergangenheit der Band. Immer wieder seien Rammstein durch ein indifferentes, mehrheitlich diffuses, letztlich also verhängnisvoll ungeklärtes Verhältnis zu rechten Ideologien aufgefallen. Tatsächlich steht die Band seit ihrer Gründung im Verdacht, eine nationalistisch-faschistische Ästhetik anspielungsreich zu adaptieren, diese gar zu kopieren und – auf den ertragreichen Tabubruch spekulierend – zu reproduzieren. Gleichwohl haben sich die Musiker dazu mehrmals eindeutig geäußert, sich gar als linksorientiert bekannt und wiederholt versucht, an die fiktionale Ebene des ästhetischen Arbeitens zu erinnern: ein Vorgang, der nach Auffassung der Band bereits eine Praxis der Kommentierung – und damit Distanzierung – erzeuge.

Nun also ist das neue Video mit dem Titel *Deutschland* seit wenigen Stunden im Netz auffindbar – und deutlich wird, dass die Band an ihrer künstlerischen Strategie festhält. Sie präsentiert ein medial-barockes, popkulturell gemixtes, gigantisch-überfrachtetes Setting unterschiedlichster Figuren. Eine Collage deutscher Gewaltgeschichtsschreibung, von Germanenkriegern über Preisboxer bis hin zu Nazis und DDR-Kadern. Unzählige Handlungsstränge werden angedeutet in fantastischen Miniaturszenen, in denen sich wiederkehrende physische Grausamkeiten mit allerlei Grottesk-Surrealem wechselseitig verstärken. Es wird die Popexegeten noch ein paar Tage beschäftigen, all diese Referenzen aufzulösen. Im Gesamten setzt das Video – wie im Grunde fast alle Videos von Rammstein – auf wirkungsästhetische Affektion: Das Gigantomane möge vor allem einen emotionalen Eindruck erzeugen und sich als inszenatorische Ausnahmerecheinung im Gedächtnis verankern.

Diese kalkulierte Aufwallung mag einerseits ermüdend wirken, da sie sich rasch in sich selbst erschöpft. Sie kann andererseits aber auch dazu verleiten, präzise gesetzte Andeutungen zu übersehen. Bei genauer Beobachtung fällt etwa auf, dass die Band die KZ-Referenz keineswegs zum Zwecke eines bequem integrierbaren Aufregers benutzt. Entscheidend ist, was der Sänger Till Lindemann in diesem Zusammenhang textlich vorträgt: "Deutschland, meine Liebe kann ich Dir nicht geben" – und die Gründe dafür liegen eben unter anderem in der Existenz der Konzentrationslager selbst.

Unterstrichen wird diese Absage an ein deutschtümelndes Bekenntnis durch eine zweifellos kühne, aber damit umso wirkungsvollere Verkehrung der Verhältnisse: An einer Stelle werden die KZ-Schergen von den Häftlingen zur Erschießung zusammengetrieben. Das ist gewiss als revisionistischer Zynismus auszulegen, kann zugleich aber auch als Versuch gelten, die Gebrochenheit der Beziehung zum eigenen Land übersteigernd auszustellen. Passend dazu singt Lindemann: "Deutschland, mein Herz in Flammen, will dich lieben und verdammen (...) Deutschland, ich will dich nie verlassen, man kann dich lieben und will dich hassen."

Ja, die Band bleibt, obwohl videoästhetisch einmal mehr aufs Extreme getrimmt, semantisch fluide. Es fehlt in der Tat die "klare Message". Das aber ist die Rolle, die einer ironisch gebrochenen Haltung eigen ist. Die Ironie misstraut allen Formen klarer Botschaften. Sie scheut Bekenntnisse, konterkariert Dogmen, sie umgeht ganz bewusst die ideologische Vereinseitigung.

Es ist daher falsch, Rammstein des Relativismus oder gar Geschichtsrevisionismus zu verdächtigen. Mit dem neuen Video haben sich die Musiker – und sicherlich vorrangig der Regisseur Specter Berlin – als Vertreter der ästhetisierten Ironie erwiesen. Und es darf als gesellschaftspolitisches Verdienst gewertet werden, vor dem Hintergrund eines aktuell erstarkenden Nationalismus in nahezu allen Teilen der Welt das letztlich unpopuläre Prinzip der Ironie als künstlerische Haltung einzubringen. Gewiss, für Rammstein wird sich die Sache auszahlen. Das aber sollte nicht dazu führen, die Notwendigkeit einer ironischen Entgegnung im Zeitalter der identitätspolitischen Verhärtungen zu verkennen. Auch und gerade nicht im Kontext der Popkultur.

DANIEL HORNUFF

geboren 1981, vertritt die Professur für Theorie und Praxis der Gestaltung in der Kunsthochschule an der Universität Kassel. In seiner Dissertation setzte er sich unter anderem mit der Gestaltung politisch engagierter Musikvideos auseinander.

RAMMSTEINS NEUER SONG

Lieben und verdammen

VON ELENA WITZECK 29.03.2019



Der kalkulierte Aufruhr um Rammsteins neuen Song „Deutschland“ ist gelungen. Die einen finden ihn geschmacklos, die anderen feiern seine Ironie. Aber was will er eigentlich?

Rammstein hat eine neue Single veröffentlicht, und obwohl da schon alle Alarmbässe wummern hätten sollen, weil es sich eben um Rammstein handelt – die Band, die seit ihrer Gründung 1995 Inzest, Missbrauch und Kannibalismus zum Portfolio ihrer Provokationen zählt, die Songzeilen wie „Wer wartet mit Besonnenheit, der wird belohnt zur rechten Zeit“ raunt und überhaupt die Mehrdeutigkeit liebt – war die Aufregung um die Inszenierung ihrer Rückkehr nach zehn Jahren groß.

Genau so groß, wie sie sich die Band gewünscht hatte. Auf Instagram gab es vorher Frauen mit Mordlust im Blick und abgehackten Köpfen unter dem Arm zu sehen. Und als zwei Tage vor der Veröffentlichung am Donnerstag ein Videoschnipsel mit dem Namen „Deutschland“ herauskam, der die Musiker mit Stricken um den Hals in gestreifter Gefangenenkleidung auf einem Galgen zeigte, wobei auf der Brust von Gitarrist Paul Landers ein Judenstern prangte, war die Falle perfekt. Geschmacklos, hallte es durchs Land, das Spiel mit der deutschen Erinnerung bei einer Band, für die alles Show und Schein ist. Genau das war es, und so war es auch gedacht. Die jüdischen Verbände empörten sich, die „Bild“-Zeitung befragte den Antisemitismus-Beauftragten der Bundesregierung, der von der Überschreitung einer roten Linie sprach, die Provokationsmaschinerie kam in Gang und noch Stunden vor der Veröffentlichung warteten bereits Tausende bei YouTube auf den Song.

Das, was schließlich zu sehen und zu hören war, hat mit KZ-Symbolik wenig zu tun, es ist eine martialisch-wollüstige Reise durch die Geschichte der deutschen Abgründe in Form von Filmzitatzen, von den Schlachten der Germanen über die Kreuzzüge bis zur Bücherverbrennung und dem hausgemachten Terrorismus. Dazu deklamieren die Bandmitglieder „Deutschland, mein Herz in Flammen, will dich lieben und verdammen“ sie dürfen mal Krieger, mal Mafiosi, mal Opfer spielen, Hauptsache Pathos, Hauptsache Uniform, und am Ende den Nazis in die Köpfe schießen.

Sagt uns dieser Song mit seiner für Rammstein ungewöhnlich klaren Aussage („Im Geist getrennt, im Herz vereint“) etwas über das Deutschland von heute? Hält er uns den Spiegel vor, wie es Fans jetzt begeistert behaupten? Nein. Spielt er mit faschistischen Motiven? Schon im Video zu ihrem Song „Stripped“ waren Ausschnitte aus Leni Riefenstahls NS-Propagandafilm über die Olympischen Sommerspiele von 1936 zu sehen. „Deutschland“ ist eine episch-überladene, stellenweise peinliche Jungsphantasie, aber kein Flirt mit den Rechten.

Was will das Video dann? Die Antwort liegt weiter entfernt. Auf die Deutschen ist die Erfolgsmaschinerie Rammsteins gar nicht ausgelegt – und war es noch nie. Diese international überaus erfolgreiche Band will die Erwartungen der Fans bedienen, die in Paris, in Montreal und St. Petersburg sitzen, denen es wohlilig den Rücken hinunterläuft, wenn sie an dieses ferne, alte, düstere Deutschland denken, an seine bellende Sprache und seine tiefen Zweifel. Das ist um ein Neues gelungen.

Aber irgendwo in dem Zirkusspektakel um die Veröffentlichung steckt auch noch ein kleiner Wink. Der lässt sich in etwa so übersetzen: So einfach ist das mit den vorschnellen Urteilen eben nicht. Nicht hier, in Deutschland, und auch nirgendwo sonst.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/kann-man-deutschland-lieben-ein-annaeherungsversuch-16104818.html?premium>

EIN ANNÄHERUNGSVERSUCH:

Kann man Deutschland lieben?

- VON HERNÁN CARO
- -AKTUALISIERT AM 31.03.2019-10:11



Jemand, der das Verwurzelte ernst nimmt, kann die Schattenseiten seines Landes nicht übersehen. Seitdem ihn etwas an dieses Land bindet, sucht unser Autor nach einer Antwort.

Kann man Deutschland lieben? Wie oft habe ich mich das gefragt? Dass die Frage heikel ist, war mir – wie bestimmt jedem, der mit offenen Augen durch dieses Land geht – schon immer klar. Und während meines langen „deutschen Lebens“ habe ich viele Antworten sammeln können. Da ist etwa, was Schopenhauer einmal schrieb: „Mit Italien lebt man wie mit einer Geliebten, heute im heftigen Zank, morgen in Anbetung – mit Deutschland wie mit einer Hausfrau, ohne großen Zorn und ohne große Liebe.“ Das erinnert an den Spruch, die Deutschen würden die Italiener (oder überhaupt uns berühmt-berüchtigte „Südländer“) lieben, aber nicht respektieren; diese würden die Deutschen respektieren, aber nicht lieben. Eine Bekannte, Deutsche von Geburt und Herkunft, erwiderte: „Ich finde, dieses Land kann man einfach nicht lieben.“ Und ein alter Freund, dem ich mein Interesse am Thema beichtete, sagte, es sei gut, wenn ein Ausländer seine Liebe für Deutschland erklärt; tut es ein Deutscher, „macht man ihn ja fertig“. Abgesehen davon, dass ich seit Jahren deutscher Staatsbürger bin, musste ich damals denken: Wer spricht hier von einer Liebeserklärung?

Natürlich ist die Frage schwierig. Wie sollte es anders sein, angesichts der Albträume, die Deutsche im Namen Deutschlands verwirklicht haben? Und doch: Seitdem mich etwas an dieses Land bindet – und es ist vieles –, wollte ich an keiner anderen Frage mein Verhältnis zu Deutschland messen.

Von Hesse zu Borges

Dieses Verhältnis, zu Beginn hauptsächlich eines zur deutschen Sprache, fing vor etwa fünfundzwanzig Jahren an, bevor ich überhaupt einen deutschen Satz verstehen konnte. Den ersten Kontakt hatte ich wohl als 15-jähriger Schüler in Kolumbien, woher ich komme. Wie so viele in dem Alter las ich irgendetwas von Hesse in spanischer Übersetzung. Ich war bewegt – eine große Erschütterung habe ich dabei aber nicht erlebt. Richtig gespannt machte mich dagegen, kurz danach, die Deutschland-Verliebtheit des argentinischen Schriftstellers [Jorge Luis Borges](#), der in einem Gedicht schreibt: „Du, deutsche Sprache, bist Deutschlands / Größtes Werk: Die verschlungene Liebe / Zusammengesetzter Stimmen, die offenen / Vokale, die Laute, die den gelehrten / Hexameter des Griechen erlauben / Und dein Rauschen von Wäldern und Nächten.“

Einverstanden: Das Gedicht ist miserabel. Doch Borges schaffte es, dass für mich Namen wie „Heine“, „Meyrink“ oder „Döblin“ wie Boten aus mysteriösen Sphären klangen. Ich hatte keine Ahnung, wovon Borges da schwärmte, aber ich sehnte mich nach neuen Welten.

Die ersten Deutschstunden nahm ich zu Beginn meines Studiums, und wenn ich jetzt daran denke, komme ich mir fast heroisch vor: Die Kurse fanden täglich um sieben Uhr statt, weshalb ich zwei Stunden davor in der kalten, feuchten Morgenfrühe meiner Geburtsstadt Bogotá aufstehen musste. Und Deutsch schien mir damals so verdammt schwer zu sein, dass ich mir nicht vorstellen konnte, irgendwann ein Gespräch führen zu können, das sich um mehr drehte, als auf einer hypothetischen Straße nach dem Weg zur Apotheke zu fragen. Dazu: Ich wollte, ungeduldig, übermütig, auf Deutsch lesen. Soweit ich mich erinnern kann, waren meine ersten deutschen Bücher zwei Bände, die ich in der Universitätsbibliothek fand: die Reisetagebücher von Schopenhauer und eine Sammlung expressionistischer Lyrik. Der Anfang, ja, war zäh.

Faszinierende Redewendungen

Ich habe seitdem, glaube ich, nie wieder etwas so viel Hingabe gewidmet. Monatelang habe ich die verflixten Bücher beharrlich studiert. Oft brauchte ich eine ganze Stunde, um einen einzigen Satz zu entziffern – und selbst dann verstand ich nicht immer alles. Das Gefühl aber, das Undurchsichtige langsam begreiflich zu machen, sozusagen etwas Licht in verschiedene Stellen eines dunklen Raumes zu werfen, bis ich erraten konnte, was da stand, war großartig.

Schon damals beeindruckten mich einige Besonderheiten der Sprache, vor allem wegen der Kontraste, die sie mir offenlegten – auch, wie ich später lernte, bezüglich Deutschlands. In vielen deutschen Worten fand ich eine gewisse Bodenständigkeit, eine gefühlte Nähe zu den Dingen – in einer Sprache, die mir oft weltfremd, sogar schwülstig vorkam. Dazu faszinierten mich manche deutsche Redewendungen, die mir ganze Geschichten – lustige, bizarre, makabre – erzählten: „auf den Hund gekommen“, „ins Gras beißen“, „mitgefangen, mitgehangen“...

Als ich ein paar Jahre später als nervöser Philosophiestudent zum ersten Mal nach Deutschland kam, hatten sich meine Deutschkenntnisse entwickelt, allerdings etwas asymmetrisch: Ich konnte Kafka lesen, aber nur die banalsten Gespräche führen. Deutsch hatte ich gelernt, als wäre es eine ausgestorbene Sprache und sagte ständig Dinge wie „in Anbetracht der Tatsache“ oder „mich dünkt“. Schritt für Schritt aber wurde meine Sprache reicher und lebendiger, genauso wie meine Idee vom Land selbst, die bisher ein bisschen wie die von Borges war: angestaubt, lückenhaft und naiv.

Über Sex kann man auch auf Deutsch sprechen

Alles war neu, und alles vermischt sich in meiner Erinnerung. Orte und Zustände entdeckte ich gleichzeitig mit den Worten, die ich brauchte, um sie zu benennen: den Schwindel, der mich im Frühling ergreift; die träge Sinnlichkeit des Sommers; die Berliner Seen und den deutschen Wald – der mich bis heute eher kalt lässt. Ich lernte eine bis dahin unbekannte Eigenständigkeit kennen, als ich zum ersten Mal weit weg von meinen Eltern in einer „WG“ wohnte. Und weil mir manche Deutsche schon bei einer Umarmung verklemmt vorkamen, erfuhr ich überrascht, dass ihre Sprache doch einige plastische Begriffe bot, um über Sex zu reden.

Ich lernte damals Leute kennen, die mir mit einer Neugier und Offenheit begegneten, die ich bis heute als repräsentativ für die beste Seite der deutschen Kultur empfinde. Mit ihnen wurden mein panisches Zuhören und Stottern langsam zum vertrauten Lauschen und Plaudern, und fast zwanzig Jahre später stelle ich ab und zu fest, wie viele Worte, die nun meine eigene deutsche Sprache ausmachen, das Erbe von Menschen sind, die ich hier geliebt habe oder liebe; meine Sprache ist einigermaßen das Zeugnis jener Begegnungen.

Der Genitiv als Waffe

Beim ersten Mal in Deutschland erfuhr ich allerdings auch, was es bedeuten kann, in diesem Land ein Ausländer zu sein oder als solcher wahrgenommen zu werden. Da sitzt man etwa in einer Straßenbahn, unterhält sich auf Spanisch und wird plötzlich mit einem wütenden „Hier wird Deutsch gesprochen!“ geohrfeigt. Da wird man etwa in einem überfüllten Zug als einziger Fahrgast von einem Polizisten laut und scharf nach dem Pass befragt und daraufhin minutenlang über persönliche, ja,

intime Dinge verhört, während die Mitreisenden stumm so tun, als würden sie woandershin schauen, obwohl sie einen die ganze Zeit aus dem Augenwinkel begutachten. (Danach, wenn die Gefahr vorüber ist, werden die Mitfahrenden einen barmherzig anlächeln – und man wird sie zur Hölle schicken wollen.) Da wird man andauernd, auch in den kultiviertesten Kreisen, auf etwas reduziert, das man, gemäß verblüffend limitierter Vorstellungen, angeblich sein muss: der sorgenfreie oder unzuverlässige, feuchtfröhlich tanzende oder tückische, impulsive, wilde, geile und vor allem fremde Fremde.

Ich frage mich manchmal, inwiefern jene Erfahrungen meinen Anspruch beeinflussten, Deutsch zu lernen. Welche Rolle spielte dabei einerseits der gestresste Wunsch, nicht aufzufallen – andererseits aber auch der Anspruch, herauszustechen, irgendeinen Widerstand zu leisten, und sei er noch so erbärmlich, wenn man den Feind mit einer spießigen Genitivkonstruktion kurz aus der Fassung bringt. Es ändert nichts an der Bedrohung. Es ist sogar kontraproduktiv. Aber man redet sich ein, man hätte es nicht zugelassen, auf eine Projektion reduziert zu werden, seine Würde nicht ganz verloren. Mein Verlangen, eifrig in die deutsche Sprache, in Deutschland, einzutauchen, beruhte größtenteils auf Faszination und dem Willen, dazuzugehören. Wie viel beruhte auf Groll? Vielleicht kann man das eine vom anderen einfach nicht trennen.

Zwischen Metaphysik und Humor

Ich entschied, in Deutschland zu bleiben, als ich eines Tages begriff, dass ich mir hier ein Zuhause aufgebaut hatte – eins, das nicht mehr eine Behauptung war, sondern ein sinnreiches, organisches Leben. Im Laufe der Jahre war um mich herum ein Netzwerk geliebter Personen gewachsen, die ich nicht anders als Familie nennen kann. Erinnerungen, schöne und hässliche, Emotionen und Routinen binden mich an Berlin und andere deutsche Orte. Manchmal ertappe ich mich dabei, wie ich mich über einen deutschen Erfolg freue. Und irgendwann wurde ich also deutscher Staatsbürger. Nun Sorge ich mich um Deutschland, wie es jemand tut, der sich für einen verantwortlichen Mitbürger hält. Nach vielen Jahren und jeder Menge Erfahrungen in diesem Land fühle ich etwas wie Verwurzelung, und zwar so – denn es ist möglich – wie jemand, der sich in zwei verschiedenen Ländern verwurzelt fühlt. Und wie jemand, der, weil er das Verwurzelte ernst nimmt, die Schattenseiten seines Landes nicht übersehen kann.

Mein Verhältnis zu Deutschland ist nach wie vor von Widersprüchen geprägt. Manche führten zu überraschter Begeisterung. So zum Beispiel wurde mir früh klar, dass man in diesem Land recht humorlos sein kann; dass Bitterkeit, nicht Witz, oft als Gegengift gegen Sorgen gewählt wird; dass im Fernsehen Humor mit peinlichen Sprüchen verwechselt wird; dass manche Intellektuellen und Autoren, selbst die jüngsten, allen Ernstes zu glauben scheinen, das Lachen über die Welt und sich selbst wäre völlig unseriös. Deshalb war mein Staunen groß, als ich die herrliche humoristische Tradition der deutschen Literatur entdeckte – Leute wie Morgenstern, Ringelnatz oder F.W. Bernstein, die Nonsens mit Metaphysik paaren – und die Energie und Frechheit von Tucholsky, Kästner oder Mascha Kaléko. Die beschwingte Tiefe und die Helligkeit, auf die ich dort treffe, ausgerechnet in einem Land, wo das metaphysische und sprachliche Dunkle auch Tradition haben, versöhnen mich immer wieder mit Deutschland.

Was ist ein normales Land?

Auch an den rauhen Umgang unter den Einheimischen, den ich ab und zu in alltäglichen Szenarios bezeuge, will ich mich nie gewöhnen. Beim Anblick von Leuten, die sich beim Auto- oder Fahrradfahren beschimpfen, als könnten sie einander zerfleischen, frage ich mich oft: Wie können diese Leute, die sich gar nicht kennen, so hassen? Doch in Deutschland entdeckte ich auch eine Zärtlichkeit, eine Form, ja, der Sinnlichkeit: die Achtsamkeit für die Natur, den Respekt fürs Wasser. Und in vielen Freundschaften und Lieben, die ich hier erleben durfte, empfing ich eine Ehrlichkeit und Beständigkeit, die ich selbst, wie ich fürchte, nicht immer geboten habe.

Andere Widersprüche waren ernüchternd. Letztes Beispiel: Der „deutsche Teil“ meiner Persönlichkeit basiert unter anderem auf der Vorstellung, die Deutschen seien ein überaus neugieriges Volk –

Weltenbummler, Forschungsreisende, Alexander von Humboldt und so weiter. Von dieser Offenheit, die echt ist, profitiere ich: In Deutschland konnte ich mich immer wieder neu erfinden. Aber ich treffe auch Berührungsängste und hanebüchene Vorurteile. Wie oft sagten mir hier Leute, beim Predigen über die Misere eines fremden Landes, etwas wie „Das würde in einem normalen Land nie passieren“? Wobei Deutschland als „normales Land“ fungierte. Das Land der NSU-Morde, rechtsextremer Polizisten, des sogenannten „Dieselskandals“? Es gibt kein normales Land.

„Aber deine Heimat hat doch schlimmere Probleme“

Doch endlich zurück zur Frage: Kann man Deutschland lieben? Natürlich kann das nur jeder für sich beantworten. Ich jedenfalls muss es weiter versuchen. Denn ich könnte hier nicht leben, meiner Kreativität, meinem Ehrgeiz freien Lauf lassen, Zukunftspläne machen, würde ich mich nicht für eine hoffnungsvolle Bindung öffnen – egal wie grantig wir in diesem Land sein können. Leicht ist es nicht, und eines muss klar sein: Jeder, der, egal wie konsequent er sich bemüht, dazuzugehören, trotzdem entdeckt, dass er bis ans Ende seiner Tage hier als Fremder – Ausnahme, Störellement – behandelt wird, hat Gründe, Deutschland gegenüber hartherzig oder einfach verzweifelt zu sein.

Und so ist die eigentliche Frage, *wie* man Deutschland lieben könnte. Und plötzlich steht man vor einem großen Fragezeichen. Für Leute wie mich, die sich trotz allem für dieses Land entscheiden, scheint es heute keine Vorbilder zu geben. Zwischen dem morbiden Fieber der Rechtsnationalisten, die eine „Liebe“ zu Deutschland nach Reinheitsgebot beteuern und gleichzeitig den verbittertsten Hass verlebendigen, und den Nostalgikern, die von einem Neo-Biedermeier-Deutschland schwärmen, bestehend aus pathetischen Worten über eine alte, reine deutsche Seele, Altherrengehabe und wiederaufgebauten Schlössern, was genauso provinziell und nutzlos ist wie der Witz, das beste Symbol für Deutschland sei ein Schrebergarten, und schließlich denjenigen, die es niedlich finden, wenn ich begeistert über Deutschland spreche, aber zusammenzucken, wenn ich mich, wie sie, über das Land aufrege, und sagen: „Aber deine Heimat hat doch schlimmere Probleme, oder?“ Zwischen diesen und anderen Formen der emotionalen Beschäftigung mit Deutschland bleiben unsere Annäherungsversuche stecken, denn sie waren, wie wir selbst, im Land, in dem alles durchgeplant, durchorganisiert abläuft, nicht vorgesehen.

Nun, wir sind aber mal da, und damit muss jeder klarkommen. Aber wir auch. Ob wir Deutschen – „alte“ und „neue“, oder wie auch immer unterschieden wird – es glauben oder nicht: Wir gehören dazu. Und weil Deutschland auch unseres ist, weil seine Zukunft auch von uns abhängt, müssen wir, wenn wir hier leben wollen, eben den schweren Versuch der Liebe unternehmen.

Darin steckt eine Chance – und eine riesige Herausforderung. Denn wir müssen uns Vorurteilen und schlichtem Rassismus gegenüberstellen. Dazu, natürlich, unserem eigenen Zögern. Und dabei bleibt jede mögliche Liebe unsererseits mühselig, komplex, eine, die die Erfahrung des Fremdseins, verschiedene, reiche Identitäten und den Wunsch, teilzuhaben, zusammenbringt, sowie Bewunderung, Verletzungen und eine tiefe Infragestellung von Deutschland. Doch ohne den Versuch laufen wir Gefahr – wir alle –, kaputtzugehen. Wie schaffen wir es, Deutschland zu lieben? An der Suche nach Antworten führt kein Weg vorbei.

Quelle: F.A.S.